Heft 4, Dezember 2008/ 88. Jahrgang E 1459

Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND
ISSN 0930-7001

Zeitschrift für Landes- und Volkskunde,
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz

Herausgeber: Landesverein Badische Heimat e. V.
Für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Landesvorsitzender: Dr. Sven von Ungern-Sternberg

Schriftleitung und Redaktion: Heinrich Hauß
Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe, Tel. und Fax: (07 21) 75 43 45

Geschäftsstelle:
Haus Badische Heimat,
Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg
Tel. (07 61) 7 37 24, Fax (07 61) 7 07 55 06

Geschäftszeiten: Mo., Di., Do., Fr. 9.00–12.00 Uhr

Internet: http://www.badische-heimat.de
E-Mail: info@badische-heimat.de

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wird vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, unterstützt.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 26 €. Preis des Heftes im Einzelverkauf für Nichtmitglieder 10,00 €. Nachbestellung eines Heftes für Mitglieder 6,50 €.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen
des Landesvereins:

Postbank Karlsruhe,
Kto.-Nr. 16468-751,
BLZ 660 100 75

Sparkasse Freiburg – Nördl. Breisgau
Kto.-Nr. 2003201,
BLZ 680 501 01

Gesamtherstellung:
G. Braun Buchverlag
im DRW-Verlag Weinbrenner GmbH & Co. KG
Kaiserallee 87
76185 Karlsruhe
Dorothee Kühnel
Tel. (07 21) 50 98-61
Fax (07 21) 50 98-89
E-Mail: kuehnel@gbraun-buchverlag.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 9 gültig

Unser Partner
Rothaus
TANNEN ZÄPFLE

Titelbild: Schwarzwälder Lackschilduhr um 1810 mit Gehwerk, Schlagwerk und Weckerwerk
Foto: Berthold Schaaf; entnommen aus dem Buch „Schwarzwalduhren“, G. Braun Buchverlag 2008

Inhalt

Zu diesem Heft und darüber hinaus
Dr. Sven von Ungern-Sternberg 484

2009
100 Jahre „Badische Heimat“
Sven von Ungern-Sternberg . . . 488

Die ehemals großherzoglich-badische Amtsstadt Stockach
Geschichtliche und kunstgeschichtliche Streifzüge
Yvonne Istas 492

Mode und Tracht im Markgräflerland
Elke Seibert 501

Niclaus von Leidens Kruzifix in Baden-Baden
Bewegungsabläufe in Stein
Susanne Schreiber 509

Schnee von Gestern
Triberg – die große Zeit des Wintersports ist längst Geschichte
Heinz Nienhaus 520

Johann Lorenz Böckmann und das Gymnasium illustre zu Carlsruhe
Leonhard Müller. 534

Der Struwwelpeter-Autor auf einer Fußreise durch Baden
Ulrich Wiedmann 541

Die „Salpeterer-Unruhen“ in der Grafschaft Hauenstein und die Deportationen der Hauensteiner nach Ungarn im 18. Jahrhundert
Stefan Baumgartner. 546

Laufenburg und die Salpetererunruhen
Joachim Rumpf 559

Die Polizei im Regierungsbezirk Freiburg
Ein knapper Abriss zu ihrer geschichtlichen Entwicklung
Manfred Teufel 569

Das „Deutsche Schutzengel-Museum“ in Bretten
Peter Bahn 584

Castellberg-Projekt Ballrechten-Dottingen
Netzwerk Castellberg-Projekt . . 589

Amalie Haizinger
Eine badische Schauspielerin an der Wiener Burg
Gisela Timpte 592

Die Ermordung des Lahrer Dekans Albert Förderer
Reiner Haehling von Lanzenauer 597

„Der echte Theologe muss Poet sein“
Johann Peter Hebels Werk – Was man weiß und doch nicht kennt: Die Biblischen Geschichten
Elmar Vogt 601

Adolf Hanser (1858–1901) – ein badischer Architekt
Eine Skizze zu Leben und Werk aus Anlass seines 150. Geburtstages
Wolfram Förster 604

In memoriam: Johann Gottfried Tulla
20. März 1770 – 27. März 1828
Wilfried Schweinfurth 612

Richard Freudenberg – einflussreicher Unternehmer im badischen Parlament (1919–1925)
Konrad Exner 616

Geocaching in Baden: „Anton Praetorius' klägliche Zeitung"
Hartmut Hegeler 624

Denkmalpfleger Martin Hesselbacher (28. 9. 1908–3. 6. 1983)
Wolfgang E. Stopfel 629

75 Jahre Jesuiten in St. Blasien
Franz Hilger 631

Solider Kunsthistoriker mit klaren Profil gegen Events in der Museumslandschaft
Prof. Dr. Klaus Schrenk als Generaldirektor der Bayerischen Gemäldesammlungen nach München berufen
Heinrich Hauß 634

Bund „Heimat und Volksleben" e. V.
Deutschlands größter Dachverband für das Trachtenwesen des ehem. Landes Baden
Alfred Vonarb 636

Veranstaltungen badischer Institutionen. 639

Aktuelle Informationen
Redaktion: Heinrich Hauß

Blicke zurück auf Baden: Das Jahr 2008
Politik, Gedenktage, Ausstellungen, Publikationen 640

Landesverein Baden in Europa feiert 15. Geburtstag
„Wir feiern zu Recht". 647

Zehn Jahre Wilhelm-Hausenstein-Symposium 648

Buchbesprechungen 649

Wir wünschen unseren Mitgliedern in Baden und Freunden in aller Welt ein gutes Jahr

2009

Landesvorstand, Beirat und Regionalvertreter der

„Badischen Heimat"

Zu diesem Heft und darüber hinaus

Das vorliegende Heft steht, was die Arbeit des Landesvorstandes angeht, naturgemäß schon ganz im Vorzeichen des großen Jubiläumsjahres 2009. Genaueres können Sie in meinem separaten Sachstandsbericht nachlesen.

Das Jubiläumsjahr wird auch auf unsere Zeitschrift *Badische Heimat* Auswirkungen haben. Die nächste Frühjahrsausgabe soll den Katalog zur Wanderausstellung beinhalten. Dann folgen im Sommer und Herbst reguläre Ausgaben der *Badischen Heimat* und im Winter ist vorgesehen, dass ein Registerband für die noch nicht bearbeiteten Jahrgänge erscheinen soll.

In dieser Ausgabe gibt es eine Reihe verschiedener Themen: Den 725. Geburtstag der ehemaligen großherzoglichen Amtsstadt Stockach würdigt Yvonne Istas mit einem Beitrag zur Stadtgeschichte. Susanne Schreiber beschäftigte sich eingehend mit dem spätgotischen Monumentalkreuz Niclaus von Leidens in Baden-Baden.

Heinz Nienhaus widmet „Tribergs großer Zeit als Wintersportort“ einen ausführlichen Aufsatz. Leonhard Müller beschäftigt sich mit dem Pädagogen Johann Lorenz Böckmann und seiner Zeit, als „das Gymnasium und seine Lehrer noch exponierte Kulturträger waren“. Der zweihundertste Geburtstag von Heinrich Hoffmann, Vater des Struwwelpeter, veranlasste Ulrich Wiedmann, der Bedeutung des Großherzogtums Baden in seiner Vita nachzuforschen. Zwei umfangreiche Aufsätze von Stefan Baumgartner und Joachim Rumpf widmen sich dem Thema „Salpeterer“. Traditionsgemäß werden auch in diesem Heft die Biographien wichtiger Personen behandelt wie Amalie Haizinger, Albert Förderer, Adolf Hanser Richard Freudenberg, Martin Hesselbacher und Klaus Schrenk. Was die neue Serien „Institutionen in Baden“ betrifft, so wird dieses Mal der „Bund Heimat und Volksleben e. V.“ vorgestellt. Der Schriftleiter versucht unter der Rubrik „Aktuelle Informationen“ erstmals, im Heft „Einen Blick zurück auf Baden: Das Jahr 2008“. Es wird dabei auf einige badenrelevante politische Ereignisse hingewiesen, auf Jubiläen, Ausstellungen und Publikationen.

Über das vorliegende Heft hinaus haben wir im Blick auf die zurückliegenden Wochen zu berichten, dass es eine Reihe von weiteren Aktivitäten auf der Ebene des Landesvorstandes gegeben hat. So haben wir am 30. September mit dem Präsidenten des Landesdenkmalamtes Herrn Professor Dieter Planck eine „Denkmalschutzkonferenz“ in Freiburg abgehalten. Das Ergebnis: In den kommenden Jahren werden die Themen des Denkmalschutzes von uns als *Badischer Heimat* akzentuierter verfolgt werden. Zu diesem Zwecke richten wir eine „Fachgruppe Denkmalschutz“ auf Landesebene ein.

Die *Badische Heimat* hatte am 4. November ein sehr konstruktives Gespräch mit den Herren Klaus-W. Benz und Hans Glatz von der Museumsgesellschaft Freiburg, mit dem Ergebnis, zukünftig enger zusammenzuarbeiten. So wird die Freiburger Museumsgesellschaft zu Ehren des Jubiläums der *Badischen Heimat* im kommenden Herbst ein besonderes Konzert initiieren.

Und schließlich hatten wir vor wenigen Tagen ein Gespräch mit Herrn Post und Frau Scheer-Nahor, Vertretern der Redaktion des Badischen Wörterbuches in Freiburg. Im kommenden Jahr wird die *Badi-*

sche Heimat die Herausgabe des 4. Bandes des Badischen Wörterbuches mit einem besonderen Bericht würdigen.

Wir freuen uns auch auf die vereinbarte gute Zusammenarbeit mit der Muettersproch-Gsellschaft, die sich bereits bei der Ausgestaltung unserer Jubiläumsfeierlichkeiten bemerkbar machen wird.

Auch im Haus der *Badischen Heimat* in Freiburg in der Hansjakobstraße gibt es wieder Neuigkeiten: so haben wir im EG ein zusätzliches Zimmer beziehen können, das wir als Sekretariat und Besprechungsraum nutzen werden. Wir haben auch – wie einige Anrufer schon bemerkt haben werden – eine neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle. Frau Daniela Koehler wird den Telefondienst übernehmen und unseren Geschäftsführer Herrn Bühler entlasten, der sich damit den originären Aufgaben als Geschäftsführer zuwenden kann. Frau Sabine Trunz wird die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

In den letzten Wochen wurde die Archivarbeit durch Frau Katharina Toth übernommen, die durch ihre ehemalige hauptberufliche Tätigkeit im Archiv einschlägig erfahren ist. Und schließlich sind wir in vollen Zügen dabei, unser umfangreiches Buchmaterial neu zu sichten und zu ordnen. Unsere Bibliothek in Schuss zu bringen, ist ein Prozess, der eine gewisse Zeit und besondere Anstrengung erfordern wird.

So wünsche ich Ihnen am Ende des Jahres 2008 frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr. Ich bedanke mich bei denjenigen, die sich für die *Badische Heimat* in den Regionalgruppen, aber auch im Bereich des Landesvorstandes engagiert haben. Wir freuen uns auf unser Jubiläumsjahr und hoffen darauf, dass es die Arbeit der *Badischen Heimat* nachhaltig beflügeln wird.

Mit herzlichem Gruß bin ich Ihr

Sven von Ungern-Sternberg
Landesvorsitzender

EINLADUNG

**Alle Mitglieder und Freunde
der Badischen Heimat sind herzlich eingeladen
zur Ausstellungseröffnung**

100 Badische Jahre

am Freitag, 27. Februar 2009 um 17 Uhr

im Basler Hof in Freiburg

**Es sprechen:
Regierungspräsident Julian Würtenberger
Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon
Landesvorsitzender Dr. Sven von Ungern-Sternberg**

**Öffnungszeiten der Ausstellung:
Mo–Fr 8–19 Uhr**

**Schirmherrschaft:
Ministerpräsident Günther H. Oettinger**

AUSSTELLUNG

100 Badische Jahre

ab Freitag, 24. April 2009
bis
Sonntag, 28. Juni 2008

im Badischen Landesmuseum Karlsruhe

Öffnungszeiten der Ausstellung:
Di–Do 10–17 Uhr, Fr–So 10–18 Uhr

Schirmherrschaft:
Ministerpräsident Günther H. Oettinger

Sven von Ungern-Sternberg

2009
100 Jahre „Badische Heimat“

Wie bereits mehrfach in den Editorials angekündigt, begeht der *Landesverein Badische Heimat* im Jahre 2009 sein 100-jähriges Jubiläum. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, einen Blick auf die Geschichte des Vereins zu werfen. In den nächsten beiden Jahren präsentieren wir uns im Rahmen einer Wanderausstellung in zahlreichen badischen Städten. In unserem Jubiläumsjahr werden wir eine ambitionierte Chronik herausgeben, und es wird zudem ein Registerband erscheinen, der die Beiträge der *Badischen Heimat* für die Jahre 1986–2007 erfasst.

Eine Wanderausstellung wird unter der engagierten Federführung von Bernhard Oeschger vorbereitet. Auf ca. 80–100 m^2 Ausstellungsfläche werden Schautafeln und Einzelobjekte Einblicke geben über den Gang der Vereinsgeschichte, eingebettet in die allgemeine badische Geschichte. Die Ausstellung steht unter dem Motto *100 Badische Jahre*.

Die Wanderausstellung wird im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten am 27. Februar 2009 im Freiburger Regierungspräsidium eröffnet werden. Sie steht unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Günther H. Oettinger. Die Eröffnungsveranstaltung im Basler Hof wird als Auftakt von einem Aufgebot politischer Prominenz begleitet sein. Die wissenschaftliche Einführung wird auch wie bei den übrigen Ausstellungsorten Bernhard Oeschger, der Leiter der Außenstelle Staufen des Badischen Landesmuseums in Karlsruhe, geben. Es schließt sich ein offizieller Empfang an. Alle Mitglieder der *Badischen Heimat* sowie alle Interessierten sind hierzu herzlich eingeladen (vgl. auch S. 486).

Zur Ausstellung im Basler Hof in Freiburg – und das wird in anderen Städten genauso sein – wird es ein Rahmenprogramm geben, das Vorträge, Mundartabende, themenspezifische Führungen u. a. umfasst.

Die Planung für die weiteren Ausstellungsorte steht bereits fest: Der nächste Ort wird die Stadt Karlsruhe sein. Im Karlsruher Schloss wird am 23. April die Ausstellung mit einer Eröffnungsveranstaltung fortgesetzt werden. Als dritte Station vor der Sommerpause 2009 wird Mannheim ins Auge gefasst. Fest vereinbart ist bereits Waldshut-Tiengen als nachfolgender Ausstellungsort. Es soll dann Ende 2009 Konstanz folgen. Die erste Ausstellung im Jahr 2010 wird in Schwetzingen sein, gefolgt von Lahr. Mit weiteren badischen Städten wie Offenburg, Baden-Baden, Donaueschingen, Lörrach finden gegenwärtig Gespräche statt. Die Stadt Triberg, die für die Entstehungsgeschichte der *Badischen Heimat* eine Schlüsselrolle spielt, hat bereits für das Jahr 2010 eine Zusage erhalten.

Für die Ausstellung wird ein ansprechender Katalog zusammengestellt, der auch reich bebildert sein wird. Dieser wird als Heft 1/2009 allen Mitgliedern der *Badischen Heimat* zugehen und rechtzeitig zur Ausstellungseröffnung versandt werden.

Neben der Wanderausstellung bereiten wir ein Jubiläumsband, die Chronik *100 Jahre Badische Heimat* vor, um sie ebenfalls im Jubiläumsjahr herauszugeben. Wir sind sehr froh, dass der Direktor des Staatsarchivs in Freiburg, Kurt Hochstuhl, hier die Gesamtkoordinierung federführend übernimmt.

Insgesamt beteiligten sich prominente Mitglieder der *Badischen Heimat* an den einzelnen Abschnitten. Die Grobgliederung der Chronik sieht so aus, dass Wolfgang Hug zu Historismus, vaterländischer Geschichte und Heimatvereinen im wilhelminischen Deutschland einen Beitrag leistet. Gefolgt von Bern-

100
Badische Jahre
Der Landesverein Badische Heimat
1909-2009
Ausstellungseröffnung
27. 2. 2009
Basler Hof, Regierungspräsidium Freiburg
Eine Ausstellung
des Landesvereins
Badische Heimat e.V.

hard Oeschger, der die Vereinsentwicklung von 1909–1933 beschreibt. Dann folgt Kurt Hochstuhl mit einer kritischen Bewertung der Jahre 1933–1945. Paul-Ludwig Weinacht schreibt über die Vereinsentwicklung von 1945–1970 und Heinrich Hauß, unser Schriftleiter, führt uns durch die letzten Jahrzehnte von 1970–2007. In der Chronik erhalten dann die Regionalgruppen die Gelegenheit, kurze Abrisse über ihre Geschichte zu geben. Gerhard Kabierske wird zum Haus der *Badischen Heimat* berichten, Anton Burkard über unser Archiv und die Bibliothek. Christoph Strauß vom Staatsarchiv und Angelika Ott vom Badischen Landesmuseum werden kurz die einzelnen Vorsitzenden und Schriftleiter portraitieren. Ich selbst werde, als Landesvorsitzender, die Chronik mit Überlegungen beschließen, inwieweit die Zielsetzung des Badischen Heimatvereins auch in diesem angebrochenen 21. Jahrhundert noch zeitgemäß ist und welche Schwerpunkte sich die *Badische Heimat* in den künftigen Jahren setzen wird, um weiterhin ihren selbst gewählten Auftrag wahrzunehmen. Dieser Jubiläumsband erscheint als Band I einer im Jubiläumsjahr wieder neu gestarteten Schriftenreihe der *Badischen Heimat*. Wir wollen an die traditionsreiche Geschichte der Sonderveröffentlichungen über die Vierteljahreshefte der *Badischen Heimat* hinaus insoweit anknüpfen, als wir über die Beiträge in unserer Zeitschrift hinaus einen größeren Zusammenhang und einen gesamtbadischen Ansatz haben.

Als eine weitere wichtige Veröffentlichung im Jubiläumsjahr wird am Jahresende ein Registerband erscheinen, in dem die gesamten Veröffentlichungen der *Badischen Heimat* der zurückliegenden Jahrzehnte erfasst sein werden. Dieser Registerband soll in broschierter Form in der Reihe unserer Vierteljahreshefte 4/2009 erscheinen. Er wird nach aktuellen Überlegungen auch in gebundener Form, als Band II der Schriftenreihe der *Badischen Heimat* erscheinen.

Es wird einen zentralen Empfang anlässlich unseres Jubiläums durch die Landesregierung geben. Gemeinsam mit uns feiert der „Schwäbische Heimatbund“ ebenfalls sein 100-jähriges

Jubiläum. Der Ministerpräsident persönlich wird bei unserem Empfang zugegen sein, der im Neuen Schloss in Stuttgart stattfinden wird. (Der genaue Termin war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht bekannt).

Insgesamt bietet das Jubiläumsjahr eine große Chance, dass wir uns als *Badische Heimat* öffentlich präsentieren. Wir versuchen, nicht nur im Blick zurück, die Erinnerungskultur des eigenen Vereins zu pflegen, sondern auch im Rahmen einer Bestandsaufnahme zu überlegen, wie wir uns noch besser auf die kommenden Jahre vorbereiten können. Dies betrifft vornehmlich den Landesvorstand, die Arbeit der Regionalgruppen bleibt davon unberührt. Auf der Landesebene werden wir einen Weg beschreiten, wie das auch in früheren Generationen der Fall war, Fachgruppen zu bilden, die sich überregional mit besonderen Schwerpunktthemen befassen werden. Wir sind gerade dabei, eine derartige Fachgruppe zum Denkmalschutz zu installieren. Dies soll zugleich auch für den Naturschutz und für Nachbarschaftskonzepte zur Schweiz und zum Elsass erfolgen. Desgleichen organisiert sich im Moment eine Gruppe, die unsere Bibliothek und das umfangreiche Schriftmaterial unseres Archivs sichten, ordnen und erfassen möchte.

Es ist einiges zu tun! Wir würden uns freuen, wenn aus den Reihen der Mitglieder Interesse an dieser Arbeit bestünde. Wenn Sie sich ehrenamtlich bei uns engagieren möchten, melden Sie sich bitte bei unserer Freiburger Geschäftsstelle.

Trotz allem ehrenamtlichen Engagement kommen durch unser Jubiläum, was die Ausstellung und die damit verbundenen Veranstaltungen angeht, Kosten auf uns zu. Wir sind im Moment dabei, Sponsoren zu finden. In der jetzigen Situation – der Finanzkrise – ein nicht gerade leichtes Unterfangen. Wir freuen uns daher sehr, dass wir vom Land Baden-Württemberg und der Landesstiftung eine deutliche Unterstützung erfahren. Wir möchten uns an dieser Stelle auch bei zwei Unternehmen bedanken, die uns fördern, allen voran die Rothaus Brauerei und die Firma Äskulap in Tuttlingen.

Alle Mitglieder sind eingeladen, sich bei der Vorbereitung unseres Jubiläums zu engagieren und zu beteiligen, insbesondere was das Begleitprogramm der jeweiligen Ausstellungsorte angeht. Wir hoffen, dass die Jahre 2009/2010 eine Werbung für die *Badische Heimat* sein wird, die uns gebührende Aufmerksamkeit, einen gesteigerten Bekanntheitsgrad, neue Kontakte und einen notwendigen Schub nach vorne geben werden.

Yvonne Istas

Die ehemals großherzoglich-badische Amtsstadt Stockach

Geschichtliche und kunstgeschichtliche Streifzüge

Die Geschichte der Stadt Stockach ist eng mit der einst auf städtischer Gemarkung befindlichen, 1782/1783 abgetragenen Nellenburg verknüpft. Die kleine Siedlung, am Fuß des Burgberges an der Aach gelegen, wurde erstmals 1150 urkundlich mit Namen erwähnt. Vermutlich verlegte Graf Mangold II. von Nellenburg-Veringen das Dorf nach 1250 auf eine Anhöhe und gründete eine Stadt mit planmäßig angelegten Straßen. Der Nachweis für die Existenz einer Stadt im Rechtssinn ist durch eine Urkunde vom 10. August 1283 gewährleistet.[1] Seither sind 725 Jahre vergangen, ein guter Anlass für die Gemeinde, 2008 ein Stadtjubiläum zu feiern.

Nach einem kurzen historischen Überblick wird im vorliegenden Beitrag Stockachs großherzoglich-badische Zeit vom 19. bis ins frühe 20. Jahrhundert ins Visier genommen.[2] Als Verwaltungssitz befanden sich in Stockach wichtige Behörden der dem Amtsbezirk zugeordneten Gemeinden. Die traditionelle Wirtschaftsstruktur der Stadt mit ihren kleinen Handwerksbetrieben und einer eher bäuerlichen Prägung verlor ihre Bedeutung, und Stockach entfaltete sich allmählich zu einem lebendigen Industriestandort. Abschließend werden mehrere, mit Stockach eng verbundene Künstlerpersönlichkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts vorgestellt.

Historischer Überblick

Das Geschlecht der Grafen von Nellenburg starb 1422 aus. 1465 verkauften die Erben, die Freiherren von Tengen und Eglisau, die Grafschaft an die Habsburger. Stockach avancierte zum vorderösterreichischen Verwaltungszentrum im Hegau und besaß bereits im frühen 16. Jahrhundert eine der ersten Poststationen im Land. Ihre Lage am Schnittpunkt wichtiger Verkehrswege prägte die Stadt und ihre Menschen.

1499 wurde die befestigte Stadt im Schweizer- oder Schwabenkrieg von den Eidgenossen vergeblich belagert. Aus diesem Grund begeht Stockach bis heute im Juni ein großes Straßenfest, den sogenannten Schweizerfeiertag. Der Bauernkrieg (1524/1525) und der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) bedrohten die Stadt und ihre Bevölkerung, seine schlimmsten Verwüstungen erfuhr Stockach jedoch 1704 im Zuge des Spanischen Erbfolgekriegs: Der bayerische Kurfürst Max Emmanuel II. ließ die Stadt weitgehend niederbrennen. So erklärt sich, dass die ältesten erhaltenen Gebäude in der historischen Oberstadt frühestens aus dem 18. Jahrhundert stammen.

Im Frühjahr 1770 übernachtete Marie Antoinette, die Tochter der habsburgischen Monarchin Maria Theresia, auf ihrer Brautfahrt von Wien nach Frankreich im wieder aufgebauten Stockach. Ihr zu Ehren wurde das am Marktplatz gelegene Gasthaus Zum Weißen Kreuz, das auch der vorderösterreichischen Verwaltung als Kanzleigebäude diente, dann Badisches Bezirksamt und später Landratsamt war, umgebaut und mit aufwendigem Stuck versehen. 1782/1783 kam aus Innsbruck die Order zum Abriss des Schlosses Nellenburg, das inzwischen unrentabel geworden war. Eine nach Plänen von 1706 bzw. 1782 erfolgte Rekonstruktion veranschaulicht die mächtige Schlossanlage.[3] Auf einer Federzeichnung um 1790 ist die Nellenburg am linken Bildrand bereits als Ruine zu sehen. Die steile Kirch-

Rekonstruktion der Nellenburg als Modell
Stadtmuseum Stockach

Stadtansicht, kolorierte Federzeichnung um 1790
Stadtmuseum Stockach Inv. 354

halde, die katholische Pfarrkirche St. Oswald mit Zwiebelturm, der Salmannsweilerhof und ein Teil der Stadtmauer, das Kanzleigebäude bzw. Weiße Kreuz und die zum Kapuzinerhospiz gehörige Michaelskapelle sind gut zu erkennen. Als phantasievolle Ergänzung muss die Häuseransammlung mit Kirche am rechten Bildrand betrachtet werden.

Die napoleonischen Kriege wüteten auch vor den Toren Stockachs. 1799 siegte Österreich in der Schlacht von Stockach (bei Liptingen) gegen die französischen Truppen, während 1800 die Franzosen ihrerseits triumphierten. Aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage musste Stockach unzählige durchmarschierende Soldaten verpflegen und beherbergen. Ein Zeitzeuge berichtete, dass zwischen 1790 und 1801 über 712 000 Einquartierungen österreichischer, französischer und russischer Truppen der aus 145 Familien bestehenden Bürgerschaft zugemutet wurden. Bis Ende Oktober 1815 summierten sich die Einquartierungen auf über 1,1 Millionen Mann.[4] Wohlstand konnte sich in dieser Zeit kaum entfalten.

Die österreichischen Besitzungen in Südwestdeutschland wurden Anfang des 19. Jahrhunderts aufgeteilt, und Stockach gelangte im Januar 1806 kurzfristig an das junge Königtum Württemberg, bevor die Stadt 1810 badisch wurde. Revolutionen und Kriege forderten auch im 19. und 20. Jahrhundert Opfer unter der Bevölkerung Stockachs. Wirtschaftlich jedoch blühte die Stadt kontinuierlich auf, und ihre Bevölkerungszahl vervielfachte sich. 1939 wurde Stockach badische Kreisstadt und damit Verwaltungssitz eines Landkreises. Dieser Status blieb auch im 1952 zusammengefügten Bundesland Baden-Württemberg erhalten. Erst im Zuge der Kreisreform von 1972 wurde der Landkreis Stockach aufgelöst und die Stadt 1973 dem Kreis Konstanz angegliedert. Gleichzeitig wurde Stockach um die Ortsteile Espasingen, Hindelwangen, Hoppetenzell, Mahlspüren im Hegau, Mahlspüren im Tal, Seelfingen, Raithaslach, Wahlwies, Winterspüren und Zizenhausen erweitert.

Stockachs grossherzoglich-badische Zeit

Nach über 300 Jahren vorderösterreichischer Verwaltung zogen 1806 württembergische Beamte und Militärs in Stockach ein. Die Bevölkerung tat sich jedoch schwer mit den neuen Machthabern. Als man im Mai 1809 den Oberamtmann Carl Anton von Krafft wegen „gefährlicher Verbindung mit Österreich und Gegnerschaft zu Württemberg“ verhaftete, entwickelte sich in Stockach und den Nachbargemeinden im Juli 1809 eine Revolte, die niedergeschlagen wurde.

Aufgrund der nur kurz andauernden Verwaltungshoheit prägten die Württemberger Stockach auch in baulicher Hinsicht kaum. Allerdings wurde die steile Kirchhalde als Verkehrshindernis betrachtet: 1809 wurde das „Untere Tor“ abgerissen, um die Zufahrt über die Kirchhalde in die Oberstadt zu erleichtern.[5] Unter der badischen Vorherrschaft, die 1810 einsetzte, entstanden detaillierte Pläne für eine bessere Verkehrsanbindung und Umfahrung der Oberstadt.[6] Man entfernte 1830 nun auch das „Obere Tor“ am östlichen Stadtausgang und erleichterte 1844 den Zugang in die Oberstadt von Westen kommend durch den Bau des

„Fürstlich Fürtenberg'sches Eisenwerk Rißtorf", Detail aus einer Lithographie von C. Theodor Weiber: Stockach, 1845
Stadtmuseum Stockach, Inv. 474

Stadtwalles. Dafür mussten einige Gebäude abgerissen werden, wie das erste Rathaus und die alte Schule. Der Friedhof an der katholischen Stadtpfarrkirche St. Oswald wurde 1841 an die Loretokapelle verlegt. Die auf dem alten Friedhofsgelände vormals befindliche „Untere Stadtkirche" war bereits 1782 abgetragen worden. Das seit 1719 bestehende Kapuzinerhospiz wurde 1809 aufgelöst und nach mehreren Besitzerwechseln 1837 von der „Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation" in Karlsruhe erworben. Zusammen mit dem bereits 1834 in Betrieb genommenen Fürstlich-Fürstenbergischen Eisenwerk in Rißtorf sorgten diese ersten Industriebetriebe in Stockach für einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand. Ein Brand zerstörte allerdings bereits wenige Jahre später, am 25. Dezember 1842, die Zuckerrübenfabrik.[7] Das Eisenwerk in Rißtorf, in dem zeitweise bis zu 70 Arbeiter beschäftigt waren, musste aus wirtschaftlichen Gründen 1862 geschlossen werden.

Die Badische Revolution hatte auch in Stockach ihre Anhänger. Am 9. März 1848 rief der Revolutionär Josef Fickler, Redakteur der Konstanzer „Seeblätter", auf der Hauptstraße vom Balkon des Handelshauses Dandler erstmals die Deutsche Republik aus. Der zunächst mit Friedrich Hecker befreundete Rechtsanwalt Sebastian Straub war von 1844 bis 1848 Bürgermeister der Stadt Stockach und zudem von 1845 bis 1848 badischer Landtagsabgeordneter. Straub wollte allerdings politische Änderungen mit gesetzlichen Mitteln durchsetzen und distanzierte sich im Frühjahr 1848 von einer weiteren Radikalisierung und den republikanischen Bestrebungen im Seekreis.

Hauptstraße mit Gasthof Adler-Post um 1895, Foto Gustav Hotz
Stadtarchiv Stockach

Auf Verlangen seiner Wähler legte er sein Landtagsmandat nieder und trat freiwillig als Bürgermeister zurück. Der Heckeraufstand, an dem auch Stockacher Bürger beteiligt waren, scheiterte am 20. April 1848 in der Schlacht von Kandern.

Es ist sicher seiner verkehrsgünstigen Lage zu verdanken, dass Stockach eine stattliche Anzahl von Hotels und Herbergen besaß. Reisende mussten meist in Stockach übernachten, bis die nächste Postkutsche bestiegen werden konnte. Als 1867 die Anbindung an die Eisenbahnlinie Richtung Radolfzell und 1870 Richtung Meßkirch erfolgte, wurden in der Nähe des Bahnhofs noch weitere Hotels errichtet, doch Durchreisende übernachteten immer seltener in Stockach. Die Gasthäuser und Brauereien florierten – nicht zuletzt wegen des regen Vereinswesens – trotzdem, so dass das Bezirksamt 1880 in seinem Jahresbericht feststellte, dass die Amtsstadt Stockach mit 37 Wirtschaften auf 2038 Einwohner prozentual an der Spitze aller Städte des badischen Landes stehe.[8] Heute sind nur wenige der alten Lokalitäten erhalten, die meisten wurden abgerissen oder in Wohn- bzw. Geschäftshäuser umgewandelt.

Eine besondere Bedeutung ist dem Nellenbad, seit 1814 ein „Badhaus“ mit Tavernenbetrieb, zuzuschreiben. Eine schwefelhaltige Quelle am Nellenberg gab den Ausschlag dazu, dass Stockach in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den 62 im Großherzogtum Baden anerkannten Badeorten zählte. Da sich Kurgäste allerdings selten einfanden, setzte sich das Nellenbad eher als Ausflugslokal mit Kegelbahn und Gartenwirtschaft durch. Im Jahr 1900 wurde das Nellenbad in ein Wohnheim für die Mitarbeiterinnen der Firma Schiesser umgewandelt, 1933 kaufte es die Stadt, um es unter anderem als Jugendherberge zu nutzen. Inzwischen wurde das Gebäude abgerissen.

Der Radolfzeller Industrielle Jacques Schiesser (Trikotwaren) und das Gottmadinger Gießerei- und Landmaschinenunternehmen Fahr gründeten 1891 bzw. 1892 Filialbetriebe in Stockach, die für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung und Bevölkerungszuwachs sorgten. In dieser Zeit wandelte sich auch das Stadtbild deutlich: In der Unterstadt entstanden zahlreiche Villenbauten, vor allem an der heutigen Goethestraße (damals Bahnhofstraße) und der neu angelegten Schillerstraße. Als Großbauten kamen die evangelische Kirche 1883, das Krankenhaus 1889, das Gefängnis 1899, die Volksschule 1901 und das Amtsgericht 1909 hinzu. Zur Stadtverschönerung trug auch der durch Bürgermeister Carl Walcker geförderte Stadtgarten bei, der ab 1906 nach Plänen der Stuttgarter Landschaftsarchitekten Berz & Schwede zwischen alter Stadtmauer, Krankenhaus und Volksschule angelegt wurde. Die städtebaulichen Veränderungen wurden 2008 anlässlich des Stadtjubiläums in der Ausstellung „Stockach in alten Fotografien“ veranschaulicht und in einem Begleitband dokumentiert.[9]

Villa des Arztes Dr. Friedrich König, um 1900
Stadtarchiv Stockach

Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der das Ende der großherzoglich-badischen Zeit herbeiführen sollte, besuchte die Großherzogin Hilda von Baden am 3. Oktober 1913 Stockach, um eine Handarbeitsausstellung anzusehen. Ein kurzer Aufenthalt im Hause des Arztes Dr. Friedrich König stand mit auf dem Programm, denn die Großherzogin kannte die Gattin des Arztes, Clara König, die im Vorstand des Badischen Frauenvereins aktiv war. Der Besuch der Großherzogin war das letzte, größere Ereignis vor Kriegsbeginn, das in der Stadt festlich begangen wurde. In den Kriegsjahren zwischen 1914 und 1918 starben

auch Stockacher Soldaten an den fernen Fronten. Die Stadt selber wurde nur einmal unmittelbar angegriffen: Am 13. April 1915 warf ein Flugzeug unbekannter Nationalität über dem Bahnhofsgebiet vier Bomben ab, ohne dass dabei größerer Schaden entstand.

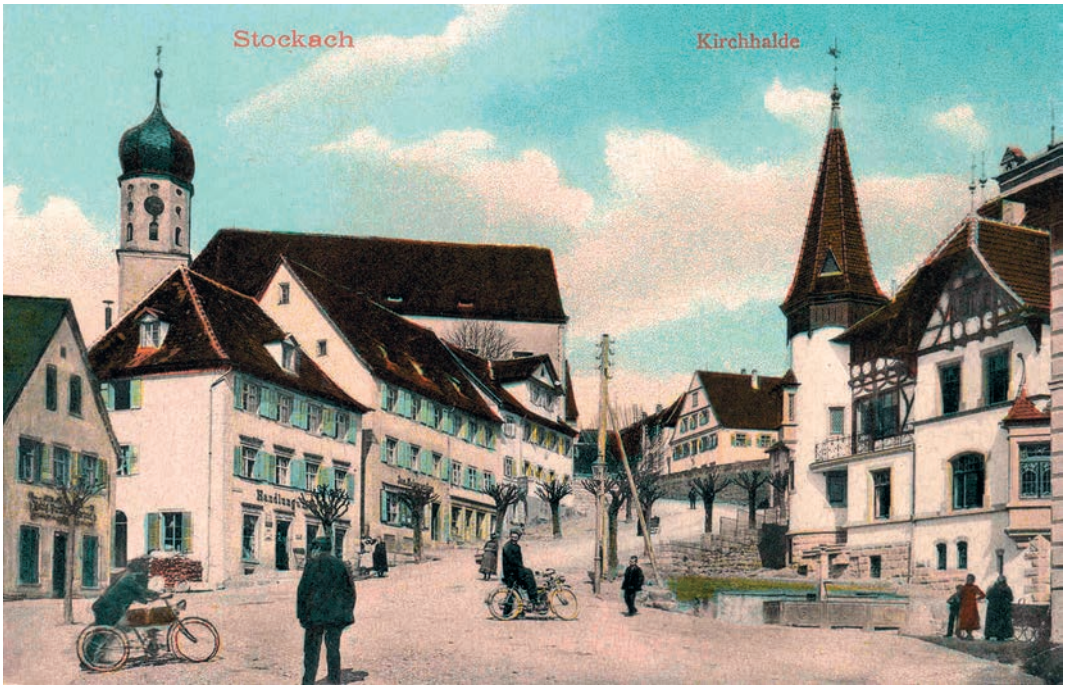
Stockachs großherzoglich-badische Ära endete 1918 mit der Niederlage des deutschen Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg, als der letzte Großherzog von Baden, Friedrich II., abdankte.

Künstlerpersönlichkeiten

Zu den Künstlerpersönlichkeiten, die eng mit Stockach verbunden sind, zählen unter anderem die Musikerin Caroline Schleicher, der Landschaftsmaler Emil Lugo und der Portrait- und Genremaler Ernst Würtenberger.[10]

Die zu Lebzeiten berühmte Klarinettistin Caroline Schleicher wurde am 17. Dezember 1794 in Stockach geboren. Aus einer Musikerfamilie stammend, ging sie bereits im Kindesalter mit ihrem Vater und ihrer Schwester auf Tournee in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie spielte Geige, Klavier und Gitarre. Darüber hinaus war sie als Dirigentin und Komponistin tätig und unterrichtete mehrere Instrumente sowie Gesang. Hohen Bekanntheitsgrad erlangte sie jedoch als eine der ersten Klarinettistinnen ihrer Zeit. Sie heiratete 1822 im Wiener Stephansdom den k. u. k. Hofoboisten Ernst Johann Krähmer. Trauzeuge war Franz Xaver Mozart, der Sohn von Wolfgang Amadeus Mozart. Das spannende Leben und Werk der Stockacher Musikerin, deren Todesdatum bisher nicht ermittelt werden konnte, wurden von Nicola Färber (Wien) in einer in Kürze erscheinenden Dissertation bearbeitet.

Emil Lugo wurde am 26. Juni 1840 als Sohn des Oberamtsassessors Karl Alfons Lugo und seiner Ehefrau Maria Ludowika, geb. Fischer, in Stockach geboren. Bereits zwei Jahre nach seiner Geburt übersiedelte die Familie nach Freiburg. Er studierte als Schüler von Johann Wilhelm Schirmer an der Großherzoglich-Badischen Kunstschule, wo er sich mit seinem Studienkollegen Hans Thoma befreundete. Er reiste von Freiburg aus mehrfach nach Italien, war mit dem Schriftsteller Wilhelm Jensen befreundet und verbrachte die letzten Lebensjahre in München, wo er 1902



Kirchhalde, Postkarte um 1900 Stadtarchiv Stockach

starb.[11] Emil Lugo gehört zu den bedeutenden Landschaftsmalern des deutschen Südwestens, dessen Kunst- und Naturauffassung im Spannungsfeld zwischen der akademischen Ausrichtung seines Lehrers Johann Wilhelm Schirmer und der realistischen Landschaftsmalerei des Freundes Hans Thoma anzusiedeln ist. Anregungen und Vorlagen für seine Landschaftsdarstellungen fand er jeweils in der unmittelbaren Umgebung: dem Schwarzwald, der mittelitalienischen Landschaft um Rom und in der bayerischen Voralpenlandschaft im Chiemgau.

Während Caroline Schleicher und Emil Lugo nur eine mehr oder weniger kurze Zeitspanne Ihrer Kindheit in Stockach verbracht haben, lebten Anton Sohn, Gustav Rockholtz und Werner Mollweide längere Zeit in Stockach bzw. seiner unmittelbaren Nähe. Ihr Leben und Wirken soll etwas eingehender betrachtet werden.

1799 ließ sich der aus dem oberschwäbischen Kümmerazhofen (bei Bad Waldsee) stammende Anton Sohn (1769–1841) mit seiner jungen Familie in Zizenhausen nahe Stockach nieder und fertigte nach unterschiedlichen Vorbildern seine farbenfrohen Kleinplastiken, die nicht nur im süddeutschen Raum, sondern vor allem in der Schweiz und Frankreich, wie auch in Belgien, England und andernorts ihre Abnehmer fanden und nach wie vor unter Sammlern, Kunstgeschichtlern und Volkskundlern sehr geschätzt werden. Bekannt sind vor allem die zwischen 1820 und 1841 entstandenen Figuren, wie beispielsweise der Basler Totentanz, die Trachtendarstellungen und die Karikaturen auf das Bürgertum der Zeit des Biedermeiers. Die Kenntnisse über die Herstellung der Tonfiguren wurden innerhalb der Familie weitergegeben und blieben Außenstehenden verborgen. Wertvolle Model ermöglichten es den Kindern und Enkeln, die fast ausschließlich von Anton Sohn entworfenen Figuren auch nach dessen Tod weiter anzufertigen, bis Ende des 19. Jahrhunderts die Nachfrage erlahmte. Da Anton Sohn in Zizenhausen auch als Bürgermeister und Kirchenmaler tätig war, befanden sich in seinem Nachlass unter anderem interessante Schriftquellen, Gemälde und Zeichnungen. Vor allem aber sind knapp 540 Terrakotten erhalten, die der

Anton Sohn: „Das waren gute Zeiten", Zizenhausener Terrakotte um 1830 Stadtmuseum Stockach Inv. 243-85

Ur-Urenkel von Anton Sohn, Otto Müller, als Musterfiguren erbte, und etwa 1040 Model. 2003 konnte die Stadt Stockach mit Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg das Erbe der Familie Sohn erwerben.[12]

Die spannende Vita des Malers Gustav Rockholtz (1869–1938) und sein umfangreiches, vielfältiges Werk wurden 2005 durch eine Ausstellung im Stadtmuseum Stockach einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.[13] Der Malergeselle aus Witten ließ sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Kunstzentren Berlin und München vom deutschen Impressionismus anregen. Über Italien reiste er in den Orient, wo lichtdurchflutete, farbenfreudige, teils kräftige – teils luftige Momentaufnahmen entstanden. Die Bilder, die Rockholtz ab 1903 in Kairo und auf Reisen durch Oberägypten und Palästina malte, zeugen von der künstlerischen Auseinandersetzung mit Max Liebermann, Lovis Corinth oder Max Slevogt. Als Deutscher geriet Rockholtz 1914–1919 in Zivilgefangenschaft auf Malta. Seine letzten zwanzig Lebensjahre verbrachte er in Stockach, wo sich seine Frau inzwischen niedergelassen hatte.

In Stockach entfaltete der Künstler eine enorme Produktivität. Von den über 160 erhaltenen Bildern, die von 1920 bis zu seinem Tod

Gustav Rockholtz: St. Oswald und Gasthof Löwen, um 1930 Stadtmuseum Stockach Inv. 1

1938 entstanden, befassen sich etwa einhundert mit Stockach und seiner näheren Umgebung. In dieser Zeit wird Rockholtz' künstlerische Arbeit von finanziellen Sorgen überschattet. Als alleinstehender, reiselustiger Künstler war er im Orient finanziell zurecht gekommen. Auch das Ehepaar Rockholtz scheint in Kairo durch den Verkauf von Bildern an Touristen genug verdient zu haben, um sich Reisen leisten zu können. Aber nach dem Ersten Weltkrieg folgten wirtschaftlich schwere Zeiten, die einen gesundheitlich angeschlagenen Künstler mit Frau und zwei Kindern in einer Kleinstadt wie Stockach hart treffen mussten. Eine Nachfrage an Gemälden bestand hier kaum. Hausportraits und Bilder vom Wahrzeichen der Stadt, der Kirche St. Oswald, ließen sich am ehesten verkaufen. So schuf er vor ihrem Abriss (1931) zahlreiche variierende Ansichten der Stadtpfarrkirche und kopierte einige Darstellungen mehrfach, entweder im Auftrag oder sogar auf Vorrat. Ein Grund dafür war vermutlich auch, dass viele Bürger eine Erinnerung an die alte Kirche besitzen wollten. Solche Wiederholungen aber auch Kopien älterer Motive aus dem Orient können jedoch Rockholtz künstlerisch nicht befriedigt haben. Immer wieder tauchen aber in dieser Zeit Landschaftsdarstellungen und ungewöhnliche Perspektiven auf, die ihn als Maler herausgeforderten. Dazu zählen seine auf Reisen ins Tessin entstandenen Werke. Rockholtz besaß keinen großen Hang zur Abstraktion, weder in Bezug auf die Farbe, noch auf die Form, und ließ sich nicht von den zeitgenössischen Strömungen beeinflussen. Er verfolgte seinen eigenen Weg, der ihn immer wieder in die freie Natur führte. Selbst in seinen verschiedenen Ansichten der Stadt und in den Hausportraits wird bis auf wenige Ausnahmen der Landschaft eine gewichtige Rolle zugestanden.

Die Darstellungen von Stockach verdeutlichen, wie stark sich das Stadtbild gewandelt hat. Die Veränderungen sind weniger auf Kriegszerstörungen zurückzuführen, als vielmehr auf eine „natürliche" Stadterweiterung. Der 1932/33 entstandene Neubau der Kirche St. Oswald hat das Erscheinungsbild der Oberstadt beeinflusst, aber nicht nur der Abriss des alten Kirchenschiffes und des Gasthauses Zum Löwen, das Verschwinden des alten Kaufhauses am Gustav-Hammer-Platz, der Lohmühle und anderer mehr oder weniger markanter Bauwerke, sondern auch die zahlreichen Neubauten, die rund um die Oberstadt entstanden, haben das Stadtbild verändert. Der Hägerweg hat durch den Bau des Parkhauses oder die neben dem Stadtgarten zum Krankenhaus hin entstandenen Wohnhäuser seinen ländlichen Charakter völlig verloren. So mancher Blick, den Rockholtz vom Stadtgarten bzw. Krankenhaus aus auf St. Oswald geworfen hat, ist heute durch Häuser verstellt.[14] Auch die von Rockholtz gerne portraitierte Region um die Dillstraße mit Blick auf die Oberstadt zeigt, wie sich das Gelände vor der ehemaligen Stadtmauer durch Wohnhäuser, vor allem aber durch den Bau des Schulzentrums, des Hallenbades und der Jahnhalle verändert hat. Fast 90 Jahre sind seit der Ankunft des Künstlers Gustav Rockholtz in Stockach vergangen. Seine Bilder erfreuen nicht nur den Betrachter, sondern sie sind auch Zeitdokumente von stadtgeschichtlicher Bedeutung.

Werner Mollweide (1889–1978), der als junger Mann von Straßburg an den Bodensee übersiedelte, lebte fast siebzig Jahre am Ende des Überlinger Sees in Ludwigshafen. Er war mit der Region aufs Engste verbunden. Als Maler und als Denkmalpfleger erstreckte sich sein Wirken über die Grenzen seines Wohnortes weit in den Hegau hinaus. Während er Ludwigshafen und die Uferregion Richtung Bodman und Sipplingen in zarten, stimmungs-

vollen Landschaftsbildern festhielt, entstanden von Stockach großformatige, eher sachliche Ansichten, die eine moderne Industriestadt widerspiegeln.

In einer Zeit der zunehmenden Abstraktion blieb Mollweide als Schüler des oberrheinischen Impressionisten Lothar von Seebach wie dieser einer eher naturnahen Landschaftsdarstellung treu. Dabei entfernte sich der Freilichtmaler zunehmend von einem kräftigen Farbauftrag hin zu einer immer zarteren, feinen Pinselführung, mit der er seine äußerst präzise Beobachtung der Natur und ihres Stimmungsgehaltes auf die Malfläche zu bannen versuchte. Mollweide fühlte sich von der zeitgenössischen Kunstkritik der Vorkriegsjahre unverstanden und unbeachtet. Der mit dem Künstler befreundete Postmeister und Stockacher Stadthistoriker Hans Wagner brachte die Haltung Mollweides 1934 in einem kurzen Artikel im Jahresband der Zeitschrift „Badische Heimat“ deutlich zum Ausdruck.[15]

Mollweides Engagement galt auch dem Natur- und Denkmalschutz. So war er über zwanzig Jahre lang bis zur Kreisreform Anfang der 1970er Jahre Kreisbeauftragter für den Denkmalschutz im Kreis Stockach.[16] „Seine außerordentlichen Kenntnisse in der Landesgeschichte, wie auch sein baugeschichtliches Wissen, haben ihn für diese Aufgaben prädestiniert.“[17] In seiner Misszelle über die staatliche Denkmalpflege in Stockach ging Mollweide nicht nur auf die geschichtlichen Wurzeln der Region ein, sondern präsentierte auch zahlreiche denkmalwürdige und -geschützte Gebäude in Stockach und weiteren Orten der Umgebung.[18] Dabei setzte er sich auch für den Erhalt des alten Kaufhauses in Stockach ein und erwähnte die vier mächtigen Eichensäulen, die noch aus dem Vorgängerbau (einer Zehntscheuer) stammen sollten.[19] Seine Auffassung über das, was Denkmalpflege bedeutet und leisten sollte, äußerte er wie folgt: „Die Denkmalpflege sieht ihre Anliegen nicht so sehr in der unveränderten Erhaltung eines jeden alten Fachwerkhauses, als in der Pflege organisch gewachsener Stadtbilder, die vor der Überfremdung durch modisch gezwungene Formen bewahrt werden sollen. (…) Verarmung an Kultur trotz zunehmender Zivilisation stellt der Denkmalpflege den Begriff Neu

Werner Mollweide: Überlinger See, um 1930
Stadtmuseum Stockach Inv. 108

gleich schön und Alt gleich unschön entgegen. Wider diese kulturelle Verarmung und für die Stärkung des geschichtlichen Sinnes am erhaltenen Vorbild bemüht sich die Denkmalpflege.“[20] Diese Haltung hatte er bereits 1930 bei der großen Auseinandersetzung um den Neubau der Kirche St. Oswald in Stockach vertreten und sich dabei auch für den Erhalt des Gasthauses Zum Löwen ausgesprochen. Er argumentierte damals in mehreren Leserbriefen, die im „Stockacher Tagblatt“ erschienen, gegen den Kirchenneubau des Stuttgarter Architekten Otto Linder und vor allem für den Erhalt des Zwiebelturmes.[21] Die Artikel und der Schriftwechsel zwischen Mollweide und der Zeitungsredaktion der „Deutschen Bodensee Zeitung“ wie auch Briefe, die zwischen dem Künstler und einem Mitglied des katholischen Stiftungsrats, Amtsgerichtsrat Deufel, gewechselt wurden, zeugen von der Heftigkeit der Auseinandersetzung. Schließlich wurde 1932 die neue Kirche zwar errichtet, aber zumindest der mit Hilfe von Spendengeldern der Stockacher Bevölkerung renovierte Kirchturm blieb erhalten. Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst des Malers Werner Mollweide.

Anmerkungen

1 Schenkungsurkunde von 1283 im Salemer Urkundenbuch, Generallandesarchiv Karlsruhe (Sign. 67 Nr. 1163, S. 178–179). Abgedruckt und übersetzt in: Yvonne Istas/Thomas Warndorf: Stockacher Lesebuch. 725 Jahre Geschichte und Geschichten, Konstanz 2008.

2 Daten und Fakten basieren weitgehend auf Hans Wagner: Aus Stockachs Vergangenheit, Konstanz 1967 (2. Aufl. 1981). Eine erste Stadtchronik verfasste Jakob Barth: Geschichte der Stadt Stockach im Hegau bis zum Jahr 1810, Stockach 1894. Die Stadtgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bearbeitete Hartmut Rathke: Im Zeitalter der Weltkriege, Konstanz 2004. Darüber hinaus existiert eine Reihe von Publikationen zu Spezialthemen. Herausgehoben sei Peter Bohl: Die Stadt Stockach im 17. und 18. Jahrhundert. Strukturen und Funktionen einer Oberamtstadt. Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung, Konstanz 1987.

3 Planmaterial aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien und dem Erzbischöflichen Archiv Freiburg, publiziert in Fredy Meyer: Auf Schritt und Tritt. Burgen, Höhlen und Heilige Orte am Bodensee, Konstanz 2004, 21 f. und Istas/Warndorf 2008.

4 Vgl. Wagner 1981, 198 f.

5 Ein erst kürzlich entdeckter Plan von 1809 gibt erstmals Aufschluss über die ursprüngliche Situation der Kirchhalde. Plan „Über die Verbesserung der Straßen an der Kirchhalden“, datiert 10. März 1809. Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (Sign. K 856/1 Nr. 1). Abgebildet in: Istas/Warndorf 2008.

6 Vgl. „Situationsplan der Stadt und der nächsten Umgebung, 1835 (mit Nachträgen von 1842)“. Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (Sign. K 856/1 Nr. 9).

7 An dieser Stelle wurde 1847 der heute noch existente Gasthof Zum Goldenen Ochsen errichtet.

8 Vgl. Wagner 1981, 144.

9 Vgl. Yvonne Istas/Thomas Warndorf: Stockach in Alten Fotografien, Erfurt 2008 (mit knapp 160 historischen Aufnahmen).

10 Eine Dissertation zu Ernst Würtenberger bereitet Simone Sander an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität vor.

11 Vgl. Mona Djabbarpour u. a.: Der Landschaftsmaler Emil Lugo (1840–1902), Kat. zur Ausst. in Hausen ob Verena (Kunststiftung Hohenkarpfen) und im Stadtmuseum Stockach, Beuron 2002.

12 Vgl. Yvonne Istas: Terrakotten, Model und noch mehr. Das Erbe der Familie Sohn aus Zizenhausen, Kat. zur Ausst. im Stadtmuseum Stockach [Stockacher Museumskataloge Bd. 1], Konstanz 2004 und dies.: Die Zizenhausener Terrakotten, in: Hegau 61 (2004) 243–254.

13 Vgl. Yvonne Istas: Vom Orient zum Bodensee. Der Stockacher Maler Gustav Rockholtz (1869–1938). Kat. zur Ausst. im Stadtmuseum Stockach [Stockacher Museumskataloge Bd. 2], Konstanz 2005.

14 Eine in dieser Region gelegene Straße wurde Gustav Rockholtz zu Ehren nach seinem Namen benannt.

15 Vgl. Hans Wagner: Maler Werner Mollweide, in: Badische Heimat 21 (1934) 233–236.

16 Vgl. Gernot Umminger: Maler und dienstvoller Denkmalpfleger, in: Ekkhart, Jahrbuch für das Badner Land (1970) 113 f.

17 Konrad Mollweide: Kunstmaler Werner Mollweide (1889–1978), in: Hegau 45 (1988) 271.

18 Vgl. Werner Mollweide: Staatliche Denkmalpflege in Stockach, in: Hegau 25 (1968) 278–287.

19 Vgl. ebd. 280 (mit Abb.). Das alte Kaufhaus wurde im November 1972 abgerissen. Die Eichensäulen sind heute im Eingangsbereich des Gasthauses Kranz in Liggeringen zu finden.

20 Ebd. 278.

21 Vgl. Rathke 2004, 133–138. Rathke widmet der Auseinandersetzung um den Kirchenneubau ein eigenes Kapitel.

Anschrift der Autorin:
Dr. Yvonne Istas
Stadt Stockach
Kultur und
Fremdenverkehr
Altes Forstamt
Salmannsweilerstraße 1
78333 Stockach

Elke Seibert

Mode und Tracht im Markgräflerland

Mode und Tracht waren im Markgräflerland, wie die frühen historischen Archivalien zum Aussehen der sogenannten „Vrenelitracht“ im 18. Jahrhundert belegen[1], im wahrsten Sinne des Wortes eng miteinander verflochten.

Dies verwundert nicht. Ist doch im Verbreitungsgebiet der sogenannten „Markgräfler Tracht“, welche die „Vrenelitracht“ 1765 per Dekret ablöste, eine charakteristische Konstellation gegeben, die in der Trachten- und Bekleidungsforschung der Europäischen Kulturanthropologie bereits in anderen deutschen Trachtenregionen untersucht worden ist.

Der rege wirtschaftliche und kulturelle Austausch der ländlichen und städtischen Regionen in der Nähe der Oberzentren Basel und Lörrach führte – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – zu Diffusionsprozessen in der Bekleidung, da den Frauen und Männern vom Lande die städtische Mode beständig vor Auge geführt wurde, wenn sie ihre Produkte auf den Märkten der Stadt verkauften oder Besucher aus der Stadt auf dem Lande zu Gast waren. Der Handel mit Produkten des täglichen Leben wie Obst und Gemüse im regionalen Gefüge und der nationale Handel mit Waren, die von Süden nach Norden aus Italien in die deutschen Landen transportiert wurden, brachten auch Innovationen der ländlichen Bekleidungsgewohnheiten im Markgräflerland mit sich. Das sogenannte „Mailänder Tuch“ aus Seide und die Seidenstoffe der Trachtenkleider fanden durch italienische Wanderhändler Eingang in die Markgräfler Tracht. Zudem sind Tüllspitzen aus Frankreich, zum Beispiel aus Lyon, und aus Italien, wie Florenz, importiert worden.

Verständlicherweise verursachten die permanenten städtischen Einflüsse auf die Kultur der ländlichen Regionen auch Abgrenzungsmechanismen. Trotz der modischen Anpassungen der Markgräfler Tracht ist die Kappe, das heißt die Bandkappe[2] und nachfolgend die Hörnerkappe, nicht durch einen städtischen Hut verdrängt worden, sondern orientierte sich ab dem 17. Jahrhundert an den französischen Schleifenhauben.[3] Lediglich im Sommer wurde als Sonnenschutz ein weitkrempiger Strohhut[4] getragen. Die Hörnerkappe ist zu einem Erkennungsmerkmal[5] geworden und ihre Trägerinnen sind auf historischen Bilddokumenten selbst in einer großen Menschenmenge gut zu orten. Auch dieses Phänomen ist in der Trachtenforschung als These bekannt. Diffusionsprozesse lösen durch die Integration von Innovationen einerseits eine Angleichung von Mode und Tracht aus und anderseits werden bestimmte Charakteristika der Tracht beibehalten und betont, um die regionale Identität des ländlichen Kulturraums zu wahren. Sie können sich sogar zum „Markenzeichen“[6] einer Region entwickeln. So betont Kretschmer[7] um 1887 ausdrücklich, dass die Tracht der „Markgräflerinnen“ als eine der charakteristischen des Landes bezeichnet werden kann und dass auch die Produkte dieser bekannten Weingegend danach benannt sind. Auch Hottenroth beschreibt 1898, auch nicht ohne einen Hinweis auf „das weinreiche Vorgebirge zwischen Freiburg und Basel“,[8] als Hauptkennzeichen den großen „Schlupf“, eine Haube aus zwei Bandflügeln über dem Oberkopf, die aus schwarzer Seide besteht und an den Schmalseiten ihrer Enden „befranst“ sei.

In diesem Beitrag sollen nun auf der Grundlage der Trachtensammlung des Museums am Burghof in Lörrach einige Merkmale der Markgräfler Festtagstracht der Frauen und Mädchen in die Mode- und Kostümgeschichte von 1760 bis 1940 eingeordnet werden, ergänzt durch ausgewählte Trachtenstücke aus Privat-

besitz in Haltingen und in Kandern. Dieser Versuch einer historischen Einordnung kann natürlich nur exemplarisch erfolgen und generalisierend sein, da noch viele aussagekräftige Trachten und Trachtenteile in Privatbesitz unentdeckt sind und weitere Sammlungen im Markgräflerland und die Sammlung des Museums der Kulturen unberücksichtigt bleiben. Vielmehr soll dieser Beitrag zu weiteren Forschungen anregen und Interesse für die unübersehbare Verknüpfung von Mode und Tracht im Markgräflerland wecken.[9]

Viele Kleidungsstücke der Markgräfler Tracht, diese vergänglichen und viel getragenen Objekte der materiellen Volkskultur, sind glücklicherweise und durch die tatkräftige Unterstützung engagierter Trachtenträgerinnen und Trachtenträger in der Sammlung des Museums am Burghof in Lörrach seit 1975 zusammengetragen worden und erhalten geblieben.[10] Die Sammlung umfasst circa 365 Trachtenstücke und ist eine der umfangreichen, öffentlichen Trachtensammlung in Baden. Sie repräsentiert allerdings nicht das gesamte Verbreitungsgebiet der Markgräfler Tracht, denn die Trachtenteile stammen aus dem Landkreis Lörrach, insbesondere aus dem Wiesental, und beinhalten auch Trachten anderer Länder und Landschaften.

Die Hauptbestandteile der Markgräfler Festtagstracht sind das Trachtenkleid[11], die Schürze[12], das Tuch[13] und die Kappe[14]. Als Überbekleidung wurde bis ins letzte Drittel des 18. Jahrhunderts eine kurze Jacke[15] getragen. Im Winter wärmte ein großes Schultertuch aus Kaschmir.

Das Trachtenkleid ist aus Rock und einem Oberteil mit langen Ärmeln zusammengesetzt. Der Kleiderverschluss[16] verläuft als senkrechte Stosskante mit verdeckten Häkchen oder Druckknöpfen vorne vom Halsausschnitt zum Taillenband. Als Farben der Tücher und Schürzen, und zuweilen auch der Kleider, wurden entsprechend der überwiegend protestantischen Religion im Markgräflerland das Schwarz und das Weiß favorisiert. Doch bei der Farbwahl der Kleider zeigten sich die Trachtenträgerinnen den modischen Strömungen der Zeit aufgeschlossen, so dass das strenge Schwarz zu den christlichen Feiertagen und den wichtigen Lebensfesten verpflichtend war, während im übrigen Jahreslauf auch gerne farbige Trachtenkleider getragen worden sind.

Die Sammlung des Burghofmuseums umfasst zur Zeit circa 31 Trachtenkleider, 48 Schürzen, 28 Kappen, 2 Brautkronen, 151 Schultertücher, 17 Halstücher und eine Reihe von regionaltypischem Zubehör aus der Zeit von 1780 bis 1950. Die Trachtenkleider und die Schürzen wurden zum überwiegenden Teil handgenäht und bestickt; erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hielt die Nähmaschine als zeitsparende Arbeitshilfe Einzug auf dem Lande. Die Stoffe für die Trachtenkleider sind zum Teil noch handgewebt, da im Wiesental das Weben traditionell als Nebenerwerb diente und dort kleinere Textilmanufakturen ansässig waren. Die Kleider bestehen aus Leinen, Leinen-Woll-Geweben, zum Teil mit changierenden Effekten, oder aus Baumwolle bzw. Baumwoll-Woll-Geweben, und sind mit Leinenstoff gefüttert. Kräftige Farben, wie Violett, Blau, Braun, Grün oder Rot waren durchaus beliebt. Feine, schwarze Seidenstoffe fanden für Hochzeitskleider Verwendung und graue Seidenstoffe, ebenso wie die wertvollen grauen Seidentücher, galten als Inbegriff von Luxus und waren ein Zeichen für Reichtum. Dennoch wurden durch die regionale Textilindustrie auch früh synthetische Fasern für die Trachtenkleider verarbeitet. Geradezu innovativ ist ein Trachtenkleid[17] der Sammlung aus den 30er Jahren, gefertigt aus frühem Baumwoll-Synthetik-Gewebe.

Während die Verzierungen, bestehend aus Perlmutt- oder „Steinnuss"-Knöpfen, Plisséebändern, Seidenrippsbändern, Applikationen, Stickereien und Falten, viel Gestaltungsraum für modische Anleihen ließen, sind spezielle Details der Verarbeitung als charakteristisch für die ländliche Kleidung zu bezeichnen. Einige Trachtenkleider haben Saumschoner[18] und einen Saumbesatz[19]. Die rückwärtigen Falten am Taillenband[20] wurden in Handarbeit eingenäht und an der Vorderseite ist häufig ein kleines, angenähtes Uhrentäschchen zu finden. Die langlebigen Trachtenkleider sind in der Regel so oft umgearbeitet worden, bis sie ausrangiert wurden oder verschlissen waren. Das „Modernisieren" ist an den Trachtenkleider aus den 20er und 30er Jahren der Sammlung gut

zu erkennen, da der Stehkragen ausgeschnitten worden ist, und die Rocklänge gekürzt wurde.

Auf einem historischen Foto aus dem Jahre 1911 aus Lörrach vom Hochzeitspaar Karl Kessler aus Hüsingen ist eine authentische Hochzeitstracht zu erkennen, die sich in der Lörracher Sammlung befindet. Das Hochzeitskleid[21] wurde aus anthrazitfarbenem Leinen mit blauen Fäden hergestellt. An der Schulter und im Rückenteil sind schmale Stoffbiesen eingenäht, Verschluss und Ärmel zieren weiße Perlmuttknöpfe. Der Rock des Kleides hat am Taillenband rückwärtig eine reiche Falteneinteilung, einen Saumbesatz aus blauem Stoff und ein blaues Band als Saumschoner. Das Schultertuch[22] besteht aus schwarzer Seide mit handgestickten Blumenranken und zweifach geknoteten Fransen. Das Fuertuch bzw. die Schürze ist ebenfalls aus schwarzer, glatter Seide mit angesetztem umlaufendem Volant. Unter die Hörnerkappe ist der Hochzeitskranz eingesteckt, aus Myrthenzweigen geflochten und mit Wachsblumen geschmückt. Der Frack[23] und die Weste[24] des Bräutigams sind ebenfalls im Museum am Burghof. Der Nachlass Kessler umfasst zudem noch zwei Leidhalstücher und ein Leidfuertuch. Das ursprüngliche Hochzeitskleid ist von Frau Kessler mit einem Rundausschnitt modernisiert worden und als Witwe trug sie Schultertücher aus schwarzem Tüll mit schwarzem Kreppband umsäumt und somit ohne Verzierungen sowie eine schwarze schmucklose Schürze. Dieses Trachtenkleid hat sie also zeitlebens begleitet.

In der Sammlung des Museums am Burghof können Trachtenteile aus den bekannten Epochen der Modegeschichte von 1760 bis 1940 gefunden werden; beginnend mit der frühen „Vrenelitracht“, welche den bürgerlichen Frauenkleidern des ausgehenden Rokoko oder Louis Seize (Zopfstil) entspricht. Obwohl die weibliche Silhouette mit weit gefälteltem Rock und Mieder zunächst noch einem höfischen, französischen Ideal verhaftet war, ist der Einfluss der bequemeren und sportlichen englischen Mode unverkennbar[25], die dann während der französischen Revolutionszeit in Frankreich dominierte. Anstelle der Taille wurde nun der Busen stark hervorgehoben. Die Frauen verhüllten das tief ausgeschnittene Dekolleté mit einem weiten, gekreuzten Brusttuch, auch Fichu genannt, und die Schürze wurde wieder zum modischen Attribut. Dazu gehörten ein Kurzjäckchen, auch „Caraco“ genannt,[26] und eine legere Kopfbedeckung wie beispielsweise ein Strohhut oder eingeflochtene Bänder anstelle unförmiger Frisurengebilde. Das Haar fiel ganz natürlich den Rücken hinab. Zwei Bandkappen[27] der „Vrenelitracht“ aus zart geblümten Seidenstoffen und acht quadratische Tücher in Pastelltönen[28] aus Lörrach lassen erahnen, wie vornehm und fein die „Vrenelitracht“ der Frauen im Markgräflerland gewirkt hat. Eine vollständige Vrenelitracht aus Privatbesitz[29] in Kandern führt uns die Opulenz und Eleganz vor Augen, die letztendlich dann auch 1765 zu ihrem Verbot führte.

Historisches Foto, Hochzeitpaar Kessler, 1911, Hüsingen
Museum am Burghof Lörrach

Nach 1794 trat die antike Mode oder „Mode à la grècque“ von Paris aus ihren Siegeszug in Europa an und beendete erst einmal das Tragen des Korsetts „als Rückgrat höfischer Eleganz“.[30] Rock und Mieder wurden jetzt aus

Markgräfler Jungfrau, Aquatinta von Meichelt, um 1820
Privatbesitz

Markgräflerin, Lithografie, um 1860, Lemercier Paris
Privatbesitz

einem Stück geschnitten, die Taille rückte hinauf und die Damen wandelten in hellen, leichten Gewändern mit antikisierendem Faltenwurf. Eine Markgräflerin im Stile des Empire ist in der Kunstgrafik überliefert; Trachtenteile aus dieser Stilepoche konnten allerdings bisher noch nicht eruiert werden.

Um 1805 entwickelte sich dann in der Donaumonarchie die bürgerliche Mode des Biedermeier. Nun wurde der Körper wiederum durch ein Schnürmieder modelliert, erhielt aber mehr Bequemlichkeit durch eine Bluse als Oberteil des Kleides. Um die Taille optisch schmaler erscheinen zu lassen, wurden die Schultern akzentuiert und die Ärmel aufgebauscht.[31] Einige weibliche Portraits aus der Zeit von 1815 bis 1850 aus dem Markgräflerland spiegeln diese Epoche des Biedermeier wider und ein schwarzes Trachtenkleid mit weiten, gefältelten Schinkenärmeln ist in Privatbesitz[32] erhalten geblieben.

Nach 1848 und der Rückkehr zur Monarchie wurde auch in der Mode wieder auf höfische französische Ideale zurück gegriffen. Es fanden wieder üppige Stoffmengen für die Kleider Verarbeitung, die von gerafften Volants, Rüschen, Fransen und Schleifen überzogen waren. Das sogenannte Zweite Rokoko etablierte den Reifrock in der Tracht, so dass sich die Tracht in bemerkenswerter Weise der städtischen Mode angeglichen hat. Diese Zeit des Historismus dauerte bis zur Jahrhundertwende an und ist verhältnismäßig gut in der Sammlung des Museums am Burghof dokumentiert. Neunzehn Tücher[33] in Rottönen, schwarzviolettfarbene Jacquardmuster, aus Samt, Seidentüll und Seide gefertigt, zum Teil aus einem Stoffstück geschnitten und mit mehrfach geknoteten, handgeknüpften Fransen, stammen aus dem Zweiten Rokoko von 1850 bis 1870. Ebenfalls wird eine weißer Unterrock[34], der durch seinen Umfang und die zahllosen Falten eigens Platz für eine Krinoline[35] bot, in der Sammlung aufbewahrt. Ein violett-schwarz kariertes Trachtenkleid mit kleiner Schleppe und genügend Rockweite für die Krinoline befindet sich in Privatbesitz[36]. Modische Accessoires in der Tracht unterstrichen den stilvollen Auftritt, wie auf einem Foto der Trachtenträgerin Anna Maria Sütterlin[37] aus Steinen zu sehen ist. Dazu gehörten beispielsweise auch kleine Sonnen- und Regenschirme[38] sowie verspielte Handbeutel[39]. Die

Historische Fotografie, Anna Maria Sütterlin, Steinen, um 1870
Privatbesitz

Historische Fotografie, Ida Tröndle, Lörrach, um 1890
Museum am Burghof Lörrach

Markgräfler Tracht erlebte von 1850 bis 1910, vom Historismus bis zum Jugendstil, eine wahre Blütezeit. Obwohl sich in der Modegeschichte gerade in diesen Jahrzehnten wegweisende Veränderungen[40] andeuteten, konnte das Brauchtum der Tracht durch private Initiativen belebt werden und folgte zudem dem allgemeinen Trend sich angesichts der kulturellen Veränderungen und wirtschaftlichen Umwälzungen der „guten, alten Zeit" mit ihren traditionellen Werten wieder verstärkt zuzuwenden.

Ein historisches Foto der Trachtenträgerin Ida Tröndle[41] aus Lörrach aus der Zeit um 1890 zeigt sie in einem hochgeschlossenen, hellen Trachtenkleid mit schwarzem Spitzenkragen und weißer Tüllspitze am Kragenrand. Das Schultertuch, das vorne gekreuzt und auf dem Rücken gebunden ist, besteht ebenfalls aus Tüll mit großen vierblättrigen Blüten aus Samt und doppelt geknoteten Fransenband. Die Schürze ist aus schwarzer Seide mit fünf eingenähten Spitzenborten aus stilisierten Blüten zusammengesetzt. Die Hörnerkappe aus breitem, seidenem Ripsband hat zwei eingearbeitet Falten und lange Fransen. Als interessantes Detail ist die Kette der Taschenuhr zu erkennen, die im Uhrentäschchen verstaut war. Zudem verziert eine Brosche den Kragenansatz. Das Schultertuch im Stile des Zweiten Rokoko aus der Zeit um 1860 hatte bereits ihre Großmutter[42] getragen, deren Tücher und Schürzen speziell aus ihrer Trauerzeit in der Lörracher Sammlung aufbewahrt werden.

Da der überwiegende Anteil der Trachten im Museum am Burghof aus der Epoche des Jugendstils stammt, sollen die allgemeinen Charakteristika in der Markgräfler Tracht zwischen 1900 und 1915 abschließend noch im Detail beschrieben werden. Die Trachtenkleider der Jahrhundertwende sind hochgeschlossen und in der Schnittführung wird die vertikale Linie durch vertikale Nähte, eingenähte Falten und Knopfleisten deutlich betont. In den Ausschnitt ist oft ein verstärkter Stehkrageneinsatz[43] aus Tüllspitze eingesetzt. Das Oberteil wurde durch Falten (Biesen),

Seidenbänder, Zackenlitzen, Samteinsätze und Stickereien in regelmäßige florale und geometrische Muster visuell eingeteilt. Die angenähten Ärmel des Trachtenkleids sind eng anliegend geschnitten und haben Tüllspitze am Ärmelrand. Es ist eine große Farbenvielfalt der Trachtenkleider zu beobachten, deren Röcke eine Art Glockenblumenform annahmen. Rote, goldbraune, grüne, blaue, gemusterte Stoffe wie Grau mit weißen Nadelstreifen, sowie glänzende und changierende Stoffe waren keine Seltenheit. Die schwarzen und weißen Schultertücher aus Seidenstoff und Tüllspitze konnten nun anstelle von schwungvollen Volants aus Tüllspitze auch mit geknoteten Fransen verziert sein. Ihre Blümchenmuster mit eingewebten Veilchen und Rosen oder geometrischen Mustern mit Halbmonden und Punkten setzten modische Akzente. Die dreieckigen Tücher sind in der Regel aus drei bis fünf Stücken zusammengesetzt, in einer leichten Rundung zugeschnitten und ihre Weite misst oft mehr als zwei Meter. Die Schürze[44], seitlich durch das Schürzenband und einen Knopf geschlossen, bot ebenfalls Raum für textile Gestaltung. Stickereien, eingenähte Streifen aus Spitzen, gehäkelte Einsätze, verzierte Zwickel, und feine Volants aus Tüllspitze zeigen die Phantasie der Trägerinnen. Der Schmuck, Halsbroschen mit geschnittenen Steinen oder Glaspasten oder Uhrenketten, sowie die Accessoires, Täschchen mit bestickten Perlen und Glassteinen oder Schirme mit Silberknauf, rundeten das Bild von „der modischen Markgräflerin“ zur Jahrhundertwende ab.

Der Übergang vom Ablegen der ländlichen Tracht und dem Anlegen städtischer Kleidung verlief fließend. Das Foto der Hochzeitsgesellschaft der Eheleute Friedrich Lang aus Haltingen[45], fotografiert im Jahre 1914, veranschaulicht noch das Nebeneinander ländlicher und städtischer Bekleidungsgewohnheiten. Und nicht nur alte Frauen tragen die Markgräfler Festtagstracht sondern auch junge Mädchen! Doch haben die meisten weiblichen Gäste bereits festliche weiße Abendkleider mit Spitzen und V-Ausschnitt angelegt und tragen zum Teil sogar kurze, kinnlange Haare. Selbst die Braut hatte sich für ein weißes Hochzeitskleid mit Brautschleier entschieden.

Die Trachtenträgerinnen und Trachtenträger im Markgräflerland haben bis zum Zweiten Weltkrieg an der Tracht festgehalten, passten ihre Tracht aber den nun schnell wechselnden Moden wiederum an. Kleider aus den Zwanziger Jahren zeigen einen Rund- oder Matrosenkragen und die Rocklänge rutschte bis an das Knie. Ein Trachtenkleid[46] aus Leinen-Woll-Gemisch, gewebt aus roten (Schussfaden) und blauen (Kettfaden) Fäden ist in der Art eines Matrosenkleids gearbeitet und wurde wahrscheinlich um 1920 für ein junges Mädchen angefertigt, dass einer Familie

Historische Fotografie, Hochzeit der Eheleute Lang, 1914, Lörrach Privatbesitz

von Trachtenträgerinnen[47] in Kühlenbronn im Wiesental angehörte.

Das Brauchtum der Markgräfler Tracht ist bis heute lebendig und wird gepflegt. Besonders dem Markgräfler Trachtenverein Kandern ist es zu verdanken, dass die Markgräfler Tracht auf der Grundlage historischer Dokumente in ihrer nachgewiesenen Formenvielfalt auch heute noch repräsentiert wird. Es ist als Glücksfall zu bezeichnen, dass diese Trachtenträgerinnen und Trachtenträger nicht den Mechanismen des Folklorismus[48] nachgeben oder nachgegeben haben, so wie es oft in der europäischen volkskundlichen Forschung beschrieben worden ist. Das heißt, die Authentizität der Markgräfler Tracht blieb erhalten und wurde nicht durch persönlichen Geschmack oder Geltungsdrang Einzelner beeinflusst oder verfälscht.

Resümierend bleibt zu wünschen, dass die historisch gewachsenen Sammlungen der Region zukünftig für die Trachtenforschung verstärkt dokumentiert werden und zu weiteren, aussagekräftigen Ergebnissen der Alltagskultur führen. Einige interessante Forschungen zur materiellen Sachkultur haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Grenzen zwischen Stadt und Land trotz herrschaftlicher Verordnungen und restriktiver Verbote doch wesentlich durchlässiger waren, als es in der volkskundlichen Literatur des 20. Jahrhunderts in Thesen formuliert worden ist. Das Forschen „mit den realen Objekten" wird auch in Zukunft wertvolle Aussagen für den Diskurs zur materiellen Sachkultur in der Europäischen Kulturanthropologie liefern. Denn das Sammeln und Bewahren in öffentlichen Institutionen sichert einzigartiges Basismaterial und wird auch zukünftig nur schwerlich durch ein anderes Medium zu ersetzen sein.

Anmerkungen

1 Wehrle, Fred: Die Markgräfler Tracht, In: Das Markgräflerland, Heft 2 (1987)
Wehrle, Fred/Hofer, Thomas: Leute, Kleider, Trachten. Eine Dokumentation zur Geschichte der Markgräfler Tracht, Unveröffentlichtes Manuskript anlässlich einer Ausstellung des Geschichts- und Museumsvereins Vorderes Kandertal vom 31. 8. bis 1. 9. 2003 in Eimeldingen
Huggle, Ursula: Die Entwicklung der Markgräfler Tracht, In: Das Markgräflerland, Heft 2 (1994).

2 Alemannisch: „Dotschchappe".

3 Die Männertracht im Markgräflerland passte sich sowohl bei der Bekleidung als auch bei der Kopfbedeckung noch stärker der bürgerlichen Bekleidung an. Sie besteht aus Gehrock, Hemd, Weste und langen Hosen nach englischen Vorbildern des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Als Kopfbedeckung hat sich der Zylinder durchgesetzt. Als Kennzeichen der Tracht sind die bestickte Weste und besonders breite, bestickte Hosenträger (Alemannisch: „Chretze") erhalten geblieben.

4 Alemannisch: Schihuet;
Der einzige, bekannte original Schihuet befindet sich in der Sammlung des Museums der Kulturen in Basel. Nach freundlicher Mitteilung des Konversators der Abteilung Europa, Herrn Dominik Wunderlin, von 18. 8. 2008. Er teilte ebenfalls mit, dass ein „Schihuet" in Privatbesitz in Weil am Rhein eine Kopie dieses originalen Schihuets in Basel sei.

5 Im Standardwerk von Albert Kretschmer, Deutsche Volkstrachten, Leipzig Bach 1887–1890, S. 95/96, Taf. 51, wird die Hörnerkappe als „charakteristisch" für die Tracht und das Trachtenkleid als „modisch" eingestuft.

6 Vgl. beispielsweise für die weit entfernte Trachtenregion der Vierlanden bei Hamburg: Könenkamp, Wolf-Dieter, Wirtschaft, Gesellschaft und Kleidungsstil in den Vierlanden während des 18. und 19. Jahrhunderts (= Schriften zur Niederdeutschen Volkskunde, Bd. 9), Göttingen 1978.

7 Kretschmer, Deutsche Volkstrachten (1887–1890), S. 95/96, Taf. 51.

8 Friedrich Hottenroth, Deutsche Volkstrachten – städtische und ländliche – vom 16. Jahrhundert an bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1898–1902, 3 Bde., Bd. 2, Volkstrachten aus Süd- und Südwest-Deutschland, S. 106; in diesem Standardwerk sind sogar Schnittmuster verschiedener Trachten zu finden.

9 Den Recherchen und Untersuchungen zur modischen Entwicklung der Tracht in der Markgräfler Trachtensammlung des Museums am Burghof Lörrach ging im Jahre 2001 eine Ausstellung mit dem Titel „Liebe Deine Nähte. Mode und Tracht im Markgräflerland von 1760 bis in die Gegenwart" im Museum am Lindenplatz in Weil am Rhein voraus. Das wissenschaftliche Konzept ist von Dr. Elke Seibert, Thomas Hofer, Fred Wehrle und Irma Gabriella Oberli erarbeitet worden. Die Markgräfler Trachten stellte der Trachtenverein Kandern zur Verfügung. Für die Leihgabe der sehr wertvollen historischen Kostüme konnte das Schweizer Landesmuseum Zürich gewonnen werden. Die Mode der Nachkriegszeit im Markgräflerland wurde durch die Geschichte der Zeitschrift „Burda Moden" in Kooperation mit dem Burda Verlag Offenburg repräsentiert.

10 Die elektronische Inventarisierung basiert auf den handschriftlichen Aufzeichnungen von Frau Hilde Neuberth aus Lörrach, die ab 1975 die Trachtensammlung des Museums am Burghof Lörrach ehrenamtlich betreut und ergänzt hat. Die Trach-

tensammlung wurde in den Jahren von 2002 bis 2005 von der Verfasserin Frau Dr. Elke Seibert aus Basel inventarisiert und dokumentiert. Dank gilt Herrn Thomas Hofer aus Haltingen für seine zahlreichen, wertvollen Hinweise als Kenner der Markgräfler Tracht sowie Frau Hülse, Geschäftsführerin des Bundes Heimat und Volksleben e. V., für ihre fachkompetenten Hinweise speziell zum Sammlungsbestand der Kappen und Hauben.

11 Alemannisch: „Trachtenrock“.
12 Alemannisch: „Füertuech“ (von Vortuch).
13 Alemannisch: „Mailändertuch“ oder „Lyonertuch“ mit angesetzten einfach und mehrfach geknoteten Fransen oder Volant.
14 Alemannisch: „Hörnerkappe“.
15 Wegen der großen Ärmelaufschläge wird diese Jacke im Alemannisch: „Ermel“ genannt.
16 Alemannisch: „Häftlilitze“.
17 Inv.-Nr. B 238, Museum am Burghof Lörrach.
18 Alemannisch: Bäselitze.
19 Alemannisch: Blegi.
20 Alemannisch: Centur.
21 Inv.-Nr. B 0194, Museum am Burghof Lörrach.
22 Inv.-Nr. B 0320, Museum am Burghof Lörrach.
23 Inv.-Nr. B 0086.
24 Inv.-Nr. B 0230.
25 Vgl.: von Boehn, Max: Die Mode, 2 Bde., München 1976, 2. Bd., Eine Kulturgeschichte vom Barock bis zum Jugendstil, S. 48.
26 Vgl.: Thiel, Erika, Geschichte des Kostüms. Die europäische Mode von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin 1968, S. 452 f.
27 Alemannisch: „Lätsch“ für die Schleife über der Stirne. Inv.-Nr. B 0219 und Inv.-Nr. B 0224, Museum am Burghof Lörrach.
28 Inv.-Nr. B 0217, B 0218, B 0267, B 0273, B 0277, B 0881, B 0882, B 0883.
29 Privatbesitz Fred Wehrle, Kandern.
30 Thiel, S. 490.
31 Thiel, S. 527 f.
32 Privatbesitz Thomas Hofer, Haltingen.
33 Inv.-Nr. B 0275, B 0276, B 0285, B 0291, B 0292, B 0295, B 0296, B 0297, B 0298, B 0301, B 0302, B 0303, B 0304, B 0305, B 0313, B 0359, B 0369, B 0212, B 0242, Museum am Burghof Lörrach.
34 Inv.-Nr. B 0216, Museum am Burghof Lörrach.
35 (Franz. crin: Rosshaar).
Mit Rosshaar versteifter und geflochtener Reifrock als Bestandteil der Unterbekleidung; vgl.: Loschek, Ingrid, Reclams Mode- & Kostüm Lexikon, Stuttgart 1987, S. 329.
36 Privatbesitz Thomas Hofer, Haltingen.
37 Anna Maria Sütterlin, geb. Pflüger, am 1. 5. 1846 in Steinen. Das Foto zeigt sie mit ungefähr 20 Jahren.
38 Alemannisch: „Paraplü“ (franz. Parapluie).
39 Alemannisch: „Ridikül“.
40 Die bisherigen weiblichen Bekleidungsformen mit einengenden Kleidern, Miedern und Tournüren mit Gesäßauflagen (auch Turnüre; Loschek, S. 460) wurden in Frage gestellt und die sogenannten „Reformkleider“ propagierten eine natürliche, ungezwungene Bekleidung der modernen Frau. Der Körper musste auch nicht mehr während der Freizeit und dem Sport vollständig bedeckt werden.
41 Nach den handschriftlichen Aufzeichnungen von Frau Hilde Neuberth wohnte Frau Ida Tröndle, geborene Brutschin im Jahre 1877 in Gersbach, mit ihrem Mann Fritz Tröndle in der Teichstrasse in Lörrach und verstarb dort am 9. 3. 1962; Foto, Museum am Burghof, Eingangsnr. 2000/3.
42 Eine Postkarte mit dem Bildnis der Großmutter (Foto, Museum am Burghof, Eingangsnr. 2000/3) zeigt sie mit demselben Tuch. Ihre Leidhalstücher und Leidfuertücher: siehe Inv-Nr. B 0827 bis B 0831.
43 Alemannisch: „Gstältli“; die Verstärkung besteht aus leichtem Draht oder aus Fischbeinstäbchen.
44 Alemannisch: „Fuertuech“.
45 Hochzeit von Eugen Friedrich Lang, geb. 1. 11. 1885, und Maria Ida Beck, geb. 31. 3. 1888, am 5. 5. 1914 im Gasthaus Zur Krone in Lörrach, fotografiert vom „Hofphotogr. Trefzger Lörrach“, s/w Foto, Privatbesitz Thomas Hofer, Haltingen.
46 Inv.-Nr. B 0182, Museum am Burghof Lörrach.
47 Es sind 16 Trachtenteile der Familie Kropf-Ruf aus Kühlenbronn in der Markgräfler Trachtensammlung des Burghofmuseums vorhanden.
48 Zum Begriff „Folklorismus“ in der materiellen Volkskultur Europas vgl. als Einführung:
Moser, Hans: Vom Folklorismus in unserer Zeit, In: Volkskunde, 58. Jahrgang 2 (1967); S. 177–209; Bodemann, Ulrike: Folklorismus – Ein Modellentwurf, In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde, Jg. 28 (1983), S. 101–109; Bausinger, Hermann: Folklorismus in Europa. Eine Umfrage, In: Zeitschrift für Volkskunde, 65. Jahrgang 1 (1969), S. 1–8.

Anschrift der Autorin:
Dr. Elke Seibert
St. Galler-Ring 200
4054 Basel
Schweiz

Susanne Schreiber

Niclaus von Leidens Kruzifix in Baden-Baden

Bewegungsabläufe in Stein[1]

Der Untertitel „Bewegungsabläufe in Stein“ soll bei einem Vortrag über ein spätgotisches Monumentalkreuz überraschen und zugleich ein Wesensmerkmal der Kunst des Niclaus von Leiden vorab benennen (Abb. 1).[2] Das weit über sechs Meter hohe Sandsteinkreuz, das ursprünglich auf dem Alten Friedhof in Baden-Baden aufgestellt war, ist ein außerordentliches Meisterwerk der spätgotischen Skulptur. Das Kreuz, das sich inzwischen in der Stiftskirche befindet, wird sicherlich geschätzt, doch als sensationelles Kunstwerk wird es leider immer noch nicht betrachtet. Einige Erfindungen, die das Grabmonument von Niclaus von Leiden aufweist, heben es jedoch weit heraus aus dem, was nach der Mitte des 15. Jahrhunderts nördlich der Alpen entsteht.

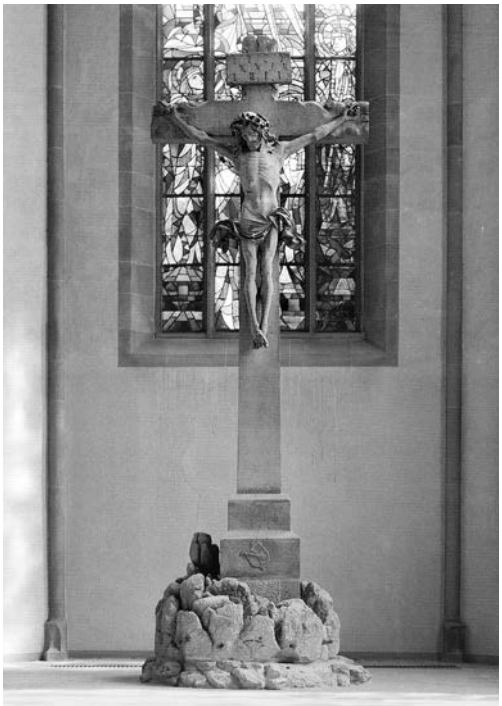


Abb. 1: Das über sechs Meter hohe Sandsteinkruzifix steht geschützt vor Witterungseinflüssen im Chor der Stiftkirche Baden-Baden. Der Bildhauer Niclaus von Leiden hat es 1467 datiert. Foto: Archiv der Autorin

Was wissen wir von diesem Bildhauer?

Er wird in den Straßburger Ratsarchivalien Niclaus von Leiden genannt, in der Forschungs-Literatur heißt er indes meist Niclaus Gerhaerts – nach seinem Vater. An dem holländischen „s“ in Gerhaerts erkennt man schon, dass Niclaus aus den Niederlanden stammt, wohl aus der Universitätsstadt Leiden. Wo hat er gelernt? Wo seine Gesellenzeit verbracht? Darüber schweigen bedauerlicherweise die Quellen. Auch sein Geburtsjahr ist unbekannt, dürfte aber in den zwanziger, vielleicht Anfang der dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts liegen. Sicher ist nur sein Todesdatum: 1473 in Wien. Nach Wien war der zu Lebzeiten berühmte Bildhauer gezogen, weil Friedrich III., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (1452–1493), sich bei ihm ein Grabdenkmal bestellt hatte. Ein ehrenvoller Auftrag, den er natürlich nicht ausschlagen durfte. Die jüngere Forschung geht davon aus, dass Niclaus vor hatte, nach Erledigung des Kaisergrabmals nach Straßburg zurückzukehren, denn er zog ohne Frau und Kind nach Wien. Doch an der Donau ereilte ihn noch vor Vollendung des großen Marmorgrabmals der Tod. Seine Werkstatt führte dann den Auftrag zu Ende.

Abb. 2: Grabmal-Entwurf für Herzog Ludwig den Gebarteten von dem Künstler Hans Multscher, der noch vor Niclaus von Leiden ältere mit neuen Stilformen mischt (Detail). Foto: Archiv der Autorin

Worauf kann sich die Forschung stützen?

Die Kunstgeschichte hat einige signierte und datierte Bildwerke als Anhaltspunkte. Ein Fixpunkt ist die Jahreszahl 1467, die in den Sockel am Kruzifix aus Baden-Baden eingemeißelt ist. In nur elf Jahren – zwischen 1462 und seinem Tod 1473 – hat Niclaus von Leiden mindestens sieben Großaufträge für verschiedenste Städte erledigt. Diese sind durch Urkunden oder Inschriften verbürgt. Wahrscheinlich waren es noch viel mehr Skulpturen in Holz und Stein, aber Bildersturm, Krieg und Feuersbrünste haben viele der empfindlichen Kunstwerke vernichtet.

Was ist das für eine Zeit, der Niclaus von Leiden seinen Stempel aufdrückt

Etwa ab 1450?

Einige Stichworte müssen hier genügen: Johannes Gutenberg erfindet 1445 den Buchdruck mit beweglichen Lettern in Mainz, 1450 erscheint das Konstanzer Messbuch. Freiburg im Breisgau eröffnet 1457 eine Universität, eine der ältesten auf deutschem Boden. Jean Mentelin druckt 1460 in Straßburg die erste lateinische Bibel. In den größeren Städten des deutschen Reichs, in Strassburg, Ulm und Freiburg, sind Patriziat und Bürgertum zu Reichtum, Macht und Einfluss gekommen. Ebenso wie Fürsten und Klerus baut sich auch die Bürgerschaft aus eigenen Mitteln in etlichen Städten Münster. Reiche Fernhändler, Schiffer, Bankiers und vermögende Bürger beauftragen die besten Künstler mit Grabanlagen und Kapellen, die vor allem eines bewirken sollen: den wirtschaftlich erfolgreichen Bürgern langen Nachruhm zu garantieren – eine Form der Erinnerung durch die Nachwelt, die bislang dem Adel vorbehalten war.

Welche Mitbewerber hatte Niclaus von Leiden? Der bedeutendste Bildhauer ist Hans Multscher aus Ulm[3]. Aber Multscher war eine Generation älter. Seine Kunstauffassung lässt sich gut an dem Entwurf für das Grabmal Herzog Ludwig den Gebarteten von Bayern-Ingolstadt ablesen (Abb. 2)[4]. Es datiert aus dem Jahr 1435. Multscher ist sehr modern und zugleich noch den alten Formeln verhaftet: Modern ist das Bemühen um eine realistische Schilderung des menschlichen Körpers: Brustkorb, Knie, Adern an Christi Armen. Der formelhaften älteren Kunst verhaftet sind indes die Fußwunden, die schematischen Engelsgesichter und das stereotype Antlitz von Gottvater. Dieser Vergleich lässt erkennen, dass Niclaus in seiner Generation keinen erkennbaren Gegenspieler hat; keiner der gleich stark ist, was Erfindung und Verlebendigung der überlieferten Formensprache betrifft.

Zurück zur Frage nach der Zeit, in der Niclaus arbeitet: Die katholische Religion bestimmt den Alltag wie den Festtag der Menschen, der Reichen wie der Armen. In religiösen Schauspielen und in der Traktatliteratur dreht sich alles um den Menschen, seine Gefühlswelt und sein Nacherleben jener Leiden, die Christus und Maria auszustehen hatten, um das Heilswerk in Gang zu setzen. Italien ist Mitte des 15. Jh. schon weiter. Südlich der Alpen hat bereits ein neues Zeit-

Abb. 3: Die Forschung geht bei diesem Porträt von einem Selbstbildnis aus. Sein Aufbau veranschaulicht den kreisenden Prozess des Denkens.

Abb. 4: Das Kruzifix zum Gedächtnis an Hans Ulrich stand ursprünglich auf dem Alten Friedhof in Baden-Baden.
Foto: Archiv der Autorin

alter angefangen: die Renaissance. In ihr ist der Mensch das Maß aller Dinge. Nördlich der Alpen, im Deutschen Reich, setzt die letzte Phase der Spätgotik ein. Aber auch hier wird der Mensch immer wichtiger. Er wird erforscht und von den Künstlern mit unterschiedlichem Erfolg abgebildet. Dieses Interesse am Natürlichen ist die große Chance, die Niclaus von Leiden nutzt.

Niclaus von Leiden ist der Entwicklung hin zum echten Abbild mit Meilenstiefeln vorangeschritten. Dass es ihm immer auch um die psychologische Ausdeutung einer Person ging, stellt sein Epoche machendes Selbstbildnis mit Macht klar (Abb. 3)[5]. Niclaus erzählt da mit seinem äußeren Erscheinungsbild auffällig viel über seine innere Haltung. Denn er baut das Selbstbildnis als Künstler über einer Spirale auf. Wir kommen später noch einmal darauf zurück. Warum ist es ein Künstlerbildnis? Eindeutig ablesbar an dem Zirkel oder Meißel in der Hand – leider aber abgebrochen. Nichts könnte das schöpferische Grübeln und kreative Kreisen um eine künstlerische Vorstellung besser veranschaulichen als die Spirale. Auch die fein differenzierten Oberflächen verdienen Aufmerksamkeit. Niclaus setzt das Wollgewand ab vom Pelzbesatz und einem feinen Unterhemd, das am Hals zu sehen ist. Das dicke Haar ist anders strukturiert als die Troddeln des Überwurfs, die Haut im Gesicht anders als am Handgelenk.

1467 vollendet Niclaus von Leiden das Grabmal für Hans Ulrich in Baden-Baden (Abb. 4.). Es war für den Alten Friedhof bestimmt und steht seit vier Jahrzehnten ebenso prominent wie sicher im Chor der katholischen Stiftskirche. Vor einigen Jahren hat die Verfasserin in ihrer Doktorarbeit festgestellt, dass der Bildhauer Niclaus von Leiden einem neuartigen Bildkonzept folgt.[6] Die Holz- und die Steinskulptur ist ein statisches Medium, anders als etwa eine mechanische betriebene astronomische Uhr, auf der sich Figuren drehen können. Dennoch schafft es Niclaus, in Holz und Stein Bewegungsabläufe zu erfassen, sich schnell ändernde Zustände zu schildern und für die Figurenaussage furchtbar zu machen.

An Hand von fünf Thesen zum Baden-Badener Kruzifix soll diese Feststellung erläutert und abschließend in den Kontext mit anderen Meisterwerken von Niclaus gestellt werden. Zunächst ist der Gesamtaufbau in Augenschein zu nehmen: Das mächtige Kreuz steht über einem zweistufigen Sockel und einem Felsenkranz. Der Künstler hat das offenporige Gestein in seiner rauen Beschaffenheit ganz deutlich vom übrigen Kruzifix abgesetzt. Maden und Würmer, mehrere Schädel und etliches Gebein kennzeichnen den Ort als Golgatha, den Begräbnisplatz Adams. Für die Gläubigen im 15. Jahrhundert war die Botschaft eindeutig zu lesen: Christus, der neue Adam, sühnt als *Agnus Dei* die Schuld des ersten wie aller folgenden Menschen. Mit der Erkenntnis, dass Niclaus von Leiden mit großem Können stets die verschiedenen Oberflächen-Wirkungen zu unterscheiden wusste, hält man bereits einen Schlüssel zum Verständnis seines Werks in Händen.

These 1: Christus als Mensch

Niclaus gibt den mit drei Nägeln angehefteten Kruzifixus als soeben Verstorbenen wieder, der Folter zu erleiden hatte (Abb. 5). Der gesamte Körper ist derart gespannt, dass sich die Rippen einzeln abzeichnen. Die Schultern sind ausgekugelt, weil sie extrem auseinandergezerrt wurden. Die Knie sind vollständig durchgedrückt, die Fußgelenke brutal überdehnt, denn es war starker Zug notwendig, um die Füße im unteren Bohrloch zu fixieren. Diese Details waren dem Kirchgänger zur Entstehungszeit des Kruzifix geläufig. Sah er doch in den Passionsspielen, den Vorläufern des Theaters, genau dieses dramatisch ausgebreitet. Bei genauerer Betrachtung der unteren Beinpartie entsteht der Eindruck, die in die Länge gezogenen Beine hingen schlaff am Rumpf. Der Mensch Christus scheint also gefoltert und tot zu sein. Aus Misshandlung und brutaler Überdehnung resultieren aber auch Muskelkrämpfe, die die Innenseiten der Oberschenkel und Waden zu verhärten scheinen. Christus ist also nicht tot.

Diese Ambivalenz von tot und lebendig, die sich in den Beinen andeutet, legt der Bildhauer, wie zu zeigen ist, dem gesamten Bildkonzept des Kreuzes zugrunde.

Abb. 5: Niclaus von Leiden schildert Christus als leidenden Menschen und zugleich als unverwundbaren Gottessohn.
Foto: Archiv der Autorin

Minuziös schildert Niclaus von Leiden die Oberflächen. Warum? Weil er den Betrachter zur *compassio,* zum Mitleid, bewegen möchte: Die Durchbohrung der Handteller mit starken Nägeln treibt das Blut in die Finger. Sie werden dick. Niclaus gibt sie geschwollen wieder. Denn 1467 kniet der Gläubige nieder und meditiert die vier Wunden an Christi Leib. Er versetzt sich in Gebeten und Erinnerungen an literarische Vorlagen mit allen Details auseinander. Noch eine Oberfläche fällt auf: Die Beinpartie ist von einem Aderngeflecht überzogen. Es ist nicht ornamental schematisch aufgefasst, wie es ältere Künstler gern taten, sondern offensichtlich dem Leben abgeschaut. Das könnte eine Reverenz sein an den Auftraggeber, der ja Bader und Chirurg war.

Und noch ein Detail, das die Gesamtaussage unterstreicht: Christi lockiges Haar (Abb. 6) hat sich auf dem peinigenden Weg nach Golgatha durch Schweiß und Staub zu-

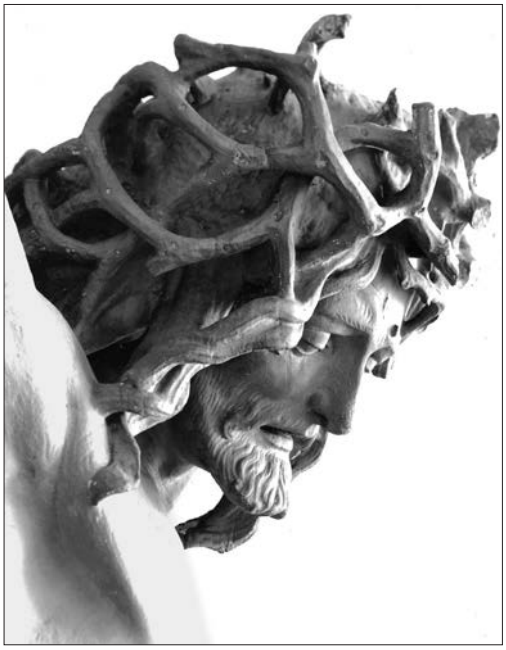


Abb. 6: Die tief unterschnittene Dornenkrone ist ein Meisterwerk der spätgotischen Bildhauerkunst.

sammengeklebt. Das erzählt Niclaus mit, wenn er das Haar nur in groben Strähnen auf die Schulter fallen lässt. Niclaus interpretiert hier, nur in der Nahsicht erkennbar, den Gottessohn als leidenden Menschen.

These 2: Christus als Gott

Christi zweite Gestalt als unverletzlicher Gottessohn zeigt sich dem Betrachter vor allem aus der Ferne (Abb. 5). Den Typus des unverletzlichen Gottessohnes nennt die Kunstgeschichte *Christus triumphans*.

Das Bild des *Christus triumphans* manifestiert sich hier in der aufrechten Haltung und der geschlossenen Silhouette. Der Körper des Gekreuzigten hängt nicht mehr schwer lastend mit angewinkelten Beinen, wie wir vorhin bei Multscher gesehen haben. Christi Rumpf „schwebt" förmlich vor dem simulierten Holzkreuz wie ein Kreuzzeichen. Sieht man von der Seitenwunde ab, hinterlässt auch der Oberkörper nur bedingt den Eindruck einer gemarterten, leblosen Körperpartie:

Die Bauchhöhle ist stark eingezogen, der Brustkorb in Gegenrichtung ausgedehnt. Diese Abfolge von konkav und konvex bei gleichzeitiger Ausbildung einer starken Taille verleiht Christi Rumpf ein Eigenleben, das an den Atmungsvorgang erinnern könnte, wenn es sich nicht um einen Sterbenden handelte. Den mäßig steil ausgestreckten Armen und dem durch Muskelkontraktion verlebendigten Brustkorb haftet nichts lastend Passives an. Vielmehr wirkt der Kruzifixus wie ein *Salvator* – ein Heilbringer und der ist natürlich würdig und triumphal der irdischen Pein und Schwerkraft enthoben. Halten wir fest: Niclaus stellt Christus dar – zugleich als Mensch und als Gott.

These 3: Christus als Lebensbaum

Nicht allein die Skulptur gewordene Antithese vom *gekreuzigten* und zugleich *unsterblichen* Körper macht den künstlerischen Rang des Grabmals für Hans Ulrich aus. Auch die Ausbildung des Kreuzes als Lebensbaum, als *lignum vitae,* unterstreicht Christi Doppelnatur. Niclaus kennzeichnet nämlich die Kreuzbalken als Baum, ja als Lebensbaum: durch Astansätze, schrundige Rinde, Schwundrisse und wellige Kontur. Nur die Enden des toten Holzes erwachen zu neuem Leben. Warum aber nicht der ganze Stamm, wie es der Typenschatz vorsah? Die Erklärung: Das Interesse dieses Bildhauers richtet sich in all seinen Skulpturen auf Momente, die nur kurz andauern, bevor sie sich wieder verändern und eben nicht auf die eingefrorene Pose, wie sie andere Bildhauer formulieren, oder einen Zustand der Vollendung. Das austreibende Holz visualisiert somit jenen Prozess, in dem sich der Fleisch gewordene Gottessohn im Augenblick des Todes als *göttlicher Logos* offenbart. Niclaus lässt den Betrachter teilhaben an einer sehr komplexen theologischen Vorstellung. Er versinnbildlicht die Dualität von Gott und Mensch, indem er Christi *Zweinaturen* symbolisch mit der Revitalisierung des Kreuzes andeutet: genau in dem Moment, in dem der Mensch Christus stirbt, werden die Holzbretter wieder zu einem *echten* Baum. Sie runden sich und bilden eine Rinde aus, weil der Tote nicht irgendein toter Schächer ist, sondern der Messias.

Abb. 7: Prachtvoll und hoch stehen die dicken Locken der sogenannten Dangolsheimer Muttergottes. Das Jesuskind spielt Verstecken mit dem Betrachter.

Heute nennen wir so eine Bildauffassung prozesshaft. 1467 ist sie extrem modern. Denn sie befriedigt das mittelalterliche Schaubedürfnis perfekt. Das beweist die große Nachfolge, die Mechthild Ohnmacht erforscht und 1973 publiziert hat. Niclaus' *gestreckter Dreinagel-Typus,* so katalogisieren die Kunsthistoriker diesen Typus des Gekreuzigten, war in Kreisen des gehobenen Bürgertums und der Kleriker dann aber bis ins Barock-Zeitalter beliebt und vorbildhaft, etwa in den gemalten Christusfiguren von Rubens (1577–1640) oder den kleinen und monumentalen Skulpturen von Georg Petel (1601–1633).

These 4: Massarbeit für den Auftraggeber

Der Auftraggeber des theologisch komplexen und künstlerisch anspruchsvollen Kreuzes war der Bader und Wundarzt Hans Ulrich († 1492), der bei Karl I., Markgraf von Baden (1453–1475), in Diensten stand. Ein gefiederter Pfeil auf dem Wappen identifiziert den Hofmann. Der Wappenschild ist am Sockel täuschend echt mit einem Lederriemen an einem imaginierten Nagel aufgehängt. Hans Ulrich, genannt der „Scherer", unterstand die Leitung der Bäder in der Kurstadt Baden-Baden[7]. Er war durch Fleiß und Vermögen zu Ansehen gekommen. Er förderte – ganz nach höfischem Vorbild – die Künste. Unter seinen Stiftungen ragt Niclaus' Grabkreuz durch künstlerische Leistung heraus. Wie aber könnte der badische Arzt den allseits gefragten Straßburger Künstler kennen gelernt haben? Vermutlich durch die Verwandtschaft seines Dienstherren, des Markgrafen von Baden. Karl I. war mit Kaiser Friedrich III. verschwägert. Somit ist nicht auszuschließen, dass Ulrich durch den badischen Hof oder dessen Wiener Gäste von Ruhm und Können des Bildhauers Niclaus von Leiden erfährt und sich dazu entscheidet von diesem bedeutenden Künstler sein Grabmonument errichten zu lassen.

In der Malerei kennen wir zahllose Beispiele für porträtierte Stifter, die an der unteren Bildkante knien in einer von Ihnen gestifteten Tafel mit religiösem Inhalt. Solch eine individuelle Ausrichtung auf den Besteller gibt es in der Gattung Skulptur nur selten. Möglicherweise kann man aber in den Totenschädeln ohne Unterkiefer mehr erkennen – als ein Symbol für Adam und seine Schuld.

Man ist fast geneigt, die Häufung der Schädel mit dem Beruf des Stifters Hans Ulrich in Verbindung zu bringen. Als Bader und Wundarzt hatte dieser sich beruflich mit Anatomie und Chirurgie befasst, bevor er durch Christi Erlösungstat von der Erbsünde befreit zu werden hoffte. Dennoch: der Totenschädel war im 15. Jahrhundert kein Symbol für einen Bader-Chirurgen. Dieser Berufsstand wurde üblicherweise mit der Baderstange oder Amputations-Instrumenten dargestellt. So bleibt die detailgenaue Nachbildung von Muskeln und Adern vielleicht die einzige Anspielung auf den historischen Auftraggeber.

Abb. 8: Die schöne junge Frau aus dem Straßburger Kanzleifenster zieht die Blick des bärtigen Mannes magisch an. Beide scheinen sich aufeinander zuzubewegen.

These 5: Nachahmung und Verräumlichung

Die zentralen Elemente in Niclaus' Bildkonzept

Niclaus von Leiden bearbeitet den Stein- oder Holzblock stets so, dass nicht allein die Figur, sondern auch der sie umgebende Raum wiedergegeben wird. Bei Standfiguren wird der umgebende Raum dargestellt durch die Art, wie das Gewand drapiert ist. Bei der Dangolsheimer Muttergottes[8] (Abb. 7) umhüllt ein weiter Mantel den zierlichen Madonnenkörper. Durch die aufwendige Mantelschale wird Maria als Figur präsenter und würdiger. Die hoch aufgetürmten Locken unterstreichen diesen Effekt. Wie aber stellt man dem Umgebungs-Raum dar bei Halbfiguren an einem Fenster? Für die Neue Kanzlei von Straßburg (Abb. 8) hat sich Niclaus wieder etwas Besonderes ausgedacht. Er lässt die schöne junge Frau und den sie bewundernden Alten Mann aus zwei Fenstern lehnen[9]. Und zwar so, dass sie sich zuwenden und dass sich Formen spiegelverkehrt entsprechen.

Bei einem Gekreuzigten jedoch steht der Bildhauer, der Raum schaffen will, vor großen Schwierigkeiten (Abb. 9). Er hat kein Gewand, er hat lediglich die Märtyrerkrone und das Lendentuch. Die mächtige, aus dicken Ästen geflochtene Krone ist ein sensationelles Meisterwerk der spätgotischen Skulptur. Die raumgreifende Wellenbewegung der gegabelten Äste betont einerseits Christi Ausgezehrtheit. Andererseits erhöht sie den Verspotteten königlich. Wir haben hier also wieder scheinbar Widersprüchliches, das der Bildhauer für seine Aussage nutzt. Ebenso wie Niclaus die Haarpracht der Dangolsheimer Muttergottes mit den hoch stehenden Locken aus dem Holz schnitzt, meißelt er die Spiralform der frei stehend gearbeiteten Äste. Die Schatten fangende Dornenkrone stellt ein technisches Bravourstück dar. Leider fehlen inzwischen die später eingesetzten Dornen, doch die Bohrlöcher sind noch auszumachen.

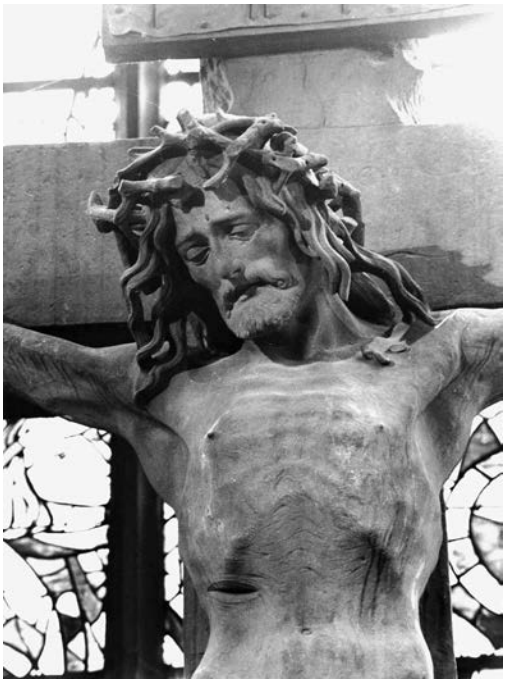


Abb. 9: Der Baden-Badener Kruzifixus ist zugleich ein christus triumphans und ein christus dolorosus.

Ist das hoch flatternde Lendentuch eine Erfindung von Niclaus? Wohl kaum. Schon der Maler Rogier van der Weyden ließ in seinen vorbildhaften Gemälden das Lendentuch hoch flattern. Die Aufwärtsbewegung beider Stoffteile unterstützt den Eindruck, Christus habe die Marter der Kreuzigung überwunden und verlasse den Ort seiner irdischen Peiniger. Bibelfeste Leser kennen die Grundlage dieser bildnerischen Idee: Unter den Evangelisten beschreibt nur Matthäus im Kapitel 27,51 ff wie in Christi Todesstunde die Erde bebt, Felsen zerreisen und Gebein der Heiligen aufersteht.

Im Titulus, dem Zettel, auf dem die Römer den König der Juden verspotten, beweist

Abb. 10: Das Lendentuch flattert nach oben als wär's ein feiner Leinenstoff.

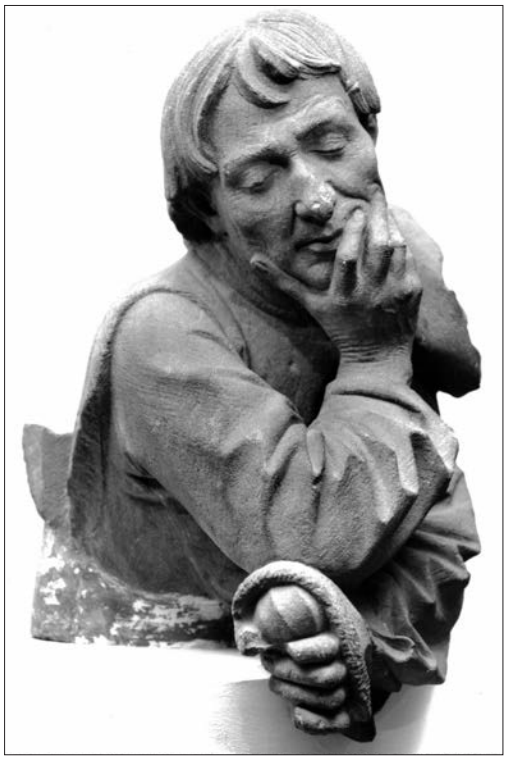


Abb. 11: Das Selbstbildnis bringt durch seine Komposition jeden Besucher im Straßburger Frauenhausmuseum dazu, es zu umschreiten.

Niclaus von Leiden seine Nachahmungskunst abermals (Abb. 5). Knittrig, an den Ecken bestoßen und nach oben gewellt, so schildert er das Pergament. Viele Nägel fixieren die dünne Schicht auf dem Querbalken des Kreuzes. Egal ob Tuffstein, Haut, Stoff oder Pergament – Niclaus schafft es, die unterschiedlichen Oberflächenqualitäten sichtbar zu machen.

Warum legt Niclaus so großen Wert auf perfekt ausdifferenzierte Materialien? Die Nachahmungskunst, die *Mimesis* – wie der Kunsthistoriker sagt, – ist Teil von Niclaus' Bildkonzept, das historisches Geschehen in den Alltagsgegenständen so überzeugend als möglich wiedergibt. Niclaus' Ziel ist: der Betrachter soll dem Künstler auch dann noch folgen, wenn die dargestellten Wahrheiten ausschließlich im katholischen Glauben zu verifizieren sind.

Niclaus von Leiden entscheidet sich nicht für den leidenden, getöteten Christus *(Cruzifixus dolorosus)* und auch nicht für den unverletzlichen, triumphierenden Gott *(Christus triumphans)*. Er setzt vielmehr Christi Doppelnatur ins Bild und gestaltet diese unmittelbarer als seine Vorgänger und Zeitgenossen. Dazu verschmilzt er beide Typen in einem Bild vom menschgewordenen Gottessohn. Die Bildsprache des verwundeten und getöteten irdischen Leibs ist verwoben mit der des unverletzlichen, unsterblichen, geistigen Leibs Christi. Je nach dem, ob der Betrachter Christi Wunden oder pulsierende Adern anschaut und meditiert, treten Schmerz oder Triumph deutlicher zu Tage. Das detailbewusste Studium des menschlichen Körpers, seiner Runzeln und Adern, das Niclaus zu perfekter Nachahmung *(Mimesis)* führt, hat zweierlei Funktion: Es befähigt den Bildhauer zur Gestaltung des geistigen, göttlich-schönen Leibes, und es garantiert dem Besteller, dem Bader und Chirurgen, der selbst über Kenntnisse in Anatomie verfügte, kollektives

Abb. 12: Epitaph des Straßburger Domherren Conrad von Busang, hier in einem Gipsabguss, der weniger beschädigt ist, als das Original im Straßburger Münster.

Abb. 13–15: In der Dangolsheimer Muttergottes scheint Maria quasi in ihrem weiten Mantel zu tanzen, das Jesuskind zu spielen und sich zu bewegen.

Gedächtnis aufgrund des Kunst-Werkes lange über seinen Tod hinaus.

Blick ins Gesamtwerk
Überall Bewegungsabläufe in Stein

Die Behauptung, einer Steinskulptur wie dem Baden-Badener Kruzifixus seien Bewegungsabläufe eingeschrieben, obwohl dieser Skulptur anders als einer astronomischen Uhr keine echte Mechanik innewohnt, ist durchaus provozierend. Verständlicherweise kann nach den bisherigen dürftigen Hinweisen auf das hoch flatternde Lendentuch und die Kreuzenden, die gerade im Begriff sind, sich in einen Baumstamm zurück zu verwandeln, die Generalthese noch nicht überzeugen. Deshalb soll das vielleicht bedeutendste Werk der Alten Kunst in Baden-Baden, das Kruzifix aus der Stiftskirche, neben die großen Werke des Niclaus von Leiden gestellt und verglichen werden mit dem so genannten Busang-Epitaph[10] und der Dangolsheimer Muttergottes.

Im eingangs kurz gezeigten Selbstbildnis hat Niclaus von Leiden (Abb. 11) genial das Abtasten einer künstlerischen Idee nach allen Seiten hin zur Anschauung gebracht – und zwar durch die Spiralform der Komposition. Es ist die Spiralform, die den Betrachter dem Ausdruck der Nachdenklichkeit folgen lässt. Die Augen des Selbstportraits sind fast geschlossen. Wie Ideen im Künstler hin- und hergewälzt werden, vor und zurück, ohne Stillstand, so tastet sich auch der Betrachter an die Halbfigur heran. Von der linken Hand mit dem abgebrochenen Zirkel im rechten Winkel hoch über die Schulter, durch den rechten Oberarm, hinunter zum Ellbogen. Dann hinauf zur kelchförmig stützenden Hand bis zum Gedanken versunkenen Kopf – und wieder zurück. Die Skulptur ist so angelegt, dass jeder Betrachter sofort anfängt, um sie herumzulaufen. Niclaus hat in dieser Büste das Denken überzeugend als Prozess dargestellt. Die Künstler der Spätgotik konnten Gedanken nicht optisch darstellen. Das kam erst Jahrhunderte später mit dem Comic Strip und seinen Sprechblasen auf.

Abb. 14

Abb. 15

Alle anderen Fotos: Bodo Buczynski, Berlin

Auch die Vision vom Gespräch der Seele mit Gott ist etwas, was zwar in der Frömmigkeits-Literatur des Mittelalters breiten Raum einnimmt, aber schwer zu verbildlichen ist. Im Relief zur Erinnerung an den Straßburger Chorherrn Conrad von Busang (Abb. 12) geht Niclaus von Leiden weit über das hinaus, was üblich ist. Dem Bild der Gottesmutter stellt er

1. den Stifter gegenüber – und zwar auf Augenhöhe. Das ist eine enorme Aufwertung des Bestellers.
2. Lässt Niclaus seinem Auftraggeber Zärtlichkeiten des Jesuskindes zu Teil werden, die allenfalls den Heiligen Drei Königen gelten konnten, nicht aber Stiftern, die in der Regel devot zu Füßen der Muttergottes zu knien hatten. Da verändert Niclaus abermals die gängige Ikonographie zugunsten Busangs. (Ikonographie ist die Lehre von den Bildformen und den Bildinhalten).
3. Nimmt der Künstler in dem Epitaph vorweg, was sich eigentlich erst beim Jüngsten Gericht entscheidet: Ob der Verstorbene zur Hölle oder in den Himmel fährt. Hier zelebriert Niclaus das über die Fingerkuppen-Streichen als persönliche Heilsvergewisserung durch das Jesuskind.
4. Das ganze raumgreifende Epitaph schildert just einen Moment des Übergangs, der Transition.
   Busang betet, das können wir auf dem spiralig gewundenen Schriftband lesen: *ora prece pia pro me, virgo maria*. Auf deutsch: Setz Dich mit gottgefälliger Fürbitte für mich ein, Jungfrau Maria. Und noch während der Kirchenmann die fromme Fürbitte formuliert, erhören ihn bereits die Muttergottes und das Kind.

Alle vier Elemente zusammen führen zu einer enormen Aufwertung des Stifters und Auftraggebers. Die Würdigung von Madonna und Heilsbringer ist gleichzeitig eine selbstbewusst vorgetragene Feier des Stifters.

Auch mit der Dangolsheimer Muttergottes (Abb. 13) reizt Niclaus alle Möglichkeiten der Bewegungsschilderung aus. In der Muttergottes aus dem elsässischen Dorf Dangolsheim, die jetzt im Berliner Bode Museum zu bewundern ist, schildert Niclaus das Christuskind als quicklebendiges Baby. Ein Menschenkind spielt mit dem Gegenüber (mit uns) und mit dem Marienschleier Versteckspiel. Je nach dem wo der Betrachter steht, erblickt er das Kind jeweils in einer anderen Perspektive (Abb. 14, 15). Natürlich stellt Niclaus seine stupende Naturbeobachtung und die Wirklichkeitsschilderung eines zappeligen Kindes in den Dienst der Theologie. Das dralle Kind ist nicht nur ein genau beobachtetes Kleinkind, sondern im Kontext der Marienfigur auch eine Anspielung auf das Fleisch des Herrn, auf die Hostie. Der Schleier wurde im 15. Jahrhundert als Zeichen der Passion verstanden. Fromme Traktate erzählen ausführlich von Mariens Schmerz nach der Geißelung: Da musste sie ihren Sohn nackend durch die Gassen gehen sehen. Sie nahm ihren Schleier ab und wand ihn ihrem Sohn um die Hüften. Damit sind wir wieder beim Gekreuzigten, seinem Lendentuch, und dessen fein gefältelter Materialität, in die in Baden-Baden der Wind fährt. Nichts kommt bei so einem Meisterwerk von ungefähr. Jedem Detail gehen tiefe theologische Begründungen voraus und ein intensives Studium der Menschen.

Zusammenfassung

Niclaus von Leiden ist der Bildhauer, dem es gelingt, Skulptur als scheinbar bewegte Bildwerke zu inszenieren. In Baden-Baden befindet sich eines der schönsten und komplexesten Großkreuze der Spätgotik. In diesem Kruzifix stellt Niclaus von Leiden:

1. Christus dar als gefolterten Menschen und zugleich
2. als Gottessohn, der den Tod überwindet.
3. Es beschreibt Christus als Lebensbaum und feiert
4. den Bader-Chirurgen als Arzt und Kunstkenner.
5. Der Künstler stellt diesseitige Details so genau nach, damit der Betrachter auch das noch glaubt, was man nicht beweisen, sondern nur glauben kann.

Das Kruzifix in der Stiftskirche Baden-Baden ist ein absolut herausragendes Kunstwerk. Es lohnt sich, Gesamtwirkung und Feinheiten bei nächster Gelegenheit zu betrachten – am besten mit dem Fernglas. Wie die Menschen im Mittelalter – mit viel Zeit, um all die zahlreichen Details und Anspielungen auf sich wirken zu lassen.

Anmerkungen

1 Vortrag gehalten im Rahmen des Festprogramms „500 Jahre Stadtverordnung Baden-Baden 1507–2007“ am 27. 9. 2007 im Stadtmuseum Baden-Baden.
2 Kurzfassung Kapitels „Bildkonzepte. Das Kruzifix in Banden-Baden“: in Schreiber Susanne, Studien zum bildhauerischen Werk des Niclaus (Gerhaert) von Leiden, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 2004, 58–70.
3 Das Geburts- und Sterbedatum von Hans Multscher sind unbekannt. 1437 wird er in den Ulmer Steuerlisten als Hausbesitzer geführt.
4 Bayerisches Nationalmuseum, München.
5 Frauenhausmuseum, Straßburg.
6 Schreiber Susanne, Studien zum bildhauerischen Werk des Niclaus (Gerhaert) von Leiden, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 2004.
7 Siehe dazu das Kapitel: Badekultur in der Ausstellung „Unnser Forderst und Fürnemst Statt Baden“ im Stadtmuseum Baden-Baden, 2007.
8 Bode-Museum, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
9 Rekonstruktion der ursprünglichen Situation mit Gipsabgüssen in der Skulpturengalerie, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
10 Straßburg, Münster, nördliche Seitenkapelle.

Anschrift der Autorin:
Dr. Susanne Schreiber
Handelsblatt
Redaktion Kunst und Kunstmarkt
Kasernenstraße 67
40213 Düsseldorf

Heinz Nienhaus

Schnee von gestern

Triberg – die große Zeit des Wintersports ist längst Geschichte

Durch die Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts änderten sich die Lebensumstände vieler Menschen recht erheblich. Insbesondere die wohlhabenden Bürger der Städte zog es hinaus ins Grüne. Das Ursprüngliche, Unverfälschte, die Freiheit in der Natur war für die in den Büros oder Werksanlagen tätige Stadtbevölkerung etwas Kostbares, das es in ihrem unmittelbaren Umfeld kaum noch gab. Der Schwarzwaldtourismus begann.

Abb. 1: Beschauliches Skilaufen im Triberger Höhengebiet Geutsche um 1900. Obwohl lange Röcke beim Skilaufen hinderten, wagte es seinerzeit kein weibliches Wesen in Hosen – ohne langen Rock – auf den Brettern zu erscheinen (siehe auch Abb. 3) Foto: Archiv Nienhaus

In diesem Zusammenhang entwickelte sich mehr und mehr auch ein anderes Verhältnis der Menschen zum Winter. Man sah in ihm nicht mehr die unbeliebteste Jahreszeit, die Flur und Wald mit einem schauerlichen Leichentuch verhüllte. Vor allem diejenigen, die den Unbilden der Natur nicht ständig und unmittelbar ausgesetzt waren, konnten sich schon bald auch für eine eisklirrende Winterlandschaft begeistern. Ausflüge in einer verschneiten Berglandschaft waren eine Herausforderung, die faszinierte, insbesondere, wenn dazu die Sonne über die weißglitzernde Schneedecke strahlte und die Landschaft in eine Märchenwelt verwandelte. Es dauerte nicht lange und man sah an vielen Orten des Schwarzwaldes die ersten „Schneeschuhläufer“, die auf den langen Brettern vergnüglich durch die Schneelandschaft glitten (Abb. 1). Sie lösten zunächst Verwunderung, gelegentlich auch ein mitleidiges Lächeln aus. Es war der Beginn einer „neuen“ Zeit wintersportlicher Aktivitäten, die man bislang im Schwarzwald nicht kannte.

Schon am 8. Februar 1891 bestieg der französische Konsulatssekretär Dr. Pilet, der das Skilaufen in Norwegen erlernt hatte, als Erster mit Skiern den Feldberg. Gut vier Jahre später wurde – primär auf Betreiben von skibegeisterten Studenten der Universität Freiburg – die „Section Freiburg des Skiclubs Feldberg“ gegründet, und schon 1905 kam es zur Gründung des Deutschen Skiverbandes (DSV).[1] Aus einer Skifamilie von zunächst wenigen hundert Skiläufern war inzwischen ein Skivolk von mehreren Tausenden geworden. Das Skilaufen erfreute sich in weiten Kreisen der Bevölkerung einer rasch wachsenden Beliebtheit.

Inzwischen sind die einstmals bei den „Alpinen“ so beliebten Eschenskier oder die von Langläufern bevorzugten Birkenholzskier – allesamt handgefertigt – längst zu Antiquitäten herangereift und allenfalls noch in Skimuseen zu finden. An die Stelle dieser „Holzgeräte“ sind wissenschaftlich konzipierte und mit Computerprogrammen berechnete Skier getreten, die aus speziellen Kunststoffen und Metallen gefertigt werden.

Obwohl Experten schon vor Jahren glaubten, die technische Perfektion des alpinen Skisports – mit zur Eisfläche präparierten Slalomhängen – sei erreicht, gibt es immer wieder

Abb. 2: Der tief eingeschneite Reinertonishof (erbaut 1619, als Kulturdenkmal 2006 durch Brandstiftung vernichtet) im Triberger Skigebiet auf der Gemarkung Schönwald um 1910. Bei derartigen Schneeverhältnissen war der Weg zum Nachbarn oder gar zum Ortskern ohne Skier kaum zu bewältigen. Foto: Archiv Nienhaus

ebenso findige wie geschäftstüchtige Zeitgenossen und Investoren, die die Masse der hier Interessierten mit neuen Ideen zu begeistern verstehen. Im Trend liegen seit einigen Jahren so genannte „Alpincenter" in industriellen Ballungsgebieten weit ab von den klassischen Wintersportplätzen – z. B. im Ruhrgebiet und im Rheinland. Auf Abraumhalden ehemaliger Steinkohlezechen oder auf Mülldeponien wurden „Skihallen" mit bis zu 640 Meter langen künstlichen so genannten „Indoor-Pisten" errichtet. Diese bis 100 Mio. teuren Hightech-Einrichtungen mit rund 1200 Kubikmetern Kunstschnee machen den Skisport unabhängig von der Jahreszeit und Witterung.[2] Mit dem ursprünglichen, naturnahen Skilauf in zauberhaft verschneiter Berglandschaft und gesunder frischer Winterluft hat das sicher kaum noch etwas gemein. In Anbetracht dieser Entwicklung – die sicher nicht aufzuhalten ist – reizt es, einen Blick zurück zu tun in die Zeit, als man in und um Triberg die ersten Schritte auf den hölzernen Schneebrettern tat.

Der Winter hatte seinen Schrecken verloren

Die Anfänge der wintersportlichen Aktivitäten in und um Triberg, insbesondere des Skilaufs, gehen zurück in die Zeit um 1900 (Abb. 1). Schon bald gründete sich der Ski- und Rodelclub Triberg e. V., der sich als Ortsgruppe dem Ski-Club Schwarzwald (SCS) – übrigens der älteste Landesverband Deutschlands – anschloss.[3] Die Gründer dieses Dachverbandes verfolgten primär die Ziele, Jung und Alt im Skilaufen auszubilden, Skitouren zu organisieren, Wettkämpfe auszurichten und nicht zuletzt den Bauern auf ihren einsam gelegenen und im Winter tief eingeschneiten Höfen (Abb. 2) das Skilaufen nahe zu bringen. Schließlich verhalfen ihnen die Skier zu verkehrstechnisch größerer Flexibilität während der Wintermonate. Letzteres gelang allerdings kaum oder nur sehr zögernd. Offenbar hatte sich in den einsamen Gebirgsregionen über Generationen hinweg eine Lebenskultur entwickelt, die den Bewohnern im Winter das Bauernhaus mit seinen Nebengebäuden als Lebensraum zuordnete. Den Bauern war kaum daran gelegen, im Winter ihre geräumige Behausung zu verlassen.[4]

Der Ski- und Rodelclub Triberg bot neben Skiwanderungen und Skikursen für Erwachsene und Schüler auch schon im ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts Wettkämpfe an, wobei man sich primär in zwei Disziplinen

Abb. 3: Um 1910 erschienen insbesondere die Damen sehr elegant gekleidet zum Triberger Skiwettlauf
Foto: Archiv Nienhaus

maß: im Dauer- bzw. Hindernislauf oder im Sprunglauf.[5] Für Hindernisläufe wurden nach norwegischem Vorbild Wettkampfstrecken angelegt, bei denen Bäume, Gräben und Zäune die Hindernisse bildeten. Bei den Dauerläufen waren gelegentlich Strecken von 30 bis 40 km zu überwinden (Abb. 3). Für den Sprunglauf wurden so genannte Sprunghügel errichtet.

Im Winter 1909/10 fand unter dem Protektorat Seiner Großherzoglichen Hoheit Prinz Max von Baden in Triberg eine Internationale Wintersport-Ausstellung statt. Beteiligt waren

Abb. 4: Skispringen am „großen Triberger Sprunghügel" im Skigebiet Geutsche um 1920. Die maximal mögliche Sprungweite lag bei 25 Metern. Foto: Archiv Nienhaus

alle wintersportausübenden europäischen Nationen, einschließlich Russland. Im Rahmen dieser Ausstellung gab es ein umfangreiches Sport- und Wettkampfprogramm, das der Ski- und Rodelclub Triberg organisierte.

Zum Ehrenpräsidium dieser internationalen Veranstaltung gehörten neben einigen lokalen, regionalen und europäischen Honoratioren auch die Schwarzwälder Skipioniere und Repräsentanten des Skiclubs Schwarzwald, Professor Franz Kohlhepp, zugleich auch Vorsitzender des Deutschen Ski-Verbandes und Professor Dr. Wilhelm Paulke, Direktor des geologisch-mineralogischen Instituts der technischen Hochschule „Fridericiana" in Karlsruhe.[6] Letzterer – u. a. auch Vorsitzender des mitteleuropäischen Ski-Verbandes – wird gemäß seiner Stellung und Autorität in Skiläuferkreisen auch heute noch oftmals als „Skipapst" bezeichnet.[7]

Goldmedaille für elektrischen Rodel- und Skilift

Zur Durchführung des so genannten Sprunglaufs errichtete man im Zusammenhang mit der Internationalen Wintersport-Ausstellung 1909/10 in Nähe der rund 2000 Meter langen Rodelbahn im geschützten Hofwald (Domänenwald) einen *allen sporttechnischen Erfahrungen angepassten Sprunghügel*,[8] später einen größeren in Nähe des Skigebietes Geutsche im Triberger Ortsteil Nußbach[9] (Abb. 4). Zu dem ersten Sprunghügel gab es bereits einen elektrisch angetriebenen Aufzug, der die Sportler nach jedem Sprung wieder auf die Höhe beförderte und auch bequeme Rodler bis etwa auf die halbe Höhe der Rodelbahn mitnahm.[10] Obwohl der Ski- und Rodelclub Triberg für das Sportprogramm im Rahmen der Ausstellung verantwortlich war, lehnte er jede Verantwortung für eventuelle Unfälle kategorisch ab. In der Programmschrift wird explizit der Hinweis gegeben: *Für Unfälle im Skigelände, am Sprunghügel, auf der Rodelbahn, an der elektrischen Aufzugsbahn zum Sprunghügel und zur Rodelbahn sowie auf den Eisplätzen übernimmt die Ortsgruppe Triberg des S.C.S. keine Haftung.*[11]

Erbauer des *elektrischen Aufzugs zur Rodelbahn und zum Sprunghügel in Triberg* war der Schollacher Schneckenwirt Robert Winterhalder, der schon seit 1906 auf einem Hang gegenüber seinem Gasthof in Schollach eine *Vorrichtung zum Aufziehen von Schneeschuhläufern, Rodlern usw. auf Berghänge* betrieb. Als typischer Schwarzwälder Tüftler hatte er die mit Wasserkraft aus seiner Hausmühle angetriebene Anlage selbst konstruiert. Die Rechte an dieser damals einzigartigen Konstruktion sicherte sich Winterhalder durch Eintrag in die Reichsgebrauchsmusterrolle am 17. März 1908 und nur ein wenig später patentrechtlich auch in Norwegen, Schweden, Frankreich, Österreich und der Schweiz.[12] In der Literatur und vielen Zeitungsberichten, ja selbst im Fernsehen wird seit Jahren immer mal wieder über diesen sensationellen *ersten Skilift der Welt* berichtet.[13] Robert Winterhalder selbst bezeichnete seine Erfindung als *epochemachende Neuerung auf dem Gebiet des Skisports*.

Ob der Winterhalder'sche Lift im Schollachtal tatsächlich der *erste Skilift der Welt* war, ist sehr schwer zu belegen; eindeutige Beweise hierfür gibt es jedenfalls nicht. Andererseits gibt es Berichte von einem im Jahre 1804 mit Wasserkraft betriebenen Bergknappenlift in Bad Gastein und auch von einem Seilaufzug für Skiläufer, der schon um 1900 in Dresden-Pillnitz seinen Dienst getan haben soll.[14]

Wenn auch eindeutige Beweise, weltweit der erste gewesen zu sein, kaum zu erbringen sind, wird es doch mit einem Höchstmaß an Wahrscheinlichkeit vor dem „Schneckenhoflift" weltweit keine Skiliftkonstruktion

gegeben haben, die neben dem Gebrauchsmusterschutz mit fünf Auslandspatenten gesichert war. Insofern erscheint es vertretbar, den Skilift im Schollachtal als den „ersten patentierten Skilift“ oder zumindest als den „ersten Skilift im Schwarzwald“ zu bezeichnen. Zweifelsohne war Robert Winterhalder ein genialer und ideenreicher Tüftler.

Den Auftrag, einen *elektrischen Aufzug zur Rodelbahn und zum Sprunghügel in Triberg* zu planen, erhielt Winterhalder aufgrund der so positiven Resonanz, die sein „Schneckenhoflift“ bei vielen Wintersportlern ausgelöst hatte. Zumindest alle Skienthusiasten im Schwarzwald waren von Winterhalders Erfindung begeistert. Für den mit einem 15-PS-Elektromotor angetriebenen Triberger Lift – eine Eisenkonstruktion – wurde Winterhalder mit einer Goldmedaille ausgezeichnet (Abb. 5). Der Aufzug reichte über eine Strecke von 550 Metern bei einem Höhenunterschied von 85 Metern und einer Steigung bis zu 25%.

Am 24. Januar 1910 ging der Lift in Betrieb; er konnte gleichzeitig 32 Personen transportieren. Die Kosten für das Projekt lagen bei 7000 Goldmark.[15] *Bei einer Normalgeschwindigkeit von 1,80 Meter pro Sekunden dauerte die höchst vergnügliche Höhenfahrt nur 5 Minuten. Und* – so fährt der zeitgenössische Berichter fort – *Gefahr ist nicht zu befürchten. Skiläufer packen einfach den hölzernen Handgriff, stehen stramm auf den Skiern, nehmen an der steilsten Stelle zweckmäßigerweise Hockstellung ein und lassen sich hochziehen*.[16]

Da die örtlichen Aufsichtsbehörden sich außerstande sahen, eine solche bis dahin unbekannte *Transportanlage* in Triberg baurechtlich zu genehmigen, verging eine ungewöhnlich lange Zeit, bevor mit dem Bau begonnen werden konnte. Erst nach langer intensiver Suche geriet man an die Verwaltung *der Großherzoglichen Badischen Eisenbahn, Karlsruhe,* die sich als kompetent erwies und auch für zuständig erklärte und letztendlich die Baugenehmigung erteilte[17]

Die Liftvergnügen, sowohl in Schollach als auch in Triberg, fanden schon im Ersten Weltkrieg ein jähes Ende. Während wesentliche

Abb. 5: Robert Winterhalder wurde anlässlich der 1909/10 in Triberg stattgefundenen Internationalen Wintersport-Ausstellung für den von ihm konstruierten elektrischen Aufzug zur Rodelbahn und zum Sprunghügel in Triberg mit der Goldmedaille ausgezeichnet. Dieser Aufzug – oftmals als erster elektrisch angetriebener Skilift der Welt bezeichnet – war offenbar das Glanzstück der internationalen Präsentation rund um den Wintersport.
Foto: Klaus Winterhalder, Schneckenhof, Schollach

Teile des Schollacher Lifts dem steigenden Metallbedarf des Kriegs zum Opfer fielen, musste der Triberger Lift wegen Grundstücksstreitigkeiten schon im Jahre 1914 abgebaut werden.[18]

Mit dem Abbau der Aufzugsanlage im Hofwald waren die winterlichen Aktivitäten auf der Triberger Rodelbahn natürlich nicht beendet. Allerdings mussten die Rodler nun ihr Sportgerät wieder ohne Aufzug auf die Höhe befördern, bevor es in rasanter Fahrt wieder zu Tal ging (Abb. 6).

Triberg – Zentrum des Bobsports im Schwarzwald

Über viele Jahrzehnte wurde auch der Bobsport in Triberg sehr erfolgreich betrieben. Den ersten Bob baute der Triberger Schlossermeister Wilhelm Maier, übrigens auch ein sehr engagierter Heimatforscher und Mitautor einer Triberger Chronik.[19] Als Maier 1906 aus der Schweiz, in der er als Schlossergeselle tätig war, nach Triberg heimkehrte, hatte er einen für 20 Fränkli erworbenen Minibob im Rucksack. Hergestellt hatte ihn ein Schlossermeister in Davos, der in erster Linie für die Engländer, die – so wird vielmals behauptet – den Bobsport „erfunden" haben[20], große Bobs zum Fahren und kleine als Souvenir baute.

Abb. 6: Ein Rennrodler auf der Triberger Hofwaldrodelbahn um 1915 Foto: Archiv Nienhaus

Wilhelm Maier plante nun, diesen Minibob im elterlichen Betrieb so nachzubauen, dass er sich für den sportlichen Gebrauch eignete. Damit war sein Vater allerdings nicht einverstanden. Das veranlasste Wilhelm, sein Vorhaben in der Werkstatt seines Bruders Karl – der von der Idee begeistert war – zu verwirklichen. Nach vielen Feierabendstunden war er fertig, der prachtvolle Sechssitzer mit „allem Komfort".[21]

Nach ersten Tests unternahmen die Maierbuben auch ausgedehnte Fahrten auf Tribergs steilen Straßen. Erkannten oder vermuteten sie Gefahren bei diesen tollkühnen Unternehmungen, wurde mit einer Pfeife getrillert oder aus Leibeskräften gebrüllt „Bob kommt". Der Ortspolizei waren derartig gefährliche Aktivitäten natürlich ein Dorn im Auge; sie führten zu ständigen Auseinandersetzungen.[22]

Es dauerte nicht lange und schon am 24. Februar 1911 starteten auf der Rohrbacherstraße vier Bobs zum ersten Triberger Bobrennen (Bild 7). Dieses Rennen und die nur ein Jahr zuvor in Triberg stattgefundene Internationale Wintersportausstellung (Abb. 5) haben offenbar den damaligen Bürgermeister de Pellegrini veranlasst, die vielen am Bobsport Interessierten im südwestdeutschen Raum in einem Triberger Bobclub zu vereinen und ihnen eine Heimstätte zu geben. Nach mühevoller Vorarbeit konnte er einen großen Kreis Bobsportinteressierter gewinnen und gründete schon am 16. Juli 1911 im Hotel Pfaff den Bobclub Schwarzwald mit Sitz in Triberg.[23]

Bereits in der Gründungsversammlung, aus der Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar als Ehrenvorsitzender, Freiherr von Venningen-Ullner als 1. Vorsitzender und Bürgermeister de Pellegrini als Geschäftsführender Vorsitzender hervorgingen, wurde über den Bau einer Bobbahn am Sterenberg diskutiert und schon im September 1911 lag eine erste, vom Karlsruher Ingenieurbüro für Städtebau gefertigte Planskizze (Abb. 8) vor. Ganz so, wie es dieser Plan vorsah, wurde allerdings nicht gebaut. Man verzichtete auf die Brücke oberhalb des Kohlplatzes und die zwei anschließenden Kurven, so dass die Bahn kurz vor dem Prisenhäusle endete. Die Gesamtlänge der Bahn lag bei rund 1500 Metern, das durchschnittliche Gefälle bei 9%.[24] In den Anfangsjahren zogen Pferde die Bobs vom „Ziel" quer durch den Wald zurück zum „Start"; später übernahm ein Bobaufzug diese Aufgabe.[25]

Die Arbeiten zu dieser Bahn, auf der ein beachtlicher Teil deutscher Bobgeschichte geschrieben wurde, fanden schon um die Jahreswende 1912/13 ihren Abschluss. Verantwortlich für den Bau waren der Bauingenieur Hans Sierks aus Karlsruhe und der damalige Triberger Stadtbaumeister Heinrich Möst. Die Kosten lagen bei der nicht unbeträchtlichen Summe von 14 000,– Reichsmark; sie wurden durch unverzinsliche Anteilsscheine im Wert von 50,– Reichsmark aufgebracht.[26]

Ein herausragendes Datum für den jungen Club und auch für die Stadt Triberg war der 24. Februar 1913. An diesem Tag fand das Eröffnungsrennen auf der Bobbahn statt. Ein Großteil der Clubmitglieder stammte aus den Offi-

zierskorps der Garnisonen Straßburg, Rastatt und Metz, unter ihnen der spätere Bobweltmeister im Viererbob von 1931 in St. Moritz, der Hauptmann Werner Zahn. Mit seinem Bob „Fram“ errang er in Triberg seine ersten Erfolge. Mit der Zeit von 1,28 Minuten hielt er den Bahnrekord über 10 Jahre von 1914 bis 1924.[27]

Werner Zahn – Weltmeister im Viererbob und mutiger Offizier

Die Villinger Kreiszeitung berichtete zum 60-jährigen Jubiläum des Bobclubs Triberg am 26./27. Juni 1971 sehr ausführlich über die geschichtliche Entwicklung des Clubs und in diesem Zusammenhang auch sehr speziell über das prominente Gründungsmitglied, den späteren Weltmeister im Viererbob Werner Zahn. Die Zeitung schreibt wörtlich: *Der Fliegeroffizier Werner Zahn, einer der prominentesten Bobfahrer seiner Zeit stellte 1914 den ersten Triberger Bahnrekord auf der Sterenbergbobbahn mit 1,28 Minuten auf. 1931 errang er die Weltmeisterschaft im Viererbob in St. Moritz. Der damalige Präsident des Internationalen Bob- und Schlittensportverbandes, Graf Frégolière, ehrte Hauptmann Zahn und hielt damals eine der überraschendsten Ansprachen: „Bei Dünkirchen war 1916“, so gab der französische Graf zu wissen, „ein Kamerad von den Deutschen abgeschossen worden. Die Sorge um sein Schicksal war groß, als plötzlich Alarm ausgelöst wurde, weil eine deutsche Maschine aus 3000 Meter Höhe herunterstieß und immer tiefer heranflog. Die Franzosen glaubten, der Deutsche werfe Bomben. Drei Kampfeinsitzer machten sich startbereit, um den Angreifer zu verjagen. Bis auf 50 Meter war der Deutsche jetzt über unserem Rollfeld. Trotz des Angriffs der französischen Maschinen, die den deutschen Piloten bei der Verfolgung noch verwundeten, gelang es diesem, einen Brief abzuwerfen, in dem der am Vortage abgeschossene Kamerad seiner Einheit mitteilte, daß es ihm den Verhältnissen entsprechend gut gehe …“ An dieser Stelle des Berichts wanderten die Augen des Grafen zum Tisch der deutschen Sportler. Mit erhobener Stimme fuhr der Franzose fort: „Dieser deutsche Flieger, von dem ich eben erzählte, wurde heute Bob-Weltmeister. Dort sitzt er, der deutsche Fliegerhauptmann Zahn.“ Spontan stürzte alles, voran die Franzosen, auf den Gefeierten zu, und unter Jubel der Anwesenden und den Klängen des Deutschlandliedes wurde Werner Zahn durch den Saal getragen.*[28]

Die grossen Rennen vor dem Zweiten Weltkrieg

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden auf der Sterenbergbobbahn 211 offizielle, darunter auch internationale Rennen im Zweier-, Vierer- und Fünferbob gefahren (Abb. 9 und 10).[29] Die herausragenden Organisatoren der Bobveranstaltungen dieser Zeit waren Bürgermeister de Pellegrini, Schlossermeister Karl Maier, Kurdirektor Karl Lienhard und

Bild 7: Schon rund 2 Jahre vor Fertigstellung der Triberger Bobsleighbahn wurden auf der steilen Rohrbacher Straße die ersten Triberger Bobwettkämpfe ausgetragen
Foto: Archiv Nienhaus

nicht zuletzt der weit über die Grenzen des Schwarzwaldes hinaus bekannte Bobsportler und Rittmeister Otto Griebel.

Letzterer war weithin mehr unter dem Namen „Bobby“ bekannt. Und das hatte seinen Grund darin, dass er als 20-jähriger Ulanenleutnant durch beachtliche sportliche Erfolge im Hockey, Tennis und Reiten und durch seine Größe von 1,95 Metern derart positiv auffiel, dass ihn der deutsche Kronprinz, Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, als Sportinstrukteur in sein Gefolge holte. Als der Prinz in Begleitung von Otto Griebel 1907 in St. Moritz zum Bobfahren weilte, stellte er den einzigen Bürgerlichen in seiner Umgebung als „Graf

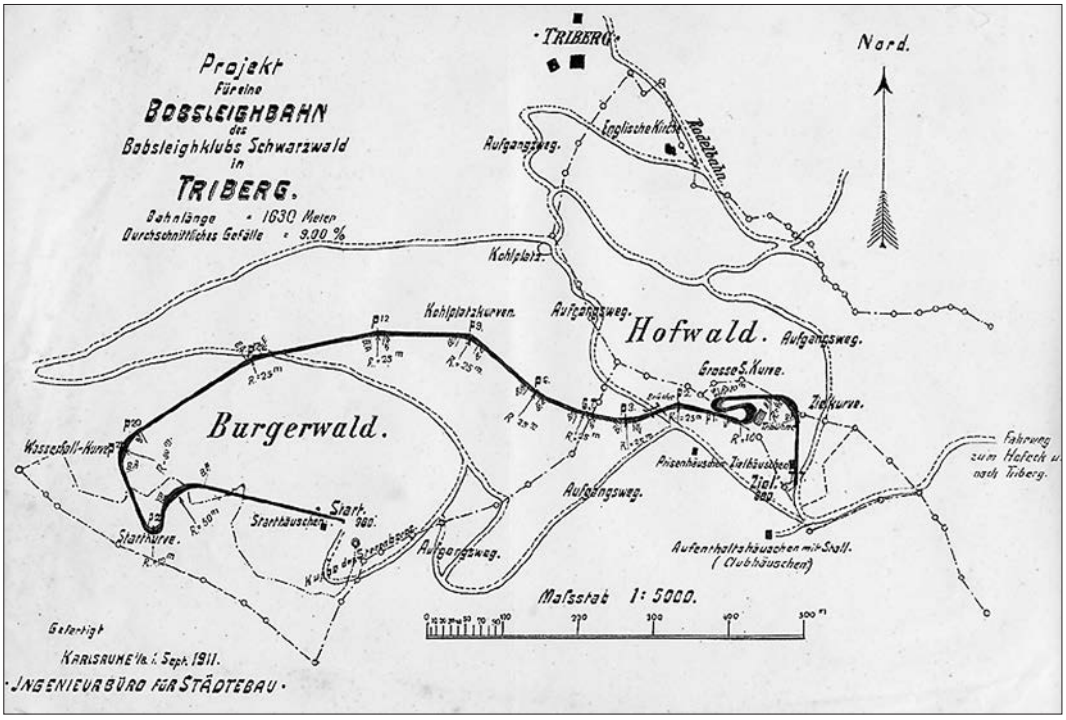


Abb. 8: Erste Planskizze für die Triberger Bobsleighbahn am Sterenberg vom September 1911 Foto: Schwarzwaldmuseum Triberg

Bobby“ vor. Für den Rittmeister galt dieser Name fortan als Prädikat, das er, wenn es ging, auch als Unterschrift benutzte.[30]

Seine Bobsiege, die Otto (Bobby) Griebel meistens mit seinem Bruder Ernst, dem späteren Berliner Kunstprofessor, errang, summierte Bobby auf 117, darunter drei deutsche Meistertitel und den Sieg bei den Deutschen Winterkampfspielen 1926 in Triberg (Abb. 11), bei denen neben Bobrennen auch Skiwettläufe, Rodelrennen und Eiskunstläufe ausgetragen wurden. Bevor Bobby im Alter von mehr als 90 Jahren in Frankfurt verstarb, war er zweimal Präsident des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes, jeweils von 1921 bis 1926 und von 1949 bis 1952. Auf der 4. Generalversammlung des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes am 20./21. September 1952 in Triberg wurde Otto (Bobby) Griebel, der inzwischen auch Ehrenmitglied des Bob- und Rodelclubs Schwarzwald e. V. Triberg war, zum Ehrenpräsidenten des Verbandes gewählt.[31]

Die Wiedergründung des Bobclubs Schwarzwald e. V. Triberg nach dem Zweiten Weltkrieg war im Wesentlichen das Verdienst des, schon im Alter von erst 50 Jahren 1953 verstorbenen bekannten Rundfunkreporters Rolf Wernicke (2. Vorsitzender). Darüber hinaus engagierten sich der Konstanzer Zahnarzt Dr. Lucas (1. Vorsitzender) und nicht zuletzt der damalige Triberger Bürgermeister Willi Faster (Geschäftsführender Vorsitzender).[32] Durch die Initiative dieser Herren wurde die Bobbahn neu hergerichtet und weiter ausgebaut, so dass in den Folgejahren wieder einige bedeutende Rennen gefahren werden konnten. Zu den bekanntesten Bobfahrern der 1950er Jahre auf der Sterenbergbahn zählte die Mannschaft um Anderl Ostler, die es 1952 in Oslo zu olympischem Gold brachte.[33]

Als sich jedoch immer häufiger milde Schwarzwald-Winter einstellten, wurde es nahezu unmöglich, die Sterenbergbobbahn so herzurichten, dass auf ihr zeitgemäße Sportveranstaltungen durchgeführt werden konnten.[34] Es wurde ruhiger um die Triberger Bobbahn. Die letzte offizielle Veranstaltung auf der traditionsreichen Sterenbergbahn fand 1959 statt. Als Wettkampfstätte für die großen Entscheidungen im Bobsport hatte die Naturbahn ausgedient; sie

wurde von der moderneren Kunstbahn und später der Kunsteisbahn verdrängt.[35]

Während das Schicksal der Sterenbergbobbahn nun besiegelt war, blieb es auf der Hofwaldrodelbahn noch für einige Jahre recht lebhaft. Im Zentrum dieser Entwicklung stand der aus Schlesien stammende Altmeister Erich Beyer. Um ihn scharten sich einige Rodelbegeisterte, die die Hofwaldrodelbahn immer wieder soweit herrichteten, dass in den Folgejahren noch zahlreiche bedeutende Rodelrennen in Triberg durchgeführt wurden. Zu den bekanntesten Triberger Rodlern dieser Zeit zählten Angelika Greguletz-Pfaff, deutsche Jugendmeisterin und 1970 Weltmeisterschaftsteilnehmerin mit einem beachtlichen 7. Platz, Bernd Beutel, einige Jahre im Kader der deutschen Nationalmannschaft und Klara Beutel, jahrelang Frauenwartin des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes.[36] Dennoch wurde auch auf der Hofwaldrodelbahn im Jahre 1965 das letzte offizielle Rennen gefahren.[37] Auch diese Bahn entsprach nicht mehr den zeitgemäßen Anforderungen.

Trotz dieser für die Stadt Triberg und erst recht für die Sportler nicht gerade glücklichen Entwicklung gab es auch weiterhin den Bob- und Rodelclub Schwarzwald e. V. Triberg, aus dem noch viele namhafte Bob- und Rodelsportler hervorgingen. Trainiert wurde im Wesentlichen auf den Kunsteisbahnen in Königsee (Berchtesgaden) und Winterberg (Hochsauerland).[38] Der damit verbundene zeitliche und finanzielle Aufwand war auf Dauer aber nicht durchzuhalten. Das war – neben dem fehlenden Nachwuchs aus der Region – einer der Gründe, weshalb der Bob- und Rodelclub in seiner Hauptversammlung am 30. November 1999 im Triberger Rathaussaal die Auflösung des Clubs beschloss. An der letzten Versammlung nahmen von insgesamt noch 73 Vereinsmitgliedern 17 Mitglieder teil; 15 stimmten für die Auflösung und nur 2 konnten sich dieser Entscheidung nicht anschließen.[39] Das noch beträchtliche Vereinsvermögen wurde nach einem Liquidationsjahr dem Heimat- und Gewerbeverein Triberg e. V. übereignet mit der Auflage, es gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, insbesondere aber zur Darstellung des Bob- und Rodelsports im Schwarzwaldmuseum Triberg zu verwenden.[40]

Abb. 9: Auf der Triberger Bobsleighbahn am Sterenberg um 1920 Foto: Archiv Nienhaus

Inzwischen können sich die Besucher des Schwarzwaldmuseums die sehr gelungene Präsentation der Triberger Bob- und Rodelgeschichte ansehen. Die Ausstellung informiert recht anschaulich über die Anfänge des Wintersports ganz allgemein und insbesondere über die Geschichte des Bob- und Rodelsports. Immerhin konnte der ehemalige Bob- und Rodelclub Schwarzwald e. V. Triberg bei seiner Auflösung im Jahre 1999 auf 88 Vereinsjahre zurückblicken.

Weltmeister im Eiskunstlauf auf dem Triberger Bergsee

Wie zuvor schon kurz angemerkt, wurde in Triberg aber nicht nur der Bob- und Rodelsport im großen Rahmen und recht intensiv betrieben, sondern natürlich auch Ski gelaufen (Abb. 1 und 3), und auch der Eislauf hatte um 1900 schon viele Anhänger, die sich alljährlich auf dem Bergsee tummelten. Seit 1906 gab es in

Abb. 10: Der Bob wird mit hoher Geschwindigkeit aus der Sterenbergbahn geschleudert; einige Zuschauer ergreifen die Flucht – Foto um 1920 Foto: Archiv Nienhaus

Abb. 11: Titelseite des Programms für die Deutschen Winterkampfspiele im Jahre 1926 in Triberg und Titisee

Foto: Schwarzwaldmuseum Triberg

Triberg einen Eislaufverein, der sich später, sicher aber schon vor 1913, als „Abteilung Eislauf“ dem Wintersportverein Triberg anschloss. In diesem Verein gab es 1913 neben der Skiabteilung, eine Rodelabteilung und die Eislaufabteilung mit dem Eislaufwart Fabrikant Paul Manz jun.[41]

Schon in den 1920er Jahren fanden auf dem Triberger Bergsee Eiskunstlauf-Veranstaltungen statt, darunter zwei herausragende, von weit überregionaler, ja europaweiter Bedeutung. Im Jahre 1925 wurde die Europameisterschaft im Eiskunstlauf auf dem dortigen Bergsee ausgetragen und nur ein Jahr später, im Rahmen der Deutschen Winterkampfspiele (Abb. 11), auch die Eiskunstlauf-Wettkämpfe. Bei beiden Veranstaltungen gingen Sportler der Weltelite an den Start. Leiter der Abteilung Eislauf im Wintersportverein Triberg war zu dieser Zeit Eislaufwart Dr. Fritz Keck.[42]

Wie kam es zu der Eiskunstlauf-Europameisterschaft in Triberg? Zunächst war für diese Veranstaltung, die letztmalig 1914 in Deutschland stattgefunden hatte, Berlin als Austragungsort vorgesehen. Aufgrund der ungünstigen Wetterlage wurde der festgelegte Termin zunächst einmal verschoben. Als sich das erwünschte Winterwetter aber auch zu dem neuen Termin nicht einstellte, entschied sich der „Internationale Eislaufverband“ für einen anderen Veranstaltungsort, nämlich für den Triberger Bergsee, der in einer Höhe von rund 750 Metern und der recht geschützten Lage seiner Eisbahn, bessere klimatische Verhältnisse versprach. Als Termin wurde der 7. und 8. Februar 1925 von dem internationalen Gremium vorgegeben.[43]

So erfreulich die Entscheidung des internationalen Verbandes in Triberg aufgenommen wurde, den Organisatoren bereitete sie zunächst ein Problem. Sie hatten nämlich seit längerem festgelegt, genau am 7. und 8. Februar das „Verbandskunstlaufen“ auf dem Bergsee durchzuführen. Es musste also umgeplant werden. Schnell war man bereit, das „Verbandskunstlaufen“ auf den 5. und 6. Februar vorzuverlegen, so dass beide Veranstaltungen nun unmittelbar hintereinander stattfanden, d. h. Triberg erlebte nun vier Tage Eislaufsport auf höchstem Niveau mit Sportlern der internationalen Spitzenklasse.

In den regionalen Zeitungen[44] wurde über das anstehende sportliche Großereignis ausführlich berichtet und die Bevölkerung dazu aufgerufen, mitzuhelfen und alles erdenkliche dafür zu tun, dass die Veranstaltung zu einem sehr positiven Erlebnis für die vielen zu erwartenden Sportler und Gäste wird. Schließlich sollten alle Teilnehmer und Besucher dieses herausragenden sportlichen Ereignisses mit dem besten Eindruck von der Kurstadt Triberg in ihre Heimat zurückkehren. Wörtlich heißt es in den Zeitungsberichten: … *man stehe allenthalben zusammen, ein jeder helfe, die Heimatstadt durch Schmuck der Häuser wenigstens im besten Licht zu präsentieren, wie es nur möglich ist. Die Auswirkung dieser Bemühung wird nicht auf sich warten lassen.* Von Seiten der Stadt- und Kurverwaltung war u. a. eine *bengalische Beleuchtung der Oberstadt mit Höhenfeuerwerk* vorgesehen.[45]

Abb. 12: Die Sieger beim „Hauptpaarlaufen der Senioren“ anlässlich der Deutschen Winterkampfspiele auf dem Triberger Bergsee im Jahre 1926: Frau Jarosz-Szabo und Herr Wrede, beide Wien. Sie waren zu dieser Zeit amtierende Weltmeister im Eiskunstlauf. Foto: Archiv Nienhaus

Zur sportlichen Seite der Veranstaltung berichteten die Zeitungen sehr erfreulich, dass sich schon 23 internationale Spitzensportler angemeldet hätten. Neben deutschen Teilnehmern erwartete man Eiskunstläufer aus Deutschösterreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Skandinavien.[46] Abschließend appellierte der „Triberger Bote“ an die Bevölkerung: *Es wäre sehr zu wünschen, wenn sich im Interesse des besten Eindruckes der Teilnehmer an der Europameisterschaft, über deren sportliche Qualitäten man sich stets bewußt sein sollte, daß sie zu den*

Abb. 13: Das Zentrum Tribergs, wie man es heute kaum noch sieht – mit dem „Schnee von gestern“ Foto: Archiv Nienhaus

„großen Kanonen“ des Kontinents gehören, möglichst viele einheimische Teilnehmer an der ***Begrüßung*** *am Mittwoch Abend im Hotel Löwen und an der* ***Preisverteilung*** *am Freitag im Hotel Wehrle und am Sonntag im Schwarzwaldhotel einfinden wollten.*

Nur ein Jahr nach diesem großen Eislaufevent auf Tribergs Bergsee, der speziell für den Eiskunstlauf auf rund 56 x 65 Meter vergrößert wurde[47], folgte ein weiterer sportlicher Höhepunkt am gleichen Ort: Die Eiskunstlaufmeisterschaften im Rahmen der in Triberg 1926 durchgeführten Deutschen Winterkampfspiele (Abb. 11). Dieses herausragende *große sportliche Ereignis* war der überregionalen Westdeutschen Sportzeitung eine mehr als zweiseitige ausführliche Berichterstattung wert.[48] Im Zentrum der Veranstaltung und Berichterstattung stand das Weltmeisterpaar Frau Jarosz-Szabo und Herr Wrede (beide Wien). Sie waren die überragenden Sieger im Hauptpaarlaufen für Senioren (Abb. 12).[49]

Zusammenfassend beurteilte die Westdeutsche Sportzeitung die Triberger Eiskunstlaufveranstaltung wie folgt: *Die Triberger Kunstlauftage gingen harmonisch zu Ende, trotzdem der Wettergott nicht gar so warm seine Begrüßung hätte zu halten brauchen. Aber er hat es doch erst nach dem Vorbeigang zum richtigen Föhn kommen lassen, so daß alles noch recht unter Dach und Fach kam. Alles was mit der Vorbereitung der Olympiade beschäftigt war und bei ihrer Durchführung sich betätigte, gleich viel ob Funktionäre oder aktive Läufer, haben zweifellos mehr Positives in reiner Arbeit und Anregung für den Nachwuchs geleistet als eine unnötige Kritik. Man wird dem Schwarzwald nichts nehmen können, denn wenn ein Platz wie Triberg letztes Jahr die Europameisterschaft in vier Tagen übernehmen und glatt durchführen konnte, so läßt ihn füglich auch ein Reiben obiger Art ziemlich kalt. Man bucht im Schwarzwald die Kampfspiele im Eiskunstlauf als Faktor wintersportlichen Fortschrittes.*[50]

Wintersport heute – Sieg der Technik über die Natur

Die große Zeit des Wintersports in Triberg ging spätestens in den 1960er Jahren ihrem Ende entgegen. Auch wenn sich der Bob- und Rodelclub Schwarzwald e. V. in Triberg erst am 30. November 1999 auflöste und noch wenige Jahre davor beachtliche sportliche Erfolge aufzuweisen hatte. Auf der Triberger Sterenbergbobbahn und auch auf der Hofwaldrodelbahn wurden um diese Zeit schon lange keine professionellen Rennen mehr ausgetragen. Und auch den Triberger Wintersportverein mit seiner Untergliederung in Ski-, Rodel- und Eislaufabteilung gab es schon lange nicht mehr. Damit war die große Ära des Wintersports in Triberg beendet. Der Grund hierfür ist ganz sicher nicht allein in den zwischenzeitlich veränderten klimatischen Verhältnissen mit weniger schneereichen Wintern (Abb. 13) und höheren Wintertemperaturen zu suchen, sondern primär in der Entwicklung des Wintersports selbst, hin zu mehr Technik und damit weitgehend unabhängig vom winterlichen Wetter.

Anstelle der alten Holzskier waren nicht nur wissenschaftlich konzipierte und mit Computerprogrammen berechnete Skier aus speziellen Kunststoffen und Metallen getreten; inzwischen gab es auch die eingangs bereits erwähnten Skihallen bzw. „Indoor-Skipisten“, die das Skilaufen auch außerhalb des Winters über das ganze Jahr möglich machten. An die Stelle der alten naturnahen Bob- und Rodelbahnen waren zwischenzeitlich sehr aufwendig konstruierte Kunsteisbahnen getreten, die auch diese Sportarten weitgehend von der Jahreszeit unabhängig machten. Mit diesen technisch konzipierten Einrichtungen konnte u. a. auch die Trainings- und Wettkampfsaison von rund vier bis sechs Wochen auf etwa fünf Monate verlängert werden, was natürlich zu besseren Wettkampfergebnissen führte. Sinngemäß gilt diese Entwicklung auch fürs Eiskunstlaufen, das schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr auf Naturseen stattfindet, sondern auf technisch erzeugten Eisflächen und dazu auch überwiegend in Hallen.

Die modernen Kunsteisbahnen für den Bob- und Rodelsport, aber auch für den Eiskunstlauf verursachten natürlich erhebliche Investitionskosten und darüber hinaus in jedem Jahr auch beachtliche Betriebs- bzw. Unterhaltskosten. Insbesondere vor letzterem schreckte man z. B. in Triberg – verständlicherweise – immer wieder zurück. Nur beispielhaft sei auf die Baukosten für die moderne Bob- und Rodelbahn in Winterberg (Hochsauerland) hingewiesen; sie lagen bei rund 20 Millionen DM (ohne MWSt). Hinzu kommen die jährlichen Betriebskosten; sie wurden 1985 mit ca. 400 000,00–500 000,00 DM eingeschätzt.[51]

Aber nicht nur die Bahnen für den Bob- und Rodelsport sind moderner und kostenaufwendiger geworden, auch die Sportgeräte selbst werden inzwischen nach zeitgemäßen wissenschaftlichen und aerodynamischen Erkenntnissen in den Windkanälen von Flugzeug- oder Automobilwerken konstruiert und gebaut. Die heutigen stromlinienförmigen Hightechgeräte sind keinesfalls vergleichbar mit den in den Abb. 6, 9 und 10 zu sehenden Schlitten und Bobsleighs aus den 1915/20er Jahren.

In den letzten rund 100 Jahren haben sich nicht nur die Lebensumstände der Menschen in weiten Bereichen geändert, sondern auch die winterlichen Sportaktivitäten. Angesichts der heute erzielten Wettkampfzeiten und Flugweiten beim Skifliegen erscheint die in den Medien oft zitierte Devise „Nicht der Sieg zählt – Dabei sein ist alles“ wohl doch nur ein Trost für diejenigen zu sein, die nicht aufs Treppchen dürfen. Heute gilt mehr denn je und nahezu um jeden Preis: noch schneller, noch weiter und damit noch risikoreicher – nur das vermittelt den ultimativen Kick. Die Suche nach Nervenkitzel, der den berühmten Adrenalinstoß auslösen soll, wird immer extremer. Gelegentlich könnte man glauben, es gelte heute auch bei nicht wenigen Wintersportlern die mehr als zweifelhafte, aber dennoch weit verbreitete, neudeutsche Devise: „no risk – no fun“. Eine Entwicklung, die nachdenklich macht! Keine Skibrille kann so große Scheuklappen haben, dass der Trend zu immer mehr Hightech in allen Bereichen des Wintersports, nicht auch dem konservativsten Schneeenthusiasten auffiele.

Dennoch, nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich in Triberg wieder einige Skibegeisterte zusammen und gründeten am 19. November 1949 die „Skizunft Triberg“.[52]

Ziel dieses Vereins ist die Pflege des Skisports in seiner vielfältigen Art, wobei auch die Geselligkeit nicht zu kurz kommen soll. So positiv diese Vereinsgründung für Triberg und erst recht für die Vereinsmitglieder, die auch schon einige sportliche Erfolge einfahren konnten, ist, von einem nahtlosen Anknüpfen an die große Zeit des Triberger Wintersports mit herausragenden, zum Teil internationalen Veranstaltungen in den Disziplinen Ski, Bob, Rodeln und Eislaufen kann in diesem Zusammenhang aber ganz sicher nicht die Rede sein.

Inzwischen sind die historischen Sportgeräte und zeitgenössischen Bilder aus der großen Zeit des Triberger Wintersports ins Schwarzwaldmuseum eingezogen. Obwohl diese Relikte – gut präsentiert – ein recht gutes und informatives Bild vom Wintersport vergangener Zeiten vermitteln, sind sie im übertragenen Sinne des Wortes so etwas wie der „Schnee von gestern".

Anmerkungen

1 Ekkehart Ulmrich: Die Frühgeschichte des Skiclubs Freiburg (1895–1914). In: Klaus Spathelf: 100 Jahre Freiburger Skigeschichte. Hg.: Skiclub Freiburg e. V., 1995, S. 34–74, hier S. 34.

2 Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Ausgabe 14. September 2000: Giradellis Richtfest in den Prosper-Alpen – Da wird dem Winterspaß eine Halle gebaut; gleiche Zeitung, Ausgabe 25. Oktober 2000: Für Skifans schneit es in der Halle.

3 Katalog der Internationalen Wintersport-Ausstellung in Triberg vom 18. Dezember 1909 bis 20. Februar 1910, Triberg 1909, S. 17. Während im zuvor angeführten Katalog aus dem Jahre 1909 der Ski- und Rodelclub Triberg e. V. als Organisator der Sportveranstaltungen benannt wird und Klaus Nagel in seinem Beitrag: Völlig geschützt vor Schneeverwehungen / Der Bau der Sterenberg-Bobbahn in Triberg (Heimatblätter 2007 / Jahresheft 11, Seite 45) ein Bild mit einem Briefumschlag des Ski- und Rodelclubs Triberg e. V. vorstellt, dessen Briefmarke einen Poststempel vom 20. 5. 1911 aufweist, wird bei Wolfgang Müller: Triberg – Porträt einer Stadt auf den Seiten 52 und 53 berichtet: *„Im Jahre 1906 gründeten Freunde des Ski-, Rodel- und Eislaufsports den ‚Wintersportverein Triberg', der sich umgehend regionalen und nationalen Verbänden anschloss."* Dieser Wintersportverein Triberg (Ortsgruppe Triberg des SCS und Ortsgruppe des Südwestdeutschen Rodelverbandes) hat sich aber wohl erst nach 1911 gebildet. Im Archiv des Schwarzwaldmuseums Triberg wird im Nachlass des Bob- und Rodelclubs Schwarzwald e. V. Triberg die Durchschrift der Niederschrift von der am 11. Dezember 1913 stattgefundenen Jahreshauptversammlung des „Wintersportvereins Triberg" aufbewahrt, in der der Skilaufwart: Schlossermeister K. Maier, der Rodelwart: Stadtbaumeister Möst und der Eislaufwart: Fabrikant Paul Manz, jun. aufgeführt sind. Damit ist belegt, dass spätestens ab 1913 die Disziplinen Skisport, Rodelsport und Eislaufsport im „Wintersportverein Triberg" zusammengeführt waren: Nach den zuvor angeführten Quellen gab es den „Wintersportverein Triberg" im Jahre 1906 aber offenbar noch nicht. Die um 1906 zwar schon existierenden einzelnen wintersportlichen Gruppen oder Vereine hatten sich um diese Zeit aber noch nicht zu dem „Wintersportverein Triberg" zusammengeschlossen.

4 Ekkehart Ulmrich, wie Anm. 1, S. 45.

5 Katalog, wie Anm. 3, S. 18–20.

6 Ebd., S. 9–127.

7 Patrick Götz: Wintersport im Bühler Höhengebiet, in: Ernst Kafka und Wolfgang Schlund: Die Schwarzwaldhochstraße, Freiamt o. J. (2007), S. 240.

8 Katalog, wie Anm. 3, S. 15.

9 Erich Schwarz: 50 Jahre Skizunft Triberg im Schwarzwald (1949–1999), Hg.: Skizunft Triberg e. V. 1999, S. 7.

10 Katalog, wie Anm. 3, S. 15 und Heinz Nienhaus: Zum Schneckenhof und „Ersten Skilift der Welt" in Schollach, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land", 126. Jahresheft 2007, S. 196/197.

11 Katalog, wie Anm. 3, S. 20.

12 Heinz Nienhaus: Zum Schneckenhof und „Ersten Skilift der Welt" in Schollach, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land", 126. Jahresheft 2007, S. 193–196.

13 Ebd., S. 192.

14 Ebd., S. 201.

15 Privatarchiv Winterhalder, Schneckenhof in Schollach (PAWS), unveröffentlichtes maschinenschriftliches Manuskript zur Geschichte der Familie Winterhalder auf dem Schneckenhof in Schollach von Klaus Winterhalder, Schneckenwirt, 1983, S. 1–8, hier S. 4.

16 Carl August Riediger: Ein Wintertag in Schollach. In: Badener Land 5 (1914), o. S.

17 PAWS, Geschichte der Familie Winterhalder, wie Anm. 15, S. 4; Gunther Kusche: Der Wasserkraft-Lift von Schollach, in: Zeitschrift des Deutschen Skiverbandes (DSV),1958, o. S.

18 PAWS, Geschichte der Familie Winterhalder, wie Anm. 15, S. 6.

19 Wilhelm Maier und Karl Lienhard: Geschichte der Stadt Triberg im Schwarzwald, Hg.: Heimat- und Gewerbeverein Triberg e. V., Freiburg 1964.

20 Der Historiker und Direktor des Schweizerischen Sportmuseums in Basel, Dr. Max Triet, hat sehr intensiv zur Geschichte des Bobsled oder Bobsleigh geforscht und kommt zu dem Schluss, dass der Bob seinen Ursprung in den USA hat. Dort gab es den „bob-sled" schon 1839, wobei dieses Gerät nicht sportlichen Aktivitäten diente, sondern als Transportschlitten für Holz genutzt wurde. Vergl.: Max Triet [Hg.]: 100 Jahre Bobsport, Basel 1990, S.

9–69. In diesem Werk beantwortet Triet auch sehr ausführlich die Frage „Woher kommt das Wort Bob?“, S. 16–18. Ein weiteres Werk, in dem u. a. auf die Ursprünge des Bobsports eingegangen wird: Fédération Internationale de Bobsleigh et de Tobogganing (F.I.B.T.) und Organisationskomitee der Bob WM 1990, St Moritz [Hg]: 100 Jahre Bobsport, Zürich 1990, S. 10–24.

21 Villinger Kreiszeitung, Samstag/Sonntag, 26./27. Juni 1971: Der Bobclub Triberg feiert sein 60-jähriges Bestehen.

22 Ebd.

23 Archiv des Schwarzwaldmuseums Triberg (ASMT): Nachlass des Bob- und Rodelclub Schwarzwald e. V. Triberg, Maschinenschriftliches Vortragsmanuskript zum 60-jährigen Vereinsjubiläum des Bobclubs Schwarzwald Triberg, ohne Datum und Namen.

24 Klaus Nagel: Völlig geschützt vor Schneeverwehungen – Der Bau der Sterenberg-Bobbahn in Triberg, in: Heimatblätter, Heimatkundliche Beiträge für Gremmelsbach, Nußbach, Triberg und Umgebung, Hg.: Heimat- und Gewerbeverein Triberg e. V., Arbeitskreis Vergangenheit und Gegenwart, Jahresheft 11/2007, S. 47.

25 Echo vom Wald, Nr. 41 vom 19. Februar 1934: „Bob kommt“, Bobrennen in Triberg am 18. Februar; Karl Hermann Zobel: 75 Jahre Deutscher Bob- und Schlittensportverband e. V., Berchtesgaden 1986, S. 80; ASMT, wie Anm. 23: undatierter Plan der Bobbahn Triberg (vermutlich 1950er Jahre). Nach diesem Plan gab es rechts neben dem Hotel „Überm Wasserfall“ auch einen Bobschuppen.

26 ASMT, wie Anm. 23: Maschinenschriftliches Vortragsmanuskript …

27 Villinger Kreiszeitung, wie Anm. 21.

28 Ebd.

29 ASMT, wie Anm. 23: Maschinenschriftliches Vortragsmanuskript … Nach der Villinger Kreiszeitung, wie Anm. 21 waren es sogar 211 Rennen mit Fünferbobs und 30 Rennen mit Zweierbobs. Nach Karl Hermann Zobel: 75 Jahre Deutscher Bob- und Schlittensportverband e. V., Berchtesgaden 1986, S. 80 wurde das letzte Rennen vor dem Zweiten Weltkrieg am 5. Februar 1935 gefahren.

30 Karl Hermann Zobel: 75 Jahre Deutscher Bob- und Schlittensportverband e. V., Berchtesgaden 1986, S. 23.

31 Ebd., S. 15, 20, 23.

32 Villinger Kreiszeitung, wie Anm. 21. In diesem Beitrag wird das Jahr der Wiedergründung des Triberger Bobclubs mit 1950 angegeben. Andere Quellen nennen 1952 als das Jahr der Wiedergründung, z. B.: Südkurier Nr. 279 vom Donnerstag, 2. Dezember 1999: Bobs und Rennrodel kommen ins Museum.

33 Schwarzwälder Bote vom 10./11. Mai 1986: 75 Jahre Bob- und Rodelclub Schwarzwald und Karl Hermann Zobel, wie Anm. 30, S. 134.

34 ASMT, wie Anm. 23: Maschinenschriftliches Vortragsmanuskript …

35 Ebd.

36 Schwarzwälder Bote, wie Anm. 33.

37 Villinger Kreiszeitung, wie Anm. 21.

38 Südkurier, Nr. 8 vom 11. Januar 1986: Ohne Eiskanal kein Ende der Talfahrt.

39 ASMT, wie Anm. 23: Protokoll zur Hauptversammlung des Bob- und Rodelclub Schwarzwald e. V. Triberg vom 30. November 1999 im Rathaussaal der Stadt Triberg im Schwarzwald und Südkurier Nr. 279 vom 2. Dezember 1999: Bobs und Rennrodel kommen ins Museum.

40 Ebd.

41 ASMT, wie Anm. 23: Protokoll zur Hauptversammlung des Wintersportvereins Triberg (Ortsgruppe Triberg des SCS und Ortsgruppe des Südwestdeutschen Rodelverbandes) vom 17. Dezember 1913.

42 Verzeichnis der Eislaufplätze in Deutschland und Österreich aus dem Jahre 1925 (Kopie im Besitz des Verfassers).

43 Triberger Bote, Nr. 27, 31. Jg. vom 3. Februar 1925: Zur Europameisterschaft im Kunsteislauf in Triberg am 7. und 8. Februar 1925.

44 Je ein ausführlicher Zeitungsbeitrag mit dem Titel „Zur Europameisterschaft im Kunsteislauf in Triberg am 7. und 8. Februar 1925“ erschien im „Triberger Bote“, Nr. 27, 31. Jg. vom 3. Februar 1925 und auch im „Echo vom Wald“, Nr. 27, 52. Jg. vom 3. Februar 1925.

45 Triberger Bote, wie Anm. 43.

46 Ebd.

47 Verzeichnis, wie Anm. 42.

48 Westdeutsche Sportzeitung (Giradett Essen) Nr. 6 vom 8. Februar 1926: Deutsche Winterkampfspiele 1926 in Triberg.

49 Ebd.

50 Ebd.

51 Aus der Clubchronik 1910–1985 des BC Sauerland Winterberg, zitiert in: Karl Hermann Zobel: 75 Jahre Deutscher Bob- und Schlittensport, wie Anm. 30, S. 95.

52 Erich Schwarz, wie Anm. 9: 50 Jahre Skizunft Triberg …, S. 8.

Mein Dank für die Hilfe bei der Suche nach historischen Quellen gilt Susanne Schulte, Kuratorin des Schwarzwaldmuseums Triberg, wie auch den Tribergern Klaus Nagel, Autor zahlreicher lokalhistorischer Veröffentlichungen und Erich Schwarz, Verfasser der Jubiläumsschrift „50 Jahre Skizunft Triberg im Schwarzwald“.

Anschrift des Autors:
Dipl.-Ing.
Heinz Nienhaus
Ledderkesweg 4
46242 Bottrop

Leonhard Müller

Johann Lorenz Böckmann und das Gymnasium illustre zu Carlsruhe

Habent sua fata scholae – nicht nur Bücher, auch Schulen haben ihre Schicksale. Und sie könnten in Zukunft entscheidende Einschnitte erfahren, wenn man in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion an jene Vorstellungen denkt, z. B. die Gymnasien, auf die beiden Oberklassen beschränkt, in Einheitsschulen untergehen zu lassen. Nicht vom Standpunkt der Pädagogik oder in Sorge um wissenschaftlichen Nachwuchs sei hier die Rede. Zu bedenken ist, weiche kulturelle Tradition einer Bildungsinstitution verloren ginge, die bis in unsere Tage wirksam ist. Darum ein Blick ca. 250 Jahre zurück, wo in der Aufklärung das Gymnasium und seine Lehrer exponierte Kulturträger waren.

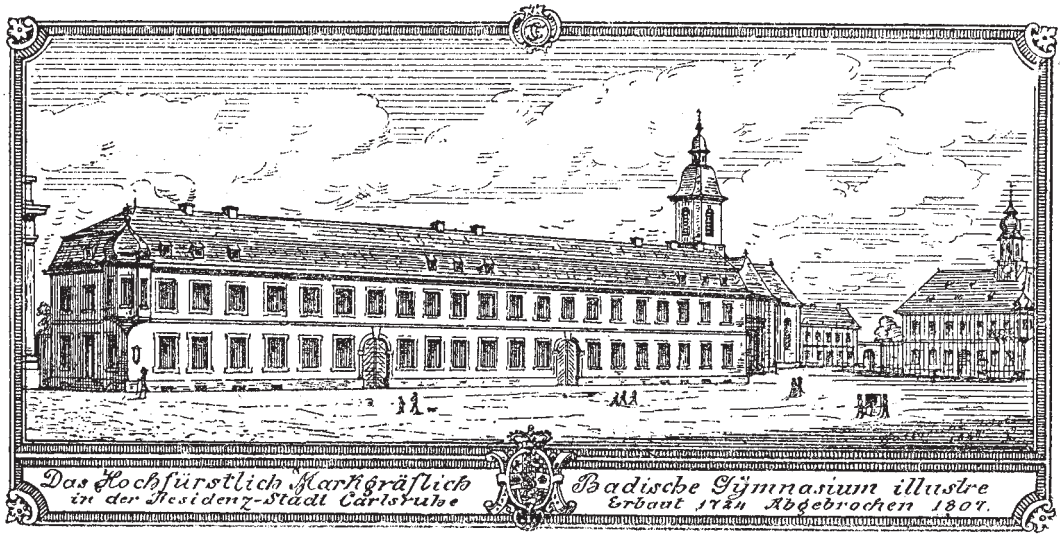
Gymnasium illustre

1586 hatte Markgraf Ernst Friedrich ein „gemeines Gymnasium zu Durlach“ gestiftet, 1596 zum „Gymnasium illustre“ erhöht. Markgraf Karl verlegte es, sehr zum Kummer der Durlacher, in die von ihm 1715 gegründete Residenzstadt Karlsruhe. Der Anstalt stand außer dem Kirchenratspräsidenten als Kurator ein geistlicher wie ein weltlicher Ephorus, also ein Aufseher, sowie der Rektor vor mit vier Professoren und verschiedenen anderen Dozenten. Das hölzerne zweistöckige Gebäude lag an der heutigen Kaiserstraße zwischen der Kleinen Kirche und dem Marktplatz, bis es 1824 in die Gebäude längs der Stadtkirche verlegt wurde, 1874 dann außerhalb der Innenstadt in jenes Haus, das heute Bismarck-Gymnasium heißt.

Eine wesentliche Aufgabe der Schule war die Vorbereitung auf ein späteres Theologiestudium, und dementsprechend dominierten die alten Sprachen, so 15 bis 18 Wochenstunden Latein, die Universitätssprache; in höheren Klassen durften sich Schüler nur lateinisch unterhalten.[1] Das Griechische dagegen trat zurück, „das Rechnen sollten die Schüler zu Hause lernen; Euklid und etwas Physik nach Aristoteles wurden nur von den Exemten [Primanern] in ein paar Stunden getrieben.“ Neben geringen Stundenzahlen für Geschichte und Geographie wurde, besonders in den unteren Klassen, auf die schöne Schrift, die Kalligraphie, Wert gelegt, und hier wie auch in anderen Fächern winkten Belohnungen des Markgrafen für die besten Leistungen, weil „eine saubere Handschrift für alle Stände unentbehrlich sei“.[2] Der Geheime Kabinettskanzlist mußte als Nebenlehrer vier bis acht Wochenstunden erteilen.

Durchgängig war der Religionsunterricht, in der Oberstufe sechsstündig. Religiöse Unterweisung erhielten neben den Katholiken auch die Israeliten, die erst 1769 das Gymnasium besuchten, obwohl seit der Stadtgründung schon viele Juden ansässig waren. „Nicht wenige Juden“, schreibt K. F. Vierordt 1859 in seiner Gymnasialgeschichte, „gehörten übrigens sehr oft zu unseren fleißgsten und begabtesten Schülern, und ich erinnere mich einer Äußerung, die ich vor 30 Jahren aus einem Munde eines Vorstandes der hiesigen israelitischen Gemeinde vernahm: Dass wir Juden sind, bekommen wir oft zu hören, aber im Lyceum [Gymnasium] nicht.“[3]

1774 gründete der Direktor Sachs eine Realschule als Teil des Gymnasiums „nach dem Vorbild von Halle, Berlin und anderen norddeutschen Städten … für diejenigen Knaben, welche die Schule mit dem 14. oder 15. Lebensjahr verlassen“. Es war die früheste Realschule in Südwestdeutschland – so Vier-



Das alte Gymnasium, Holzstich Foto: Stadtarchiv

ordt –, denn erst 1796 wurde eine weitere in Stuttgart eröffnet.[4] Nur wenig Unterricht, allenfalls zwei Stunden, wurde hier Latein erteilt, dafür aber kaufmännisches Rechnen, Buchhaltung, Elemente der Mechanik, Naturgeschichte neben dem Obligatorischen, zu dem Französisch und Englisch gehörte. Erst 1825 wurde in Karlsruhe die Realschule „für die nichtdestinierten Knaben" vom Gymnasium getrennt und dem „so eben gegründeten Polytechnischem Institute einverleibt", der späteren Technischen Hochschule.[5] 1768 wurde zudem ein Lehrerseminar eingerichtet, um vor allem Pädagogen für die Landschulen auszubilden.

In der Oberstufe konnten dagegen die „Exemten" mit juristischen oder kameralistischen „Vorbereitungscollegien" durch zwei Hofräte und einem Rentkammerrat für das Studium vorbereitet werden, durch ein Mitglied des Kirchenrats, der obersten Schulverwaltungsbehörde, für die Theologie. Wahlfreier Unterricht wurde für das Englische angeboten, eine Sprache, die der Markgraf sehr schätzte, seit 1748 erteilte ein „französischer Sprachmeister" wahlfreien Unterricht im Nachbaridiom, die erst 1806, „dem Rheinbund zu Ehren", obligatorisch wurde.

Nachdrücklich gefördert wurde die Naturlehre, die nach 1689 ganz eingeschlafen war, und 1765 gewann man zwei neue „Privatdozenten", die die Tätigkeit des bisherigen Professors und Rektors Maler (1714–64) im Bereich Philosophie, Mathematik und Physik fortführen sollten, und letzterem gelang dies mit großem Erfolg. Es war Johann Lorenz Böckman aus Lübeck, einer von zahlreichen Lehrern, die Baden aus anderen Ländern abwarb.

Johann Lorenz Böckmann

Am 8. Mai 1741 wurde Böckmann als Sohn eines Buchhändlers und jüngstes von fünf Kindern geboren. Der wissbegierige Schüler besuchte das Lübecker Gymnasium und begann in Jena 1760 Theologie zu studieren. Aber „seine Vorliebe für Mathematik und Naturkenntnis, ja Weltweisheit überhaupt, stieg in dem Verhältnis, wie die Neigung für das erste Fach abnahm".[6] Böckmann machte Examen in beiden Disziplinen und wurde 1764, dreiundzwanzigjährig, „an das akademische Gymnasium in Karlsruhe als Ordentlicher Professor der Mathematik und Physik" berufen. Neben der Schultätigkeit unterrichtete er den Erbprinzen Karl Ludwig, dessen Brüder Friedrich und Ludwig, 1790 auch die ältesten Töchter des Erbprinzen in Naturlehre. Seinen Unterricht zeichnete ein „ungemein bestimm-

Johann Lorenz Böckmann. Kupferstich

ter, einfacher, gründlicher, nützlicher und überaus angenehmer Lehrvortrag aus.“[5] 1773 war er Reisegefährte des Fürstenpaars durch die badischen Oberlande, 1775 begleitete er den Markgrafen auf seiner Reise durch die Schweiz. Der geschätzte Lehrer wurde bald befördert: 1774 Kirchenrat, 1776 Hofrat, 1789 Ephorus seiner Schule, 1798 Geheimer Hofrat, als bisher einzigem Pädagogen, der in Baden diesen Rang erreichte.

Böckmann experimentierte auf verschiedenen Gebieten. Besondere Aufmerksamkeit fand das Manuskript „von der Elektrizität“; der Nachruf zählt allein 25 Publikationen auf. Dazu gehörte auch die Einrichtung eines physikalischen Kabinetts. Naturalienkabinette waren in diesem Jahrhundert an den Höfen gang und gebe.

Schon der Stadtgründer hatte im neuen Schloss seine Sammlung beherbergt, von Karoline Luise tatkräftig erweitert. In der Schule war seit der Zerstörung um 1689 nichts mehr vorhanden. Böckmann fand einen Uhrmacher, bald zum Hofmechanikus ernannt, der allein 1773 in Paris und London für 3500 Gulden neue physikalische Apparate einkaufte.[6] Bald brauchte er im Gymnasium drei große Zimmer für seine Geräte, und als der Raum nicht ausreichte, bewilligte 1775 Karl Friedrich die Miete eines Privathauses, Arkadenzirkel 9, wo auch Böckmann mit seiner Frau, Tochter des Leibarztes Eichrodt, und seinen 13 Kindern wohnte, von denen acht überlebten. „Das Kabinett“, schreibt sein Direktor Johann Christian Sachs, „welches bei jährlicher Ausdehnung der Physik ansehnlich vermehrt wird, enthält schon wirklich eine beträchtliche Menge der vortrefflichsten Werkzeuge, wovon den besten Künstlern aus Engelland verschrieben worden sind. Es ist vorzüglich reich an Maschinen und Vorrichtungen zur Erklärung der Weltsysteme, an Versuchen zur wichtigen Lehre von der Luft und den luftartigen Feuchtigkeiten und in der physischen und medizinischen Elektrizität. Auch ist die Sammlung der Instrumente zur Optik, Hydrostatik und Hydraulik sehr schätzbar.“[7] Böckmann „ist nicht nur Liebhaber, sondern auch Kenner mehrerer Wissenschaften und Künste“, schreibt Friedrich Leopold Brunn, späterer Professor am Joachimstaler Gymnasium in Berlin, in seinen „Briefen über Karlsruhe“ 1783–84. „Hofrat Böckmann ist unstreitig derjenige unter den Lehrern des Gymnasiums, der sich die bleibendsten und dauerhaftesten Verdienste nicht bloß um die Studierenden, sondern um den Wohlstand der badischen Untertanen überhaupt erworben hat. Unter Mitwirkung und zum Teil auf Befehl des Markgrafen wandte er seine tiefen Einsichten und Kenntnisse der Physik und angewandten Mathematik hauptsächlich auf das gemeine Leben an und bewirkte dadurch so mancherlei wesentliche Verbesserungen des Gewerbes und der Künste, dass sein Andenken gewiß in Baden unvergesslich sein wird … Vorzüglich liebt er physischen Wissenschaften nicht etwa darum, weil sie seine Neugier befriedigen; sondern hauptsächlich wegen des großen Nutzens, den die Anwendung derselben der Haus- und Landwirtschaft den Bequemlichkeiten und Notwendigkeiten des menschlichen Lebens, der Aufklärung durch die Vernichtung des Aberglaubens und der vorgeblichen Wunder und der Beförderung des Landes überhaupt gewähret.“[8]

Das entsprach ganz den Interessen des Fürstenpaares, und so heißt es in einem Nachruf auf Böckmann: „er genoß 1777 das Glück, unserem gnädigst regierenden Fürsten die ganze Naturlehre in täglichen Vorlesungen vorzutragen und wurde 1779 aufgefordert: alle Tage, wenigstens eine Stunde, bei unserer nun

verewigten großen Fürstin Karoline Luise zuzubringen, um ihre, schon seit langer Zeit erworbene, mathematische physischen Kenntnisse wieder aufzufrischen; vorzüglich aber, sie mit den vielen großen neuen, in diesen Wissenschaften gemachten Entdeckungen bekannt zu machen."[9]

Dem entsprechend ist auch die Abhandlung verfasst, die er unter dem Titel „Welche Fortschritte machten Mathematik und Naturlehre in den Badischen Landen" anläßlich der Jubelfeier der „Karlsruher Fürstenschule wegen ihrer vor zweihundert Jahren 1586 zu Durlach geschehenen Stiftung", dessen Tenor den Geist, eines merkantilistischen, ergebnisoffenen Zeitalters widerspiegelt, dem Markgrafen ein sehr gelegenes Merkmal. „Der Mathematik und Physik", so heißt es, „gebührt ohne Zweifel unter den wahrsten, bleibendsten, nützlichesten Wissenschaften ein vorzüglicher Rang. Jene entwickelt, stärkt, verfeinert den Geist des Menschen, diese gibt zugleich dessen Herzen Nahrung und Wärme. Beide wirken unleugbar gleich stark um Wohl der Staaten, sind Pflegerinnen vieler nützlicher Künste, sind Erzieherinnen des Philosophen, sind Mütter der Heilkunde, sind unzertrennliche Gefährten des Lehrers der Religion. Sie verdienen überhaupt bis auf einen gewissen Grad von jedem Menschen gekannt zu sein, da uns nichts näher liegt als die Natur, bei welcher so, wie bei den Geschäften des bürgerlichen Lebens durch Maaß, Gewicht und Zahl. Die Entwicklung dieser Wissenschaften ist folglich bei jeder Erziehungsanstalt von wesentlichstem Nutzen, und die größere oder geringere Kultur derselben ist vielleicht der sicherste Maßstab zur Bestimmung des eigentlichen Grades der Aufklärung in den Ländern. Wo diese Kenntnisse Fremdlinge sind, oder unter dem Druck schmachten …, da herrscht Finsternis mit bleiernem Szepter."[10]

Und das wurde realiter umgesetzt: 1778 gründete Böckmann das badische metereologische Institut mit 16 weiteren Wetterstationen, konstruierte einen Dampfwagen, dessen Fahrfähigkeit 100 Jahre später der Assistent am Physikalischen Institut Carl Benz begeistert erprobte. Ein Herzensanliegen war für Böckmann seit 1779 die Errichtung der neuen Blitzableiter, und viele Gebäude verdankten ihm seinen Bestand.

Gerühmt wurde aber vor allem seine Vortragsart. „Akademischer Ton in den Vorlesungen auf dem Gymnasium ist höchst zweckwidrig" schreibt Wucherer über ihn. „Daher sein so bestimmt, fasslich und kurzer Vortrag, der auch, in Rücksicht auf seine vortreffliche Deklamation für jeden ein nachahmenswürdiges Muster wurde".[11]

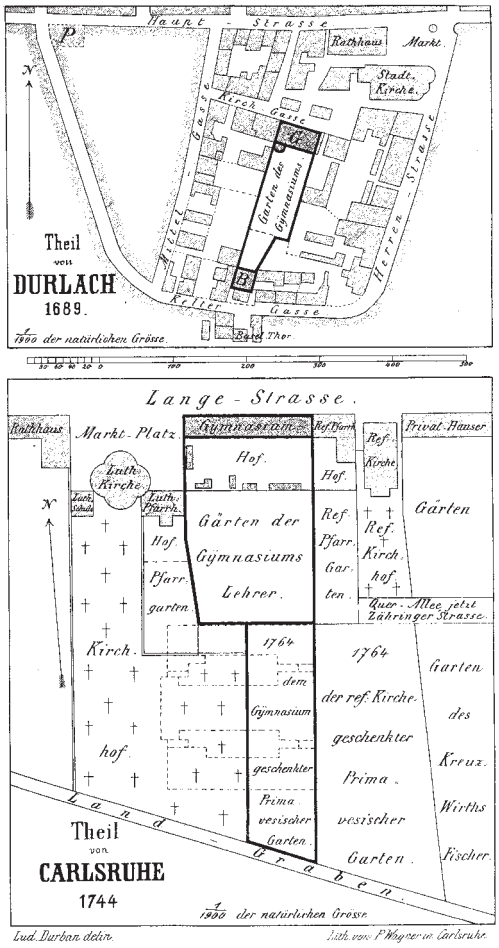
Ein Naturwissenschaftler mit einem markantem Sprachbewußtsein. Damit hat sich Böckmann auch auf einem ganz anderen, ihm eigentlich fachfremden Gebiet verdient gemacht. Keinem Philologen, sondern ihm „verdankt unsere Anstalt", so Wendt 1886, „die ersten deutschen Literaturstunden sowie die Anregung zu deutschen Aufsätzen." „Man glaubte, der deutschen Sprache gegenüber seine Lehrerpflicht vollkommen zu erfüllen, wenn man das Übersetzen aus dem Lateinischen den Schülern gelegentlich an einen erträglichen deutschen Ausdruck zu gewöhnen sich bemühte."

Seit 1766 sammelte Böckmann diejenigen Schüler um sich, damit er sie „in deutscher Beredsamkeit und Dichtkunst und in der Beurteilung derselben übe und dem Studium edler Muster auch ihre eigene praktischen Versuche oratorischer und poetischer Art verbinde." Das war eine Neuerung, denn bisher hatte man bei festlichen Gelegenheiten „Reden in sechs oder sieben Sprachen, selbst chaldäischen, gehalten (z. B. beim Jubiläum 1687)".[12]

Seine Initiativen gingen über die Schule hinaus, und er wie andere Pädagogen des Gymnasiums wirkten intensiv für das Kulturleben in Karlsruhe, denn sein Haus am Zirkel wurde zu einer Begegnungsstätte zwischen Adel und Bürgertum. Dies spiegelt auch der Inhalt einer Denkschrift wider, die er 1764 dein Markgrafen unterbreitete. Es war der „Untertänigste Vorschlag zur Errichtung einer teutschen Gesellschaft".[13]

Akademieplan

Solche Sprachgesellschaften waren schon im 17. Jahrhundert im deutschen Sprachraum nach dem Vorbild der Academia della Cruca in Florenz gegründet worden, und sie haben



Lageplan des ehem. Durlacher und des späteren Karlsruher Gymnasiums

vieles für die differenzierte Entwicklung der deutschen Sprache bewirkt. Da „ein lebhafter Verkehr mit dem höflichen, witzigeren und feiner gebildeten Nachbarvolk anhob“ so heißt es im Rheinischen Conservationslexikon 1844, „traten jene unzähligen, toten, und wurzellosen undeutschen Wörter ein, die noch jetzt unsere reiche, fügsame Sprache verunstalten.“ Und mancher Sprachgesellschafter in Hamburg, Straßburg, Nürnberg und anderswo ging recht gründlich vor, nicht immer mit Beifall bedacht, wenn einige Deutschtümler jedes Fremdwort umdeuten wollten wie Nase in Gesichtserker oder Pistole in Meuchelpuffer.

Böckmann verfolgte nicht so einen rigorosen Purismus, denn mit Herder war er der Meinung, auch Sprach- und Schulmeister könnten die Sprache verderben. „Es ist wohl ohnstreitig“, so beginnt er, „dass die deutsche Sprache viele und grosse Reizungen hat. Nicht nur wegen der Majestät und den Nachdruck ihrer Worte, sondern auch wegen der süssen Zärtlichkeit, zu welcher sie durch eine angenehme Verbindung erheben kann und welcher sie gewiss so gut, als eine andere Sprache fähig ist. Man muß nur das Vorurtheil abzulegen sich bemühen, welches der französischen Sprache vor allen anderen diesen Vorzug zugestehet, und man muss anfangen, mit allem Eifer an ihre Verschönerung zu arbeiten und ihre vollkommene Reinigkeit wiederum herzustellen suchen.“ Für ihn als deutschen Gelehrten würde es „zur Schande gereichen, … seine eigene Muttersprache nicht zu kennen“ und von ihm „am ersten diese Verbesserung verlangen und erwarten“. Doch die „Ausbesserung der teutsche Sprache“ sei ein „weitläufiges Feld. Daher wird man am besten hierinn die gewünschte Absicht erreichen können, wenn man in eine Gesellschaft zusammentrit, wo einer dem anderen die Hände bieten kann.“

Die Absicht dieser Gesellschaft lehnt sich an bereits vorhandene an. „Es ist also eine ihrer ersten Pflichten, dass …

1. Eine vollkommene und gründetet Rechtschreibung eingeführet
2. Die Sprache von aller Unsauberkeit, deren Ursache der verschiedene Dialekt ist, gereinigt, und
3. Sowohl in der Wahl der Worte, als deren Verbindung eine anständige Regelmäßigkeit beobachtet werde.“

Neben den grammatischen Fragen sollte man sich „in der Beredsamkeit und Dichtkunst“ üben, dazu wolle man sich einmal wöchentlich versammeln, um „eine Abhandlung oder ein Gedicht oder eine vollkommene Rede abzulesen und diesen Aufsatz nachher der schärfsten Beurtheilung der Gesellschaft darzulegen.“ Da kann man sich heute an die rauhen Usancen der Gruppe 47 erinnern, wenngleich eine Einschränkung erfolgte: „Es müsste dahero jedesmal irgend einem Mitgliede aufgetragen werden, den Aufsatz mit sich nach Hause zu nehmen und denselben mit der vollkommensten Sorgfalt durch-

zulesen, und ihre alsdenn in der nächsten Versammlung mit seinen Anmerkungen, so wohl über die ganze Einrichtung desselben als über einzelne Sätze und Perioden bereichert, der Gesellschaft wieder zu überreichen.“ Die Aufsätze sollten im Gesellschaftsarchiv gesammelt werden, so dass man „diese reifen Früchte der gelehrten Welt öffentlich bezeigen könnte.“

Es spricht für das Selbstbewußtsein des aufstrebenden Bürgertums, dass jeder so er gebildet sei, den Zusammenkünften beiwohnen könne ohne Rang und Namen. Dabei denke man auch an die bildungswillige Jugend, hatte doch Böckmann sich darum bemüht, wie zitiert, dass am Karlsruher Gymnasium die ersten Anregung für die Anfertigung eines deutschen Aufsatzes gegeben wurde. Hier wie im Akademieplan sei aber die Regel, „alle Partheilichkeit aufs äusserte zu fliehen und seine Urteile vor den Augen der Weit durch hinlängliche Beweise jederzeit zu rechtfertigen“.

Böckmann dachte auch sehr praktisch und wollte einen festen Treffpunkt für Interessenten schaffen. „Damit aber auch bei dieser Gesellschaft eine kleine Quelle eröffnet werde, gewisse Ausgaben zu bestreiten, welche unter andern das Zimmer und dessen Erwärmung im Winter erfordern, und auch den Grund zu einer kleinen Bibliothek zu legen, so glaubte ich, dass man die Mitglieder verbinden könnte, bei ihrer Aufnahme in diese Gesellschaft Etwas im Gelde zu entrichten und nach ihrem eignen Belieben, die Bibliothek mit einem Buche zu beschenken.“ In Notfällen müßten freilich solche finanziellen Beiträge erlassen werden.

Eine solche Gesellschaft könnte aber nur „ihren Flor desto glücklicher verbreiten“, wenn sie unter „dem hohen Schutze eines mächtigen Befürworters der Wissenschaften“ stünde, und man sollte sich bemühen, „Männer von dem höchsten Rang und auswärtige Gelehrte teils als Vornehme, teils als Ehren-Mitglieder dieser Gesellschaft einzuverleiben.“

Ergebnisse

Eine schriftliche Stellungnahme des Markgrafen, mit dem sicher mündlich über diesen Plan gesprochen wurde, liegt nicht vor, wenngleich sicher ein Interesse bei ihm vorhanden war. Als aber Baden-Durlach die hochverschuldete Markgrafschaft Baden-Baden 1771 erbte, stand es vor großen finanziellen Problemen und grundsätzlichen Verwaltungsreformen. Doch 1774 gab es einen neuen Anstoß, als durch die Vermittlung Böckmann der Markgraf den hier hochverehrten „Dichterfürsten“ Friedrich Gottlieb Klopstock einlud, hatte doch Böckmann seinem Fürsten den „Messias“ vorgelesen. Klopstock wohnte im Hause Böckmanns, blieb aber nur sechs Monate, da ihn der hiesige Adelshochmut verdroß und er sich in der bürgerlichen Welt Hamburgs besser gewürdigt sah, freilich als Hofrat weiterhin von der badischen Finanzkasse unterstützt.

Böckmann gehörte auch weiterhin zum engsten Kreis um den Markgrafen. Als 1783 dessen Frau Karoline Luise starb und Karl Friedrich sich nach Stutensee, ihrem Lieblingsaufenthalt, zurückzog, „um seinen gerechten Schmerz ganz auszuweinen“, gehörte Böckmann mit dem Minister v. Edelsheim, Geheimrat Johann Georg Schlosser und Major Bürdett zu seinen Vertrauten.

Er selbst, so sein Biograph, hatte vor dem Tod „nicht die mindeste Furcht … Möchte mich doch (so sprach er mehreremal), wenn ich sterben soll, ein Blitz, ein elektrischer Funke in die Ewigkeit rufen.“ 1802 ereilte ihn ein Schlaganfall, „und so schlummerte er den 15ten Dezember … im 62ten Jahre seines Alters … in die Wohnungen des Lichts hinüber.“[14]

1815 besuchte Goethe, dem es 1777 zu langweilig in Karlsruhe geworden war, diesmal mit großem Interesse das hiesige Naturalienkabinett, geführt von Böckmanns Sohn, der am Gymnasium illustre die Nachfolge seines Vaters angetreten hatte.

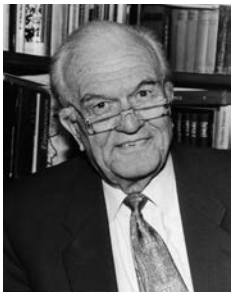
Anmerkungen

1 G. Wendt, Überblick der Geschichte des Gymnasiums, in: Festschrift zur 300jährigen Jubelfeier, Karlsruhe 1886, S. 9 f.

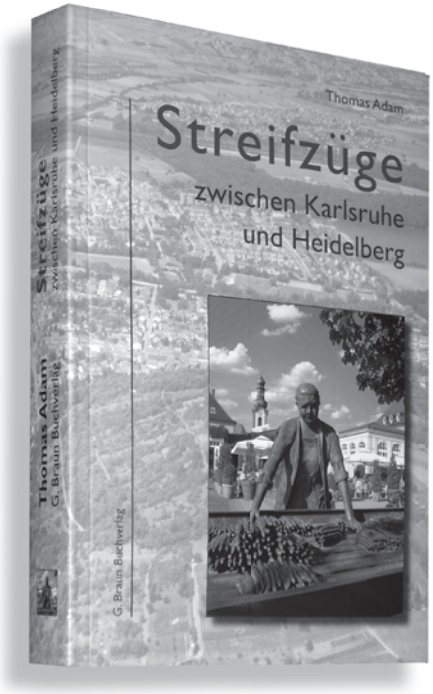
2 K. F. Vierordt, Geschichte der im Jahre 1586 zu Durlach eröffneten und 1724 nach Karlsruhe verpflanzten Mittelschule, Karlsruhe, 1859, S. 241. Vgl. auch U. Resch/K. Unseld, Aus Vierordts Schul-

geschichte, In: Festschrift Bismarck-Gymnasium Karlsruhe, Karlsruhe, 1986, S. 243 f., und U. Staffhorst, Johann Christian Sachs und das Gymnasium illustre, in: Jahresbericht 2001/02 Bismarck-Gymnasium, Karlsruhe 2002, S 152 f.

3 A. a. O. S. 203.
4 A. a. O. S. 253.
5 A. a. O. S. 255.
6 W. F. Wucherer, Zum Andenken des verewigten Herrn Geheime Hofrat Böckmann, Magazin von und für Baden, Karlsruhe 1803, I. Band, S. 6.
7 J. Chr. Sachs, Beiträge zur Geschichte des hochfürstlichen Gymnasii zu Karlsruhe, Durlach 1787, S. 151.
8 F. L. Brunn, Briefe über Karlsruhe, hrsg. von G. Römer, Karlsruhe 1988, S. 50 f.
9 Wucherer, S. 8.
10 J. L. Böckmann, Karlsruhe 1787.
11 Wucherer, S. 21.
12 Wendt, S. 22.
13 Zitiert nach R. Goldschmit in: Festschrift des Großherzoglichen Gymnasiums zu Karlsruhe, Karlsruhe 1902, S. 21 f.
14 Wucherer, S. 28.



Anschrift des Autors:
Dr. Leonhard Müller
Erlenweg 2, III, 7/7
76199 Karlsruhe



Unsere besondere Empfehlung für die Leser der Badischen Heimat

Zwischen Rhein und Kraichgau gibt es viel zu entdecken. Zum ersten Mal werden in diesem Führer die wichtigsten und interessantesten Ausflugsziele im Karlsruher Norden zusammengefasst und ausführlich beschrieben. Zu jedem der rund 150 beschriebenen Ausflugsziele finden sich konkrete Angaben über Besichtigungsmöglichkeiten, Öffnungszeiten und Eintrittspreise.

Thomas Adam
Streifzüge
zwischen Karlsruhe und Heidelberg
368 Seiten, 114 Farbabbildungen, 1 Karte
14 x 21,5 cm, broschiert
ISBN 978-3-7650-8375-4, € 19,90

Ulrich Wiedmann

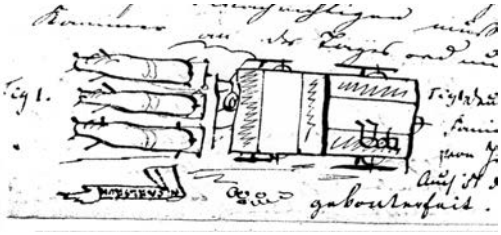
Der Struwwelpeter-Autor auf einer Fußreise durch Baden

Am 13. Juni 2009 jährt sich zum 200sten Male der Geburtstag von Heinrich Hoffmann, dem Vater des unsterblichen *Struwwelpeter*. Man kann sich nur wünschen, dass es den diversen Gedenk-Veranstaltungen gelingt, einer größeren Öffentlichkeit klarzumachen, dass Hoffmann viel mehr war als ein erfolgreicher Bilderbuch-Macher. Nämlich ein bedeutender, bis heute meist unterschätzter satirischer Autor, ein engagierter liberaler Politiker, der 1848 für seine Vaterstadt Frankfurt am Main im revolutionären Vorparlament saß (ohne freilich selbst revolutionär zu sein), und nicht zuletzt der Erneuerer der Frankfurter Psychiatrie, dem es gelang, eine neue, den damaligen modernsten Einsichten entsprechende Anstalt vor den Toren der Stadt errichten zu lassen.

Hoffmann als junger Mann. Struwwelpeter-Museum Frankfurt/M.

Obwohl Heinrich Hoffmann während des allergrößten Teils seines Lebens in seiner Vaterstadt Frankfurt wohnte und wirkte, spielte auch das damalige Großherzogtum Baden in seiner Vita eine wichtige Rolle, schließlich studierte er vom April 1829 bis März 1832 in Heidelberg Medizin. Da Frankfurt damals noch keine Universität hatte, blieb den Söhnen der Mainmetropole (den Töchtern standen die hohen Schulen ohnehin nicht offen) nichts anderes übrig, als an „ausländischen“ Hochschulen zu studieren. Über Heidelberg schrieb Hoffmann in seinen, erst 1923 erschienenen *Lebenserinnerungen:* „Wenn der Student in Heidelberg eben nicht viel arbeitet, soll man nicht ein strenges Urteil über ihn fällen. Es ist dort ein Verführen zum Müßiggang, zum Träumen, zum Herumflanieren, wie nirgends in Deutschland. Es ist die wunderbar herrliche Gegend, die milde Luft, die Wälder, die Täler, der Fluß, sie alle rufen: ‚Komm heraus, komm zu mir und wirf die Bücher in die Ecke!‘ Es ist und bleibt eine Sommeruniversität, und so ein verträumtes Jahr ist für diese jungen Stadthocker in ihren engen finsteren Heimatstraßen eine treffliche Kur, ein bleibender Gewinn und gefundenes frisches Leben. So ergeht es vielen, und so erging es auch mir.“ (S. 54)

Im Mai 1830 wurde Hoffmann übrigens Augenzeuge eines offiziellen Besuchs des badischen Großherzogs Leopold, ein vielbeachtetes Ereignis, begleitet von dem obligatorischen Fackelzug der Studenten und dem Absingen von „Gaudeamus igitur“. Hoffmann schreibt in einem Brief an seine Eltern: „Das prachtvollste von allem aber, und ein Schauspiel, welches ich wohl in meinem Leben vergebens wieder



„Ansicht aus der Vogelperspektive von dem Familienwagen, in welchem 10 Studenten von Heidelberg nach Carlsruh transportirt worden sind. Auch ist der Autor leibhaftig auf seinem Platze abgekonterfeit.“

suchen kann, war die Beleuchtung der Schloßruine durch Pech u Holzfeuer. Alles war mit dunkler, rother Gluth übergossen und die beleuchteten Rauchmassen wälzten sich langsam fürchterlich den Berg hinauf. So muß es bei seiner Zerstörung ausgesehen haben.“ (Brief vom 14. Mai 1830)

Ein Jahr später, an Pfingsten 1831, machte sich Hoffmann, zusammen mit neun Kommilitonen, alles Frankfurter, zu einer Fußreise durchs badische Land auf, geprägt sicherlich durch romantische Vorstellungen. Schließlich waren gerade mal 20 Jahre vergangen seit dem Höhepunkt der sogenannten Heidelberger Romantik, in der Gedichte entstanden waren wie Eichendorffs *Oh Täler weit, oh Höhen, / Oh schöner Aufenthalt*. Über Heidelberg sagt Eichendorff, ähnlich schwärmerisch wie Hoffmann: „Heidelberg ist selbst eine prächtige Romantik; da umschlingt der Frühling Haus und Hof und alles Gewöhnliche mit Reben und Blumen, und erzählen Burgen und Wälder ein wunderbares Märchen aus der Vorzeit, als gäbe es nichts Gemeines auf der Welt.“ Und schließlich mag es, wenige Jahre, nachdem die Gebrüder Grimm oder Achim von Arnim und Clemens Brentano bei den einfachen, „unverbildeten“ Menschen die Märchen und Volkslieder aufgesammelt hatten, welche die Sammler berühmt machten, für die verwöhnten Söhne wohlhabender Frankfurter Bürger auch ein besonderer Reiz gewesen sein, sich diesen einfachen Menschen selbst einmal zu nähern. Dass für die zehn Freunde besonders die einfachen Menschen weiblichen Geschlechts wichtig waren, wird sich noch herausstellen.

Wir wissen von dieser Wanderung durch den nördlichen Schwarzwald, weil Hoffmann in einem Brief vom 10. Juni 1831 an seine Familie in Frankfurt ausführlich darüber berichtet hat unter dem ironisierenden Titel: *Fahrt und Abentheuer eines Studiosi Med. und seiner Gefährten. Erster Band. Erste Abtheilung. Heft 1.* Der Brief ist Teil einer umfangreichen, bisher leider unveröffentlichten Sammlung von beinahe 200 Briefen Hoffmanns an seine Familie, die während seiner Studienjahre in Heidelberg, Halle und Paris entstanden sind.

Die Fußreise begann allerdings (um vier Uhr morgens!) mit einer „Blamage“. Das war eine große, dreispännige, eher omnibusartige Kutsche für zehn und mehr Personen. Hoffmann hat diese Blamage aus der Vogelperspektive skizziert und gibt uns hier eine der ersten Proben seines karikaturistischen Talents, das ihn ja auch noch im *Struwwelpeter* auszeichnen wird.

Die Fahrt geht über Rohrbach, Langenbrücken, an Kislau vorbei zunächst nach Bruchsal. Über Kislau schreibt Hoffmann, es sei „ein weitläufiges, von einer Mauer umschlossenes Gebäude, wo die badischen Staatsgefangenen aufgespeichert werden, und mitunter auch bisweilen ein Student hintransportiert wird. Übrigens leben die Leute (gemeint sind die Gefangenen UW) dort ziemlich angenehm und nur wenig beschränkt, zumal wenn sie Geld haben.“ Ein Gefängnis übrigens ist Kislau bis auf den heutigen Tag; berüchtigt wurde es, als die Nationalsozialisten 1933 dort ein Konzentrationslager errichteten und 1934 den badischen Staatsrat und SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum umbrachten.

Dann ging die Fahrt weiter nach Durlach und von dort aus „durch die eine Stunde lange himmelhohe, kerzengerade Pappelallee“ nach Karlsruhe, von Hoffmann stets als „Carlsruh“ bezeichnet. Nachdem die zehn Studenten im Wirtshaus zum „Rothen Ochsen“[1] Unterkunft gefunden und sich vom Staub der Reise befreit hatten („wir waren weiß und müde wie die Mülleresel“), machten sie sich auf, Karlsruhe zu besichtigen. Da ist es doch für uns Heutige bemerkenswert, was sich die Touristen des frühen 19. Jahrhunderts an Sehenswürdigkeiten herauspickten: „ [Wir] sahen die neue evangelische Kirche (also die heutige Stadtkirche UW), ein längliches Viereck mit hohen corinthischen Säulen, aber entsetzlich bunt angemahlt, die Decke sieht aus, wie der Deckel

von einem Koenitzerischen Hinkenden Boten[2]." Auch das Hoftheater fand nicht den Beifall des jungen Mannes: „Das Theater ist von außen cannibalisch häßlich, oder vielmehr es hat fast gar kein Außen, es ist eine große bretterne Hütte." („Cannibalisch" war ein Lieblings-Ausdruck Hoffmanns. Er entstammt offensichtlich der studentischen Kraftsprache, wie schon Goethe im *Faust* bezeugt: „Uns ist so cannibalisch wohl, als wie 5000 Säuen …".) Am meisten verwundert, dass der zukünftige Abgeordnete des Frankfurter Vorparlaments auch einer der bekanntesten Karlsruher Touristen-Attraktionen nicht viel abgewinnen kann, nämlich der berühmten Zweiten Kammer des badischen Parlaments, einem der wenigen Orte im damaligen Deutschland der Demagogenverfolgungen, an dem öffentlich die Wahrheit gesagt werden konnte. Hoffmann schreibt: „Wir sahen den Saal, wo so schön für Freiheit u. Gesetzlichkeit gesprochen und gehandelt wird, dekorirt, nur schade daß auf den sammtenen Kissen meist Simpel sitzen."

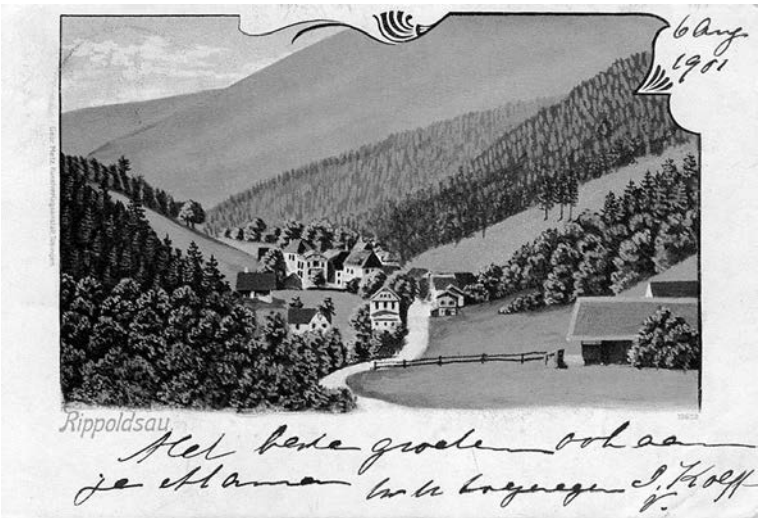
Aber manches gefiel dem Sohn der Freien Stadt auch. Und zwar gerade das, was die Residenz ihr Eigen nennen konnte, die kleine bürgerliche Republik Frankfurt jedoch nicht, nämlich das großherzogliche Ambiente: „Das Schloß mit seinem Thurm als dem Mittelpunkt der Straßenradien ist recht schön und freundlich gebaut. […] Äußerst schön und geschmackvoll ist der ovale große, mit Bäumen und Orangerien besetzte Schloßplatz."

Die nächste Station der Reise, die ab hier wirklich per pedes apostolorum gemacht wurde, war Rastatt. Auch hier wird das Schloss besucht. „Es liegt am nördlichen Ende der Stadt, und ist berühmt weil in ihm 1799[3] der Friede hatte abgeschlossen werden sollen. Es ist altmodisch gebaut. Innen ist es mit Gemälden überladen, unter denen ich zu meinem Erstaunen, bei der Wüstheit des Ortes einige ausgezeichnet schöne Sachen fand. Man zeigt dort eine Sammlung von Türkentrophäen, die Wilhelm von Baden[4] einem höchst eigenhändig erschlagenen Baschen[5] abnahm. Wir steckten uns in eine alte Ritterrüstung, da ward mir recht wohl, daß ich Doktor werde und kein Ritter."

Am nächsten Tag ging es dann die „pfeilschnell fließende" Murg entlang ins Gebirge hinein. „Alles ist originell, die Häuser ganz von Holz, mit vielen verschiebbaren und großen Fenstern, Schindeldächern gerade wie in der Schweiz." Heute, wo wir alle mehr oder weniger uniform gewandet sind, wo es, was die Kleidung betrifft, zwischen Stadt und Land, Nord und Süd, Mann und Frau kaum noch Unterschiede gibt, können wir uns die Faszination, die von fremden Trachten ausging, schwerlich vorstellen. Hoffmann schaute genau hin: „Die Kleidung wird eigenthümlich, die Mädchen tragen tausendfaltige, tuchne, kurze schwarze Röcke, rothe Mieder und große schwarz geränderte Strohhüte, und dabei sind sie oft ausgezeichnet schön. Die Tracht der Männer ähnelt mehr der der Bauern bei uns."

Nach sechsstündigem Marsch kam die Gruppe dann bei der Burg Eberstein in der Nähe von Gernsbach an. „Wir formirten uns in Paletons und nahmen die Burg auf dem bequemen Fußweg im friedlichen Sturmschritt. – Es ist diese alte Burg neuerdings renovirt und sehr geschmackvoll zu einem Lust- und Jagdschloß für die Großherzogliche Familie eingerichtet worden. In dem Ritter- und Speißensaal sahen wir Rüstungen, worin wir uns alle 10 recht bequem vor Regen und Wind hätten schützen können. Durch das gute Burgbier gestärkt ging's bald lustig weiter bis zum 2 Stunden entfernten Forbach, unserem heutigen Nachtquartier, überall von dem pfingstlustigen Schwarzwälder-Volk begrüßt und belacht."

Mit dem Schwarzwälder-Volk kam es dann am nächsten Tag auf dem Weg nach Freudenstadt zu einer noch intimeren Begegnung. [Wir] „verließen die Murg und wanderten westlich über den Kniebis; ziemlich müde und erschöpft langten wir oben an der badischen Gränze[6] an. Da kamen 2 Bauern. ‚Was habt ihr da auf Eurem Rücken?' – Kirschen, meine Herrn! – Holla! Juchhu! Bald saßen 10 Studenten im Gras und speisten die ersten Kirschen." Zum Kniebis fällt Hoffmann noch ein: „Es ist der Kniebis ein sehr wichtiger Paß, wo die Franzosen einmal cannibalische Schläge bekommen haben." Ob hier der künftige Struwwelpeter-Autor etwas missverstanden hat? Jedenfalls hatten die Franzosen im Juni 1796 unter ihrem General Moreau den Kniebis erobert und waren im Anschluss gar bis Stuttgart weitergezogen.



Ansicht von Rippoldsau Ende des 19. Jahrhunderts. Postkarte

In Bad Rippoldsau interessiert Hoffmann, der später unter dem Nom de plume Polykarpus Gastfenger eine Satire über Badeorte schreiben wird[7], der Badebetrieb. „Das Wasser ist ein Säuerling, ähnlich dem Emser Wasser. Die Anstalten sind nicht brillant; aber doch bequem. Ich möchte das Bad niemanden anrathen, der zur Melancholie neigt, da die Gegend so eng und still ist, viel mag jedoch im Sommer durch die Badegesellschaft, man zählte schon 800 Personen während des Sommers, verwischt werden. Die Luft scheint gesund, die Spaziergänge weit, aber umso herrlicher zu sein."

Und noch etwas ist dem Frankfurter Protestanten erwähnenswert: „Auffallend ist in dieser Gegend der strenge Catholizismus. Es war der zweite Pfingsttag Abends, als wir auf Ripoldsau zuwandernd mehre stille, den Berg hinauf weitläufig gebreitete Dörfer durcheilten. Es war fast Nacht. In keinem Haus Licht. Vor jedem, oder an den Fenstern, wir konnten es nicht unterscheiden, die ganzen Familien versammelt, zu einem halblauten, halb gesungenen halb gesprochenen Gebet. Es war schön und lächerlich zugleich; es lautete so geisterhaft und unheimlich, und doch kam es mir manchmal vor, wenn eben eine neue Familie anhob, und so ein rechter Bauerbaß mitschnarrte, als stäcke ich in einem Sumpfe mit Kröthen."

In Peterstal zeigt sich, was die sprichwörtliche Schönheit der Mädchen aus dem Schwarzen Walde mit den Heidelberger Studenten anzustellen vermochte. Der zukünftige Leiter der „Anstalt für Irre und Epileptische" zeichnet ein witziges Bild seiner dem Liebes-Wahnsinn verfallenen Kommilitonen: „Kamen durch das Bad Petersthal. Hier sahen wir in ihrer eigenthümlichen Tracht ein Bauernmädchen, so schön und lieblich, daß wir alle wahnsinnig verliebt wurden. Der eine schlug in die Luft, der Zweite schaute ins Wasser, der Dritte fraß Gras, der Vierte ließ sich die Sonne in den Mund scheinen. Es war gut, daß keiner in diesem Augenblick Hunger hatte, er hätte, weiß Gott, den andern aufgespeißt. Nach und nach legte sich der Panopismus, jetzt sind wir alle wieder vernünftig; denken aber immer noch mit Vergnügen an das schöne Gesichtchen, die blonden Locken und die schelmischen blauen Augen."

Und noch eine Begegnung mit einer jungen Schwarzwälderin wird geschildert: „Ein anderes Mädchen, welches wir unterwegs antrafen, sagte, man lerne bei ihr lesen und schreiben und rechnen im Kopfe. Auf die Frage: Kannst du denn rechnen? hieß es in ihrem Idiom: Ah. Noi! Lesen kannst du aber? – Noi! – Deinen Nahmen kannst du doch schreiben? – Noi, das kann i au ni."

Über Oppenau ging's dann weiter nach Westen. Bei einer Bauernhochzeit „tanzten wir einmal mit den hübschen Schwarzwälderinnen herum. Setzten uns auf einen Leiterwagen und fuhren fidel auf einen plötzlichen Entschluß nach – Strasbourg." Ganz legal war das freilich nicht: „Wir übernachteten in Kehl, dem badischen Gränzort, und waren noch sehr in Schwulitäten, wie wir ohne Paß nach Strasbourg, welches eine Viertelstunde von Kehl liegt, kommen würden. Morgends schlichen

Trachtentanz aus dem Schwarzwald. Postkarte

wir uns zu zwei, drei durch verschiedene Thore, als Spaziergänger in die Stadt; und trafen uns glücklich im rothen Haus zusammen."

Hier, leider, bricht die Reisebeschreibung ab, obwohl die Familie in Frankfurt sehr entzückt ist von den Abenteuern im fernen Baden. Hoffmanns damals 17jährige (Halb-)Schwester Sophie schreibt ihm: „Dein letzter Brief hat uns unaussprechlich gefreut, denn er ist recht unterhaltsam, und die Reise so lebhaft geschildert, daß ich mich ganz in die dortige Gegend versetzte, wir erwarten alle eine baldige Fortsetzung desselben." Anzunehmen ist, dass die Rückreise nach Heidelberg bzw. Mannheim per Schiff den Rhein abwärts erfolgte. Immerhin hatten die jungen Leute in wenigen Tagen mehr als 150 Kilometer zu Fuß zurückgelegt und das ohne die Hilfe eines gefälligen Schwarzwaldvereins[8]. Keine schlechte Leistung.

Anmerkungen

1 Hier hat sich Hoffmann wohl geirrt. 1831 gab es in Karlsruhe keinen „Rothen Ochsen". Hoffmann meint offensichtlich den „Goldenen Ochsen" in der Nummer 95 der Langen Straße, heute Kaiserstraße.

2 Die „hinkenden Boten" waren Almanache, die für das Leben der bäuerlichen Bevölkerung des 19. Jahrhunderts eine große Rolle spielten. Hoffmann wird später zwei Jahrgänge des „Frankfurter Hinkenden Boten" herausgeben. Besonders berühmt war (und ist) der „Lahrer Hinkende Bote".

3 Der sogenannte Rastatter Kongress.

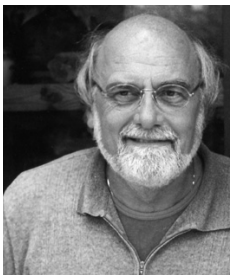
4 Hoffmann meint Markgraf Ludwig Wilhelm (1655–1707), besser bekannt unter dem Namen Türkenlouis. Seit 1877 befindet sich die „Türkenbeute" in Karlsruhe.

5 Basch war ein Offizier in der türkischen Armee.

6 Gemeint ist die Grenze zum Königreich Württemberg.

7 Der Badeort Salzloch, Frankfurt 1860.

8 Der Schwarzwaldverein wurde erst 1864 gegründet.



Anschrift des Autors:
Ulrich Wiedmann
Haydnstraße 10
76327 Pfinztal

Stefan Baumgartner

Die „Salpeterer-Unruhen“ in der Grafschaft Hauenstein und die Deportationen der Hauensteiner nach Ungarn im 18. Jahrhundert

Einleitung

Der Pater Marquard Herrgott, ein St. Blasischer Widersacher der Hauensteiner während der „Salpeterer-Unruhen“ des 18. Jahrhunderts, beschreibt in seinen Tagebüchern die politische Beschaffenheit der Grafschaft Hauenstein in Vorderösterreich anhand ihres einen Tannenbaum darstellenden Wappens. Gleichzeitig liefert Marquard eine zwar parteiisch-einseitige, aber trotzdem pointierte Beschreibung der hier anzutreffenden bäuerlichen Freiheiten und Herrschaftsverhältnisse sowie der sich aus dieser speziellen Konstellation ergebenden Problematik:

Die Wurzel könne als die Summe der Freiheiten und Privilegien der Grafschaft aufgefasst werden. Der Stamm stelle die jährliche freie Wahl der Einungsmeister dar, die von ihren Untertanen Kollekten einziehen könnten. Die Hauensteiner regierten sich quasidemokratisch selbst. Ferner könne sich die Grafschaft auch rühmen, Kameralherrschaft und vorderösterreichischer Stand zu sein, der Sitz und Stimme im Breisgauischen Landtag habe. Die ungleichen, sich ineinander ausbreitenden und in die Höhe aufspitzenden Äste aber deuteten auf die ungleichen Beziehungen hin, welche die Hauensteiner gegenüber der hoheitlich-landesherrlichen oder obergerichtlichen und der st. blasisch-niedergerichtlichen Obrigkeit einnähmen. Der Gipfel stelle die aufrührerische Gesinnung der Hauensteiner Untertanen dar, sich gegenüber beiden Herren „frei“ zu halten. Der ganze Baum schließlich gedeihe auf dem Boden des Grundherren St. Blasien und genieße den oberhoheitlichen Schutz des Landesherren Österreich. Trotzdem werfe der Baum für den Ober- und Niedergerichtsherrn keinen großen Ertrag ab. Dem ungeachtet müsse dieser Baum aber gleich einem fruchtbaren mit größerer Behutsamkeit als ein fruchtbarer Baum gepflegt werden, nicht nur weil besagte Äste aufgrund ihrer Ungleichheit von selbst mächtig gegeneinanderstoßen würden, sondern hauptsächlich auch weil der starke Freiheitswind aus der benachbarten Schweiz an den ganzen Baum heftig anschlage und Tumult und Unruhen verursache.

Auf den ersten Blick erwecken diese Privilegien den Anschein antagonistischer Fortschrittlichkeit. In der Tat besaßen die Hauensteiner weitreichende, von Österreich zugebilligte Freiheiten und Privilegien, die bis zur niedergerichtlichen Rechtssprechung reichten. Zum einen gab es in der Grafschaft seit Alters her eine verhältnismäßig große Anzahl an Freibauern. Zum anderen durften die Hauensteiner mit ihrem Einungswesen eine genossenschaftliche Selbstverwaltungskörperschaft und darüber hinaus mit dem „Landfahnen“ eine eigene Landmiliz unterhalten. Waren die Hauensteiner denn schon vor den revolutionären gesellschaftlichen Umwälzungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts gänzlich frei und keiner Obrigkeit untertan? Wohl kaum, wie auch Marquard schnell relativiert. Die Hauensteiner unterteilt er in österreichisch-landesherrliche und st.

blasisch-niedergerichtliche Untertanen, was im Groben zutraf und sich ganz in die hierarchisch-feudalistische Gesellschaftsordnung des Spätmittelalters und der Frühneuzeit fügte.

Die Entstehung der Freiheiten und Privilegien der Hauensteiner ist zum einen den historischen Gegebenheiten geschuldet, da sich durch die mangelhafte herrschaftliche Durchdringung der Grafschaft der ausgeprägte Freiheitsbegriff der Hauensteiner überhaupt erst entwickeln konnte. In Anbetracht des aus der benachbarten Schweiz wehenden „Freiheitswindes“ und der schwach ausgeprägten Guts- und Landesherrschaft waren diese Privilegien aber auch eine politische Notwendigkeit, die Österreich sogar zum Vorteil gereichte. Mit diesen konnte Österreich die Loyalität der Hauensteiner quasi erkaufen. Mit Hilfe der Selbstverwaltungskörperschaft konnte die Grafschaft zudem administrativ besser erfasst werden. Man darf hierbei nicht außer Acht lassen, dass die Einung den Waldvogt beim Eintreiben der Steuern und Abgaben lediglich unterstützte und diesem unterstand. Zum anderen profitierte Österreich auch von der Existenz des Landfahnens, durch den die Landesverteidigung besser gewährleistet werden konnte. Diese Miliz unterstand ebenfalls dem Waldvogt und wurde durch die Einugsmeister lediglich aufgeboten.

Marquard deutet bereits an, dass es in der Grafschaft ein besonderes Nebeneinander von landesherrlicher, feudaler und genossenschaftlicher Gewalt gab. Als Landesherr strebte Österreich naturgemäß eine Zentralisierung seiner Macht in der Grafschaft an. Das halbsouveräne Kloster St. Blasien verfolgte das Ziel der Reichsunmittelbarkeit und der Emanzipation von der Landesherrschaft. Diesen beiden gegenüber standen die Bauern, die ihre „Freiheiten“ vor obrigkeitlichen Usurpationsbestrebungen verteidigten und eine regionale Souveränität gegenüber St. Blasien erreichen wollten. Diese verworrenen Herrschaftsverhältnisse spielten sicherlich genauso eine Rolle für das Aufflackern der Salpeterer-Unruhen wie die allmähliche Dämmerung eines neuen, von der Aufklärung geprägten Freiheitsbegriffes. Die Auffassungen über das Wesen der bäuerlichen „Freiheiten“ gingen hier seit jeher weit auseinander. Die politische „Kampflinie“ der Hauensteiner war diesbezüglich klar abgesteckt, indem sie ihre ganze Unzufriedenheit auf die Leibeigenschaft projizierten.

Die „Salpeterer-Unruhen“ des 18. Jahrhunderts

Die Problemstellung von „Freiheit“ und „Leibeigenschaft“: 1704–1719

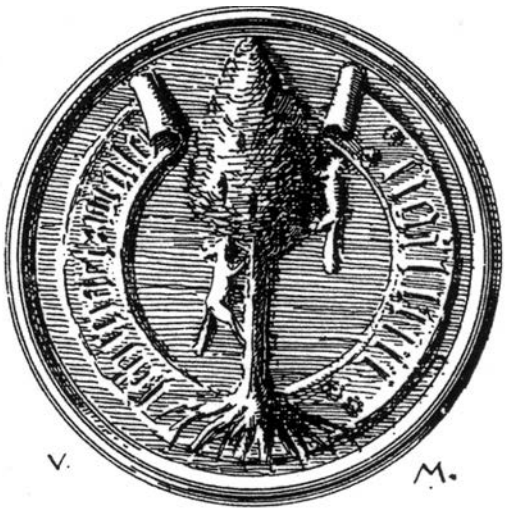
Wie die zahlreichen Bauernunruhen in der Grafschaft Hauenstein belegen, wehrten sich die Hauensteiner seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert gegen den sozialen Status der Leibeigenschaft, die sie als Beschränkung ihrer wie auch immer gearteten „alten Freiheiten“ betrachteten. Dieser „Unruchs-Geist“ wurde sogar von österreichischer Seite konstatiert und kam immer dann zum Ausbruch, wenn die Hauensteiner ihr vermeintliches „altes Recht“ gefährdet sahen. Deren Aufstände richteten sich aber weniger gegen die Landesherrschaft, sondern insbesondere gegen das Kloster St. Blasien. Dieses war von jeher der bedeutendste Feudalherr in der Grafschaft und forderte seine Rechte an den Hauensteinern auch ein. Die Landesherrschaft hingegen war in der Grafschaft nur schwach ausgeprägt und brachte kaum soziale und wirtschaftliche Bedrängungen mit sich.

Es ist aber nicht nur auf eine rebellische Tradition zurückzuführen, dass die Streitigkeiten der Hauensteiner mit ihren Obrigkeiten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichten. Denn im Vorfeld der Französischen Revolution begann sich ein neuer Freiheitsbegriff zu etablieren und das alte feudalistische Staats- und Gesellschaftsmodell zunehmend aufzulösen. Dieser neue Zeitgeist ging selbst an der abgelegenen Grafschaft nicht spurlos vorüber. Persönliche Freiheit und Unabhängigkeit von unmittelbarer Herrschaft waren auch für die Hauensteiner zu Beginn des 18. Jahrhunderts prioritäre Werte. Demzufolge besaßen sie eine „moderne“ Auffassung des Freiheitsbegriffes. Denn wirtschaftlich gesehen hatte die Leibeigenschaft für die Hauensteiner kaum bedrückende Auswirkungen, da sich die daraus resultierende Abgabenlast in Grenzen hielt. Da hier auch die Gutsherrschaft nur schwach aus-

geprägt war, waren die Bauern wirtschaftlich relativ unabhängig. Ökonomisch von Nachteil war hingegen die verbreitete Güterzersplitterung. Interessant ist dabei, dass sich dies insbesondere zum Nachteil für die Freibauern auswirkte, deren Güter weitaus öfter geteilt wurden als diejenigen der Eigenleute St. Blasiens. Somit sanken die Freien tendenziell zu immer kleineren Bauern herab. Zwar konnten sie stolz ihre besonderen Freiheiten betonen. Wirtschaftlich ging es ihnen aber in der Regel schlechter als den Eigenleuten.

Auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Grafschaft scheint beträchtlich gewesen zu sein. Dies zeigte sich gerade dann, wenn die Hauensteiner ihre alten Freiheiten zu bewahren suchten. 1562 kamen sie freiwillig für die Ablösung der Pfandschaftsrechte St. Blasiens in der Grafschaft auf, nur um so einer Herrschaftsintensivierung des Klosters entgegen zu wirken. So geschehen auch 1655, als sich die Hauensteiner mit 15 000 fl. die „Kameraluntertanenschaft“ erkauften. Insbesondere der 1738 erfolgte Loskauf von der Fallbarkeit, für den die Hauensteiner rund 70 000 fl. aufbringen mussten, spricht für die hohe finanzielle Leistungsfähigkeit der Grafschaft. Die Hauensteiner empfanden ihre vermeintliche persönliche Freiheit als ein „Sonderrecht“, das mit der Leibeigenschaft nicht vereinbar sein konnte. Nicht ein wirtschaftlicher Mangel, sondern der sozial diskriminierenden Status der Leibeigenschaft war es, den man nicht ertragen wollte.

1704 erreichte St. Blasien von Kaiser Leopold I. die „Verewigung“ der Hochgerichtsbarkeit im „Zwing und Bann“, dem Immunitätsbezirk des Klosters innerhalb der Grafschaft. Österreich behielt sich die landesfürstliche Superiorität und Kastvogtei über die gesamte Grafschaft Hauenstein sowie das Kloster St. Blasien und dessen Zwing und Bann aber ausdrücklich vor. Ironischerweise versuchten die Hauensteiner diese ewige Verpfändung im Vorfeld aktiv zu hintertreiben und die Leibeigenschaft tilgen zu lassen. So hatten sie sich zuvor unter Berufung auf ihre „uralten“ und von Österreich 1667 bekräftigten Privilegien über das Kloster beschwert, das sie alle sukzessive unter die beschwerliche Leibeigenschaft zu bringen trachte und sie im Jahre 1696 widerrechtlich zur Huldigung als leibeigene Leute angehalten habe. Nebst der Abweisung der Pfandschafts-Perpetuation für St. Blasien bitten die Hauensteiner „Kameraluntertanen“ laut Resolution Kaiser Leopolds I. zuvorderst aber um die Tilgung der ihnen „aufgedrungenen“ Leibeigenschaft. Offenbar waren sie bereit, die Pfandschafts-Verewigung zu akzeptieren und dem Kloster weiterhin sämtliche Frondienste, Abgaben und Leibfälle zu entrichten, wenn sie nur nicht weiter „Leibeigene“ genannt würden, selbst wenn sie faktisch solche bleiben sollten. Mit dieser Auf-



Siegel der Herrschaft Hauenstein, aus: Jakob Ebner, BH 19, 1932, S. 16

fassung konnte sich auch die Landesherrschaft anfreunden. So bestätigte sie dem Kloster die Pfandschafts-Verewigung samt den daraus resultierenden Rechten an seinen Hauensteiner Untertanen und verbot ihm gleichzeitig, seine Leibeigenen weiterhin als solche zu bezeichnen. Der rechtliche Status der Hauensteiner als „Leibeigene“ blieb davon aber unberührt. Die Leibeigenschaft wurde mit der Resolution also nicht abgeschafft. Veranlasst durch die aufkommenden Streitigkeiten zwischen St. Blasien und den Hauensteinern bestätigte Joseph I. 1705 und 1706 dem Kloster nochmals die Pfandschafts-Verewigung. Hier-

bei wird klargestellt, dass der Abt seine Untertanen fortan zwar nicht mehr „leibeigen“ nennen dürfe, diese jedoch gemäß dem Dingrodel von 1467 de jure weiterhin als fallbare, frohn- und abgabenpflichtige Eigenleute des Klosters zu betrachten seien.

Es ist anzunehmen, dass die Hauensteiner zwischen der Abschaffung und dem Verbot der Benennung der Leibeigenschaft nicht unterschieden. Obwohl dieses Privileg rechtlich kaum von Belang war, betrachteten sie sich fortan als gänzlich von der Leibeigenschaft befreit und St. Blasien als unrechtmäßigen Usurpator in der Grafschaft. 1715 erhielt das Kloster die Pfandschafts-Verewigung erneut bestätigt. Man könnte meinen, die Irrungen um die Leibeigenschaft in der Grafschaft zwischen den Einungsgenossen und dem Kloster St. Blasien seien somit im Einvernehmen aller drei Parteien gelöst worden. Dem war nicht so. Die Hauensteiner mussten rasch erkennen, dass die Leibeigenschaft in der Grafschaft keineswegs abgeschafft war und die daraus resultierenden Rechte an den Hauensteinern vom Kloster auch geltend gemacht wurden.

Der „Huldigungsstreit“: 1719–1730

Da die Herrschaftsrechte auch nach 1704 nicht ausreichend geregelt waren, versuchte das Kloster 1719/1720 die Herrschaftsverhältnisse in der Grafschaft transparenter zu machen und gleichzeitig die Rechte in seinen Niedergerichtsbezirken im Einungsgebiet zu straffen. Zu diesem Zwecke berief es 1719 ein Dinggericht ein, zu dem etwa 1200 Huldigungspflichtige erschienen. Die Rechte des Klosters wurden im „Dogerner Rezess“ 1720 schriftlich fixiert. Obwohl der Rezess im Einvernehmen mit der Mehrheit der Einungsmeister zustande kam, fanden die Salpetererunruhen hier ihren Anfang, da der fast 250 Jahre alte Huldigungseid, den der Abt seinen Untertanen abnehmen wollte, angeblich auch das Wort „leibeigen“ beinhaltete.

Der Namensgeber der Salpeterer-Unruhen war der 1654 geborene Johann Fridolin Albiez aus Buch. Selbst Leibeigener St. Blasiens und von Beruf Landwirt, besaß er zudem das Privileg Salpeter sieden zu dürfen, das man u. a. für die Herstellung von Schießpulver benötigte. Allgemein bekannt war Albiez deshalb als „Salpeterhans“. 1720 war er Einungsmeister der Einung Birndorf. Seine politische Agitation richtete sich weniger direkt gegen das Kloster, sondern insbesondere gegen die seiner Ansicht nach „klosterfreundlichen“ Einungsmeister, die im Zuge des Dogerner Rezess’ die alten Freiheiten der Hauensteiner an St. Blasien verraten hätten. Er kämpfte in den folgenden Jahren aber auch gegen die Leibeigenschaft. Die Leibeigenschaft war in der Grafschaft jedoch keineswegs getilgt, wie es Albiez zu suggerieren versuchte. Trotzdem reiste der 70-jährige Mann im Mai 1724 nach Wien, um dort bei Hofe Karl VI. persönlich eine Beschwerde gegen St. Blasien vorzutragen. Zwar konnte er in der Hofkanzlei einem Referenten ein Memorial eingeben, musste letztendlich aber unverrichteter Dinge nach Hause gehen. Albiez forderte vom Kaiser die seiner Meinung nach durch unzählige österreichische Privilegien faktisch sowieso getilgte Leibeigenschaft schließlich auch formal abzuschaffen. Das Kloster wollte er nicht als Obrigkeit akzeptieren. Die Hauensteiner wären vielmehr ausschließlich als direkte Untertanen des Kaisers zu betrachten.

Nach seiner Rückkehr forcierte Albiez seine Propagandatätigkeit. Da die absolutistische Obrigkeit einen Aufruhr nicht hinnehmen wollte, wurde Albiez im Oktober 1726 verhaftet und in Freiburg arretiert. Erst jetzt kam es zu handfesten Unruhen, die bürgerkriegsähnliche Zuständen annahmen. Die Bevölkerung spaltete sich in „Unruhige“ und „Ruhige“. Die einen standen für die politischen Forderungen des Salpeterhans und wollten radikale Mittel einsetzen. Die „Ruhigen“ um ihren Anführer, den Müller und Alt-Redmann Joseph Tröndlin, vertraten einen gemäßigten Kurs und wollten mittels einer legalistischen Politik den Ansprüchen des Klosters entgegentreten. Tröndlin sah in Albiez einen „boshaften Mann“, in den Unruhigen insgesamt „junge hoffärtige Männer“, die nur zu gerne „Vorgesetzte“ wären und deshalb die aufrichtigen und unschuldigen Einungsmeister verfolgten. Albiez selbst spielte in den Salpeterer-Unruhen fortan keine Rolle mehr, da er noch im selben Jahr in der Haft starb. Gleichwohl war er mit seinen offen forcierten Forderungen der Initiator der Auf-

stände und wurde von den „Unruhigen“ sogar als „Prophet“ und „Märtyrer“ religiös verklärt. 1727 wurden in allen acht Einungen „Unruhige“ zu Einungsmeistern gewählt. Fortan radikalisierten sich die Vorgänge in der Grafschaft. In Versammlungen mussten die Beteiligten schwören, „Gut und Blut zu lassen“, um sich nicht nur von St. Blasien, sondern nun auch von Österreich loszumachen. Es kam auch zu Übergriffen auf Ruhige. Der Zorn der Salpeterer richtete sich v. a. gegen Tröndlin, dem sie vorwarfen mit St. Blasien zu kollaborieren.

Den Höhepunkt der ersten Salpeterer-Unruhen bildete indes der Amtsantritt des st. blasischen Abtes Franziskus II. im Jahre 1727. Dieser forderte die Huldigungen der st. blasischen Untertanen ein, was ja bereits 1720 zu Unruhen geführt hatte. Die anberaumten Huldigungen führten dann auch zu regelrechten Tumulten. Lediglich 183 Untertanen huldigten tatsächlich. Die Mehrheit verweigerte die Huldigung als „eigene Leute“, da Leopold I. nach deren Ansicht die Leibeigenschaft abgeschafft habe. Es handelte sich hierbei allerdings aber um einen rechtlich einwandfreien Vorgang, da der Abt bei der Huldigungszeremonie nicht das Wort „leibeigen“ benutzt hatte. Der amtierende Redmann und zwei Einungsmeister forderten den Waldvogt indes auf, die Aufständischen im Kampf gegen das Kloster und die „alten Einungsmeister“ zu unterstützen. Der Waldvogt ließ die drei Einungsmeister jedoch nach Freiburg überstellen, wo sie kurzerhand unter Arrest gestellt wurden, nachdem die Unruhigen sich auch nach der Aufforderung der vorderösterreichischen Regierung zu huldigen geweigert hatten. Das Verhältnis der Hauensteiner zur Regierung verschlechterte sich weiter unter den neuen Rädelsführer der Unruhigen, Blasius Hottinger, Johannes Marder und Martin Thoma, die offen die Ansicht vertraten, dass die Regierung sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Grafschaft einzumischen habe.

Eine Hauensteiner Deputation reiste noch 1727 nach Wien, um Kaiser Karl VI. persönlich ihre Anliegen vorzutragen. Die Gruppe erhielt bei Hofe ein Schreiben, das ihnen die Rückkehr in die Grafschaft befahl, die dort verübten Tätlichkeiten missbilligte und die pünktliche Entrichtung der Schuldigkeiten an St. Blasien forderte. Die Hauensteiner konnten aber einen Teilerfolg verbuchen, da die Huldigungsangelegenheit von österreichischer Seite noch nicht endgültig entschieden wurde. Tatsächlich bedrohte eine kaiserliche Verordnung den Huldigungsanspruch des Klosters. Zur Untersuchung der Angelegenheit entsandte der Kaiser im April 1728 nämlich eine Kommission in die Grafschaft. Das Kloster blieb unterdessen nicht untätig und schickte den Pater Marquard Herrgott nach Wien. Auch auf sein Betreiben hin trug der vom Kaiser verlangte Bericht letztendlich gänzlich den Interessen des Klosters Rechnung. Die Huldigung wurde angeordnet und sollte im Notfall durch die Kommission militärisch erzwungen werden. Zwar sollten in der Huldigungsformel die Wörter „leibeigen“ und „Leibherr“ durch „eigen“ und „Eigenherr“ ersetzt werden. Die Hauensteiner waren sich aber darüber im Klaren, dass „eigen“ und „leibeigen“ de jure dasselbe bedeuteten, da sie ausdrücklich auch die Rechte des Klosters an ihnen anerkennen mussten. Es ging den Hauensteinern v. a. darum, nicht Untertanen des Klosters zu sein. Eine Huldigung, egal ob als Eigenleute oder Leibeigene, wollten deshalb viele nicht hinnehmen.

Als den Hauensteinern die Huldigungsaufforderung bekannt gemacht wurde, kam es folgerichtig zu Tumulten. Die Kommission ließ deshalb im Mai 1728 rund 1000 Soldaten anfordern, die in der Grafschaft einquartiert wurden. Die Unruhigen versuchten nun offenbar in der Grafschaft sogar einen bewaffneten Widerstand gegen die „Besatzer“ zu organisieren. Am 17. Mai erschienen zu einer Versammlung in Dogern zwar immerhin 600–700 Mann, von denen aber nur wenige mit Gewehren antraten. Auch andernorts kam es vereinzelt zu Menschenaufläufen, nirgends jedoch zu ernsthaften Zusammenstößen mit dem Militär. Bereits am 19. Mai hatten sich die Einungen Birndorf, Rickenbach und Görwihl zur Huldigung bereit erklärt. Durch die Androhung von Gewalt wurde so der erste Aufstand der Salpeterer unblutig beendet.

Um im Streit zwischen den Hauensteinern und St. Blasien endgültig zu entscheiden, wur-

de ein Gerichtsprozess zwischen den beiden Parteien angesetzt. Wirklich etwas zu befürchten hatte das Kloster jedoch nicht, da bereits zuvor der Huldigungsakt angeordnet worden war. Gegenstand des Prozesses war aber nicht nur die Huldigungsfrage, sondern die gesamte Rechtsbeziehung zwischen der Bauernschaft und dem Kloster. Die Hauensteiner erhielten im Juni 1728 die Möglichkeit, bei der Prozess leitenden Kommission eine Klageschrift mit 38 Beschwerden gegen das Kloster einzureichen. Diese betrachteten das Kloster als Usurpator in der Grafschaft, der mit ihnen unrechtmäßig verfahre. Ende 1728 stellte die Kommission ein Gutachten aus, das erwartungsgemäß die Rechtsauffassung des Klosters beinhaltete. Ein grundsätzliches Urteil in dieser Streitsache fällte Kaiser Karl VI. im Februar 1730. Die Rechtsstellung der st. blasischen Leibeigenen blieb dabei unangetastet. Ebenso im Sinne St. Blasiens wurde auch die Huldigungsfrage entschieden. Auch für die Einungsverfassung hatte der Aufstand nachteilige Folgen, indem die Rechtsstellung des Waldvogtes gestärkt wurde. Dieser erhielt v. a. in der Rechtsprechung mehr Kompetenzen. Die zuvor frei gewählten Einungsmeister wurden abgesetzt und durch von unten nicht legitimierte ersetzt. In 108 Fällen entzog man das Wahlrecht. Im April 1730 wurden den Unruhestiftern die Strafen mitgeteilt. Martin Thoma wurde erst zum Tode verurteilt und dann ebenso wie Blasius Hottinger und Johannes Marder zu lebenslänglichen Zwangsarbeiten in Ungarn herangezogen. 38 weitere Unruhestifter mussten Schanzarbeiten in der Festung Breisach leisten. Auch mussten Strafzahlungen und Entschädigungen in Höhe von insgesamt etwa 12 000 fl. aufgebracht werden. St. Blasien ging hingegen gestärkt aus den Aufständen hervor. Die Salpeterer erreichten somit das Gegenteil ihrer Bestrebungen. Schon kurz darauf gärte es deshalb wieder in der Grafschaft.

Der „Manumissionsstreit“: 1730–1740

Nach 1730 setzten sich Josef Mayer und der „Eggbauer“ Johann Thoma in Wien für die Losmachung der deportierten Rädelsführer ein. Sie wurden jedoch beim Einreichen eines Memorials verhaftet und 1733 zu Zwangsarbeiten in Ungarn verurteilt. Beide konnten 1742 wieder in die Grafschaft zurückkehren, wo sie bei den folgenden Unruhen noch eine Rolle spielten. Marder und Hottinger wurden 1735 als Gefangene von Belgrad nach Wien gebracht und setzten ihre politische Agitation vorerst im Exil fort. In einer für den Prinzen Eugen bestimmten Schrift beharren sie so auf den Privilegien und Freiheiten der Hauensteiner, die sie von Graf Hans von Habsburg-Laufenburg im 14. Jahrhundert erhalten hätten und von St. Blasien bedroht würden.

Zunächst schienen sich jedoch die politischen Verhältnisse in der Grafschaft zu konsolidieren. Während der tröndlinschen Herrschaft entwickelte sich sogar die Idee eines kollektiven Loskaufs von der Leibeigenschaft. Bereits 1732 verhandelten die Hauensteiner mit St. Blasien über dieses Geschäft, das aber ernstlich erst betrieben wurde, als das Kloster Geld für den Erwerb der Herrschaften Staufen und Kirchhofen benötigte. Auch für die Landesherrschaft bot sich jetzt die Möglichkeit, die Rechtsverhältnisse in der Grafschaft endgültig zu bereinigen, weswegen sie 1737 selbst die Ablösung der Leibeigenschaft vorschlug. Bereits 1738 einigte man sich schließlich auf einen Betrag von 58 000 fl. für den Loskauf der ca. 11 500 Hauensteiner Leibeigenen des Klosters. Zusätzlich waren 1741 noch 11 500 fl. für die Ablösung der Forderungen des Stiftes Säckingen und 1743 2166 fl. für diejenigen des Barons von Zweyer aufzubringen. Hier bei handelte es sich um die erste kollektive Bauernbefreiung in Österreich, die zudem von der Obrigkeit initiiert und von den bäuerlichen Untertanen angestrebt wurde. Die Hauensteiner hatten nun eigentlich ihre wichtigste politische Forderung erreicht: die Abschaffung der Leibeigenschaft in der Grafschaft. Diese „neue“ Freiheit erstreckte sich jedoch nur auf die Ablösung der Fallbarkeit. Als Gerichts- und Grundherr blieb St. Blasien unangetastet, was die Hauensteiner ausdrücklich anerkennen mussten. Von jeglicher Herrschaft befreit waren die Hauensteiner deshalb nicht. Da man im Hinblick auf die zurückliegenden Unruhen die Stimmung unter der Bevölkerung berücksichtigen wollte, organisierten die Einungsmeister Anfang 1738 zusätzlich einen „Volksentscheid“ über die

Ablösung der Fallbarkeit, der eine klare Mehrheit von 1613 : 298 Stimmen für den Loskauf ergab.

Mit der Ablösung der Leibeigenschaft hatten sich die Streitigkeiten zwischen den Hauensteinern und ihren Obrigkeiten aber noch längst nicht erledigt. Die Unruhigen wollten den Ablösevertrag nämlich nicht akzeptieren, weil sie der Meinung waren, die erkaufte Freiheit schon längst zu besitzen. Das Kloster hätte demnach auch nicht etwas verkaufen können, was es nie besessen hätte. Eingedenk der zurückliegenden Unruhen ermahnte Österreich die Hauensteiner bei „Leib- und Lebensstrafe“ sich ruhig zu verhalten und den Loskauf nicht weiter zu kritisieren. Die Unruhigen dachten jedoch nicht daran und schickten erneut eine Gesandtschaft nach Wien. Deren Anführer wurden jedoch sofort verhaftet, nach Freiburg gebracht und die restliche Gesandtschaft nach Hause geschickt. Die Forderungen der Salpeterer u. a. nach der Einsetzung einer unparteiischen Kommission, welche die Rechtmäßigkeit der Leibeigenschaft in der Grafschaft untersuchen sollte, wurden von der Hofkanzlei erwartungsgemäß gänzlich zurückgewiesen.

Die politische Stimmung in der Grafschaft kippte nun wieder zugunsten der Unruhigen und erneute Unruhen loderten auf. Es wurde nicht nur offensiv gegen die Ablösung agitiert. Es kam auch zu Übergriffen auf die Ruhigen, denen die Salpeterer vorwarfen, mit den Verhandlungen über den Ablösevertrag die Leibeigenschaft nachträglich legitimiert zu haben. Zwischenzeitlich war wieder eine Gesandtschaft nach Wien gereist, um dort über die Ablösung zu verhandeln. Natürlich ließ man die gesamte Gesandtschaft bei ihrer Ankunft am Hofe im Oktober 1738 kurzerhand verhaften. Man geriet jetzt zunehmend in eine direkte Opposition zur Landesherrschaft. Als der Waldvogt die widerrechtlich gewählten (unruhigen) Einungsmeister nicht akzeptierte, riefen die Unruhigen zu einem Abgabenboykott auf. Bereits im August hatte der Kaiser die vorderösterreichische Regierung mit der Wiederherstellung der Ordnung in der Grafschaft beauftragt und ihr dafür auch militärische Hilfe in Aussicht gestellt. Die Obrigkeit besaß in der Grafschaft offenbar bereits Ende 1738 keine Autorität mehr: Die Hauensteiner hielten den Abgabenboykott aufrecht und reagierten auf amtliche Anordnungen nicht mehr. Landesherrliche Beamte wurden sogar öffentlich angefallen. Anfang 1739 teilte der Waldvogt der vorderösterreichischen Regierung verzweifelt mit, dass sich die Unruhigen geradezu „wie freie, keiner Obrigkeit unterworfene Leute aufführten“.

Die Landesherrschaft wollte einer weiteren Eskalation schnell und effektiv entgegentreten. Anfang März 1739 orderte sie rund 600 Soldaten in die Grafschaft ab. Versammlungen der Salpeterer ließ sie auflösen und bekannte Rädelsführer festnehmen. Die Militärpräsenz in der Grafschaft wollten viele Unruhige jedoch nicht widerstandslos hinnehmen. Ab dem 14. März 1739 versammelten sich etwa 400 Hauensteiner auf einem Feld bei Etzwihl. Dieser Menschenauflauf wurde von den Regierungstruppen aber bereits am 16. März zersprengt. Ein ernsthafter (militärischer) Widerstand wurde mit dieser Intervention im Keime erstickt und die Hauensteiner mussten sich nach und nach den Anordnungen der Obrigkeit fügen. Viele Salpeterer wurden danach verhaftet und bestraft. Die Staatsmacht ließ jetzt aber keine Milde mehr walten: Sechs Rädelsführer wurden öffentlich hingerichtet. Viele wurden zu Zwangsarbeiten oder Haftstrafen verurteilt, zum Militärdienst eingezogen oder nach Ungarn verbannt. Es mutet schon skurril an, dass die Hauensteiner jahrelang gegen die Leibeigenschaft gekämpft hatten und nach dem Erreichen des ersehnten Zieles trotzdem aus prinzipiellen Gründen gegen die Ablösung agierten. Letztendlich mussten die Hauensteiner für die Starrköpfigkeit der Salpeterer wieder einen hohen (auch finanziellen) Preis bezahlen.

Der „Unabhängigkeitsstreit“: 1740–1755

Der dritte Aufstand der Salpeterer ist in einem größeren historischen Zusammenhang zu betrachten. Als 1740 Maria Theresia die Thronfolge Karls VI. antrat, waren nicht alle europäischen Fürsten mit dieser Erbfolge einverstanden. Im folgenden Jahr kam es deshalb zum „Österreichischen Erbfolgekrieg“ um die österreichischen Erblande. 1743 wurde der

Krieg auch in der Grafschaft spürbar. Der Kriegszustand in Vorderösterreich beanspruchte auch die Hauensteiner finanziell in hohem Maße, da ihnen Versorgungslasten der Armee auferlegt wurden. Dies wollten viele Hauensteiner aber nicht hinnehmen. Schnell hieß es unzutreffend, die Grafschaft gehöre als Kameralherrschaft gar nicht zu den Landständen, die für die Kriegslasten aufkommen mussten. Die Agitation der Aufrührer richtete sich schnell wieder gegen die (ruhigen) Einungsmeister, die als ständische Vertreter der Grafschaft auch für die Akquirierung dieser Abgaben verantwortlich waren. Ende 1743 riefen die Salpeterer deshalb zu einem „Steuerstreik" auf und strengten erfolglos einen Prozess gegen die Einungsmeister an, die sich ihrer Ansicht nach „ständische Privilegien" anmaßen würden. Auch in Wien fand eine Delegation diesbezüglich kein Gehör und noch 1743 wurden viele Unruhestifter verhaftet. Deshalb bedienten sich die Salpeterer der Selbstjustiz. So verschleppten sie unter dem Vorwand, man wolle von ihnen Rechenschaft über ihre Amtszeit ab 1728 erhalten, die beiden bei den letzten Einungsmeisterwahlen unterlegenen, gleichnamigen Alt-Einungsmeister Joseph Tröndlin. Erst nach zwei Wochen konnten beide auf Befehl der vorderösterreichischen Regierung von einer Militäreinheit befreit und die Übeltäter nach Freiburg überführt werden.

1744 wurde die Grafschaft für den bayerischen „Gegenkaiser" Karl VII. von französischen Truppen besetzt. Die vorderösterreichische Regierung musste aus Freiburg fliehen, doch bereits mit dem „Frieden von Füssen" vom 22. April 1745 fiel die Grafschaft wieder an Österreich zurück. Dennoch konnten die Salpeterer die politisch instabile Situation in der Grafschaft für einen nur vordergründig „patriotischen Aufstand" gegen die französische Okkupation nutzen. Diese Erhebung entsprang weniger einem „nationalen" Gedanken, sondern vielmehr den aufkommenden Autonomiebestrebungen der Salpeterer. Im April 1745 riefen die Salpeterer ihre Landsmänner dazu auf, sich mit der Waffe gegen die Franzosen zur Wehr zu setzen. Bei den etwa gleichzeitig stattfindenden Einungsmeisterwahlen wurden ausschließlich Unruhige gewählt, was als Beleg dafür gelten kann, dass der Aufstand eine Basis unter der Bevölkerung hatte. Gleichzeitig wurden die Amtsstellen in der Grafschaft besetzt und sogar eine „reichsunmittelbare Grafschaft Hauenstein" proklamiert, was eigentlich einen ziemlich unpatriotischen Loyalitätsbruch mit dem Hause Österreich darstellte. Nachdem man sich wieder der etwa 700 Gewehre bemächtigt hatte, die zuvor auf Befehl der Franzosen in der Waldvogtei in Waldshut abliefert werden mussten, zogen mehrere Dutzend Husaren und über 100 Hauensteiner nach Rheinfelden, um Österreich unaufgefordert militärische Hilfe zu leisten. Für Kriegshandlungen konnte man die Hauensteiner dort zwar nicht gebrauchen, trotzdem sah die Obrigkeit in diesem Unternehmen anfänglich einen „guten landesfürstlichen Herrendienst" seiner „treu gesinnten österreichischen Untertanen".

In der Grafschaft etablierte sich jedoch eine „Schreckensherrschaft" der Salpeterer unter der Führung des „Eggbauern" Johann Thoma. Diese zogen eigenmächtig Gelder von der Bevölkerung ein, wobei stets die Fiktion aufrecht erhalten wurde, dass es sich dabei um Strafmaßnahmen gegen die Parteigänger der Franzosen handelte. Der Terror richtete sich naturgemäß v. a. gegen die Ruhigen, die sich bald mit den Vorwurf des Loyalitätsbruches mit Österreich konfrontiert sahen. Deren Höfe wurden teilweise geplündert und enteignet, denn die Salpeterer drohten allen, die dem Waldvogt oder den ruhigen Einungsmeistern anhängten, mit dem Verlust von „Leib und Leben, Hab und Gut". Den Waldvogt schimpften sie öffentlich „französischen Schelm", die Ruhigen „Halunken". Auch die Regierung verlor in der Grafschaft nun ihre gesamte Autorität. Seitens der Salpeterer hieß es, die Hauensteiner seien ausschließlich Untertanen der (unruhigen) Einungsmeister, die Regierung in Waldshut habe ihnen nichts zu sagen. Die autonomistische Gesinnung der Aufständischen spiegelte sich gut in der geäußerten Ansicht wider, wonach das Hauensteinerland genauso „frei" sei wie die Schweiz. Als einzig legitime „Landesherren" betrachteten sie sich offenbar selbst. Der Größenwahn ging sogar soweit, dass einige behaupteten, der „Eggbauer" habe von Österreich die Legitimation

erhalten, sowohl die weltliche (also den Waldvogt) als auch die geistliche (also St. Blasien) Obrigkeit „abzusetzen“, um sich selbst an deren Stelle als Herrscher zu setzen. Die Salpeterer untergruben mit diesem „Autoritätsprinzip“ freilich die Idee der genossenschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaft, die man ironischerweise eigentlich stets vor autoritärer Einflussnahme der Obrigkeiten verteidigen wollte.

Inzwischen war die vorderösterreichische Regierung nach Waldshut zurückgekehrt und forderte die Aufständischen auf, ihre anarchistischen Umtriebe sofort einzustellen. Zunächst konnte die „Regierung“ der Unruhigen zwar verhaftet werden. Doch die politische Lage spitzte sich Ende 1745 zu einem offenen Bürgerkrieg zu. Die beiden Tröndlin und viele Ruhige flüchteten zusammen mit den Landessachen nach Waldshut. Um die Auslieferung der beiden Tröndlin und der Landessachen zu erzwingen, drangen am 12. November etwa 40 Aufständische in die Stadt ein, wobei der größte Teil und der Rädelsführer „Gaudihans“ Wasmer mit Hilfe von rund 200 Ruhigen festgenommen werden konnte. Daraufhin sollen bis zu 2000 Aufständische Waldshut belagert haben und es soll zu bewaffneten Auseinandersetzungen in der Stadt gekommen sein. Als die Salpeterer von einem Regierungsaufgebot erfuhren, schlugen sich jedoch in die Flucht. Der Aufstand brach so schnell zusammen. 21 Gemeinden unterwarfen sich bereits Anfang Dezember, nachdem tatsächlich Regierungstruppen zur Beziehung des Winterquartiers in die Grafschaft geschickt worden waren. Nach der Niederschlagung des Aufstandes soll es als Reaktion der „Ruhigen“ zu einer regelrechten Rachekampagne gegen die Salpeterer gekommen sein.

Danach wurde den Salpeterern der Prozess gemacht. Aber erst 1750 wurden den in Waldshut inhaftierten Rädelsführern die verhältnismäßig milden Urteile verkündet. Der „Eggbauer“ Johann Thoma, das „Glasmännle“ Josef Mayer sowie zwei weitere Hauptangeklagte wurden zur lebenslänglichen Emigration nach Ungarn verurteilt. Der „Gaudihans“ Wasmer und Blasius Hottinger waren bereits 1747 verstorben und entzogen sich so der Verbannung. Des Weiteren mussten die Hauensteiner Strafzahlungen von schätzungsweise 100 000 fl. aufbringen. Das Einungswesen war nach den Aufständen nur noch Makulatur, da die Einungsmeister fortan nicht mehr von unten gewählt, sondern von oben eingesetzt wurden.

Die Deportationen der Hauensteiner im 18. Jahrhundert

Die Deportationen vor 1755 als staatliche Strafaktion

Im Zuge der Salpeterer-Unruhen des 18. Jahrhunderts wurden wiederholt Hauensteiner deportiert. Nach dem „Huldigungsstreit“ wurden im April 1730 drei Rädelsführer auf ewig verbannt. Martin Thoma wurde zuerst zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in einem ungarischen Bergwerk „begnadigt“, wo er 1736 verstarb. Johannes Marder und Blasius Hottinger wurden zu langjährigen Zwangsarbeiten in Belgrad verurteilt. Ein ähnliches Schicksal ereilte deren Mitstreiter Josef Mayer. Er wurde im Juli 1733 in Wien verhaftet und als Gefangener nach Raab in Ungarn deportiert. Laut einem kaiserlichen Dekret sollte sich Mayer 1738 mit seiner Familie in Ungarn ansiedeln. Obwohl er sich damit einverstanden gezeigt hatte, kam die Übersiedlung jedoch nie zustande, da sich die Frau Mayers weigerte auszuwandern. Mayer konnte schließlich 1742 in die Grafschaft zurückkehren und sich an neuen Unruhen beteiligen.

Auch im Zuge des „Manumissionsstreites“ wurden 1739 Hauensteiner nach Ungarn verbannt. Unter ihnen waren die schon einmal verbannten Johannes Marder und Blasius Hottinger. Marder wurde zu zweijähriger, Hottinger zu einjähriger Schanzarbeit in Ungarn, beide mit anschließender lebenslangen Verbannung verurteilt. Doch es wurden noch mehr als die vier besagten Hauensteiner nach Ungarn deportiert. Über die Lage einer größeren Anzahl von Hauensteiner in der Festung Komorn berichten zwei Briefe des Missionspaters Mathias Geis an den Pfarrer im hauensteinischen Birndorf vom 1. und 9. März 1740. Es handelte sich bei diesen Gefangenen um Hauensteiner, die im Oktober 1738 in Wien verhaftet und Anfang 1739 zur „Stabilisierung

der Ruhe“ für mindestens vier Jahre nach Ungarn verbannt wurden. Sie sollten dort offenbar zuerst Schanzarbeiten leisten, wurden dann aber im April 1739 per Dekret davon befreit. Sie sollten nun für Geld arbeiten, noch drei Jahr in dieser Festung, nicht aber im Gefängnis bleiben, und wenn in der Grafschaft wieder Ruhe und Frieden eingekehrt sei, nach Hause zurückkehren. Die finanzielle und gesundheitliche Lage der Hauensteiner muss miserabel gewesen sein. So wurde im November 1741 wahrscheinlich auf direkte Veranlassung Maria Theresias das Verpflegungsgeld der Hauensteiner „alltäglich auf 6 Kreuzer“ erhöht. Im zweiten Brief findet sich eine ungenaue Auflistung von einem verstorbenen, Johannes Schub, neun lebenden und zwei nicht beim Namen genannten Hauensteinern, bei denen es sich wahrscheinlich um die zum Militärdienst eingezogenen Friedle Groner und Bläse Lieber handelt. Bei den anderen neun Hauensteinern handelte es sich wahrscheinlich um Johann Thoma, Martin Iselin, Michel Waßmer, Jakob Siebold, Josef Eschbach, Josef Leber, Johannes Gertisen, Josef Scheuble und wohl Johannes Marder. Außer Johannes Schub konnten alle Hauensteiner in ihre Heimat zurückkehren, da sie offenbar 1742 von Maria Theresia amnestiert worden waren.

Die Deportationen von 1755 als bevölkerungspolitische Maßnahme

1754 drohten sich neue Unruhen in der Grafschaft zu entwickeln. Die Obrigkeit handelte deshalb gnadenlos, indem sie im Herbst 1755 kurzerhand 27 angebliche Salpeterer-Familien auf Dauer nach Ungarn deportieren lies. Konkrete Planungen für eine derartige Strafaktion waren von der Hofkanzlei bereits 1750 vorgenommen worden. Im September 1755 legte man fest, die Hauensteiner zuerst zu Wasser nach Temesvar zu bringen und daraufhin im Banat auf unterschiedliche Dörfer zu verteilen. Im Oktober wurden die 27 Familien, insgesamt 112 Personen aus 13 Dörfern, nach Waldshut überstellt. Dort verkündete der Waldvogt am 14. Oktober das Urteil Maria Theresias: Die 27 Haupträdelsführer hätten sich der „Landesunruhen“ schuldig gemacht und würden zur Strafe und zur Wiederherstellung von „Frieden und Einigkeit“ mit ihren Frauen und Kindern nach abgeschworener Urfehde zur „Emigration“ verurteilt. Die besagten 112 Hauensteiner wurden daraufhin zusammen gekettet, auf Wagen verladen und von Soldaten über die Orte Stühlingen, Stockach und Riedlingen nach Günzburg überführt. Von dort aus wurden sie auf der Donau über Linz, Wien und Ofen bis zur Mündung der Theiss verschifft. Die Kosten für den Transport mussten die Hauensteiner selbst aufbringen, weswegen man ihre Güter verkaufte. Den Resterlös händigte man ihnen jedoch nach ihrer Niederlassung aus.

Es ist nur wenig darüber bekannt, wie es den Hauensteinern im Banat ergangen ist. Die Hauensteiner wurden von den Behörden jedenfalls gleich behandelt wie die freiwilligen Kolonisten. Damit Mangel und Kälte die Hauensteiner nicht zum Entweichen nötigte, wurden sie zuerst in verschiedenen Dörfern der schwäbischen Heide für den Winter einquartiert und auf Kosten ihres einzuziehenden Heimatvermögens versorgt. Erst im April 1756 wurden sie endgültig angesiedelt, da die Banater Behörden die Hauensteiner erst im Frühjahr Häuser bauen und Feldfrüchte anbauen lassen konnten. Nach ihrer Ankunft erhielten die Hauensteiner Vorschussgelder von durchschnittlich 50 fl. pro Familie als Startkapital für das Wirtschaften. Überhaupt galt es sie „mit Güte und allenfalls mit Schärfe zur Arbeit anzuhalten“.

Die Ansicht, wonach die Hauensteiner in dem „Hotzendorf Saderlach“ angesiedelt worden seien, ist als „Legende“ zu bezeichnen. In welchen Orten welche Personen angesiedelt wurden, kann nicht mehr genau rekonstruiert werden. Es gilt jedoch als sicher, dass die Emigranten nicht alle in einem Ort angesiedelt wurden. Eigentlich hätten die Hauensteiner laut dem Verbannungsbefehl Maria Theresias in Siebenbürgen angesiedelt werden sollen. Wahrscheinlich da sie katholisch waren, wurden die Hauensteiner jedoch auf verschiedene Dörfer im Temeswarer Banat verteilt, „damit von solchen beysammen bleibend dortlandes keine Unruhe erwecket werde“. Fast alle Hauensteiner überführte man in den Temeswarer Distrikt, wobei es zu einer Akkumulation in Beschenowa kam. So seien von den 105 noch verbliebenen deportierten Hauensteinern

16 nach Karanschebesch, 70 in den Temeswarer Distrikt nach Beschenowa, Ujpecs, Rekasch und Freidorf, 3 nach Csakowa und 16 nach Lugosch geschickt worden. Für das Dorf (Neu-)Beschenowa weiß man darüber hinaus, dass sich dort in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts einige Auswanderer aus dem Hauensteinischen niederließen. Im Sterbebuch des Ortes sind zwei Deportierte von 1755 nachzuweisen: Jörg Ebner aus Birndorf und Conrad Ebner aus Oberalpfen. Insgesamt seien in dem selben Buch zwischen 1752 und 1738 79 Verstorbene belegt, die aus dem Hauensteinischen, Schönauischen oder der Todtmooser Gegend stammten. Noch sechs weitere Hauensteiner Familien wurden dort angesiedelt. Dabei handelte es sich um Claus Gottstein, Josef Geng, Michael Eckert, Jakob Albietz, Sebastian Werny und Fridolin Eckert. Fridolin Eckert berichtet in zwei Briefen vom 8. und 22. Oktober 1756 an seine Eltern in der Heimat von dem Schicksal der deportierten Hauensteiner in Neu-Beschenowa. Außer ihm seien auch die erwähnten sieben Familien in Neu-Beschenowa. Außerdem seien der „Preuß", unter diesem Namen war in der Grafschaft Johannes Marder bekannt, Fridolin Albiez und Adam Jehle von Dogern nur „24 Stunden" entfernt. Demnach wurden drei weitere Hauensteiner Familien in der Nähe von Neu-Beschenowa angesiedelt. Insgesamt berichtet Eckert von 13 direkt zu identifizierenden Hauensteiner Familien in Neu-Beschenowa. Weiterhin seien im Frühjahr 1756 noch fünf andere nicht näher bestimmte Familien aus einem „anderen Ort" dazugekommen. Bei drei davon handelt es sich um Hans Jörg Marder, Johannes Mayer und Martin Beer, der vierte könnte Johannes Strittmatter gewesen sein. Von den 27 Familien wurden also offenbar mindestens 16 in oder in der Nähe von Neu-Beschenowa angesiedelt. Ein anderer deportierter Hauensteiner, Johannes Ebi aus Oberalpfen, wanderte laut einem Eintrag im Kirchenbuch der Pfarrei Waldkirch nach Ujpecs im Temeswarer Banat aus. Jakob Zimmermann und Fridolin Beer wurden wohl in Lugosch angesiedelt, da ihre Witwen 1758 dort wohnten.

Den Hauensteinern erging es in den Folgejahren nicht gut. Fridolin Eckert berichtet, dass bereits 1756 von den Hauensteinern in Neu-Beschenowa „fast alle miteinander schon lang krank gewesen und auch viele gestorben" seien. Insgesamt zählt er 10 verstorbene Personen auf – unter ihnen sieben Familienväter. Viele Hauensteiner weigerten sich anfangs zu wirtschaften und wollten sehnlichst in die Heimat zurück. Acht Familien widersetzten sich beharrlich und wurden deswegen im August 1756 verhaftet und in Temeswar zu Zwangsarbeit abgeordert. Die Banater Behörden erkannten bald, dass die Hauensteiner „ein sehnliches Verlangen nach ihrem Vaterland zeigen" und zu befürchten sei, dass viele „durch die Flucht sich helfen dürften". Aus diesem Grund sollten fluchtwillige Hauensteiner „handfest gemacht und in Eisen geschlossen" werden. Tatsächlich weiß man von mindestens zwei Hauensteinern, die aus Ungarn zurück in die Grafschaft fliehen konnten, wobei beide bei ihrer Ankunft verhaftet wurden. Es ist letztlich davon auszugehen, dass die wenigsten Hauensteiner im Banat bodenständig wurden und eine neue Heimat fanden.

Schlussbetrachtung

Der st. blasische Abt Augustin bezeichnet 1704 die Hauensteiner als Bauern, die „mit der justizmäßigen Wahrheit selten der Gebühr nach umzugehen wüssten". Und in der Tat ist diese Aussage im Bezug auf den Rechtsstatus der Hauensteiner zutreffend. Die feudale Gesellschaftsordnung der Zeit brachte es naturgemäß mit sich, dass die Hauensteiner immer verschiedenen Herren auf verschiedene Weise untertan waren. Aber trotzdem betrachteten sie sich aufgrund eines „alten Rechts" als „frei" von unmittelbarer Herrschaft. Natürlich war dies darauf zurückzuführen, dass sie von Alters her und vom Landesherren immer wieder bestätigte besondere Freiheiten und Privilegien wie das Einungswesen oder den Landfahnen besaßen. Deren rechtlicher Inhalt wurde von den Hauensteinern jedoch falsch verstanden, da es hierbei eben immer um „Sonderrechte" im Bezug zu einer trotzdem übergeordneten Obrigkeit ging. Nicht „leibeigen" zu sein und nicht als „leibeigen" bezeichnet zu werden bedeutete eben einen bedeutenden Unterschied.

Auch wenn die Hauensteiner eine „moderne“ Auffassung des Freiheitsbegriffes besaßen, waren sie eines sicherlich nie: „frei und keiner Obrigkeit untertan“.

Das verworrene Nebeneinander genossenschaftlicher, feudaler und landesherrlicher Gewalt wurde in Anbetracht der gesellschaftlichen Umwälzungen des 18. Jahrhunderts zum Anachronismus. Die Salpetererer-Unruhen waren eine logische Konsequenz auch daraus. Der Kampf um die Leibeigenschaft begann in diesem Sinne als „Freiheitskampf“, artete jedoch schnell ganz in der Tradition üblicher Bauernunruhen aus. Zurecht kann man in diesem Zusammenhang von einer ausufernden „Privilegienideologie“ der Hauensteiner sprechen. Mit der Radikalisierung ihrer Ideologie gerade im Zuge der autoritären Schreckensherrschaft der Salpeterer von 1745 wurden die ursprünglich ehrenwerten Bestrebungen der Hauensteiner in ihr Gegenteil pervertiert. Am Ende verschuldeten die Salpeterer ironischerweise den Verlust der Freiheiten und Privilegien, für deren Erhaltung die Hauensteiner über Jahrhunderte gekämpft hatten. Die Urteilsbegründung über die Deportationen der Hauensteiner von 1755 könnte in diesem Zusammenhang bezeichnender nicht sein: Nicht nur die Salpeterer-Unruhen an sich werden als Begründung angeführt, sondern auch das Beharren auf „vermeintlichen Landsrechten und Freiheiten, welche an sich selbst im Bauer nicht sind“ und somit als standesgemäße Anmaßung empfunden werden.

Da es sich bei den Deportationen der Hauensteiner in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts um gewaltsame Strafaktionen der Obrigkeit handelte, stehen diese Ereignisse weniger im Kontext der von den Habsburgern betriebenen Bevölkerungspolitik und deren Ansiedlungsprogramme in Ungarn. Die Zwangsdeportationen der Hauensteiner sind aber ein Beispiel dafür, dass „unerwünschte“ Untertanen nicht mehr im Zuge einer gewaltsamen Strafaktion aus dem Habsburgerreich ausgewiesen, sondern innerhalb des Reiches umgesiedelt wurden. Denn so konnte man gleich zwei Bevölkerungsprobleme auf einen Schlag lösen. Zum einen transferierte man unerwünschte Bevölkerungsgruppen in Gegenden, die man wirtschaftlich nutzbar machen wollte, und erhielt gleichzeitig die Steuer- und Arbeitskraft dieser Menschen für den Staat. Zum anderen konnte man die ansässige Bevölkerung auch von unerwünschten Bevölkerungsgruppen in einem politischen oder strafrechtlichen Sinn „säubern“. Die Habsburger sahen in der Zwangsansiedlung der aufsässigen Hauensteiner im Banat also durchaus auch eine bevölkerungspolitische Maßnahme, die sich in ihre systematischen Ansiedlungsprogramme in Ungarn integrieren ließ. Obwohl der Staat den immerhin als Verbrecher verurteilten Hauensteinern relativ günstige Startbedingungen gewährte, waren deren Deportationen für das ungarische Einrichtungswerk kaum von Nutzen. Dies hing nicht nur mit dem zwanghaften Charakter solcher bevölkerungspolitische Maßnahmen zusammen, sondern auch damit, dass man schlicht den Freiheitsdrang, die Heimatverbundenheit, aber auch die Starrköpfigkeit der Hauensteiner unterschätzte.

Anschrift des Autors:
Stefan Baumgartner
Ettenheimer Straße 16
79108 Freiburg
st.baumgartner@web.de

Joachim Rumpf

Laufenburg und die Salpetererunruhen

Einführung

Die beiden Chroniken der Stadt Laufenburg sind eine wahre Fundgrube für alle, die sich für die Geschichte dieser deutsch-schweizerischen Doppelstadt interessieren. Mit außerordentlich großer Sorgfalt und nach allen Regeln historischer Forschung haben die Autoren ein reichhaltiges Material zusammengetragen und gut nachvollziehbar in Wort und Bild dargestellt. Selbst bei einem so gewaltigen Vorhaben, die dreibändige Stadtgeschichte erfasst die Zeiträume von den quellenmäßig nicht eindeutig belegbaren Anfängen der Besiedlung bis in die Jahre 1980 (Deutsch-Laufenburg) und 1985 (Schweizerische Laufenburg), kann nicht auf alle Ereignisse detailliert eingegangen werden. So wird zum Beispiel die Periode der Salpetererunruhen in den der Stadt unmittelbar benachbarten hauensteinischen Einungen im achtzehnten Jahrhundert nur am Rande erwähnt. Es kann sogar der Eindruck entstehen, als wären die Einwohner der kleinen Stadt am Rhein kaum davon berührt worden. Wer sich dann die Mühe macht und im Stadtarchiv[1] die Ratsprotokolle durchsieht, der findet für diese Lücke zunächst eine plausible Erklärung: In den Protokollen wird an keiner Stelle auf die Unruhen eingegangen. Es wird zwar 1745 und in den Jahren zuvor immer wieder von den Abgaben berichtet, die an die militärischen Besatzungen zu leisten waren – bis zum Herbst 1744 waren das die Truppen der Kaiserin und später dann bis zum April 1745 hielt das Bataillon „Lorraines Royal“ mit 650 Mann die Stadt besetzt – von Unkosten, die die Salpeterer verursacht hätten, war nicht die Rede. Sogar am 5. Mai 1745, die Sitzung von Vogt und Rat fand turnusmäßig statt, wurde im Protokoll nichts über die Salpeterer vermerkt, die doch an diesem Tag in die Stadt eingerückt waren. Deswegen war sogar die Sitzung unterbrochen worden. Der Protokollant vermerkt lediglich zwei Tagesordnungspunkten bei denen es um Erbstreitigkeiten und um das Einbürgerungsersuchen eines bereits ansässigen Nagelschmieds ging.

Wir wissen heute nicht, warum die Begebenheit damals keine Erwähnung fand. Vermutlich wurde nur das festgehalten, was als Problem zur Entscheidung an den Rat herangetragen wurde. Tatsächlich sind die Protokolle voll von derartigen „Bescheiden“, denen jeweils Anträge oder Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, die dort vorgetragen und sorgsam aufgezeichnet wurden, vorangingen. Ereignisse der Stadtgeschichte, die für Chronisten interessant sind, wurden in den Sitzungen kaum vermerkt. Man erfährt zwar, dass eine militärische Besetzung da war, nicht aber wann und wie sie kam und ging oder gar etwas darüber, welche Probleme sie verursachten.

Wir dürfen aber dessen gewiss sein, dass derartige Ereignisse sehr wohl besprochen und kommentiert wurden. Sie waren vermutlich aber für ein Ratsprotokoll nicht relevant.

Im Großen und Ganzen kann darum bei den Leserinnen und Lesern der Chroniken der Eindruck entstehen, als wären die Salpeterer eigentlich kein Thema gewesen in der kleinen Stadt am Fuße des Schwarzwaldes in unmittelbarer Nähe der unruhigen Einungen[2]. Gewiss: Laufenburg war kein Teil der Einungen, ebenso wenig, wie die anderen Waldstädte Rheinfelden oder Säckingen. Dennoch waren alle drei eng mit ihrem rechtsrheinischen Hinterland, dem „Wald“, oder, auf der linken Rheinseite, mit dem Fricktal, verbunden. Waldshut nahm eine Sonderstellung ein, da sich dort, also außerhalb des Territoriums der Einungen der Grafschaft, der Sitz des Waldvogts befand, also die das Kaiserhaus repräsentierende Instanz.

Gemeinsam mit dem Zwing und Bann des Klosters St. Blasien, den Besitzungen des Stifts Säckingen und des Barons Zweyer, sowie mit den Freien im Wald bildeten sie den vorderösterreichischen Verwaltungsbezirk „Grafschaft Hauenstein“.

Laufenburg als „Wälderstadt“

Die auf Veranlassung des Klosters (Stift) Säckingen schon früh errichteten Burgen auf dem „Berg“ links des Rheins und jene auf der gegenüberliegenden Seite des nur 12 Meter schmalen Rheindurchbruchs, dienten dem Schutz der Stift Säckingischen Besitzungen zu beiden Seiten des Rheins und dem Schutz der später errichteten Brücke hoch über den Stromschnellen, den „Laufen“. Dieser Übergang wurde, wie auch die Stadt selbst, 1207 zum ersten Mal urkundlich erwähnt. Seit vielen Generationen hatten Fischer an beiden Ufern gesiedelt, da sich unterhalb der herabstürzenden Wassermassen Lachse in großer Zahl bei ihren alljährlichen Wanderungen von der Nordsee in die Quellflüsse des Rheins sammelten und reiche Fänge ermöglichten.

Das rechtsrheinische, zwischen Albbruck, Laufenburg, Murg und Säckingen schroff in das Tal abfallende waldreiche Felsengebirge des Südschwarzwaldes, bot durch seine tief eingegrabenen Flusstäler die bis ins Mittelalter einzigen Zugänge zu den höher gelegenen, nach Süden geneigten Gebirgsstufen, die von Laufenburg und Murg aus urbar gemacht und besiedelt werden konnten. Das Frauenkloster in Säckingen, dem bereits von den Merowingern unter anderem nicht nur Gebiete im Rhein- und Fricktal zu Lehen gegeben worden war, sondern auch Königsgut auf den sich nördlich anschließenden Gebieten des Schwarzwaldes, ließ Wälder roden und siedelten Bauern an, die sie aus den Tälern anwarben.

Die Stiftsdamen auf der Klosterinsel in Säckingen waren die Gründerinnen der Stadt Laufenburg.

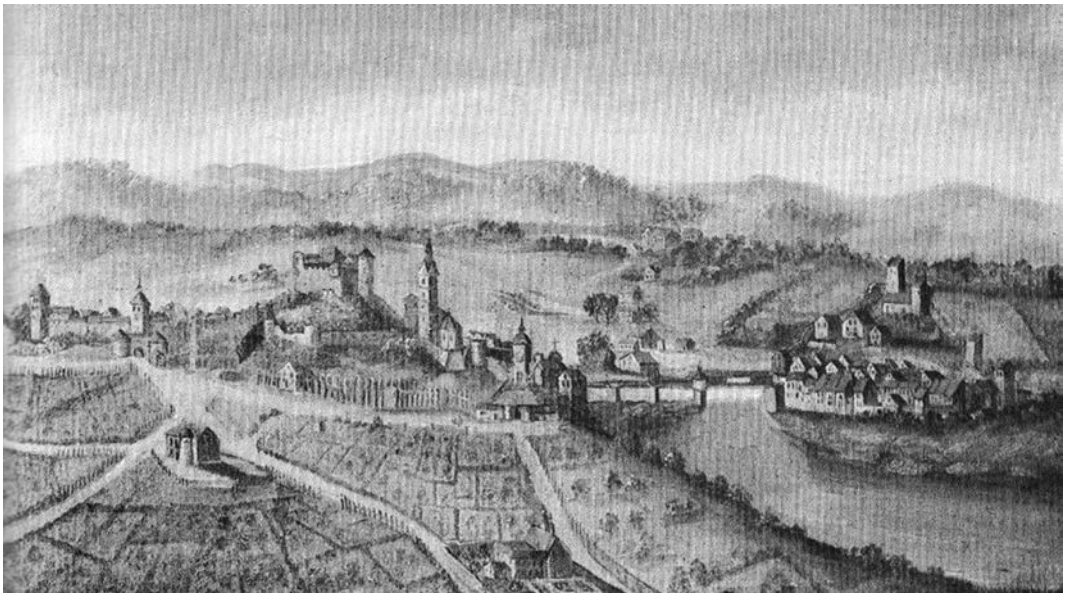
Wie am Beispiel der Urkunde aus dem Jahre 1207 deutlich wird, verwaltete keine Klostergemeinschaft ihre Besitzungen, aus denen es seine Einkünfte bezog – aus denen es wiederum seine Abgaben an den Lehensgeber (in diesem Falle also an den König und später den Kaiser) abzuführen hatte, – selbst. Für diese Aufgaben, vor allem aber zu seinem Schutz, erhielten Klöster einen Vogt. Diese Vögte ihrerseits wurden für ihre Leistungen vom Kloster an dessen Einkünften beteiligt. Zu Vögten wurden vom Kaiser in der Regel Vertreter von verdienten Adelsgeschlechtern berufen. 1173 gab zum Beispiel Kaiser Friedrich Barbarossa, der zu dieser Zeit unsere Gegend bereiste, die Vogtei über Säckingen und seine Besitzungen an den Grafen Albrecht III. von Habsburg. Dieses Geschlecht stammte aus dem Elsass, besaß aber bereits um das Jahr 1000 Land am Zusammenfluss von Aare und Reuß. Dort auch hatten sie eine Burg, die Habsburg, errichtet, nach der sie ihr Geschlecht fortan benannten.

Die Vogteigewalt über die Besitzungen des Stifts Säckingen und damit entsprechende Pflichten und Rechte kamen also recht früh an das Haus Habsburg, das, wie wir aus der Geschichte wissen, an dieser Macht festhielt und sie ausbaute.

Laufenburg war noch einhundert Jahre vor dem Auftreten der Salpeterer die wirtschaftlich bedeutendste der Waldstädte. Wurzeln des Wohlstandes waren vor allem die reichen Fischgründe, die Flößerei und der zunehmende Transport von Waren auf dem Rhein, die – bei entsprechendem Wasserstand sogar mitsamt der Schiffe – um den Laufen herumgetragen werden mussten, die Einnahmen aus den Brückenzöllen und die Handwerke, hier vor allem die Eisenproduktion und -Verarbeitung. Laufenburg hatte sich bis in das 15./16. Jahrhundert hinein zu einem Zentrum der Einsenindustrie am Hochrhein entwickelt. Dazu hatten die günstige Lage unterhalb der Kraft spendenden Bäche und Kanäle (Wuhren) des wasserreichen Waldes, sein Holzreichtum und die Eisenbergwerke des nahe gelegenen Fricktals beigetragen.

Dieser Wohlstand der Gemeinde, die sogar zeitweilig das Münzrecht erhalten hatte, lässt sich allein daran messen, dass es ihr gelang, im Laufe der Jahrhunderte alle Fischereirechte (die „Fischenzen“) von deren ursprünglichen Inhabern, wie zum Beispiel von dem Säckinger Stift oder den Vögten, zu erwerben.

Es waren der Dreißigjährige Krieg und später die Kriege zwischen Habsburg-



Ansicht von Laufenburg von einem unbekannten Künstler, 1780

Österreich und Frankreich unter Ludwig XIV., die den deutschen Landschaften an beiden Rheinufern schwer zusetzten. Laufenburg wurde arg in Mitleidenschaft gezogen. Gab es zum Beispiel vor dem großen Krieg noch 18 Schmieden, so waren es rund einhundert Jahre später nur noch vier in Laufenburg und Murg zusammen (Jehle/Nawrath 1979, S. 161). Die Einwohnerzahlen waren ebenfalls erheblich zurückgegangen. Ging Karl Schib für das 15. Jahrhundert noch rd. von 1250 Einwohnern aus, sank deren Zahl nach Pestjahren und Kriegen im 17. Jahrhundert auf nur noch etwa 200 und stieg bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts wieder auf rd. 600. Als die Salpetererunruhen mit dem Protest des Salpetersieders und Bauern Hans Fridolin Albietz aus Buch begannen, war die Grafschaft gerade nicht mit Krieg überzogen.

Einige Stichworte vorab zu den Salpetererunruhen[3]

Die Unruhen hatten Mitte der zwanziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts mit der Verweigerung von Huldigungsleistungen gegenüber den St. Blasianischen Fürstäbten begonnen und zwar einer Formulierung wegen, die der Salpetersieder Hans-Friedlin Albietz und seine Freunde nicht akzeptierten, weil sie darin überkommene Rechte und Freiheiten verletzt sahen. Sie beriefen sich dabei auf einen Laufenburger: Den Grafen Hans IV., der 1407 verstorben war und noch zu seinen Lebzeiten – und freilich nur für diese Zeit – den Wälderbauern versichert hatte, dass er ihre alten Rechte und Freiheiten garantiere. Und weil in der Huldigungsformel St. Blasiens von „Leibeigenen“ die Rede sei, so beschränke das ihre Freiheiten und könne nicht hingenommen werden.

Militär besetzte 1727 die Wälderorte und erzwang die Huldigungsleistungen.

Einige Jahre später, der Salpeterer war längst verstorben, weigerten sich die Salpeterer, einem von der Mehrheit der Einwohnerschaft der Grafschaft selbst zugestimmtem Freikauf aus der St. Blasianischen und Stift Säckingischen Abhängigkeit zu realisieren. Sie lehnten die Zahlungen ab, weil sie zu der Überzeugung gekommen waren, ohnehin immer schon direkt dem Haus Habsburg angehört zu haben und die Rechte St. Blasiens und des Stifts Säckingen und damit das ganze Loskaufverfahren unrecht seien.

Militär besetzte die Wälderorte und, weil die Bauern bewaffnet aufmarschiert waren, wurden einige Salpetereranführer im April

1739 hingerichtet und so die Zahlungen erzwungen.

Im Herbst 1744 war in Folge des Österreichischen Erbfolgekrieges, der schon zuvor allen Bewohnern der Grafschaft viel zusätzliche Steuern und Abgaben für das vorderösterreichische Militär und die Besatzungstruppen abverlangt hatte, der Breisgau mit Freiburg von Bayern und Franzosen besetzt worden. Nun ging es den Salpeterern darum, für ihre Kaiseren (Maria Theresia) ihre Heimat zu verteidigen bzw. zu schützen. Und in dieser Phase, genauer im Mai 1745, spielt auch Laufenburg eine Rolle.

Die Laufenburger und die Salpeterer

Wir dürfen heute als selbstverständlich unterstellen, dass den Städtebürgern in Rheinfelden, Säckingen, Laufenburg oder Waldshut, die „Auseinandersetzungen der Hauensteiner mit ihren Obrigkeiten“ (so der Titel einer Schrift von Günther Haselier) nicht verborgen geblieben waren. Wurden doch die gegen ihre Obrigkeiten aufmüpfigen Salpeterer immer wieder in den Waldstädten eingetürmt. Rheinfelden, Laufenburg und Waldshut hatten hierfür offenbar besonders gut geeignete Gefängnisse anzubieten. Im Übrigen aber sorgte zweifellos die enge Verflechtung von wirtschaftlichen und familiären Interessen zwischen Städtebürgern und den Wäldern für eine rege Kommunikation zwischen ihnen. Nicht immer nahmen die Bürger eine neutrale Position ein. Dies gilt auch für Laufenburg, wie uns die Quellen verraten. Hier einige aktenkundig gewordene Beispiele:

1. Zu den friedlichen Formen von Widerstand und Protest gehörten in jenen Zeiten die Appellation an höchster Stelle. In habsburgischen Landen war das der Kaiser. Zu ihm zogen Menschen, die sich zu Unrecht verurteilt oder sonst wie benachteiligt fühlten, an alle Instanzen vorbei und gegen geltende Gebote an den kaiserlichen Hof in Wien.

So darf es uns nicht überraschen, wenn wir erfahren[4], dass auch Laufenburger Bürger, die sich mit ihrer Obrigkeit, dem Bürgermeistern Schlichtig und dem Rat in einem Rechtsstreit um den Rheinbrückenzoll befanden, in Wien versuchten, ihr Recht zu bekommen. Einer von ihnen, Johann Baptist Wuhrmann, war schon länger in Wien, kannte sich gut aus und half gern 1728 den Abgesandten der Salpeterer, sich in Wien zurechtzufinden und die Wege zu weisen, die sie zu gehen hatten. Dafür erhielt er von den Deputierten Mittel zum Lebensunterhalt. Über ihn wurden erste Kontakte zu Bediensteten bei Hof geknüpft und mit seiner Hilfe zum Beispiel ein günstiges Quartier gefunden. Diese Verbindung zu einem Landsmann war sicher von unschätzbarem Wert für die Bauern aus den Einungen, wo den meisten Menschen Wien und das Kaiserhaus unerreichbar vorgekommen sein muss. Auch der Salpeterer-Hans hatte es gewagt, die beschwerliche Reise in die Hauptstadt des Habsburger Reiches anzutreten. Und nun waren der Eggbauer, Blasius Hottinger, Josef Meier und Johannes Marder (der Preuß) und andere in seine Fußstapfen getreten.

Und noch ein Detail, das auf die Teilnahme von Laufenburger Einwohnern an den Ereignisse von 1739 hinweist: Der Untervogt Hetzel von Laufenburg war ein Mitglied des Gerichts, das über die Salpeterer urteilte. Dieses Strafgericht blieb in der Bevölkerung nicht ohne Echo.

2. Am 8. August 1739, die Hinrichtung der Salpetereranführer auf der Richtstätte bei Albbruck lag über ein viertel Jahr zurück, trug sich in der Spitalkirche zu Laufenburg ein bemerkenswertes Ereignis zu. Pfarrer Schimpf hatte den Gottesdienst an diesem Tage dazu ausersehen, eine Frau zu befragen, die vom „bösen Geist“ besessen gewesen sei. Gemeinsam mit ihrer zwanzigjährigen Tochter war sie in die Kirche gekommen. Als die Heilige Messe zu Ende war, begann der Pfarrer den Geist zu beschwören. Dazu musste der Frau das Messgewand übergezogen werden. Dabei schrie die Frau ganz fürchterlich, sträubte sich mit Händen und Füßen, Schaum stand vor ihrem Mund so dass man ihr das Messgewand nur mit Hilfe von vier starken, in der Kirche anwesenden Männern, überstreifen konnte.

Der Pfarrer forderte sie auf, die Namen der heiligen Dreifaltigkeit auszusprechen. Das tat sie auch, setzte laut rufend aber hinzu: „Wehe, wehe! Sie haben zu Unrecht den Jakob Leber auf dem Härpelfeld umgebracht. Sie haben zu

Unrecht den Hans Fridle Gerspach zu Albbruck aufgehängt. Wehe, wehe! Sie haben zu Unrecht den Sachs aufs Rad geflochten und die anderen ermordet. Das Strafgericht Gottes wird kommen über die Sünder! Wehe uns armen Sündern!“

Die Frau sank zusammen und wimmerte: „Und das Geld, das sie uns ausgesaugt, das nach St. Blasien geflossen, das müssen sie uns auch wieder zurückgeben.“

Als der Pfarrer den bösen Geist fragte, wer denn die Verursacher der Klagen wären, da zeigte die Frau auf den Redmann Joseph Tröndle aus Rotzel, der ganz vorn auf der Bank saß und rief: „Do, der Dickbuchi und die alten Einungsmeister und die Tröndlinschen!“

„Und wer noch“

„Der gnädige Herr Waldsvogt!“

Dann schrie die Frau ganz schrecklich auf und fiel für eine halbe Stunde in eine tiefe Ohnmacht.

Bürgermeister Schlichtig hatte daraufhin rasch den Rat zusammengerufen und auf eine entsprechende Empfehlung des Redmanns Tröndle hin beschlossen sie, die besessene Frau und ihre Tochter sofort aus der Stadt zu weisen.

Das geschah auch am gleichen Tage (vgl. dazu: Müller-Ettikon 1979, S. 279–281).

3. Abgesehen von der schweren psychischen Erkrankung dieser Frau, über die die Quellen nichts weiter aussagen, erfahren wir, dass es im Hauensteinischen wie in Laufenburg Menschen gab, denen die Hinrichtung und ihre ganzen Begleitumstände noch lange zu schaffen machten. Wer aber, wie diese Frau, die zweifellos schon vorher mehrmals darüber offen gesprochen hatte, sogar Schuldige bei Namen nannte, vertiefte die Spaltung zwischen den Salpeterern und ihrer Sympathisanten einerseits und ihren Gegnern andererseits und musste als Bedrohung des städtischen Friedens betrachtet werden.

Endlich aber, und das scheint mir bemerkenswert, erfahren wir, dass der Redmann der Einungen (auch) in Laufenburg zur Kirche geht. Damit ist belegt, dass die engen Verbindungen zwischen den Wäldern und den Bürgern nicht allein wirtschaftlicher, sondern auch persönlicher Natur waren. Auch die Kirchenorganisation verband Stadt und Umland. Und damit ist eben so selbstverständlich, dass die Laufenburger Bürgerinnen und Bürger den ganzen Salpetererhandel aufmerksam und mit mal mehr oder weniger persönlicher Anteilnahme verfolgten. Und wenn nun offenbar wird, dass ein Einungsmeister und Redmann auch Einfluss auf Entscheidungen des Rats nimmt, dann spricht das für gute persönliche Beziehungen zwischen ihm und zumindest Bürgermeister Schlichtig.

Von Laufenburgern selbst wurde dieser Bürgermeister zu den „Ruhigen“, den Gegnern der Salpeterer gerechnet[5].

Im Generallandesarchiv in Karlsruhe befindet sich die Kopie eines Laufenburger Flugblattes aus dem Jahre 1745 mit Sympathieäußerungen für die Salpeterer und es heißt darin: „Die Unschuldigen werden gehängt, die Schuldigen aber ledig gelassen.“ (GLA 113: 263)[6]

Nun ist mit der Feststellung von Verflechtungen zwischen Stadt und Landschaft keineswegs etwas Neues gesagt. Denn seit vielen Generationen wird es, wie heute selbstverständlich, eine Vermischung beider Bevölkerungsgruppen gegeben haben. Von Waldshut zum Beispiel ist überliefert, dass man dort sogar dem Drängen der Bauern aus den Einungen, sich in der Stadt ansässig zu machen, Einhalt gebieten musste. Selbst wenn aus gegebenen Anlässen, die Waldstädte sich von den Waldgenossen und den Talschaften sich deutlich abgrenzten und, wie 1612 im „Rappenkrieg“ geschehen, deren Aufstände sie nicht unterstützten, so blieben die Beziehungen, allein schon der wegen beiderseitigen ökonomischen Abhängigkeiten, recht dicht.

Und weil die Verflechtung mit dem hauensteinischen und fricktalischen Umfeld so eng gewesen ist, wird ebenso selbstverständlich gewesen sein, dass die Laufenburger Bürgerinnen und Bürger den ganzen Salpetererhandel aufmerksam und mit mal mehr oder weniger persönlicher Anteilnahme verfolgten. Quellen freilich, die uns über Umfang und Auswirkungen dieser Betroffenheit Auskunft geben, sind bisher nur wenige bekannt.

4. Zwischen Bürgermeister Schlichtig und den anderen Ratsmitgliedern und verschiedenen Adressaten, u. a. mit Baron v. Stotzing von der vorderösterreichischen Regierung in

Freiburg oder mit dem Waldvogt wurden zwischen 1740 und 1745 mehrere Briefe gewechselt, in denen jeweils auch die Salpetererhändel zur Sprache kamen (GLA 113: 222). Damit liegt ein weiterer Beleg dafür vor, dass die Stadt in engagierter Weise von den Unruhen Kenntnis nahm, sich nicht allein betroffen zeigte, sondern auch betroffen war.

In drei anderen Dokumenten befanden sich Aussagen über den Apotheker Hilarius Hartmann aus Laufenburg. Da machte in einem Brief vom 17. Juni 1745 der Redmann und Einungsmeister Joseph Tröndlin, aus seiner Abneigung gegen diesen Apotheker keinen Hehl. (GLA 113: 263)

Hilarius Hartmann war ein Sohn des Laufenburger Schiffsmeisters und „Ratsverwandten" Hartmann dessen Schwiegersohn Dr. Johann Christoph Berger sogar 1745 zu den Salpetererführern gehörte. Diese Familie stand eindeutig in Wort und Tat auf der Seite der Salpeterer.

Über die Familie Hartmann

Der Geschlechtername „Hartmann" ist im Verlaufe des 16. Jahrhunderts in Laufenburg anzutreffen, weiß der Chronist Karl Schib (1951, S. 219). Sonst ist die Familie Hartmann oder ein Vertreter von ihr in dieser Chronik nicht erwähnt.

Der Apotheker Heinrich (Hilarius) Kilian Hartmann war 1745 siebenundzwanzig Jahre alt und verheiratet. In seiner Jugend besuchte er, wie er in einer Vernehmung am 11. August 1745 in Wien zu Protokoll gab (GLA 113: 259), vier Schulen in Freiburg und lernte bei dem Freiburger Apotheker Siegel. 1739 hatte er in Delsberg als Apotheker gearbeitet. Dort auch hatte er geheiratet. Seine Frau Maria Theresia, war die Tochter des Laufenburger Stadtleutnants Kaspar Bennot. Der war nicht unvermögend, da er seinem Schwiegersohn die Laufenburger Apotheke gekauft bzw. eingerichtet hatte.

1758 verkauft er „seine eigentümliche von der Jungfer Sibilla Stockerin erkaufte Behausung samt der dazu gelegenen Hofstatt und hinter dem Haus befindlichen Garten nebst seine in besagter Behausung wesentlichen Medicinen laut ausgestelltem Catalogi, für welche Behausung und Apotheke der Herr Käufer Carl Brentano ihm ein Haus in der Marktgasse für 1000 Gulden tauschweise überliess" und ihm noch zusätzlich 2800 Gulden zahlen musste. Der Laufenburger Apotheker und Archivar Dr. Hans – Joachim Köhler (1994, S. 51) nimmt an, dass Hilarius Hartmann aus Krankheitsgründen seine Apotheke nicht mehr weiterführen konnte, da er bereits ein Jahr später verstarb.

In Wien hatte er Kontakt mit den Hauensteiner Deputierten, zu denen auch der Eggbauer gehörte. Doch nicht ihretwegen sei er dort gewesen. Vielmehr sei er nach Wien gereist, um seine Schwägerin Elisabeth Bennot zu begleiten, die, als geborene Puntruterin, Französisch sprach und hoffte in Wien eine Gouvernantenstelle zu erhalten. Auch Baussan sei mitgegangen, weil dieser sich bei den Wiener großherzoglichen Hofbediensteten, von denen viele seine Landsleute seien, um einen Dienst bemühen wollte.

Im August 1745 war er, wegen seiner Kontakte zu den Salpeterern in Wien, vernommen worden (GLA 113: 259).

Dr. Johann Christoph Berger, ein Sohn aus der Familie des Sägemüllers Berger in Laufenburg und seit 1743 Anwalt der Salpeterer, war mit Anna-Maria, einer der fünf Töchter des Laufenburger Schiffsmeisters Hartmann verheiratet.

Neben Anna Maria, ihren Schwestern, und Hilarius hatte der Schiffsmeister Hartmann noch einen weiteren Sohn: Franz-Josef.

Franz Josef Hartmann, war in Neuershausen bei Freiburg Amtmann. Weil er aber im öffentlichen Dienst zu wenig verdiente, ging er 1724 nach Engelberg in die Schweiz. Als Musikant bekam er mehr Geld. Offenbar waren bereits im 18. Jahrhundert die Verdienstmöglichkeiten in der Schweiz hier und da so günstig wie noch heute.

Zwanzig Jahre später wird er im Zusammenhang mit der Aufstellung einer „Landesdefensivkommission" mehrfach als „Hauptmann" genannt. Offenbar hatte er lange Zeit keinen Kontakt mehr zu seiner Familie nach Laufenburg, da sein Bruder Hilarius in der o. e. Anhörung angab, nicht zu wissen, wo sein Bruder abgeblieben gewesen sei.

Am 4. April 1745 jedenfalls traf dieser Hauptmann Hartmann mit einem ent-

sprechenden Beglaubigungsschreiben des Bregenzer Kommandanten Meinersperg in der Grafschaft ein. (GLA 113: 222)

Eine Schwester war mit dem Laufenburger Bürger Franz Josef Keller verheiratet, eine andere war die Frau des Laufenburger Bürgers und Bäckermeisters Franz Josef Bettschon.

Die vierte Schwester, Franziska, war die Ehefrau des Laufenburger Hufschmieds Franz Brogle. Die fünfte und jüngste, Helena, war 1745 dem aus Lothringen stammenden Franzosen Baussan, der aus der französischen Armee desertiert war, „versprochen".

Laufenburg und die Landesdefensivkommission

Die Anwesenheit der österreichischen Armee in der Grafschaft unter Prinz Carl von Lothringen im Sommer 1743 brachte erhebliche Lasten mit sich, die die Einungsmeister den von den Lasten des Freikaufs ohnehin gebeutelten Bauern abzufordern hatten. Die Anführer der Unruhigen wehrten sich dagegen und hatten „zur Führung des Kampfes wider die Einungsmeister im Juli einen Advokaten in Dienst genommen, den Lizentiat beider Rechte und vorderösterreichischen Fiskalamtssubstitut Dr. Johann Caspar Berger von Freiburg …" Bei der Übernahme dieses Mandats begründete er diesen Schritt damit, dass es besser für die Einungsmeister sei, wenn sie ihn beriefen, als sich einen Anwalt aus Schaffhausen oder Basel nähmen, der mit den Verhältnissen nicht vertraut sei. (Redmann Josef Tröndlin in einem Bericht über die Landständetagung im August 1743 in Freiburg. (GLA 113: 222)

Die französisch-bayerische Allianz im Österreichischen Erbfolgekrieg, hatte sich des Breisgaus bemächtigen können und unter anderem in Laufenburg bis zum Frühjahr 1745 eine militärische Besatzung, das bereits erwähnten Bataillon „Lorraines Royal" belassen.

Im Winterhalbjahr 1744/45 begann das Vorderösterreichische Militär in Bregenz den Widerstand gegen die Besatzungstruppen vorzubereiten. In Vorarlberg wurden vom Grafen Choteck „Landesdefensivkommissionen" zusammengestellt, die bei entsprechenden Situationen den Widerstand gegen die Franzosen und Bayern organisieren sollten. Als die französische Besatzungen die Winterquartiere in der Grafschaft Hauenstein verließ und sich Richtung Freiburg und Breisach in Marsch setzten, war eine derartige Situation eingetreten. Hauptmann Franz Josef Hartmann setzte sich für seinen Schwager Dr. Berger ein, der ebenfalls ein entsprechendes Mandat erhielt. Dr. Berger war auch sogleich darangegangen, gemeinsam mit seinen salpeterischen Freunden eine „Landesdefensivkommission" zusammenzustellen[7].

Wie in jedem Jahr waren im April die Termine für die Einungsmeisterwahlen in den Einungen auf dem Wald herangerückt. Eine Auswirkung der neuerlichen salpeterischen Aktivitäten, bei denen die Salpeterer argumentierten, dass sie für ihre Verteidigungsbereitschaft von der Kaiserin belohnt werden würden, führte zu einem Sieg der salpeterischen Partei. Die meisten Einungsmeisterposten waren von Salpeterern besetzt worden. In der Einung Rickenbach wurde der Stift Säckingische Eigenmann und Bauer Johann Thoma aus Egg, der „Eggbauer", der erst im Herbst 1744 wieder in die Grafschaft zurückgekehrt war, zum Einungsmeister gewählt. Dieser Eggbauer, der dann zu einer besonders auffallenden Gestalt zur Zeit der „Salpetererregierung" werden sollte, war seit 1729 in Festungshaft und verbannt und seit 1741 als „Deputierter der Grafschaft" im Auftrage der Salpeterer in Wien gewesen.

Von seinem Mandat hatte Dr. Berger in Freiburg eine Abschrift anfertigen und im Hauensteinischen verbreiten lassen. „Sein Sinn und sein Gemüt sei niemals anders gewesen, als dass er sich als treuer Diener des Erzhauses Österreich gezeigt habe", schrieb Frau Berger (GLA 113: 258). Und in einer Eingabe von Dr. Berger erklärte dieser – und offenbarte weitere Motive:

Ihm sei seinerzeit versprochen worden, dass er vorderösterreichischer Prokurator werde, wenn Vorderösterreich wieder ganz zum Erzhaus gekommen sei. Jetzt werde er nicht etwa belohnt, sondern sitze schon 6 Monate in harter Gefangenschaft, während andere, die der Krone Frankreichs von Herzen zugetan gewesen – und damit spricht er die

Führer der Ruhigen an und meint auch den Bürgermeister Schlichtig – „oben am Brett sitzen“ (GLA 113: 258).

Am 30. April, Berger war aus dem Basler Exil, in dem er sich während der französischen Besatzungszeit befand, zurück nach Laufenburg gegangen, beruft er in einem kurzen Schreiben die Einungsmeister zur Landsgemeinde nach Görwihl. Und zwar, wie üblich, die neuen und die alten Einungsmeister. Der Alteinungsmeister Josef Tröndlin aus Unteralpfen und der Alteinungsmeister und Redmann Joseph Tröndlin aus Rotzel hatten sich, als erklärte Gegner der Salpeterer, daraufhin, nach Klingnau abgesetzt In Klingnau – schon damals auf neutralem Schweizer Territorium – hatte das Kloster St. Blasien Besitz und eine Propstei. Dorthin flohen in Kriegs- und Unruhezeiten die Notabeln aus der benachbarten Grafschaft und den Waldstädten. Das geschah auch während der Salpetererunruhen.

Gemeinsam mit Dr. Berger hatten die neuen Einungsmeister einen militärisch erfahrenen Offizier gesucht und in Basel in dem sächsischen Obristleutnant von Lüttichau gefunden, der vom Grafen Choteck zum Kommandeur der Landesdefensivkommission ernannt wurde.

Am Abend des 30. April 1745 überreichten der Leiter des Landesdefensivkommission der Obrist v. Lüttichau und Dr. Berger von zahlreichen Salpeterern begleitet, dem Waldvogt in Waldshut ihre Vollmacht und ließen sich die Waffen aushändigen, die dort, seit deren Requirierung zur Zeit der französisch-bayerischen Besetzung eingelagert waren (GLA 113: 263).

Zum 4. Mai wurde nach Görwihl der „Landfahnen“, das sind alle kampffähigen Männer der Einungen, aufgeboten, die Waffen ausgegeben, die Führer bestimmt und in Richtung Rheintal in Marsch gesetzt (GLA 113: 221).

Von diesem Zeitpunkt an, hatte die Landesdefensivkommission unter dem Kommando des Obristen von Lüttichau und Dr. Bergers – und damit die Salpeterer – die Macht übernommen.

Verstärkt wurde das Bauernaufgebot durch 50 Husaren, die der Bruder des Hauptmanns Hartmann und vermutlich auf dessen Vermittlung hin, Hilarius Hartmann, von Spaichingen geholt und am 13. Mai nach Waldshut gebracht hatte (GLA 113: 259)

Die „Salpetererregierung in Laufenburg“ 1745

In Laufenburg fanden drei bemerkenswerten Ereignisse während der „Salpetererregierung“ zwischen dem ersten Mai und dem Pfingsttag am 6. Juni 1745 statt.

Es lässt sich, was Stadt und Bürgerschaft von Laufenburg betrifft, noch einmal festhalten, dass sie mit den Salpetererunruhen in vielfältiger Form in Berührung kamen und durch die beiden Hartmann – Brüder und deren Schwager Dr. Berger gleichsam hineinverwoben wurden. Immerhin hielt sich Dr. Berger, wenn er in der Grafschaft war, bei seiner Familie in Laufenburg aus. Mehr noch: wegen der Verwandtschaft zu Dr. Berger und dessen Eintreten für die Salpetereranliegen war sein Schwiegervater vom Bürgermeister Schlichtig schon seit langem immer wieder gehänselt worden. Der alte Hartmann hatte im Familienkreis geäußert, dass ihn der „Schlichtig wegen der täglichen Stichelreden noch unter die Erde bringe“ (GLA: 259). Der Schiffsmeister Hartmann, der bis zum 8. Februar 1743 Ratsmitglied war, war jedoch bereits 1744 verstorben.

Diese „Verdrießlichkeiten“ die der Vater Hartmann durch den Bürgermeister Schlichtig erlitt, führte der Apotheker Heinrich Kilian Hartmann auf den Hass zurück, den der Bürgermeister Schlichtig gegen die ganze Familie Hartmann wegen des Dr. Berger hege. Heinrich Kilian Hartmann gab darüber im 11. August 1745 ausführlich Auskunft (GLA 113: 259). Noch aber befinden wir uns im Mai 1745 und die Salpeterer waren an der Macht.

Die Salpeterer fordern Verpflegung und Kontribution

Am fünften Mai 1745 vormittags 9,30 Uhr rückte das militärische Aufgebot unter der Führung von Dr. Berger, dem Eggbauern Johann Thoma und Obristleutnant von Lüttichau vor die Tore Laufenburgs und begehrte Einlass. Das Dokument mit dem Bericht über dieses Ereignis beginnt: „… ½ zehn erschien ein Bauernsoldat in der

ratsstuben wo versammelt sind wg. Bürgerlen Geschäften Vogt, Bürgermeister und Rat …“ (GLA 113: 263)

Das Kommando war auf dem Wege nach Rheinfelden. Dort wollte es an den Grafschaftsgrenzen Posten beziehen, um nötigenfalls die Franzosen abzuwehren, falls diese zurückkommen wollten.

Da war die Aufregung in der Stadt groß! War man doch gerade erst die Franzosen losgeworden. Eine neuerliche Belastung, das Bauernaufgebot wollte verpflegt sein, wurde abgelehnt. An fünfhundert Mann kamen unter Führung des Obristen von Lüttichau in die Stadt und hatte sich zwischen der Brücke und dem Pfauen aufgestellt. Dr. Berger verlas vom Pferd aus das Mandat der Berufung der Landesdefensivkommission.

Zwischen Dr. Berger und dem Bürgermeister Schlichtig entspann sich dann ein Disput, in dem Berger Schlichtig vorwarf, der sich strikt weigerte, dem Aufgebot entgegen zu kommen, dass er sich den Franzosen gegenüber sehr viel kooperativer gezeigt habe.

Nach einigen hin und her verständigte man sich darauf, dass die Soldaten das Brot, was sie essen wollten, bezahlen müssten und den Wein für die salpeterischen Einungsmeister die Grafschaftskasse übernehmen würde. Am Nachmittag rückte die Truppe wieder ab und zog weiter.

„Berger aber hat aus Verdruss, dass man sie nicht verpflegen wollte“ „über rath und Bürgerschaft geschmähet“ „Es wohnten lauter Lumpen darin …“ (GLA 113: 263).

Bürgermeister Schlichtig, zog es anschließend vor, erst einmal in Klingnau bei seinen Freunden, den ruhigen Einungsmeistern, Schutz zu suchen. Dorthin hatte sich auch der Kanzler des vorderösterreichischen Breisgaus Dr. Stapf, geflüchtet, da Freiburg ja besetzt war.

„Heut um ein Uhr kommt der Hirschenwirth von Murg und der Gerber von Görwihl als abgesand des Landesdefensiv Comendanten Se Baron von Lüttich anfragen ob die stadt österreichisch gesinnt sei oder nicht“. Die Abgesandten sprachen mit dem „gewesten Bürgermeister Zoller“. Dieses Begehren hielt der Untervogt und Ratschreiber Dr. Lindenmeyer am 6. Mai 1745 fest.

Dr. Lindenmeyer hatte seinem in Klingnau weilenden Bürgermeister zugesichert „… was aber hier passieret, das werde fleißig notiert und berichtet“.

Am neunten Mai schrieb er dem Bürgermeister unter anderem: „gestern ist der Eckbauer allhier gewest hat aber nur etwa 20 Mann bey sich gehabt … es hat geheißen, er schreibe eine konferenz aus … auf den Abend wieder abgezogen“.

Und am 7. Juni 1745 kann er melden, dass „Berger, Lüttichau und Exkbauer arretiert und also gleich fortgeführt“ worden sind.

Die Kopie der oben erwähnten anonymen Schrift aus Laufenburg, in der es heißt, dass die Unschuldigen gehängt, die Schuldigen aber ledig gelassen werden, liegt einem der Briefe bei (alles GLA 113: 263).

Das Ende der Landesdefensivkommission

Die Breisgauer Stände leiten von Laufenburg aus das Ende der Landesdefensivkommission ein.

In Laufenburg waren in der zweiten Maihälfte die Breisgauischen Stände zusammengetreten, die ja wegen der Besetzung Freiburgs ebenfalls einen anderen Tagungsort brauchten. Dass Laufenburg für die Ständeversammlung kein ungewöhnlicher Ort war, zeigt ein Dokument über die „Stände-Conferenz“ zu Laufenburg vom 12. März 1740 (GLA: 113: 262)[8].

Die „Denkschrift der im oberen rheinviertel angesessenen österreichisch-breysgawischen Mitständ“ vom 23. Mai 1745 deutete darauf, dass die ständischen Vertreter höchstbesorgt über die durch die Salpetererherrschaft in der Grafschaft entstandene Situation waren. Es hatten entsprechende Manifestationen von Salpetererführern erkennen lassen, dass diese nichts weniger als grundlegende Veränderungen der Machtverhältnisse anstrebten und zum Beispiel den Einfluss der Kirchen zurückdrängen und feudalistische Strukturen aufheben wollten, wie uns entsprechende Aussagen des Eggbauern (GL 113: 222) und des Salpeterers Martin Thoma (GLA 113: 263) verraten (vgl. dazu: Haselier 1941, S. 105).

Außerdem häuften sich die Klagen von betroffenen ruhigen Hauensteinern, die unter dem Eggbauern zu leiden hatten. Dieser hatte

sich mit mehreren Salpeterern und begleitet von zwei Husaren aus dem Militärkommando und auf Anweisung des Obristen von Lüttichau hinauf in den Wald begeben offiziell, um dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Tatsächlich hatten er und andere Salpeterführer begonnen, auf eigene Faust zu requirieren und ihm verhasste Geistliche und Ruhige zu bedrängen. Hierbei gingen sie nicht zimperlich vor (GLA 113: 262).

Das Ende der Salpetererregierung

In Laufenburg wird die Landesdefensivkommission aufgelöst und damit die Salpetereregierung beendet.

Drei Syndizi der Breisgauer Stände gingen nach Klingnau und berieten sich dort mit dem Kanzler im Breisgau, Dr. Stapf, den Vertretern des Klosters St. Blasien und den ruhigen Einungsmeistern über das weitere Vorgehen. Auch der Laufenburger Bürgermeister Schlichtig konferierte mit.

Das Ergebnis war ein Schreiben an die vorderösterreichische Regierung, dem Grafen Choteck in Innsbruck. Der Graf sandte daraufhin den mit den Verhältnissen der Grafschaft vertrauten Baron Zech nach Waldshut, wo er am 27. Mai eintraf. Er setzte sich gleich mit dem Kanzler Dr. Stapf in Klingnau in Verbindung. Es wurde beschlossen, die Führer der Landesdefensivkommission festzunehmen.

Alle drei befanden sich in Laufenburg, wo sie, wie aus dem Brief von Untervogt Dr. Lindenmeyer schon zu entnehmen war, am 6. Juni 1745 verhaftet wurden.

Damit war der Versuch, den einst so erfolgreichen und berühmten Hauensteinischen Landfahnen unter salpeterischer Führung ein weiteres Ruhmesblatt hinzuzufügen, kläglich gescheitert. Karl Friedrich Wernet hat in seiner Arbeit über die Grafschaft Hauenstein festgehalten, dass nach 1715 der Landfahnen rasch verfallen und seine „Uhr … abgelaufen“ war[9] (1959, S. 424)

Der Fricktaler Landfahnen wird gegen die Salpeterer aufgeboten

Eine letzte Berührung mit den Salpetererunruhen hatten die Laufenburger im Zusammenhang mit der Bedrohung Waldshuts durch die salpeterischen Bauernhaufen. Unmittelbar bevor diese sich im September 1745 anschickten, die Waldstadt zu erstürmen, um ihre dort inhaftierten Gefährten zu befreien, wandten sich Rat und Waldvogt in ihrer Not an das Kloster St. Blasien und die Ämter Gutenburg und Rheinfelden und baten um militärischen Beistand. Waldshut hatte nur rd. 1000 Einwohner und hätte auf Dauer der zahlenmäßigen Übermacht der Salpeterer nicht Stand halten können. Der Rheinfelder und Fricktaler Landfahnen wurde aufgeboten und unter Führung des Untervogts nach Waldshut geschickt. Dort wirkten das Fricktalische Aufgebot, zu dem auch Laufenburg Männer zu stellen hatte, gemeinsam mit den von St. Blaisen aufgebotenen Soldaten an der erfolgreichen Verteidigung Waldshuts mit. Am 27. September war die Gefahr für Waldshut vorbei und die Fricktäler zogen wieder ab[10].

Zum letzten Mal rückte Militär in die Wälderorte ein und wieder einmal wurde eine kaiserliche Kommission in die unruhige Grafschaft geschickt, um die Gemüter zu besänftigen. Auch in Laufenburg konnten die Bürgerinnen und Bürger sich wieder ungestört ihren Geschäften widmen. Für sie brauchten die Salpeterer kein Thema mehr zu sein.

Literatur

Bircher, Patrick: Die Herrschaft Hauenstein. In: Nachbarn am Hochrhein. Eine Landeskunde der Region zwischen Jura und Schwarzwald. Hrsg.: Fricktal-Badische Vereinigung für Heimatkunde. Laufenburg CH 2002, S. 293–307.

Ebner, Jakob: Die Geschichte der Salpeterer des 18. Jahrhunderts. 1. und 2. Teil, Unteralpfen und Wangen 1953 und 1954.

Fenner, Kurt: Ärzte Bader Pillendreher. Medizinische Berufe im Wandel der Zeit. S. 39–60 In: Museum Schiff (Hrsg.): Laufenburg CH 1994.

Fricker, Heinz, Jehle, Fridolin, Lüthi, Alfred, Nawrath, Theo: Geschichte der Stadt Laufenburg. Laufenburg/Baden und Laufenburg/Schweiz. Bd. 1, 1979; Bd. 2, 1981; Bd. 3, 1986.

Haselier, Günther: Die Streitigkeiten der Hauensteiner mit ihren Obrigkeiten. In: Quellen und Forschungen zur Siedlungs- und Volkstumsgeschichte der Oberrheinlande. Hrsg.: Friedrich Metz u. a. Hier: Der Hotzenwald, Bd. 2, 2. Teil. Karlsruhe 1940/41.

Köhler, Hans-Joachim: Die Geschichte des Heilwesens der Stadt Laufenburg.

Müller-Ettikon, Emil: Die Salpeterer. Geschichte eines Freiheitskampfes auf dem südlichen Schwarzwald. Schillinger: Freiburg 1979.

Ruch, Joseph: Geschichte der Stadt Waldshut. Waldshut 1966.

Rumpf, Joachim: Die Salpetererunruhen im Hotzenwald. Überarb. Nachdruck, Dachsberg 2003.

Schib, Karl: Geschichte der Stadt Laufenburg. Aarau 1951.

Über den Eggbauern.
http://www.salpeterer.net/Salpeterer/Eggbauer.htm.

Wernet, Karl Friedrich: Die Grafschaft Hauenstein. In: Vorderösterreich. Hrsg. von Friedrich Metz; 2 Bde., Freiburg 1959, Bd. 2, S. 404–436.

Anmerkungen

1 Hier ist besonders dem ehrenamtlichen Archivar der Stadt Laufenburg (CH), Herrn Dr. H.-J. Köhler, zu danken, dessen Rat und Hilfe die Arbeit im Stadtarchiv ermöglichte. Dokumente, in denen auf die hier geschilderten Ereignisse eingegangen wurde, fanden sich keine. In den „Polizey“ – Ordnern z. B. gab es große zeitliche Lücken.

2 Fridolin Jehle (1979, S. 113) nimmt an, „Dass die Laufenburger Bürger die Bewegung … mit großer Aufmerksamkeit verfolgt (haben)“.
Karl Schib (1951, S. 208) schreibt, dass „Im Mai … die tapfere Schwarzwaldmiliz der unruhigen Hauensteiner Bauern, die ihren Patriotismus unter Beweis stellen wollten, ihren Einzug in Laufenburg (hielt). Im Übrigen aber sei die Bewegung linksrheinisch bedeutungslos geblieben, meint Patrick Bircher; er merkt aber an, dass eine Untersuchung darüber noch aussteht“ (Bircher, Möhlin 2002, S. 306).

3 Eine gründliche Einführung in die Geschichte der Salpeterer und ihrer Rezeption bis in die Gegenwart befindet sich auf der Homepage www.salpeterer.net.

4 Vgl. dazu Jakob Ebner I 1953, S. 83.

5 Zu den hier genannten Beteiligten und geschilderten Ereignissen vgl.: Müller-Ettikon 1979, S. 279.

6 GLA d. i.: Generallandesarchiv Karlsruhe. Dort befinden sich in der Abteilung 113 „Hauenstein“ Dokumente, die die Salpeterer betreffen. Diese Schriftstücke werden in Mappen bzw. Archivkästen aufbewahrt. Unter der Bezeichnung 113: 263 zum Beispiel findet der Rechercheur einen Karton mit weit über einhundert verschiedenen Dokumenten, die ihrerseits nur selten gekennzeichnet sind. So erklärt es sich, dass immer wieder gleiche Signaturen angegeben werden, obwohl auf unterschiedliche Schriftstücke Bezug genommen wird.

7 Uns mag es heute unverständlich sein, wie eine vorderösterreichische Kommandostelle ausgerechnet den Salpeterern eine führende Rolle bei der Landesverteidigung zubilligt. Der Graf Choteck und andere Beteiligte in Innsbruck und Bregenz aber hatten zu diesem Zeitpunkt, folgt man den Dokumenten im Generallandesarchiv, von den möglichen Folgen eines derartigen Auftrags keine Ahnung. Als sie dann Kenntnis darüber erhielten, lösten sie sofort die Kommission auf.

8 Vgl. dazu auch Ebner II 1954, S. 40 ff; Haselier 1941, S. 212.

9 Wernet 1959, S. 424.

10 Vgl. dazu u. a.: Ruch, 1966, S. 218.

Anschrift des Autors:
Dr. Joachim Rumpf
Hühnerbühl 7
79733 Görwihl

Manfred Teufel

Die Polizei im Regierungsbezirk Freiburg

Ein knapper Abriss zu ihrer geschichtlichen Entwicklung

I.

Wer zu einer Rückblende auf die Polizei im heutigen Regierungsbezirk Freiburg seit ihrer Errichtung im 19. Jahrhundert beitragen will, muss unvermeidlich vorab das zu ihrer Entwicklungs- und Ereignisgeschichte in Beziehung stehende Territorium abstecken. Wir haben es so gesehen mit

- den Divisionen I, II und III der Großherzoglichen Badischen Gendarmerie mit den Sitzen Konstanz (für den Seekreis), Freiburg (für den Dreisamkreis) und Offenburg (für den Kinzigkreis) – später teilweise geändert in Oberrheinkreis und Mittelrheinkreis (mit Sitz in Rastatt),
- der Gendarmerie und Polizei in den 1864 ins Leben getretenen Landeskommissärsbezirken Konstanz und Freiburg bzw. den Kreisen Konstanz, Villingen, Waldshut, Lörrach, Freiburg, Offenburg und Baden, wobei 1869 die Bezeichnung „Division“ in „Distrikt“ umbenannt wurde,
- den kurzzeitigen Schutzbezirken Freiburg und Konstanz (als vorbeugende Polizeimaßregel für die kasernierte Polizei Ende der 20er Jahre eingerichtet)[1]
- der Polizei im Lande Baden (nach der Vereichlichung)
- der Polizei im Lande Baden in der französischen Besatzungszone (1945–1952) und ab da
- mit der Landespolizei im Regierungsbezirk Südbaden und seit 1973 im neugegliederten Regierungsbezirk Freiburg des Landes Baden-Württemberg[2]

zu tun. Diese Lokalisierung führt dann direkt zu den vielfältigsten Polizeistrukturen, die mindestens eine zeitlang typisch für den badischen Verwaltungsaufbau waren.

II.

Es waren die unhaltbaren Sicherheitszustände im Großherzogtum Baden die nach einem jahrelangen Herumexperimentieren mit anderen Sicherheitsmodellen den Landesherrn schließlich bewogen, mit seinem Edikt vom 3. Oktober 1829 das „Großherzoglich Badische Gendarmeriekorps“ zu errichten. Bedingt durch die immer mehr offenkundig werdende Realität, welche die heutige Kriminologie mit „Verdrängungseffekt“ umschreibt, kam es zur Ablösung eines desolaten, vielleicht sogar bestechlichen Polizeiapparats durch eine disziplinierte, weitgehend korruptionsresistente motivierte Polizeitruppe. Württemberg und Hessen-Darmstadt hatten bereits 1807 solche, auf der Basis des Napoleon'schen Gendarmeriekonzepts beruhende Gendarmerien aufgestellt[3]. Ihre Existenz bewirkte fraglos, dass sich alles „zweifelhafte Volk“ nunmehr dahin zog, wo es durch den Sicherheitsdienst am wenigstens behelligt wurde – und das war Baden. Das mit der „Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern des Landes Baden“ beauftragte Korps war in verwendungsmäßiger Hinsicht dem Ministerium des Innern untergeordnet was aus dem Gründungszweck erhellt. In haushaltsrechtlicher Beziehung und im administrativen Kontext des militärisch organisierten Korps hatte das Badische Kriegsministerium das Sagen. Die Gendarmerie war übrigens dem Militärgerichtsstand unterworfen.

Zum Korps zählten anfangs 220 Mann, die in 6 Divisionen mit jeweils mehreren Brigaden eingeteilt waren. Letzteren stand regelmäßig ein Brigadier vor, dem meistens vier Gendarmen beigegeben waren. 1832 betrug die Sollstärke der I. Division (Konstanz) 48, der II. Division (Freiburg) 60 und der III. Division

(Rastatt) 41 Gendarmen. Strahlenförmig dehnte sich das Stationsnetz der anfangs 42 Brigaden über das ganze Land aus; 100 Jahre später gab es 62 Gendarmeriebezirke.

Bei der Dislozierung der Brigaden sind unverkennbar kriminologische Gesichtspunkte zu erblicken, ohne dass man diese wissenschaftliche Wortschöpfung überhaupt kannte. Ein in die moderne polizeiliche Fachliteratur aufgestiegener Grundsatz „Eine Zufallstreife bringt (nur) zufällige Ergebnisse“ mögen schon seinerzeit unsere Vorväter bei der Festlegung detaillierter Streifen- und Begehungsräume bedacht haben. Gleichermaßen dürften bei den badischen Ministerien die von dem Heidelberger Strafprozessualist Mittermaier (1787–1867) in seinen „Annalen der deutschen und ausländischen Criminal-Rechtspflege“ (1829) erhobene Forderung nach einer „gut organisierten Gendarmerie als Voraussetzung für eine hohe Aufklärungsquote, welche sich in der Höhe der Ziffern der Kriminalstatistik niederschlage“ nötige Beachtung gefunden haben[4].

Strenge Dienstaufsicht übten Korpskommando und Divisionskommandos in Freiburg, Konstanz und Rastatt aus. Ein Gendarmeriegesetz von 1831, gültig bis 1923, und spätere Dienstvorschriften (in Baden hießen sie Dienstweisungen) aus den Jahren 1832, 1909 und 1923 regelten mit beachtenswerter Akribie die gendarmeriedienstliche Tätigkeit. Innere Strukturen und sicherheits- und ordnungspolizeiliche Aufgabenbereiche blieben fast 100 Jahre unverändert, wenn man z. B. von verschiedenen Dienstbezeichnungen absieht: aus „Divisionen“ wurden später „Distrikte“ und aus den „Brigaden“ schließlich „Gendarmeriebezirke“ oder etwa um 1929 herum „Gendarmeriehauptstationen“. Die fachliche Ausbildung erfuhr stets eine deutliche Aufmerksamkeit: Die Brigaden am Sitze der Divisionskommandos, in unserem Falle Konstanz, Freiburg und Offenburg fungierten als Lehrbrigaden für die neu aufgenommenen Gendarmen.

Positiv zu verbuchen war aus Sicht der landesherrlichen Obrigkeit fraglos, „dass das Badische Gendarmeriekorps alle Stürme der Revolutionsjahre 1848/49 mit ihren schweren Erschütterungen ungebrochen überstand“. Es hielt, wie die zeitgenössische Literatur berich-

Fortbildungskurs für Polizei-Majore und Gend.-Führer 1926

tet, daran fest, dass es zum Schutze der persönlichen und der Eigentumssicherheit aufgestellt war und seinem ordentlichen Dienste nicht entzogen werden durfte. Infolgedessen hatten die jetzt 471 Gendarmen alle ungesetzlichen und fragwürdigen Anforderungen überall mit Entschiedenheit zurückgewiesen[5]. Nach der Trennung der Justiz von der Verwaltung im Jahre 1857 betätigte sich die Gendarmerie im präventiven Sicherheitspolizei- und Verwaltungsdienst vorrangig für die Innenverwaltung und im Kriminaldienst für die Justizbehörden. Wohl gab es mindestens bis 1908 keine gerichtspolizeilichen Protokolle im heutigen Sinne. Die Polizei hatte der Staatsanwaltschaft nur das zu melden, was ihr Zeugen und Beschuldigte mitgeteilt haben. Eingeblendet werden darf, dass sich die Gendarmerie von Anfang an nachdrücklich in der polizeilichen Verbrecherfahndung betätigte. Ab 1860 kam ein „Fahndungsblatt des Großherzogl. Badischen Corps-Commando der Gens'darmerie zu Karlsruhe“ heraus.

Entsprechend den polizeilichen Bedürfnissen wuchs die Stärke des Gendarmeriekorps während der beiden Kriege 1866 und 1870; Grenzschutzmaßnahmen spielten dafür eine Rolle. 1882 gab es im I. Distrikt (Konstanz) 146 und im II. Distrikt (Freiburg) 148 Gendarmen. Kursorisch noch einige wissenswerte Daten und Fakten zur Entwicklung der Gendarmerie: 1873 erhielt sie Zündnadelgewehre, 1885 Revolver, 1898 Karabiner Modell 88, 1901 erfolgte die Zuteilung von Telefonapparaten,

1903 die Anschaffung von Fahrrädern. 1912 begleiteten Schutzhunde erstmals die Gendarmen. Sog. Schneeschuhstationen im badischen Schwarzwald traten in Erscheinung. Die Lehrstationen bei den Distrikten konnten nach der Gründung der Gendarmerieschule 1908 aufgehoben werden. Zwanzig Jahre später ging diese in der einheitlichen Polizei- und Gendarmerieschule auf. Manifeste Ansätze einer Professionalisierung der badischen Polizeikräfte waren positiv zu vermerken. Allerdings stellte die Karlsruher Schule 1938 ihren Lehrbetrieb ganz ein.

Während die Historiografie sich der badischen Gendarmerie gleich zweimal annahm (1899 für die Zeit von 1829–1899 und 1929 zum 100-jährigen Bestehen) „fehlt eine eigentliche Geschichte der badischen Ortspolizei", was Barck in seiner Monographie 1931 sehr bemängelte[6]. Gesichert ist jedenfalls, dass ab 1809 immer wieder andere Städte unter staatliche Polizeiverwaltung gestellt wurden, denen uniformierte Staatspolizeibedienstete zugeteilt waren. 1837 gab es in Konstanz 5, in Freiburg 13 und in Baden-Baden 4 Polizeidiener. 1892 bestand die staatliche Polizeimannschaft aus 10 Kommissären, 8 Wachtmeistern, 5 Sergeanten und 265 Schutzleuten. 1912 waren es bereits 821 Männer, die der staatlichen Schutzmannschaft in Baden angehörten. In Freiburg, das uns primär interessiert, betrug 1871 ihre Stärke 20 Schutzleute, 1900 waren es bereits 73 und 1910 verrichteten 81 Bedienstete uniformierten Straßendienst, die drei Kommissären unterstellt waren. Eine über 234 Paragraphen umfassende „Dienstanweisung für die Staatspolizei-Mannschaft" von 1892 regelte einzigartig Aufgaben, Organisation, Anstellungs- und Dienstverhältnisse sowie im zweiten Teil die Dienstausführung. Wie die Gendarmen waren ab 1879 die Staatspolizeibediensteten Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft; schon ab 1895 erfolgte eine einheitliche Beschulung der Mannschaft.

Eine beim Verbandstag der Kriminalbeamten Deutschlands im Juni 1920 unter die Leute gebrachte Wendung „badisches System", die bis heute ohne Parallele in der polizeilichen Nomenklatur blieb, betraf die „beiden" Kriminalpolizeien: Zum ersten waren es die eigentlichen Kriminalpolizeiabteilungen ab 1879 und ab 1901 noch die „Fahndungsabteilungen" in allen badischen Städten mit staatlicher Polizei (u. a. Baden-Baden,1907, Rastatt, Freiburg und Konstanz 1908). Die Kriminalbeamten hatten ihre Dienstzimmer bei der Staatsanwaltschaft, die für sie alle dienstlichen Dinge regelte. Die Fahndungsbeamten waren im Gebäude der Polizeiverwaltung domiziliert. Chargierte im Kriminaldienst wählte das Innenministerium im Einverständnis mit dem Justizministerium aus. Bei der Mannschaft reichte das gegenseitige Einverständnis des Bezirksamts und des Ersten Staatsanwalts. Der Leiter der Kriminalpolizei musste täglich zum Rapport bei der Staatsanwaltschaft. Der Kriminalpolizei oblag naturgemäß die Verfolgung von gemeinen Verbrechen und Vergehen. Die konkurrierende Fahndungspolizei hatte den Erfordernissen der polizeilichen Verbrechensvorbeugung – und Fahndung Rechnung zu tragen (z. B. Fremdenkontrolle, Razzien, Trödlerkontrollen usw.). Requisitionen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden und vereinzelt politisch-polizeiliche Agenden erledigte die Fahndungspolizei[7].

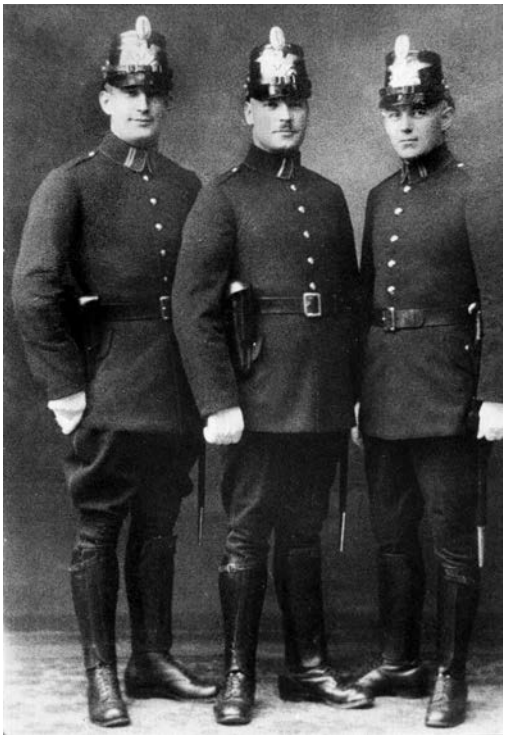
Gendarmerie und Staatspolizei unterstanden ab 1863 den aus den ehem. Kreisregierungen hervorgegangenen Landeskommissären (mit Sitz u. a. in Freiburg und Konstanz). Diese konnten exekutiv eingreifen, in erster Linie dann, wenn baldige Maßnahmen bei Notständen und erheblichen Sicherheitsstörungen zu treffen waren. Dabei enthüllt sich ein badisches Spezifikum im Verwaltungsaufbau das lange Jahre in ausgedehntem Rahmen bestehen bleiben sollte. Ab 1923 waren die Landeskommissäre sogar allgemeine Vorgesetzte der Ortspolizei bei den Bezirksämtern und direkte Vorgesetzte der Gendarmen.

Während des Ersten Weltkriegs erfüllten badische Staatspolizei und Gendarmerie ihre hochgradig vermehrten Aufgaben, soweit sie dazu bei der unzulänglichen Personalsituation in der Lage waren. Verschärfte Marktkontrollen, Kampf gegen Schleich- und Kettenhandel, Unterbindung der Hamsterei und Schwarzschlachtungen, Überwachung der Kriegsgefangenen bestimmten den polizeilichen Pflichtenkanon. Eine energische Gegenwehr gegen die Zunahme der Kriegskriminalität in allen Deliktsbereichen rückte auch in den Vorder-

grund politischen Handelns. Das Gesicht der Epoche bestimmte jedoch das Anschwellen der Zahl straffälliger Jugendlicher in den Städten. Aber am Kriegsende zeigte sich wie überall in Deutschland, dass die Organisation der Exekutivpolizei unzureichend, ihr Personal vielfach überaltert und dazu schlecht bewaffnet war. Eine Hinwendung zu modernen Formen der Führung im Einsatz größerer Polizeiverbände drängte sich auf, weil der Waffenstillstand 1918 die Auflösung der militärischen Verbände in der neutralen Zone Badens, auf die früher die Polizei notfalls hätte zurückgreifen können, mit sich brachte. Gleichzeitig verlangten die Alliierten nach 1918 die Umwandlung der ab sofort den Bezirksämtern beigegebenen Gendarmerie in eine zivilere „Landespolizeitruppe“ um dem ihr nachgesagten militärischen Charakter entgegenzutreten. In der 10-km-Zone verrichteten die Landeschutzmänner in Zivil, lediglich mit einer Armbinde ausgewiesen, regulären Polizeidienst.

Nach Inkrafttreten der freistaatlichen badischen Verfassung im April 1919 lebte der alteingewurzelte Begriff „Badisches Gendarmeriekorps“ wieder auf. Allerdings entfiel nunmehr die Militärgerichtsbarkeit für ihre Angehörigen. Die Neuordnung der Gendarmerie im jungen Freistaat Baden brachte die Aufhebung des Korpskommandos und der Distriktskommandos mit sich. Ab jetzt waren höhere Gendarmerieoffiziere als Fachreferenten beim Ministerium des Innern bzw. bei den Landeskommissären eingegliedert. Die Bezirksgendarmerie unterstand den Landräten direkt und unmittelbar.

Über die in Baden am 1. Dezember 1919 aufgebaute und auf Weisung des ehem. Feindbundes Ende 1920 wieder aufgelöste „Sicherheitspolizei“ kam es zur „Gruppenpolizei“, später betitelt als Polizeibereitschaften. Ihre kasernierten Einheiten hielten sich für große Einsatzfälle und zur Verstärkung des Revierdienstes zur Verfügung. Solche „Einsatz- und Ausbildungskörper“ waren u. a. in Freiburg und für den Oberrhein in Waldshut stationiert. Dabei sind wir mittlerweile bei den schon gestreiften „Schutzbezirken“ angelangt. Baden wurde in vier Schutzbezirke (in unserem Falle: Freiburg und Konstanz) aufgeteilt, in denen bei bedeutenden polizeirelevanten Anlässen (z. B. Unruhen in Wahlzeiten oder in Spannungsfällen) immer die selben Bereitschaften zum Einsatz kommen sollten. Dieses regionale Sicherheitsnetz der Ordnungspolizei finden wir in ähnlicher Form für den Erkennungs- und Nachrichtendienst der Kriminalpolizei.



Badische Ordnungspolizei, Standort Heidelberg, etwa 1925

Eine kategorische Wende im badischen Polizeiwesen der jungen Weimarer Republik brachte das Polizeigesetz 1923. Die in Baden-Baden, Freiburg, Kehl, Konstanz, Lahr, Lörrach, Offenburg, Rastatt und Waldshut tätigen staatlichen Polizeibeamte, in Uniform oder in bürgerlicher Kleidung, in der Bereitschaft oder im Einzeldienst, waren jetzt als „Ordnungspolizei“ in staatlichen Polizeiverwaltungen (Polizeidirektionen oder Bezirksämter) eingegliedert. Unter der Verantwortung und Kontrolle der örtlichen Polizeiverwalter oblag sog. „Technischen Leitern“ (Oberstleutnante, Majore oder Hauptleute) die Ausführung und Beaufsichtigung des uniformierten Außendienstes. Zur Ordnungspolizei gehörten Kraftfahrstaffeln, Polizeireiter und Flugwachen (so in Frei-

burg, Konstanz und Villingen). Lörrach und Konstanz hatten Ende der Zwanziger Jahre Polizeifunkstellen, die der Leitstelle in Karlsruhe angeschlossen waren. Das Polizeigesetz machte den überlieferten Begriff „Staatspolizeimannschaft“ ab 1923 obsolet.

Unter dem Eindruck des reichsweiten Kriminalitätsanstiegs in der Nachkriegszeit begann die Schaffung von organisierten Landeskriminalpolizeien. Baden traf zur wirksamen Bekämpfung des gewerbsmäßigen und reisenden Verbrechertums zentrale Maßnahmen. Der Mitte Mai 1922 bei der Polizeidirektion Karlsruhe eingerichtete polizeiliche Erkennungsdienst, der ab 20. November 1922 als „Badisches Landespolizeiamt Karlsruhe“ mit den Abteilungen ED und N (politische Polizei) weitergeführt wurde, unterhielt u. a. in Rastatt, Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Lahr, Freiburg, Lörrach, Waldshut und Konstanz bei den Polizeiverwaltungen und in Villingen bei der Gendarmerie mehrmännige Außenstellen. Neben reinen erkennungs- und kriminaltechnischen Aufgabenkomplexen ressortierte das gesamtpolizeiliche Fahndungswesen bei der Karlsruher Zentralbehörde. Das „Badische Fahndungsblatt“ redigierte nun das Landespolizeiamt. Mit einem ausgeklügelten Grenzfahndungs- und einem über das ganze Land ausgebreiteten Steckbriefregistratur-System konnte die badische Polizei bei der als Auftakt einer polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit zu wertenden „Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung 1925“ in Karlsruhe evident punkten. Anerkennung fand die effiziente Arbeitsweise der Hauptgrenzregistraturen in Freiburg (für die elsässische) und Konstanz mit Singen (für die schweizerische Grenze). Bei der „Großen Polizeiausstellung in Berlin“ 1926 lag einer der Schwerpunkte in der Bekämpfung der Zigeuner; hier war das Land Baden mit damals aktuellen themenbezogenen Schautafeln vertreten. Mehr oder weniger lässt sich an dieser Realität der Geist der Zeit ablesen.

Die Abteilung N des Badischen Landespolizeiamts kümmerte sich intensiv um Parteien, die dem jungen demokratischen Staat gefährlich werden konnten. Sie bemühte sich um eine „rechtsgleiche Haltung“ und beobachtete und bekämpfte gleichermaßen links- und rechtsextreme staatsfeindliche Stimmungen. Es liegt nahe, dass in den Jahren 1924/25 die KPD, spätestens seit 1930 die NSDAP als der bedrohliche Staatsfeind angesehen wurde[8].

Es war das stete Bestreben der badischen Staatsleitung, ihre Polizei zur allein situationsmächtigen Gliederung im Sicherheitswesen zu machen. Belegt wird dies einmal mehr dadurch, dass Baden neben Sachsen, Hamburg und Preußen eine als „Gefährdetenpolizei“ verstandene weibliche Polizei ins Leben rief. Zum Metier der u. a. 1927 in Freiburg in Dienst gesetzten, uniformierten, aber unbewaffneten Frauenpolizei gehörte die Betreuung sittlich gefährdeter Jugendlicher und Frauen. Man ging davon aus, „dass ihre Streifentätigkeit mancherorts reinigend auf das Straßenbild“ einwirken werde. Zu den 1929 etatisierten 387 Kriminalbeamten im Lande kamen danach noch 20 Beamtinnen hinzu.

Das signifikante Rollenverständnis der sozialen Polizei scheint auf mit der Schaffung der weiblichen Polizei: die moderne Polizei betonte den Vorrang der Vorbeugung von Verbrechen gegenüber der repressiven Strafverfolgung!

Mit der skizzierten Entwicklung der badischen Polizei in der Weimarer Zeit soll abschließend die Tatsache ins Blickfeld gerückt werden, dass von 1920 bis Oktober 1933 insgesamt acht ihrer Angehörigen im Dienste ermordet wurden.

III.

Nach der Machtergreifung durch die NSDAP am 30. Januar 1933 übernahm der NS-Reichskommissar Robert Wagner am 11. März 1933 das Amt des badischen Staatspräsidenten. Schon zwei Tage zuvor, am 9. März 1933, hat er noch als „Beauftragter der Reichsregierung für die Polizei des Landes Baden“ sehr empfindliche personelle Veränderungen in der staatlichen Polizeiverwaltung angeordnet: Den Schöpfer der badischen Ordnungspolizei, Oberst Blankenhorn und den Chef der Gendarmerie, Oberstleutnant Jung enthob man ihrer Ämter und ersetzte sie kurzerhand durch Polizeimajor Vaterrodt. Auch den Polizeijuristen (so ein damals gängiger Begriff) Julius La Fontaine setzten die Nationalsozialisten als Leiter der Polizei- und Gendarmerieschule vor

die Türe. Der „mit der Führung des uniformierten badischen staatlichen Sicherheitsdienstes“ beauftragte Vaterrodt unterrichtete unter dieser Funktionsbezeichnung mit Erlaß vom 10. März 1933 die Polizeidienststellen von diesen rigorosen Personalmaßnahmen. Er gab seiner Erwartung Ausdruck, „dass alle Offiziere und Beamten ihre Pflicht bis zum äussersten erfüllen“.

Weiter heißt es: „In unseren Reihen ist nur für solche Offiziere und Beamten Platz, die gewillt sind, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes freudig mitzuarbeiten.“

Wie sich die neuen Machthaber den Polizeidienst vorstellten, lässt sich einem Funkspruch des „Reichskommissars“ vom 18. März 1933 entnehmen:

„Kommunistischen, sozialistischen, wie überhaupt marxistischen Terrorakten und Überfällen ist mit rücksichtslosem Waffengebrauch zu begegnen. Polizei und Gendarmerie, die in Ausübung dieser Pflicht von der Schusswaffe Gebrauch macht, wird ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von hier gedeckt. Wer in falscher Rücksichtsnahme versagt, wird dienstpolizeilich bestraft. Ich weise auf den alten militärischen Grundsatz hin, dass Unterlassen und Versäumnis schwerer belastet, als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.“

Allein diese beiden Befehle dokumentieren, dass die NS-Machtergreifung für die badische Polizei ein relativ rasches Auflösen rechtsstaatlicher Strukturen als auch des Denkens und Handelns nach sich zog. Geltung ihres neuen absoluten Machtanspruchs sollten die vom „Kommissar des Reiches“ verfügten „Frühjahrsbesichtigungen“ der Polizei und Gendarmerie – jeweils getrennt – 1933 und 1934 durch den Kommandeur verschaffen. Bei diesem Anlass brachte der neue Kommandeur zeitgenössischen Aufzeichnungen zufolge „die Vollzugspolizei mit eisernem Besen auf Vordermann“. Vermutlich war der NSDAP-Gauleiter Köhler mit seinem an die Polizeibeamten gerichteten Appell in der Parteizeitung „Der Führer“ vom 22. Februar 1933 nicht weniger erfolgreich:

„Ich weiß, dass die große Mehrzahl der Beamten des badischen Sicherheitsdienstes freudig bereit ist, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Staates unter der Führung des Volkskanzlers Adolf Hitler. Nachdem jahrelang eingefleischte Marxisten sich als Führer der badischen Polizeibeamtenschaft aufgespielt haben, ist es nun an der Zeit, diesen untragbaren Zustand zu ändern. Ich fordere daher alle Polizeioffiziere, Polizeibeamten und Gendarmeriebeamten, soweit sie guten Willens sind, auf, hereinzukommen in die große Freiheitsbewegung Adolf Hitlers und Mitglied der NSDAP zu werden!“

Noch im März 1933 hatte jeder Polizeibeamte eidlich zu versichern, dass „er arischer Abstammung sei und zu keiner Zeit der jüdischen Religion angehört habe.“ Diese Revers dienten der „Einzelprüfung im Sinne des § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zur Entscheidung über das Verbleiben im Polizeidienst. Den Landeskommissären war überdies sofort zu berichten, wenn Beamte nicht arischer Abstammung bei der Polizei und Gendarmerie beschäftigt wurden. Ab 1. Januar 1935 listete das Innenministerium auf, welche Polizeibeamten Auszeichnungen der NSDAP hatten. Nach dem erzwungenen Rücktritt der badischen Landesregierung und der in angedeuteter Weise abgespielten „Zurechtstutzung“ der demokratischen Polizei ließen sich die von den NS-Machthabern ins Auge gefassten neuen parteiideologischen Aufgaben ohne große Zimperlichkeit erfüllen:

„Die Polizei hat den Willen der Staatsführung zu vollziehen und die von ihr gewollte Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Sie hat das deutsche Volk als organisches Gesamtwesen, seine Lebenskraft und seine Einrichtungen gegen Zerstörung und Zersetzung zu sichern.“[9]

Als 1933 die Länder mit dem Reich gleichgeschaltet wurden und ihre Hoheitsrechte auf dem Gebiete des Polizeiwesens auf das Reich übergingen, stand der Errichtung eines Landeskriminalpolizeiamts für Baden unter Aufhebung von Zuständigkeiten der Landeskommissäre im August 1933 nichts mehr im Wege. Das „badische System“ mit den beiden Kriminalpolizeien war damit beendet. Wegen der Ressort-Rivalität begrüßten nicht wenige Fachleute diese tiefgreifende Änderung.

Dem Landeskriminalpolizeiamt waren – was uns interessiert – zehn Landeskriminal-

polizei-Stellen bei den staatlichen Polizeiverwaltungen (Polizeidirektionen Freiburg und Baden-Baden, Bezirksämter Konstanz – mit Radolfzell –, Rastatt, Lörrach, Lahr, Offenburg, Kehl, Waldshut und Villingen) nachgeordnet. Ihnen war die Aufklärung der schweren Kriminalität und die vorbeugende Verbrechensbekämpfung anvertraut. Lange sollte es aber beim Bad. Landeskriminalamt, dem übrigens das größte deutsche Kriminalmuseum angegliedert war, nicht bleiben. Im Zuge einer „Neuordnung der (Reichs)-Kriminalpolizei" erhielt das Amt am 20. September 1936 die Funktion einer „Kriminalpolizeistelle", die der Kriminalpolizei-Leitstelle in Stuttgart untergeordnet war. Nach damaliger Lesart waren dafür kriminalgeografische Gegebenheiten bestimmend.

Vor Ausbruch des 2. Weltkriegs nahmen sich ab 1938 die NS-Führung und die ihr entgegengekommene zwischenzeitlich verreichlichte Polizei vornehmlich der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" an. Die Kriminalpolizei hatte ihr individuelles Augenmerk auf Berufsverbrecher, Gewohnheitsverbrecher, Gemeingefährliche, Asoziale und als letzte Kategorie: vermutliche Rechtsbrecher zu richten. Sie bekam den Freibrief, gegen diese Menschengruppe sog. „polizeiliche *Vorbeugungs*haft" zu verhängen, die für viele alles andere als glimpflich verlaufen ist. Spätere Gerichtsverfahren gegen NSG-Täter (= Nationalsozialistische Gewalttaten) innerhalb der Polizei bezeugen dies emphatisch. Mit Ausbruch des Krieges änderte sich das Aufgabenfeld: Ermittlungsverfahren wegen Verstöße gegen die Verbrauchsregelungsstrafvorschriften, Abtreibungen, Kriegsgefangenedelikte, Rassenschande und vor allem Jugendschutzmaßnahmen beschäftigten neben dem Kriegsfahndungswesen alle noch nicht zu den Waffen gerufenen Kriminalbeamten.

Hier ist eine Einlage passend: Am 15. Januar 1940 versahen im ehem. Lande Baden ein Kriminaldirektor, drei Kriminalräte und 14 Kriminalkommissare (davon 4 in unserem Gebiet) ihren Dienst. Alle drei Beamtengruppen zählten zwar zum Leitenden Vollzugsdienst, waren nach heutigem Verständnis aber Beamte des gehobenen Dienstes. 1943 spielt wiederum eine Umformung der (Reichs-)Kriminalpolizei eine Rolle: sie wurde nunmehr haushaltsmäßig selbständig und von der örtlichen Polizeiverwaltung losgelöst. Gemeindekriminalpolizeien schaffte man ab. Die Beamten gehörten Kriminalpolizeileitstellen, Kriminalpolizeistellen oder Kripo-Außenposten an. Im selben Jahr änderte sich die rechtliche Stellung der Kriminalpolizei: sie konnte in Ermittlungsverfahren ohne Gerichtsbeschluss auch Polizeihaft bis zu 21 Tagen verhängen, was im Einzelfall besondere kriminaltaktische Situationen hervorrief.

Die im August 1943 aus den Kriegsereignissen heraus aufgestellten Jagdkommandos, zusammengesetzt aus Schutzpolizei, Kriminalpolizei und wie im Falle des südlichen Landesteils aus den Grenzpolizeikommissariaten Konstanz, Singen und Waldshut hatten die niedergegangenen feindlichen Flugzeugbesatzungen aufzuspüren und „zu sichern", was immer damit gemeint war. Im Laufe der kriegerischen Handlungen im Inland kam ab 1944 vermehrt der „kriminalpolizeiliche Einsatz nach Fliegerangriffen", vorrangig die Identifizierung der Leichen hinzu. Welche steinigen Aufgaben die Beamtenschaft z. B. bei dem Luftangriff auf Freiburg am 27. November 1944 mit rd. 2800 Toten zu meistern hatte, dürfte auf der Hand liegen (vgl. Hauß/Schmid, Badisches Kalendarium).

Nur vier Tage nach dem „Gesetz über eine neue Landeskriminalpolizei" erschien am 26. August 1933 die Verordnung über das „Geheime Staatspolizeiamt im Lande Baden", dessen weitwirkende politisch-polizeiliche Aufgaben, also Erforschung und Bekämpfung aller staatsgefährlichen Bestrebungen im Staatsgebiet sowie deren Sammlung und Auswertung der Erhebungen, bezeichnender Weise vom Landeskriminalpolizeiamt selbst und den Zweigstellen in Kehl, Lahr, Rastatt und Baden-Baden wahrgenommen werden sollten. In keinem anderen Land kooperierten Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei anfangs so eng. Doch bereits mit dem 1. Oktober 1933 endete diese Konstellation. Das Geheime Staatspolizeiamt funktionierte man – wie das Württ. Politische Landespolizeiamt – in eine Gestapo-Leitstelle um. Ab Dezember 1933 wurde die Gestapo-Leitstelle in Karlsruhe dem „Zentralbüro des Politischen Polizeikommandeurs der

Länder“, d. h. dem Reichsführer SS Heinrich Himmler, der anfangs auch Kommandeur der badischen Gestapo war, zugeordnet. Aus dem Zentralbüro Berlin entwickelte sich das dortige Geheime Staatspolizeiamt mit reichsweiter Zuständigkeit. Beide Gestapo-Leitstellen für Baden und für Württemberg beaufsichtigte ab 1936 als gemeinsame Mittelinstanz ein „Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes“. Die immer hohe SS-Dienstränge führende Inspekteure, die später zu Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD aufrückten und sich in elitärem Selbstverständnis als „Beauftragte des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei“ verstanden, hatten sich der ideologischen Ausrichtung des gesamten sicherheitspolizeilichen Dienstes, also auch der Kriminalpolizei, anzunehmen. Nach damals wohltönenden Sprüchen hatten sie „die enge und verständnisvolle Zusammenarbeit und organisatorische Angleichung der Behörden der Gestapo und der Kripo sicherzustellen.“

Die von Anfang an intendierte Verschmelzung von Polizei und SS fand in der Übertragung hoher Polizeifunktionen an SS-Chargen und umgekehrt durch Verleihung von SS-Rängen an zuverlässige Polizeioffiziere und z. B. badischen Polizeijuristen ihre Fortsetzung. Der Polizeiapparat geriet so in einer sehr viel umfassenderen Weise in die Botmäßigkeit der NS-Machthaber. Er wurde von diesen als Instrument der Gewaltherrschaft, des Unrechts und der Willkür mehr missbraucht als man dies nach dem Kriege 1945 vielfach angenommen hat.

Zur Behördengliederung sei notiert, dass im September 1937 der Gestapo-Leitstelle in Karlsruhe die Außendienststellen z. B. in Rastatt, Baden-Baden, Offenburg, Lahr, Villingen, die Grenzpolizeikommissariate in Kehl, Freiburg sowie die Grenzpolizeiposten Lörrach, Waldshut und Konstanz zugeordnet waren. Gleich mit der Machtübernahme 1933 geschah die Passkontrolle an den Reichsgrenzen durch Außenbeamte der zur Gestapo zählenden Grenzpolizei. 1936 ließ ein „Grenzinspekteur West“ in Koblenz die Polizeiarbeit an der Grenze zur Schweiz und nach Frankreich nicht aus den Augen. Er regelte die Auslandsarbeit der Geheimen Staatspolizei und führte von Freiburg und Saarbrücken aus die Auslandsagenten. Ab September 1941 waren die Grenzpolizeien in Konstanz und Waldshut im FS-Netz der Sicherheitspolizei angeschlossen. Die Geheime Staatspolizei ergänzte sich mit Vorliebe aus Angehörigen der Kriminalpolizei, die sie prädestiniert für ihren Dienst hielt. Kein Ruhmesblatt für die badische Polizei war indessen Kriminalsekretär Adolf Rübe, ein ehemaliger Gendarm aus Lörrach, der als „Schergen und Henker des NS-Systems“ in die biografische Literatur einging[10].

Von der mit der Ernennung des Reichsführers SS zum Chef der Deutschen Polizei 1936 angebahnten Neugestaltung des Polizeiwesens waren nicht nur die umschriebenen Dienstzweige der Sicherheitspolizei betroffen. In gleicher Dimension wirkte sie sich auf die in der künftigen Ordnungspolizei zusammengeführten Schutzpolizei des Reiches und der Gemeinden und Gendarmerie aus und ebnete über die Verschmelzung zwischen SS und Polizei den Weg bis zur Verreichlichung der Polizeibeamtenschaft im März 1937. Ein in gebietsmäßiger Angleichung an die Wehrkreise für Baden und für Württemberg in Stuttgart eingesetzter Inspekteur der Ordnungspolizei (ab 1939 hieß er Befehlshaber der Ordnungspolizei) hatte in hohem Maße Einfluss zu nehmen auf die Beschulung (besonders weltanschauliche Inhalte) der uniformierten Polizei, auf Wirkung und Ausbildung der behördlichen und zivilen Luftschutzkräfte. Später oblag ihm der überörtliche Einsatz der gesamten Ordnungspolizei. Wie der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD war der Inspekteur der Ordnungspolizei dem ab 1937 als direkter Nachgeordneter des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei aufgebotenen Höheren SS und Polizeiführer bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V und später auch beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß unterstellt. Die SS-Führer symbolisierten am stärksten die enge dienstliche und weltanschauliche Verbindung zwischen SS und Polizei. Sie hatten konkret kriegsvorbereitende Maßnahmen zu koordinieren. Bei den Landeskommissären (in Freiburg und Konstanz) waren im 3. Reich Stabsoffiziere der Gendarmerie als Kommandeure (für den Einzeldienst und die zeitweise intakte

motorisierte Gendarmeriebereitschaft in Freiburg) eingegliedert. Sie und der beim Ministerium des Innern in Karlsruhe eingesetzte Kommandeur der Gendarmerie waren für die Angelegenheiten der Gendarmerie federführende Sachbearbeiter der Verwaltungsbehörden. Die Stabsoffiziere führten die Gendarmerie und waren für deren „Schlagkräftigkeit und den guten Geist“ verantwortlich. Sie sollten die Untergebenen zu „überzeugungstreuen Nationalsozialisten erziehen“ (s. PDV 27 II)).

Die Gendarmerie im Bezirk der Landeskommissäre bestand aus Hauptmannschaften (bis 1939: Distrikte), Gendarmeriekreise (bis 1939: Inspektionen), Abteilungen und Posten. 1941 gab es im Landeskommissärbezirk Konstanz 199 Planstellen für Gendarmeriemeister und Hauptwachtmeister und im Bezirk Freiburg 262.

Weil mit Beginn des Krieges die Masse der Polizei- und Gendarmeriebeamten außerhalb der Heimat eingesetzt war, griff man auf den schon zu Friedenszeiten vorbereiteten „Verstärkten Polizeischutz“ (VPS) zurück. Ersatzgendarmen verrichteten den mühsamen Posten- und Streifendienst. Zur beamten- und disziplinarrechtlichen Ausgestaltung der Notdienstverpflichtung der Polizeireservisten sei erklärt, dass sie wie die aktiven Beamten in vollem Umfang der 1939 eingeführten strengen SS- und Polizeigerichtsbarkeit unterworfen waren.

Ein 1943 zur Gendarmeriereserve in Villingen einberufener Kirchenmusiker verurteilte das SS- und Polizeigericht IX in Stuttgart wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode; am 1. November 1944 wurde er bei Leonberg erschossen. In privatem Kreis hatte der Rottwachtmeister der Gendarmerie d. Res. den Nazis „billigste Propaganda größenwahnsinniger Geister“ vorgeworfen[11].

Da die Gendarmerie infolge ihrer weitauseinandergezogenen Stationierung für die kriegsbedingten verschärften Überwachungsmaßnahmen: Bekämpfung von Fallschirmspringern, Hamstereien, Objektschutz, Schutz vor Plünderungen und gegen Sabotage, nicht ausreichte, stellte man den Gendarmeriekreisen die „Landwacht“ als letztes Aufgebot zur Seite.

Schutzpolizei des Reiches, Standort Heidelberg – nach einem Fliegeralarm, etwa 1940

Ein epochaler Einschnitt in den geschichtlichen Verlauf des „uniformierten Außendienstes der badischen Schutzpolizei“, welche Bezeichnung wir ab 1933 vorfinden, war die Umbildung der kasernierten Polizeibereitschaften in Freiburg und Waldshut in die von den Nationalsozialisten durchgesetzte „Landespolizei“. Nach der Wiederherstellung der Wehrhoheit 1935 überführte man 1976 Planstelleninhaber dieser Polizeieinheit ins neue Heer. Ein truppenmäßiger Rückhalt für den Einzeldienst kam so in Wegfall. Infolgedessen war 1941 die Zuständigkeit zwischen der staatlichen Schutzpolizei und der Gemeindepolizei von den Stabsoffizieren der Schutzpolizei beim Ministerium des Innern neu zu regeln. Mit Kriegsbeginn versahen bei den Schutzpolizeidienstabteilungen des Reiches bei den Polizeidirektionen (später PP) Freiburg und Baden sowie bei den Staatl. Polizeiverwaltungen (Landräte) in Konstanz (mit Polizeibezirken Singen und Radolfzell), Rastatt, Lörrach (mit Weil a. Rh.), Lahr, Offenburg, Kehl, Waldshut und Villingen) und den Schutzpolizeidienstabteilungen der Gemeinde ebenfalls unzureichend ausgebildete Polizeireservisten ihren Dienst. Sie waren eingesetzt u. a. für die Bekämpfung von Kriegswirtschaftsdelikten, Objektschutzmaßnahmen und in der deutlich erkennbaren Kriegsgefangenenproblematik. Vorab aber war die Schutzpolizei vielleicht mehr als die Gendarmerie auf dem flachen Lande mit dem örtlichen Luftschutz betraut, einer Aufgabe, die in ihrer Größe und Vielgestaltigkeit einmalig in der Geschichte der Polizei verortet ist. In diesem Zusammenhang

wird der Erlass des Chefs der Ordnungspolizei in Berlin vom 6. Juli 1944 zitiert, der auf den bei den Führungsstellen auszumachenden bedenklichen Wirklichkeitsverlust hinweist: Das Wort „Katastrophe“ war durch die Bezeichnung „Großnotstände“ und das Wort „Katastropheneinsatz“ durch „Luftkriegseinsatz“ zu ersetzen.

Noch ehe die Reichspolizei den letzten Hauch von sich gab, ordnete die Polizeiführung in Berlin die mit einer großen bürokratischen Umstellung verbundene vollumfängliche Übernahme der Wehrmachtsabfindung auf die Polizei und Gendarmerie (Besoldung, Wehrsold, amtliche Unterbringung, Fortfall der Sondergebührnisse, Einführung einer Kriegsreiseverordnung, Pauschalvergütung für die Gendarmen) zum 1. Januar 1945 an. Es konnten keine Quellen aufgespürt werden, die eine Realisierung dieser bahnbrechenden Haushaltsmaßnahme erkennen ließen. Viel Zeit dürfte den Verantwortlichen ohnehin nicht mehr geblieben sein. Wenige Wochen später verlangte im März 1945 ein bis dahin nicht in Erscheinung getretener „Polizeisicherungsbereichsführer“ in Konstanz, die „Verteidigung des deutschen Heimatgebiets durch Erhöhung der Abwehrbereitschaft“ überall zum Thema von Dienstbesprechungen zu machen.

IV.

Derweil die schon aus den Fugen gehende SS- und Polizeiführung sich noch im Februar 1945 um eine nachdrückliche „weltanschauliche Führung und Erziehung“ der Ordnungspolizei sorgte, rang man auf den „Kriegskonferenzen der Alliierten“ in Casablanca und Jalta 1943/45 längst um die Bedingungen des nach dem heranstehenden Zusammenbruchs des Deutschen Reiches unumgänglichen Wiederaufbaus einer neuen Polizei. Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Delimitation (= Rückführung auf rein exekutive Aufgaben) waren die Prämissen unter denen die im demokratischen Sinne umgekrempelte Polizei künftig eingesetzt werden sollte. Die im Mai 1945 verlautbarten „Grundsätze der gemeinsamen Polizeiprogrammatik der Besatzungsmächte“ übertrugen verantwortlich der deutschen Polizei u. a. die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter der Kontrolle der Militärregierung. Unter ausdrücklicher Auflösung der Geheimen Staatspolizei kam es zur Abschaffung der Kriminalpolizei als „unabhängige Gattung der Staatspolizei“, die jedoch nunmehr in die „örtlichen Einheiten der allgemeinen Polizei“ einzugliedern war.

Schon im Oktober 1945 legte die badische Innenverwaltung der französischen Militärregierung ein „Memorandum zum Neuaufbau der Polizei“ vor. Es wurde das bodenlose Durcheinander bei den (süd)-badischen Kreisdienststellen, das aus deren Zustandsberichten zu entnehmen war, reell thematisiert. Achtbar ist, dass die in Polizeifragen kompetenten, meist reaktivierten Ministerialbeamten und Polizeiführer von Anfang an für die frühere dreisäulige Polizeiorganisation in Baden eintraten: Schutzpolizei, Gendarmerie und Kriminalpolizei. Die Wirksamkeit der zentralen Polizeieinrichtungen (Landeskriminalpolizeiamt, Landespolizeischule) blieb selbstverständlich nicht unerörtert. Bei weiterführenden Besprechungen waren sich französische und deutsche Gesprächspartner einig, dass die Polizei als Ausfluss der Staatshoheit eine rein staatliche Aufgabe sei und dem Land in allen ortspolizeilichen Angelegenheiten gegenüber den Gemeinden ein absolutes Weisungsrecht zustehen müsse. Die Vorschläge zur Schaffung einer neuen Landeskriminalpolizei fanden den Gefallen der Franzosen. Im übrigen – und das verdient in der Rückschau unumwundene Achtung – habe „das Ministerium in allen Personalangelegenheiten der Polizei freie Hand.“ Die Feststellung mag fast nicht mit den Darlegungen bekannter Historiker in Einklang zu bringen sein, wonach „Baden unter dem harten Druck der Besatzungsmacht mehr zu leiden hatte als irgendein anderes Land“, und dass „Baden stärker als Württemberg-Hohenzollern an der Kette der Militärverwaltung lag.“ Jedenfalls muss sich die moderne Polizeihistoriografie den 15. Januar 1946 einprägen, weil die an diesem Tag verkündeten Richtlinien der höheren Militärverwaltung für die gesamte französische Besatzungszone gestatteten, beim Wiederaufbau der Polizei im wesentlichen ihr organisches Gefüge, wie es vor der Besetzung bestanden hatte, beizubehalten. Es

Uniformen der badischen Polizei, etwa 1950

war damit möglich, eine innerhalb des Landes Baden „einheitlich strukturierte, schlagkräftige und den Anforderungen gewachsene Polizei“ aufzustellen. Zur gleichen Zeit entstanden staatliche Polizeien in Württemberg-Hohenzollern und in Rheinland-Pfalz. Deklamatorischen Wert legte die Besatzungsmacht allerdings darauf, dass keine aktiven Rangträger der früheren Wehrmacht im allgemeinen eingestellt wurden.

Künftig bearbeitete eine Polizeiabteilung im Ministerium des Innern zentral von Freiburg aus alle Polizeisachen. Ihr beigegeben war ein Referent für vollzugspolizeiliche Angelegenheiten. Dem Landespolizeirat als Referent zugeteilt war ein kleiner Stab von Polizei- und Gendarmeriebeamten. Auf dem Lande gab es wie vor der Besetzung die den Landeskommissären bzw. Gendarmeriedistrikten und den Landräten dienstaufsichtsmäßig unterstellten Gendarmeriekreise mit Abteilungen und Posten mit insgesamt 510 Beamten. In allen großen Städten bestanden staatliche Schutzpolizeidienstabteilungen (mit 629 Beamten) und gemeindliche in allen kleineren Orten über 5000 Einwohnern (insgesamt waren 138 Beamte etatisiert). Dem neu gegliederten Landeskriminalpolizeiamt Freiburg dienstlich unterstellt waren Kripo-Abteilungen in Freiburg, Konstanz und Baden-Baden und Kripo-Stellen in Offenburg, Lahr, Lörrach, Waldshut, Singen, Villingen, Rastatt, später noch Kehl und je eine Außenstelle in Weil am Rhein und Radolfzell (zusammen waren es 124 Kriminalbeamte). Augenfällig ist dabei, dass sich die Landesverwaltung Baden bereits in ihrer 18. Sitzung am 16. Oktober 1946 von dem Leiter des neuen Landeskriminalamts über die Reorganisation der Kriminalpolizei als einzigem Dienstzweig berichten ließ:

„Durch das Ausscheiden der politisch belasteten Beamten entstandenen personellen Schwierigkeiten und der unzulänglichen Ausrüstung und Unterbringung der Kriminalpolizei war die Erfüllung der Aufgaben empfindlich gestört. Nach Ergänzung und Fortbildung des Personals und Verbesserung der Unterbringung wird die Kriminalpolizei so bald als möglich zu einem wirksamen Instrument der Staatsgewalt gegen die zunehmende Kriminalität ausgestaltet werden können.“

Die Landesverwaltung nahm davon zustimmend Kenntnis und forderte gleichzeitig ein enges Zusammenwirken mit der französischen Polizei.

Die wissenschaftliche Kriminalphaenomenologie hat das Kriminalitätsgeschehen jener Epoche als „Kriminalität des totalen Ruins“ rubriziert: Die Struktur der Kriminalität hatte sich enorm gewandelt und ist aus einer „natürlichen Begleiterscheinung des sozialen Lebens zu einer essentiellen, das Gesamtbild der gesellschaftlichen Gegenwart mitbestimmenden negativen und destruktiven Lebensform selber geworden.“[12]

Eine Landespolizeischule in Freiburg-Günterstal nahm am 1. Mai 1946 den Lehrbetrieb auf. Wenig später wird die für Polizei und Gendarmerie gleichermaßen zuständige Schule nach Radolfzell und vier Jahre danach nach Waldshut verlegt. Ab August 1946 nahm in Freiburg die „Motorisierte Gendarmeriebereitschaft“ den Straßenaufsichtsdienst wahr; sie hatte zunächst vorrangig den Überland-Schwarzhandel einzudämmen. Ab Dezember 1950 gab es je eine Abteilung der Mot. Gendarmerie in Bühl und in Singen. Neben dem üblichen täglichen Polizeidienst traten in Baden weitere topographisch bedingte Aufgabenfelder hinzu: die Grenzüberwachung in den Abschnitten Lörrach und Waldshut sowie vereinzelt im Konstanzer Bereich und die in den späten 40er Jahren von der Besatzungsmacht befohlene Brückenüberwachung, für die zeitweise bis in das Jahr 1952 48 Mann vorgehalten werden mussten. Der äußeren insgesamt wohl zum Guten ausgeschlagenen Auf-

richtung der badischen Polizei nach 1945 muss hier ein destabilisierendes und nicht sehr ermutigendes Stimmungsbild gegenübergestellt werden, das in Schlagworten festhält:

Dienst in 3-Schichten mit 72 Wochenstunden, unbewaffnet, ohne einheitliche Dienstkleidung, notdürftig ausgebildet, dem Argwohn der Bevölkerung ausgesetzt und vornehmlich den Anordnungen der Militärregierung verpflichtet.

Man kann es für möglich halten, dass die Regierungserklärung des Präsidenten des Badischen Staatssekretariats vom 7. Januar 1947 dieser freilich nicht nur auf die badische Beamtenschaft zutreffende Übellaunigkeit entgegenwirken sollte:

„Der Staat bedarf der Polizei als Vollzugsorgan. Unbeliebt darf der Polizeibeamte nur bei den Übeltätern sein. Die Bevölkerung soll Vertrauen zu ihm haben. Sie soll und darf in ihm den Mann sehen, der wohl dem Gesetz und seiner Durchführung Nachdruck verschaffen muß, aber immer auch Verständnis für die Sorgen und Nöte des Volkes hat.“

Um einer widmungswidrigen Verwendung der neuen Polizei, wie sie die Regierungserklärung widerspiegelt, entgegenzutreten, verbot das Innenministerium im April 1947 allen Polizeiangehörigen entschieden jede parteipolitische Betätigung. Vom Verbot nicht berührt war gewiss der Eintritt in eine demokratische Partei.

Immer wieder treffen wir auf überlieferte organisatorische oder berufsständische, für das badische Polizeigefüge typische Methoden: Wenn die Landespolizeischule Waldshut im September 1950 ein von ihr betreuter Fernunterricht erlassmäßig regelte, konnte sie sich auf das 20 Jahre zuvor von der Badischen Gendarmerieschule angebotene Lehrverfahren beziehen. Der Fernunterricht stieß jedoch auf den energischen Widerstand der Personalvertretung. Günstiger verlief die Gründung einer Polizeihundeschule am 15. Oktober 1949, die über viele Jahrzehnte für den badischen Landesteil Polizeihundeführer mit ihren Hunden zur Schulung einberief.

Die Beseitigung der Landeskommissariate im April 1947 führte zugleich zur Auflösung der dort ressortierenden Gendarmeriedistrikte. An ihre Stelle traten jetzt drei Polizeidistrikte (Freiburg, Konstanz und Offenburg). Sie waren nunmehr ebenfalls für die Schutzpolizei (mit Ausnahme Freiburg, Baden-Baden und Konstanz) in dienstaufsichts- und ausbildungsmäßiger Hinsicht zuständig. Dem Polizeidistrikt Konstanz ordnete man die sog. „Bodenseepolizei“ zu. Lange blieb es nicht bei dieser Einteilung. Ab Februar 1950 gab es auf Weisung der Besatzungsmacht statt der drei Polizeidistrikte jeweils fachliche Distrikte, die für die nunmehr einheitlich uniformierte Schutzpolizei und Gendarmerie sowie für die Kriminalpolizei verantwortlich waren: In Baden-Baden, Offenburg, Freiburg, Lörrach und Konstanz hatten die fünf Schutzpolizeidistrikte ihren Sitz, in Offenburg, Freiburg und Konstanz waren die drei Gendarmeriedistrikte stationiert und in Baden-Baden, Freiburg und Konstanz existierten Kriminalpolizeidistrikte. Realiter bestellte man die bisherigen Polizeidistriktsführer in Offenburg, Freiburg und Konstanz aber zu Gendarmeriedistriktsführer. Besondere Schutzpolizei- und Kriminalpolizeidistriktsführer hingegen setzte man nicht ein, sondern übertrug den Leitern der Schutzpolizei und Kriminalpolizei die entsprechenden Funktionen (Dienstaufsicht, Ausbildungswesen). Um die den Kontrollinstanzen der Besatzungsmacht zugeschriebenen abstrusen Verhältnisse noch auszuweiten, blieben die Polizeidirektionen jedoch verantwortlich für die gesamte Polizei ihres Standortes (mit Ausnahme der Gendarmeriedistriktsführer). Keine Trübung erfuhr die erprobte Unterstellung des Landeskriminalamts, der Landespolizeischule und der Motorisierten Gendarmerie unter das Ministerium des Innern.

Eine auffällige Regellosigkeit war indessen bei den gemeindlichen Schutzpolizeistellen zu konstatieren: die im Februar 1948 mit Billigung der französischen Militärregierung aufgelösten Abteilungen und Posten in den kleineren Kommunen mussten im Oktober 1950 wieder reaktiviert werden.

Die im Verlaufe des Koreakrieges geänderte Polizeipolitik der Alliierten ermöglichte 1950, kasernierte Polizeiverbände zu formieren. Das „Verwaltungsabkommen über die Errichtung der Bereitschaftspolizeien der Länder“ vom 27. Oktober 1950 plante für das Land Baden einen Bereitschaftspolizei-Abteilungsstab und zwei

gekürzte Hundertschaften sowie eine gekürzte Stabshundertschaft mit insgesamt 300 Mann ein, die z. T. ab September 1951 in Bad Dürrheim zur Aufstellung kamen. Die Bereitschaftspolizei war dem Ministerium des Innern direkt nachgeordnet.

V.

Als mit dem Inkrafttreten des Überleitungsgesetzes vom Mai 1952 die drei Nachkriegsländer erloschen, gingen ihre bis dahin bestandenen, unterschiedlichen Polizeiorganisationen zu Ende. In die neu aufzustellende Polizei des Landes Baden-Württemberg brachte das Land Baden ein: 911 Beamte der Schutzpolizei (verteilt auf 13 Städte), 150 Beamte der Bereitschaftspolizei, 713 Gendarmeriebeamte, 46 Angehörige der Motorisierten Gendarmerie, 21 Beamte der Wasserschutzpolizei (ehem. Bodenseepolizei) und 180 Beamte der staatlichen Kriminalpolizei (ebenfalls verteilt auf 13 Dienstsitze).

Für die Gemeindeschutzpolizei waren nach dem Staatshaushaltsplan 98 Stellen genehmigt, besetzt waren allerdings nur 49 Stellen. 47 Pkws gab es damals bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Gendarmerie (einschl. eines Tatortwagens beim Landeskriminalamt und drei Polizeifunkwagen für besondere Einsatzzwecke). Die Bereitschaftspolizei verfügte über 12 Pkws. Die Zahl der Krafträder betrug für den Einzeldienst 43 und der Bepo waren 21 Krafträder zugeteilt. Nach Gründung eines Landeskriminalamts Baden-Württemberg am 20. Oktober 1952 wurde das LKA Baden in Freiburg in eine Kriminalhauptstelle umgewandelt. Die noch junge badische Bereitschaftspolizei in Bad Dürrheim ging in der neuen Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg auf. Im Juli 1953 löste man die Bad. Landespolizeischule in Waldshut auf; mehrere ihrer erfahrenen Fachlehrer unterrichteten dann ab Oktober 1953 an der zentralen Landes-Polizeischule Baden-Württemberg in Freiburg.

Die Sorge für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hatten ab Juli 1953 die Regierungspräsidien anstelle der Innenverwaltung der seitherigen Länder, in Baden: die Polizeiabteilung beim Innenministerium, wahrzunehmen. Ihnen standen dafür Landespolizeidirektionen

Polizei im Regierungsbezirk Südbaden, etwa 1954

zur Seite; ab 1. Februar 1954 auch eine für Südbaden, die von nun an für Gliederung, Stärke und Verwaltung der Landespolizei zuständig war. Mit Wirkung vom 1. März 1954 trat nach genau 125 Jahren die traditionsreiche badische Gendarmerie mit ihren Gendarmeriedistrikten teilweise von der Bühne ab. Sie, die Schutz- und die Kriminalpolizei bildeten aus einem Guss, die neue Landespolizei, die in Südbaden eine Stärke von 1813 Beamten aufwies. In allen Landkreisen gab es ein Landespolizeikreiskommissariat, das im nachgeordneten Bereich aus Abteilungen (später ab 1968: Reviere) und Posten bestand. Für die Stadtkreise Freiburg und Baden-Baden nahmen Stadtkommissariate mit Revieren und Posten den polizeilichen Vollzugsdienst wahr. Das Stadtkommissariat Freiburg nannte sich später Staatliche Polizeidirektion. Fortan glich der Aufbau der südbadischen Kriminalpolizei demjenigen von Südwürttemberg-Hohenzollern: die Kriminalpolizeiabteilungen nannten sich Kriminalkommissariate. Ihnen angegliedert waren Kriminalaußenstellen. Ihr Dienstbezirk umfasste meist mehrere Landkreise. Bei der neuen Landespolizeidirektion für Südbaden bearbeitete ab 15. Mai 1954 der „Technische Dienst“ zentral das Kfz-Wesen, Fernmeldewesen, Waffen, Geräte und das Hundewesen. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte die Umbenennung der „Motorisierten Gendarmerie“ in „Landespolizeiverkehrskommissariat“ mit den Verkehrszügen an den bisherigen Dienstsitzen. Es war dies die letzte Gliederung mit der Benennung „Gendarmerie“. Aber nicht nur das: am 20. Mai 1954 verfügte man die Abschaffung der tradierten badischen Beam-

tendienstgrade: Kommissär und Inspektor. Die 1950 bzw. 1951 von der ehemaligen badischen Polizeiführung angestellten Erwägungen zur Aufstellung klar gegliederter Alarmeinheiten des polizeilichen Einzeldienstes erfuhren am 14. Dezember 1954 ihre Verwirklichung: es traten bei der neuen Landespolizei überall in Baden-Württemberg sog. Alarmbereitschaften in Erscheinung; in Südbaden waren es 1959 die 7., 8. und 9. LP-Bereitschaft.

Bald nach dem das Polizeigesetz von 1955, als eine der ganz wichtigen Wendemarken, Polizeiverfassung und Polizeiverfahren einheitlich regelt und nun die einzelnen Dienste bestimmt, erfolgte am 9. Januar 1956 die Abordnung der gemeindlichen Pol.-Vollzugsbeamten in den Landesdienst, die am 30. September 1956 in einer endgültigen Personalmaßnahme aufging. Allerdings können die Kommunen für beschränkte polizeiliche Aufgaben auch heute gemeindliche Vollzugsbeamten bestellen. In der chronologischen Ereignisfolge ist der 12. Juli 1957 von Bedeutung: an diesem Tag wurde der Wirtschaftskontrolldienst landeseinheitlich gestaltet. Schon die badische Gendarmerie und Schutzpolizei hatten jahrzehntelang sich der Lebensmittelkontrolle und ab den 30er Jahren gleichmäßig der Preisüberwachung anzunehmen. Als sog. Preisprüfer waren z. B. bei den Gendarmeriekreisen Sonderbeamte aufgestellt.

Ab März 1961 konzentrierte sich die uniformierte Polizei auf Kreisebene auf die Dienstzweige: (Funk)-Streifendienst, Bezirksdienst, Verkehrsdienst und Wirtschaftskontrolldienst; die ganze Bandbreite vollzugspolizeilicher Tätigkeit wurde von ihnen abgedeckt. Der 1963 ins Leben gerufene „Freiwillige Polizeidienst“ hatte die Fachdienste zu unterstützen. In dieser Zeit gab es im Regierungsbezirk Südbaden 1846 Beamte des uniformierten Dienstes und 172 Kriminalbeamte, von denen 1 833 000 Einwohnern zu betreuen waren und die bei einer Häufigkeitsziffer mit 2192 insgesamt 56,4% der Gesamtkriminalität aufklären konnten. Nicht ganz reizlos ist der 8. Oktober 1968: ab diesem Datum legte sich der uniformierte Dienst einheitlich im Lande, die in Baden nicht fremde Dienstbezeichnung „Schutzpolizei“ zu.

Im Blick auf die stetig steigende Schwerkriminalität, neuer Ausmaße an Gewalt und links-terroristischer verbrecherischer Gewalttätigkeiten der RAF setzte die Landesregierung ihre Bemühungen um personelle Verstärkung und Verbesserung der technischen Ausrüstung in den sog. Sicherheitsplänen I (1973) und II (1978) fort. 1974 wurde der Stellenplan für Südbaden auf 2011 Beamte der Schutzpolizei und 258 Beamte der Kriminalpolizei angehoben. Um schwierige und gefährliche Einsätze zu bewerkstelligen, stand ab 1977 ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) für den Regierungsbezirk Freiburg den örtlichen Dienststellen zur Seite.

Wesentliche Änderungen im Polizeiaufbau auf Bezirks- und Kreisebene zogen die Kreisreform und die Neugliederung der Regierungsbezirke zum 1. Januar 1973 nach sich. Im Dienstbereich der Landespolizeidirektion Freiburg bestehen in der Folge Polizeidirektionen in Freiburg, Offenburg, Konstanz, Lörrach und Villingen-Schwenningen, in den seitdem Schutz- und Kriminalpolizei unter einheitlicher Leitung eines Beamten des höheren Dienstes stehen. Je ein Polizei- und ein Kriminalkommissariat führten damals in den Kreisen Rottweil, Tuttlingen und Waldshut getrennt die beiden vollzugspolizeilichen Abteilungen. Emmendingen wurde kriminalpolizeilich von der Polizeidirektion Freiburg betreut. In den Jahren 1980–1983 kam es zur Zusammenführung von Schutz- und Kriminalpolizeipolizei (Abt. I und Abt. II) in je einer Polizeidirektion in Rottweil, Tuttlingen, Emmendingen und Waldshut. Die Verwaltungsgeschäfte sind einer Abt. III (Personal und Verwaltung) zugeteilt. 1984, nach Abschluss dieser feinnervigen Umgestaltung, umfasste die Schutzpolizei 2805 Planstellen und die Kriminalpolizei 484 Planstellen, wozu noch rd. 640 Angehörige im Verwaltungsdienst insgesamt im Regierungsbezirk zu zählen waren.

Wenn im Jahre 2000 der Personalbestand der vollmotorisierten und jetzt auch EDV-vollvernetzten Vollzugspolizei nochmals beträchtlich angehoben wurde (3323 Beamte der Schutz- und 705 Beamte der Kriminalpolizei) liegt dies am regionalen Gepräge des Regierungsbezirks mit den die spezifische Situation kennzeichnenden Faktoren: Intensive grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit im Dreiländereck zwischen Deutschland,

Frankreich und der Schweiz (z. B. Abkommen mit Frankreich, Schengener Übereinkommen usw.).

Die gegenwärtigen Betrachtungen werden abgeschlossen einerseits mit einem Hinweis auf die zum 1. April 2000 verbindlich gewordene Einführung des Haushaltsmanagements bei den Kreisdienststellen, die im Rahmen ihres zentral bestimmten Haushaltsansatzes über ihre Sachausgaben selbst verfügen können.[13] Mitteilenswert ist andererseits noch die fachlich-deplorable Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes und die 2005 erfolgte Zuordnung des Fachbereichs Lebensmittelüberwachung in die Kreispolizeibehörden (Landratsämter).

Anmerkungen

1 Manfred Teufel, Die südwestdeutsche Polizei im Obrigkeits- und Volkstaat – Zur Geschichte der Polizei in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1807–1932 –, Holzkirchen, 1999.
2 Manfred Teufel, 40 Jahre Staatliche Polizei in Baden-Württemberg – Eine illustrierte Zeittafel – 1945–1985, Holzkirchen, 2000.
3 Manfred Teufel, Das Württembergische Landjägerkorps 1807–1937, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, Band 52 (1993), S. 337–352, und: Manfred Teufel, Gegen „Jauner“ und Verbrecher – Eine kriminologische Regionalstudie über Württemberg im 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg, Heft 1/1999 (Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg), S. 12–18.
4 Annett Moses, Kriminalität in Baden im 19. Jahrhundert, Stuttgart, 2006.
5 Manfred Teufel, Die Rolle der badischen Gendarmerie in der Revolution 1848/49, in: Badische Heimat, 78. Jahrgang (1998), Heft 2, S. 169–176.
6 Lothar Barck, Die Organisation des staatlichen Sicherheitsdienstes in Baden, Lübeck, 1931, und: Manfred Teufel, Lothar Barck, Organisator des badischen Polizeiwesens in der Weimarer Republik (1880–1957), in: DIE KRIMINALPOLIZEI (21.) 2003, S. 87–95.
7 Manfred Teufel, Die Kriminalpolizei im „badischen System“. Eine historische Betrachtung unter zeitgenössischen Aspekten, in: Kriminalistik (49.), 1995, S. 135–143.
8 Ernst Otto Bräunche, Das Badische Landespolizeiamt: Überwachung der links- und rechtsextremen Parteien in der Weimarer Republik, in: Geschichte als Verantwortung. Festschrift für Hans Fenske zum 60. Geburtstag Karlsruhe, 1996, S. 85–111.
9 Polizeipräsidium Karlsruhe 1715–1995 – Eine zeitgeschichtliche Dokumentation – Karlsruhe, 1995.
10 Angela Borgstedt, Rübe, Adolf Scherge und Henker des NS-Systems, in: Baden-Württembergische Biographien, Band III, Stuttgart, 2002, S. 323–324.
11 Uwe Schellinger, Huth, Ewald, Kirchenmusiker, Opfer des NS-Regimes, in: Badische Biographien, Neue Folge, Band 8, Stuttgart, 2005, S. 129–131.
12 Karl S. Bader, Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität, Tübingen, 1949, und: Die badischen Juristen Karl S. Bader und Julius Federer in der NS-Zeit und in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Alexander Hollenbach in: Badische Heimat, Heft 3, Sept. 2007, (87), S. 471 ff.
13 Gerhard Fröhlich, Die Polizeiverwaltung in den badischen Landesteilen (1952–2000), in: Ludwig Weihnacht, Die badische Regionen am Rhein.

Anschrift des Autors:
Manfred Teufel
Karpfenstraße 15
78532 Tuttlingen

Peter Bahn

Das „Deutsche Schutzengel-Museum“ in Bretten

Im Jahre 1670 erklärte Papst Clemens X. als Oberhaupt der katholischen Kirche den 2. Oktober zum „Tag der heiligen Schutzengel“. Deshalb war es symbolträchtig, dass ausgerechnet am 2. Oktober 2007 in Bretten das „Deutsche Schutzengelmuseum“ eröffnet wurde, mit dem das museale Angebot der Melanchthonstadt eine weitere Ergänzung und Profilierung erfuhr. Allerdings beschränkt sich das neue Museum, das als Dauerausstellung seine Heimstatt in den beiden oberen Stockwerk des 300 Jahre alten Schweizer Hofs in der Brettener Altstadt gefunden hat, ganz bewusst nicht nur auf die Präsentation von Exponaten aus der christlichen oder gar nur der katholischen Glaubenswelt. Im Mittelpunkt der Konzeption steht vielmehr die wesentlich weiter greifende Idee eines interkulturellen Vergleichs, der seinerseits Chancen für die Entwicklung eines interreligiösen Dialog bieten kann.

Schutzengel behütet Kinder, Porzellan-Statuette (um 1900) Foto: Vollmer

Das gegenseitige Kennenlernen der unterschiedlichen Glaubenswelten und das wechselseitige Gespräch mit dem andersgläubigen Gegenüber sind für ein friedvolles Miteinander der Religionen unabdingbar. Wesentliche Anknüpfungspunkte für das gemeinsame Gespräch bieten dabei die überraschend zahlreichen Gemeinsamkeiten, die es zwischen den verschiedenen Glaubensrichtungen gibt. Allen Gläubigen aller Religionen gemeinsam ist der Glaube an eine höhere, transzendente Wirklichkeit mit ihren weitreichenden Konsequenzen für die diesseitige Ethik. Zugleich aber finden sich auch ganz bestimmte konkrete Glaubenselemente und religiöse Symbole in fast allen Religionen der Welt wieder. Dazu gehören z. B. der Gebrauch von geweihtem Wasser oder die Einbeziehung von Gebets- oder Meditationsketten in kultische Handlungen – religiöse Gepflogenheiten, die das Christentum ebenso kennt, wie z. B. der Islam oder der Hinduismus. Zu den Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen gehört schließlich auch der Glaube an Schutzengel und funktional ähnlich beschriebene Schutzwesen. Dies deutlich und für den interreligiösen Dialog nutzbar zu machen, ist ein zentrales Anliegen des Deutschen Schutzengel-Museums in Bretten.

Vor allem dank einer großzügigen finanziellen Unterstützung durch die Bürgerinitiative Brettener Heimat- und Denkmalpflege, die 1997–2001 bereits die ehrenamtliche Sanie-

rung des Gebäudes getragen hatte, konnte im Schweizer Hof schon zum Zeitpunkt der Eröffnung eine bedeutende Sammlung von Schutzengeldarstellungen aus sechs Jahrhunderten gezeigt werden. Inzwischen kamen, nicht zuletzt aufgrund der von Anfang an intensiv gepflegten Zusammenarbeit mit Vertretern unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften, weitere Ausstellungsstücke hinzu. Ein erster Grundstock für die Sammlung wurde schon Ende 2006 durch den Erwerb von einzelnen Exponaten des inzwischen geschlossenen Schutzengelmuseums in Bad Wimpfen gelegt. Unterstützt wurde der weitere Ausbau der Brettener Bestände durch Bildvorlagen, Leihgaben und Geschenke des Kurpfälzischen Museums Heidelberg, des Buddhistischen Zentrums Karlsruhe, des Soziokulturellen Zentrums „Wirkstatt“ Karlsruhe, des katholischen Hilfswerks „Missio“, der Grünen Moschee Bretten, des Indianermuseums Bretten sowie privater Sammler und engagierter Bürger aus Bretten, Kürnbach, Oberderdingen, Mühlacker und weiteren Orten der Region. Ergänzend konnte, wiederum aus Mitteln der Bürgerinitiative Brettener Heimat- und Denkmalpflege, in der Folgezeit eine Reihe von ausgewählten Ankäufen in Antiquariaten und im Kunsthandel getätigt werden.

Gestützt auf diese Grundlage kann das Deutsche Schutzengel-Museum im Schweizer Hof mittlerweile einen breiten religionsgeschichtlichen Überblick zur Bedeutung von Schutzengeln und anderen Schutzwesen in den verschiedenen Religionen der Welt bieten. Dabei fließen volkskundliche und kunstgeschichtliche Aspekte immer wieder in die Präsentation mit ein. Die inzwischen mehr als 300 Einzelexponate umfassende Sammlung, die durch kontinuierliche Zukäufe sowie durch Geschenke und Dauerleihgaben nach wie vor laufend erweitert wird, umfasst schon jetzt bei weitem nicht nur die typischen, im west- und mitteleuropäischen Raum weit verbreiteten Porzellanstatuen, Farblithographien und „Schlafzimmerbilder“ aus der Zeit um 1900, durch die unsere heutigen Vorstellungen zum Thema „Schutzengel“ maßgeblich geprägt sind. Vielmehr greift sie sowohl in ihrem zeitlichen, als auch in ihrem geographischen Bezugsrahmen wesentlich weiter aus.

S. Angelus Custos, kolorierter Kupferstich (Augsburg um 1780) Foto: Vollmer

So werden z. B. seltene Holzschnitte, Kupfer- und Stahlstiche mit Schutzengel-Darstellungen aus dem 16., 17., 18. und frühen 19. Jahrhundert gezeigt. Das älteste Original-Exponat der Sammlung ist dabei ein kleiner, um 1511 datierter Holzschnitt des oberrheinischen (unter anderem in Straßburg und Freiburg wirkenden) Künstlers Hans Baldung Grien, der den Titel „Betender mit Schutzengel“ trägt. Gerade vor dem Hintergrund dieser älteren Darstellungen wird in inhaltlicher Hinsicht bald klar: der überwiegend weiblich dargestellte Schutzengel des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der sich im wesentlichen darauf beschränkt, Kinder vor unmittelbar drohenden, höchst irdischen Gefahren (z. B. schwankenden Stegen, heranzüngelnden Schlangen und dräuenden Ab-

Schutzengel behütet Kinder, Malerei auf Porzellan (um 1995) Foto: Vollmer

gründen) zu beschützen, ist eine vergleichsweise moderne Erscheinung. Sie steht in gewissem Sinne für die Säkularisierung sehr viel älterer und traditionellerer Vorstellungen. Die damit verbundene inhaltliche „Verflachung“ des Schutzengel-Bildes ermöglichte, zusammen mit der raschen Verbreitung von neuen Drucktechniken wie der Chromlithographie, seit Mitte des 19. Jahrhunderts allerdings auch die weitere Popularisierung und daraus folgend die massenhafte, kommerziell genutzte Verbreitung des Motivs. Die klassischen, bis dahin über Jahrhunderte hinweg dominierenden Darstellungen des „angelus custos“ zeigten ihn dagegen sehr eindringlich und durchgängig in einer anderen, wesentlich weiter greifenden Funktion: als himmlischen Boten, als Mittler zwischen Himmel und Erde und als Beschützer nicht nur vor unmittelbar drohenden physischen Gefahren, sondern insbesondere vor Gefährdungen des Seelenheils. Der für das 19. Jahrhundert gerade auch kunstgeschichtlich detailliert belegbare Epochenbruch bei der Darstellung der Schutzengel ist ein wichtiges Thema der musealen Präsentation, das sich anhand zahlreicher Beispiele erschließt. Damit dokumentiert die Ausstellung ein Stück weit auch mentalitätsgeschichtliche Veränderungen in der Zeit der Industrialisierung und im Zeichen der allmählich aufkommenden Massenkultur.

Ein eigenständig dokumentiertes Thema ist auch der Missbrauch des Schutzengel-Motivs in der Kriegspropaganda des Ersten Weltkrieges: auf zahlreichen Feldpostkarten, auf Gedenkblättern für Gefallene und sogar in Gestalt kleiner Porzellanstatuetten waren immer wieder Schutzengel abgebildet, die kämpfenden Soldaten beim Vorwärtsstürmen oder gar direkt beim Schießen auf den Feind Beistand leisteten. Die Signalwirkung dieser sakral verbrämten martialischen Symbolik sollte eine doppelte sein: den Angehörigen zuhause wurde bedeutet, dass ihre Väter, Brüder, Ehemänner und Söhne unter dem Schutz höherer Mächte stünden. Den Soldaten selbst suggerierte man mit solchen Darstellungen zugleich, dass sie für eine „gerechte Sache“ kämpften, die selbstverständlich die Unterstützung himmlischer Wesen habe. Motive dieser Art fanden sich zwischen 1914 und 1918 in großer Fülle auf beiden Seiten der Front. Für den Zweiten Weltkrieg dagegen sind sie – und das gilt wiederum für fast alle kriegführenden Seiten – kaum noch belegbar.

In einer weiteren Abteilung des Museums wird an zahlreichen dort gezeigten Exponaten deutlich, dass Schutzengel entgegen heute weit verbreiteter Missverständnisse keineswegs ein „katholisches Thema“ sind. Vielmehr fanden sie – als höchst bedeutsames Motiv der populären Kultur – eine Zeitlang auch im Bereich des Protestantismus eine weithin feststellbare und signifikante Verbreitung. Darauf deuten, als charakteristische Zeugnisse einer bestimmten Epoche der evangelischen Bilderwelt, zahlreiche mit Schutzengel-Darstellungen versehene Konfirmationsbilder und Konfirmationsglückwunschkarten aus der Zeit von 1900 bis etwa 1930 ebenso hin, wie ein von 1945 datiertes Erinnerungsblatt des evangelischen Kindergartens im heutigen Brettener

Stadtteil Sprantal, das gleichfalls noch eine Schutzengelverzierung trägt. In der Ausstellung dokumentiert ist schließlich auch der Schutzengelglaube in einer weiteren – der orthodoxen – Richtung des Christentums. Gezeigt wird hierzu beispielhaft eine russische Schutzengel-Ikone aus dem späten 19. Jahrhundert, auf der sechs Heilige den zentral positionierten und durch sein weißes Gewand deutlich hervorgehobenen Schutzengel flankieren.

Zu den vielfältigen Darstellungen aus dem europäisch-christlichen Bereich treten in der Sammlung ganz bewusst auch solche aus anderen Religionen. Beispielhafte Bilder und Exponate stellen Bezüge zu derartigen Schutzwesen und ihrer Verehrung her. Präsentiert und beschrieben werden dazu Ausstellungsstücke aus dem Hinduismus, dem Buddhismus, den Naturreligionen der Indianer und des vorchristlichen Europa. Eingegangen wird auch auf die dem einzelnen Menschen persönlich zugeordneten und schützenden Engel im Islam und ihre künstlerische Darstellung. Römische „Laren“ (Hausgötter), eine (geflügelte) indonesische „Garuda“-Statue, „Kachina“-Figuren der Hopi-Indianer, „Stroh-Gesichter“ der Irokesen, Hausaltäre der Hindus und vieles andere mehr verweisen darauf, dass die Glaubensvorstellung von personen-, familien- oder hausbezogenen Schutzwesen, die als Mittler zwischen Gott / den Göttern und den Menschen wirken, eine sehr weit in die Geschichte zurück reichende, weltweit verbreitete und interreligiöse Erscheinung ist, die in den verschiedenen Kulturkreisen ihren jeweils spezifischen Ausdruck findet.

Die in dieser Hinsicht immer wieder zutage tretenden zahlreichen Parallelen im Allgemeinen, aber auch die durchaus vorhandenen Unterschiede im Konkreten laden zum religionsethnologischen Vergleich und eben dadurch zum Gespräch ein. Selbst in diesem Kontext, der zunächst weit vom herkömmlichen, „christlich-abendländischen“ Verständnis des Schutzengel-Themas wegzuführen scheint, werden übrigens noch regionale Bezüge zum badischen Raum deutlich. Dies gilt etwa für die im Museum gezeigte Abbildung einer bei St. Leon-Rot (Rhein-Neckar-Kreis) aufgefundenen römischen Laren-Figur,

Historische Foto-Postkarte „Der Engel wacht“ (um 1915)

die auf die Verbreitung des Glaubens an die antiken Haus- und Schutzgötter (Laren und Penaten) im Gebiet westlich des Limes hinweist.

Der interkonfessionell und interreligiös vergleichende Ansatz steht bei der didaktischen Gestaltung und bei Führungen im Mittelpunkt der Museumsarbeit. Er soll im Rahmen der künftigen Sammeltätigkeit des Deutschen Schutzengel-Museums noch weiter ausgebaut und gestärkt werden. Perspektivisch vorbereitet werden für die nähere Zukunft u. a. die Präsentation von weiteren Schutzengel-Darstellungen aus dem Bereich der orthodoxen Ostkirchen, die zumindest punktuelle Einbeziehung von Objekten aus dem Bereich der afrikanischen und der australischen Stammeskulturen und eine deutliche Erweiterung der bereits vorhandenen Präsentationen zu den ost- und südasiatischen Religionen sowie zu den vorchristlichen Religionen Europas. So finden sich Entsprechungen und Parallelen zum späteren christlichen Schutzengelglauben nicht nur in der Glaubenswelt der klassi-

schen Antike, sondern z. B. auch in den alten Religionen der Slawen, Balten und Germanen.

Seit April 2008 ist ein weiterer Ausstellungsbereich einem ganz konkreten und höchst aktuellen Bezug der Schutzengel-Thematik gewidmet. Vorgestellt wird dort die „Aktion Schutzengel“ des internationalen Hilfswerks „Missio“, die seit einer Reihe von Jahren durch AIDS und Kinderprostitution gefährdete Kinder in Ländern der „Dritten Welt“ unterstützt. Das Deutsche Schutzengel-Museum schlägt damit bewusst eine Brücke von den vielfältigen religions- und kunstgeschichtlichen Aspekten des Themas „Schutzengel“ zu drängenden gesellschafts- und entwicklungspolitischen Themen, bei denen es jedermann möglich ist, durch ein entsprechendes (und sei es auch nur kleines) Engagement selbst zum rettenden „Schutzengel“ für Hilfsbedürftige zu werden.

Das Deutsche Schutzengelmuseum (Bretten, Stadtmuseum im Schweizer Hof, Engelsberg 9) kann jeden Samstag, Sonntag und Feiertag von 11 bis 17 Uhr besichtigt werden. Gruppenführungen ab 10 Personen sind nach Anmeldung bei der Stadtinformation Bretten (Tel. 0 72 52/95 76 20) auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten jederzeit möglich. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen über das Museum und ein bebilderter Faltprospekt können telefonisch unter der Nr. 0 72 52/97 28 00 oder per E-Mail unter schweizerhof.bretten@t-online.de angefordert werden. Dort sind auch Informationen zu den aktuellen Sonderausstellungen des Stadtmuseums erhältlich.

Anschrift des Autors:
Dr. Peter Bahn
Friedrichstraße 6
75015 Bretten

Castellberg-Projekt Ballrechten-Dottingen

Sanierung der Trockenmauern und Steintreppen am Castellberg, dem weinbaulichen Wahrzeichen der Winzergemeinde und der Rebanlage des Mundweins des Markgrafen und späteren Großherzogs

Die terrassierte Weinberganlage am Dottinger Castellberg ist eines der wenigen gut erhaltenen Beispiele dieser Art in Südbaden und daher als Kulturdenkmal ausgewiesen. Seine Geschichte, Ausführung und Form machen den Castellberg zu einem hochrangigen Denkmal historischer Landnutzung, die heute noch lebendig ist. Der Weinberg wurde ab 1784 im Zusammenhang mit der Förderung des Weinbaus und der Einführung der Gutedel-Traube durch den Markgrafen Karl-Friedrich angelegt. Die kulturhistorisch gewachsenen Rebterrassen an den steilen Hängen sind in harter, körperlicher Arbeit von den Winzern errichtet worden und bilden ein besonders eindrucksvolles Zeugnis des historischen Weinbaus. Sie gliedern die Steillagen in stufenförmige Strukturen, welche die Arbeit am Rebstock erleichtern bzw. die Begehbarkeit verbessern und Abschwemmungen bei Starkregen abmindern. Mit großem handwerklichem Können und mit viel Einfühlungsvermögen haben sich die Winzer diese Extremlagen als Wiege für Spitzenweine erschlossen.

Zu den besonderen Elementen des Castellbergs gehören seine Trockenmauern und Steintreppen. Die Trockenmauern übernehmen verschiedenartige Funktionen. Sie dienen der Stabilität der Hangterrassen sowie der Wärmespeicherung, die eine nächtliche Auskühlung der Weinbergflächen verhindert. Die Terrassen ermöglichen den Bewirtschaftern eine leichtere Zugänglichkeit und Bearbeitung des steilen Hanges. Durch die Trockenbauweise der Mauern entstehen zahllose Fugen, die von wärmebedürftigen Tieren als Versteck und Überwinterungsort genutzt werden. So finden am Castellberg Mauer- und Zauneidechsen, Schlingnattern und das Hermelin, aber auch Insekten wie z. B. Wildbienen einen Lebensraum. Ebenso nutzen speziell angepasste Pflanzen wie Mauerpfeffer oder Hauswurz die Mauern, Steintreppen und Steinriegel als Lebensraum.

Im Gegensatz zu flurbereinigten Flächen sehen sich Winzer in historischen Weinbergen oft mit hohen Unterhaltungskosten und einem

Freiwillige Helfer bei den Entbuschungsarbeiten
Foto: Werner Bußmann

Sanierte Trockenmauer Gemeinde Ballrechten-Dottingen

Treppe vor der Sanierung Foto: Werner Bußmann

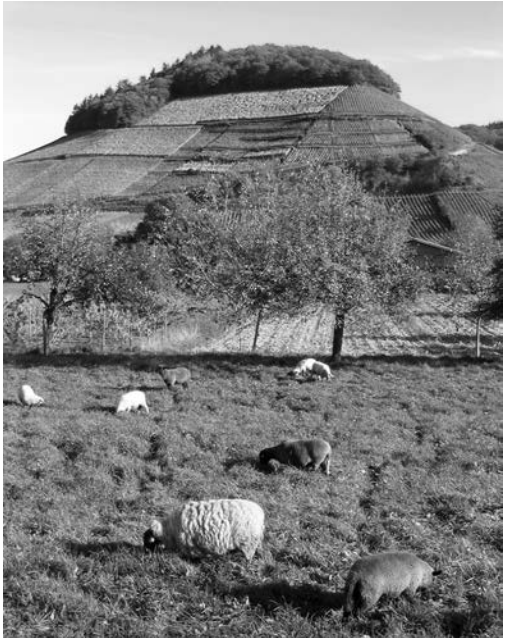
Treppe nach der Sanierung Gemeinde Ballrechten-Dottingen

größeren Arbeitsaufwand konfrontiert. Jedoch ist die wirtschaftliche Nutzung des Hanges durch die Winzer für den Erhalt der einmaligen Kulturlandschaft am Castellberg mit seinen Trockenmauern und Steintreppen von größter Bedeutung. Gegenwärtig gefährdet der Einfluss von Witterung, Verbuschung und ausbleibender Reparatur den Erhalt dieser Symbiose von Weinbau, Ökologie und Naherholung.

Um den historischen Weinberg in Steillage in seiner ursprünglichen Form zu erhalten, wurde ein Sanierungskonzept erstellt, das unter der Federführung der Gemeinde Ballrechten-Dottingen in einer beispielhaften und erfolgreichen Kooperation mit dem Arbeitskreis Natur und Umwelt Ballrechten-Dottingen, den Regierungspräsidien Freiburg und Stuttgart, dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Winzern, Vereinen, Schulen, Stiftungen und Sponsoren umgesetzt wird. Das Patronat hat die Badische Zeitung übernommen, um das Projekt öffentlichkeitswirksam und mit Sponsoring-Veranstaltungen zu unterstützen. Entscheidend für den Erfolg war jedoch, dass 2005 Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern-Sternberg das Projekt bei seinem Gemeindebesuch zur Chefsache erklärte.

Die Sanierungsmaßnahme wird wissenschaftlich begleitet durch das Institut für Landespflege der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und gehört zu einem der sechs Modellprojekten, die in das Forschungsprojekt „Bedeutung, Wahrnehmung und Entwicklung von traditionellen Weinbaulandschaften“ aufgenommen wurden. Hierbei soll im Rahmen einer europaweiten Untersuchung festgestellt werden, wie traditionelle Weinbaulandschaften im Sinne der Denkmalpflege, des Naturschutzes sowie der Interessen der Winzer gemeinsam für die Zukunft sinnvoll weiterentwickelt werden können. Als innovatives Element wird im Rahmen des Projekts eine begleitende fachpädagogische Öffentlichkeitsarbeit (wie z. B. Projekttage im Weinberg mit Schülern) unter der Federführung des Instituts für Landespflege durchgeführt, die auch vom Regierungspräsidium Freiburg und dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald unterstützt wird.

Zu Beginn des Projekts wurden die Mauern auf ihre Entstehung (Bauphasen) und ihren Erhaltungszustand hin analysiert und die geschädigten Bereiche nach Gefährdungsgrad in drei Bauabschnitte gegliedert. Auf dieser Grundlage erfolgte die Planung für die In-



Der Castellberg mit seinen Rebanlagen Foto: Werner Bußmann

standsetzung der einzelnen Abschnitte mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Substanzerhaltung. Von Seiten der Denkmalpflege und des Naturschutzes wird das Projekt kontinuierlich beraten und fachlich begleitet.

Der erste Bauabschnitt konnte bereits im September 2007 fertig gestellt werden. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden drei Steintreppen und 1400 m^2 Trockenmauern mit akutem Handlungsbedarf saniert. Winzer, Vereine und freiwillige Helfer führten ehrenamtlich mit großem Engagement die Entbuschungsarbeiten an den häufig schwer zugänglichen Trockenmauern vorbereitend für die Sanierungsmaßnahmen durch. Der Kostenaufwand für den ersten Bauabschnitt betrug ca. 300 000 Euro. Die Maßnahme wurde finanziert von der Gemeinde, dem Land (Regierungspräsidien Freiburg und Stuttgart), der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, örtlichen Weingütern, weiteren Stiftungen sowie durch Spenden und Eigenleistungen. Derzeit wird ein Finanzierungskonzept für den zweiten Bauabschnitt – den Hauptbauabschnitt – erstellt, der im kommenden Jahr durchgeführt werden soll. Die Kosten für diesen Bauabschnitt werden mit ca. 270 000 Euro veranschlagt.

Weinberg vor der Sanierung Foto: Sabine Model

Bei der Sanierung des Weinbergs war es den Beteiligten wichtig, nicht nur den denkmalpflegerischen Aspekt, also die Wiedererrichtung der Mauern zu beachten, sondern auch naturschutzfachliche Aspekte mit einfließen zu lassen, um den Wert des Weinbergs als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu verbessern. Besonders wichtig war dabei ebenfalls, die Belange der bewirtschaftenden Eigentümer und Winzer bei der Sanierung zu berücksichtigen und einzubeziehen, um eine deutliche Verbesserung der Bewirtschaftung der Reben zu erreichen. Für die Winzer bedeutet die Sanierung neben dem Wiederaufbau und der Stabilisierung der Trockenmauern hauptsächlich eine verbesserte Infrastruktur durch neu aufgebaute Treppen und somit ein verbessertes Wegenetz durch die Rebflächen.

Kennzeichnend für das Projekt ist die hervorragende und überregionale Zusammenarbeit von Gemeinde, Fachbehörden, Universität, Winzern, Vereinen, Bürgerschaft, Weingütern, Stiftungen und Sponsoren, ohne diese die Sanierung und damit der Erhalt dieser einmaligen Kulturlandschaft für die künftigen Generationen nicht möglich wäre.

Weitere Infos zum Projekt finden Sie unter: www.ballrechten-dottingen.de.

Anschrift der Autoren:
Netzwerk Castellberg-Projekt
Rathaus Ballrechten-Dottingen
79282 Ballrechten-Dottingen

Gisela Timpte

Amalie Haizinger

Eine badische Schauspielerin an der Wiener Burg

Als „Malchen Morstadt“ kam sie am 6. Mai 1800 in Karlsruhe zur Welt. Ihre Eltern waren **Georg Michael Morstadt** (* 1763 † 1842) und **Friederike Jacobina Pastart** (* 1763 † 1822).

Über Generationen, bis zurück ins 17. Jahrhundert reichend, hatten die männlichen Vorfahren der Morstadts bedeutende Ämter der Evangelischen Kirche inne. Einige der alten prächtigen Epitaphen sind heute noch im Lahrer Denkmalhof sorgsam verwahrt.

So stammte auch Georg Michael aus einer angesehenen kinderreichen Pfarrersfamilie, die in dem kleinen Breisgau-Ort Broggingen lebte. Bis heute ist hier im Türsturz des Pfarrhaus-Eingangs zu lesen: „Morstadio Pastore MDCCLIX“. Der ältere Bruder **Friedrich August** (* 1759 † 1829) studierte ebenfalls Theologie und wirkte als Pfarrer in Tutschfelden, Kleinkems, Bischoffingen und Bickensohl am Kaiserstuhl.

Großherzogliches Hof-Theater.
16. Vorstellung im 3. Abonnement.
Carlsruhe, Samstag, den 8. Juni 1811.

DIE ZAUBERFLÖTE

Eine große Oper in 2 Aufzügen, die Musik von Mozart.

Personen:

Sarastro	Herr Reitmayer
Tamino	Mad. Mayer
Sprecher	Herr Mayerhofer
Erster	Herr Kiel
Zweiter Priester	Herr Klostermayer
Dritter	Herr Hunnius
Königin der Nacht	Mad. Kiel
Pamina ihre Tochter	Mad. Gervais
Erste	Dem. Bach
Zweite Dame	Dem. Mittell
Dritte	Dem. Leonhard
	— — —
Drei Genien	Sophie Betz
	Ferdinand Gaßner
Papageno	Herr Mayer
Ein altes Weib	Dem. Leonhard
Monostatos ein Mohr	Herr Walter
Erster	Herr Spahn
Zweiter Sklave	Herr Schulz
Dritter	Herr Stemmler
Zwei Feuermänner	Herr Heil und Herr Gollmick

— — — Amalie Morstadt.

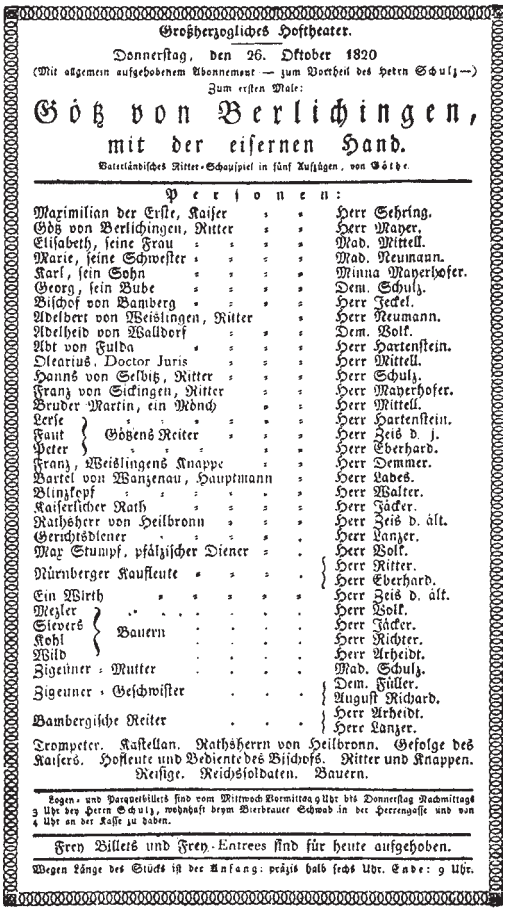
Theaterzettel 1811 aus Haass, „Geschichte des …“[3]

Georg Michael Morstadt studierte die Rechtswissenschaften und diente von 1792 bis zu seinem Lebensende als Kammerfourier am markgräflichen Hof in Karlsruhe, zeitweilig war er auch mit dem Sekretariat des Hoftheaters betraut. Er war befreundet mit **Johann Peter Hebel**, man traf sich in den damals üblichen Karlsruher Kaffeehaus- und Lesegesellschaften. In Erzählungen über diese geselligen Treffen wird u. a. auch der Name des Kammerfouriers Morstadt erwähnt[1].

Hebel selbst berichtet in einem seiner Briefe von 1805 von folgendem Traum: *„Ich träumte, Zahnweh zu haben, und hatte wirklich ein Zahngeschwür. Ich befand mich im Traume nachts 2 Uhr im Kaffeehause und freute mich, den Hofrat Voltz und Kammerfourier Morstadt nebst einem dritten, mit welchem dieser Brett spielte, noch anzutreffen …“*.[2].

Neben der Tochter Amalie, die es als Schauspielerin, Tänzerin und Sängerin länderübergreifend zu Ruhm und Ehren brachte, wurde auch ihr älterer Bruder **Carl Eduard** (* 1792 † 1850) bekannt und berühmt als Jurist an der Heidelberger Universität, allerdings war er im Kollegenkreis sehr umstritten. Seine wegweisenden rechtswissenschaftlichen Werke sind heute noch in vielen Bibliotheken zu finden.

Amalie verbrachte in einem gemütvollen Elternhaus eine glückliche Kinderzeit. Bereits im Alter von nicht ganz neun Jahren stand sie am 9. März 1809 in der Oper „Oberon, König der Elfen“ erstmals auf der Bühne des Karlsruher Hoftheaters. Im Jahr 1811 übernahm sie eine Rolle in Mozarts „Die Zauberflöte“. Diese Aufführung fand statt in einem aufwändigen



Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 26. Oktober 1820

(Mit allgemein aufgehobenem Abonnement — zum Vortheil des Herrn Schulz —)

Zum ersten Male:

Götz von Berlichingen,

mit der eisernen Hand.

Vaterländisches Ritter-Schauspiel in fünf Aufzügen, von Göthe.

Personen:

Maximilian der Erste, Kaiser	Herr Sehring.
Götz von Berlichingen, Ritter	Herr Mayer.
Elisabeth, seine Frau	Mad. Mittell.
Marie, seine Schwester	Mad. Neumann.
Karl, sein Sohn	Minna Mayerhofer.
Georg, sein Bube	Dem. Schulz.
Bischof von Bamberg	Herr Jeckel.
Adelbert von Weislingen, Ritter	Herr Neumann.
Adelheid von Walldorf	Dem. Volk.
Abt von Fulda	Herr Hartenstein.
Olearius, Doctor Juris	Herr Mittell.
Hanns von Selbitz, Ritter	Herr Schulz.
Franz von Sickingen, Ritter	Herr Mayerhofer.
Bruder Martin, ein Mönch	Herr Mittell.
Lerse } Götzens Reiter	Herr Hartenstein.
Faust } Götzens Reiter	Herr Zeis d. j.
Peter } Götzens Reiter	Herr Eberhard.
Franz, Weislingens Knappe	Herr Demmer.
Bartel von Wanzenau, Hauptmann	Herr Labes.
Blinzkopf	Herr Walter.
Kaiserlicher Rath	Herr Jäcker.
Rathsherr von Heilbronn	Herr Zeis d. ält.
Gerichtsdiener	Herr Lanzer.
Max Stumpf, pfälzischer Diener	Herr Volk.
Nürnberger Kaufleute	Herr Ritter. / Herr Eberhard.
Ein Wirth	Herr Zeis d. ält.
Metzler } Bauern	Herr Volk.
Sievers } Bauern	Herr Jäcker.
Kohl } Bauern	Herr Richter.
Wild } Bauern	Herr Arheidt.
Zigeuner-Mutter	Mad. Schulz.
Zigeuner-Geschwister	Dem. Füller. / August Richard.
Bambergische Reiter	Herr Arheidt. / Herr Lanzer.

Trompeter. Kastellan. Rathsherrn von Heilbronn. Gefolge des Kaisers. Hofleute und Bediente des Bischofs. Ritter und Knappen. Reisige. Reichssoldaten. Bauern.

Logen- und Parquetbillets sind vom Mittwoch Vormittag 9 Uhr bis Donnerstag Nachmittags 3 Uhr bey Herrn Schulz, wohnhaft beym Bierbrauer Schwab in der Herrengasse und von 4 Uhr an der Kasse zu haben.

Frey Billets und Frey-Entrees sind für heute aufgehoben.

Wegen Länge des Stücks ist der Anfang: präzis halb sechs Uhr. Ende: 9 Uhr.

Theaterzettel 1820 Aus Haass, „Geschichte des ehemaligen Großherzoglich-Badischen Hoftheaters Karlsruhe“[5]

und festlichen Rahmen anlässlich der Feier zur Geburt einer badischen Prinzessin.

Mit fünfzehn Jahren wurde Amalie Morstadt als jüngstes Mitglied am Hoftheater fest engagiert, sie erhielt eine jährliche Gage von 300 Gulden. In der Literatur wird sie als *„die gefeiertste Lustspieldarstellerin des Deutschen Theaters“* erwähnt[4]. Zunächst spielte sie in der Oper, übernahm dann immer öfter Rollen in Lustspielen. Hier zeigte sich wohl ihr wahres Talent.

Als Sechzehnjährige heiratete Amalie den Schauspieler und begabten Sänger **Carl Neumann**, aus dieser Ehe gingen ein Sohn und zwei Töchter hervor: **Karl** (* 1816 oder 1817), **Louise** (* 1818 † 1905) und **Adolphine** (* 1822 † 1844). Aber bereits im Alter von 23 Jahren wurde sie Witwe. Carl Neumann erkrankte auf

Portrait Amalie Neumann

einer Gastspielreise und starb 1823 nach seiner Rückkehr in Karlsruhe.

1821 ging Amalie erstmals ans Burgtheater Wien, kehrte aber 1825 wieder zurück nach Karlsruhe. Hier heiratete sie in zweiter Ehe 1827 den berühmten Kammersänger **Anton Haizinger** (* 1796 † 1869), aus dieser Ehe stammt der Sohn **Tony** (*1835).

Im Jahr 1824 machte Amalie erstmals die Bekanntschaft **Goethes** in Weimar, der sich in seinen „Schriften zu Theater und Musik“ wie folgt über sie geäußert hat: *„Man sehe die Darstellungen der Frau Neumann; sie thun sich so zierlich und liebenswürdig hervor als die Schauspielerin selbst“*[6]. Auch in späterer Zeit weilte sie immer wieder in Weimar und traf mit Goethe zusammen. In der Literatur findet sich ein Hinweis, dass Goethe ihr sogar ein Stammbuchblatt gewidmet habe. Auch mit der Großherzogin von Baden Stephanie Beauharnais, der vermuteten Mutter des legendären Kaspar Hauser, verband sie eine lebenslange Freundschaft.

Amalie und Anton Haizinger unternahmen von Karlsruhe aus mit großem Erfolg zahlreiche Gastspielreisen nach Paris (1829–1830), London (1832), Dresden, Leipzig, Breslau. Als die beiden 1835 von einer Gastspielreise in St.

Petersburg, wo sie am Hof des Zaren empfangen wurden, wieder in Karlsruhe eintrafen, wurden sie von den Karlsruher Theaterfreunden begeistert erwartet und überaus herzlich empfangen. Amalie zu Ehren verfassten sie Gedichte, von denen hier ein Beispiel zitiert sei:

„Im freud'gen Willkomm grüßen wir Dich wieder,
vom fernen Newastrand uns rückgekehrt,
wo Dich im Dankesjubel froher Lieder
des Beifalls ungetheilte Gunst verehrt!
Wo man gepriesen hat mit süßem Laut
Die Kunst, die Dir der Genius vertraut"[7]

Ein Zeitzeuge schrieb über seine Begegnung mit Amalie: *„… Bekanntlich ist Carlsruhe eine gute Pflanzschule für das weibliche Personal des deutschen Theaters. Die Haizinger-Neumann mit ihren Töchtern steht obenan … Die berühmte Haizinger-Neumann hat sich mehr dem älteren Fache zugewandt. Ich sprach sie in dem kleinen, freundlichen Garten ihres Hauses. Was ist sie noch immer so liebenswürdig und hinreißend, diese gefeierte Künstlerin! Die frische Zärte ihrer Haut, dieser durchsichtige, weiße Teint, dieses naive, schalkhafte Lächeln, dieser dialektische Anflug ihrer Sprache – es ist ein Ensemble, das noch immer bezaubert … "*[8].

Weitere Burggastspiele in Wien folgten 1838, 1839, 1842, 1845. Ab 1846 war Amalie Haizinger an der Burg fest engagiert, wo bereits seit 1839 auch ihre Tochter aus erster Ehe Louise Neumann dem Schauspielensemble angehörte.

Anton Haizinger konnte sich von seiner Heimat, von seinem Haus und dem Garten nicht trennen und blieb den größten Teil des Jahres in Karlsruhe. Wenn Amalie zu Besuch hier weilte, genoss sie das Wiedersehen und den Aufenthalt in tiefer Zuneigung zu ihrem Mann. 1850 wurde er pensioniert; er starb 1869 in Karlsruhe.

Amalie wurde rasch zum Liebling des Wiener Publikums und von ihm hoch verehrt. Ihre große Begabung lag im Bereich der Naiven und Sentimentalen und entwickelte sich bis in die Disziplin der komischen Charakterrollen und Alten, die sie mit Bravour spielte. Natürlich gab es auch kritische

Ehepaar Haizinger aus „Karlsruher Theatergeschichte"

Stimmen, die sich u. a. auf ihre schwäbisch geprägte Sprache bezogen. Auch an ihrer „zu große Dreistigkeit, Eigenwilligkeit und Gefallsucht" störte man sich gelegentlich. Doch überwogen während ihrer gesamten schauspielerischen Laufbahn Sympathie und Anhänglichkeit der Theaterbesucher.

1860 feierte Amalie im Burgtheater ihr fünfzigjähriges Bühnenjubiläum; aus diesem Anlass wurde ihr die goldene Künstlermedaille verliehen. Zu ihrem sechzigjährigen Bühnenjubiläum schrieb die „Augsburger Allgemeine Zeitung" u. a.:

„Wien 30. März. Amalie Haizinger hat ihr 60-jähriges Künstlerjubiläum vorläufig, weil die Osterferien die Mehrzahl ihrer liebsten Collegen aus Wien fortgeführt, nur in ihren eigenen vier Mauern begangen; die eigentliche Feier ist auf den 10. April verlegt … Unsagbare Freude bereitete ihr die Auszeichnung die ihr vom Kaiser zutheil ward. Er verlieh ihr in Anerkennung ihres dreißigjährigen rühmlichen Wirkens am Hofburgtheater das goldene Verdienstkreuz mit der Krone; welches Fürst Hohenlohe persönlich überreichte. Der Herzog von Coburg sandte ihr ebenfalls eine

Bildnis Amalie Haizinger

Ordensdecoration … Vom Großherzog von Baden erhielt sie in einem prachtvollen Sammet-Etui ein Armband welches in der Mitte das trefflich in Oelfarben ausgeführte Miniaturbildniß des Spenders, umgeben von Diamanten, trägt … "[9].

Amalie blieb ihrer badischen Heimat immer eng verbunden, mit Vorliebe bediente sie sich des Karlsruher Dialekts, hielt besonders engen Kontakt zu ihrem Bruder Robert († 1867), besuchte gern ihre Karlsruher Familie und Freunde. Als die Beschwernisse des Alters ihr nicht mehr erlaubten, selbst auf der Bühne zu stehen, verfolgte sie ab dem Jahre 1876 mit größtem Interesse Abend für Abend die Vorstellungen von ihrer Loge aus. Die jungen Kollegen bauten ihr ein Gestell, damit sie ihre Loge besser erreichen konnte! Hochbetagt starb Amalie Haizinger am 11. August 1884 in Wien; ihr Grabmal befindet sich auf dem Wiener Matzleinsdorfer Friedhof.

Sie selbst hat einmal gesagt: *„Wenn schon einmal gestorben sein muß, dann wenigstens nicht im Sommer, solange das Burgtheater geschlossen und die Kollegen in der Welt zerstreut sind.*"[10].

*** Wien**, 30 März. Amalie Haitzinger hat ihr 60jähriges Künstlerjubiläum vorläufig, weil die Osterferien die Mehrzahl ihrer liebsten Collegen aus Wien fortgeführt, nur in ihren eigenen vier Mauern begangen; die eigentliche Feier ist auf den 10 April verlegt. „Als fünfzehnjähriges Mädchen," schreibt die „D.-Z.," „die Tochter armer Eltern, trat das damalige Malchen Morstadt, in seinem Geburtsorte Karlsruhe als „Oberon" in der Oper gleichen Namens auf, und legte damals schon bedeutende Proben des in ihr schlummernden Talentes ab, das immer mehr und mehr zur Entfaltung gelangte und heute noch in seiner ganzen Größe bewundert wird. Sie spielte mancherlei Fächer: naive Liebhaberinnen, ja sogar die — Maria Stuart. Malchen Morstadt galt bald als Künstlerin. Sie heirathete zum erstenmal im Jahr 1820; ihr Gatte — Neumann — blieb ihr nicht lang erhalten. Sie vermählte sich ein zweitesmal mit Hrn. Haitzinger mit dem sie in glücklichster Ehe lebte. Im Jahr 1840 folgte sie den Stimmen aufrichtiger Freunde, die ihr riethen sich auf das Fach der Mütter-Rollen und komischen Alten zu werfen. Sie that es, mit welchem Erfolge braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Sie hatte

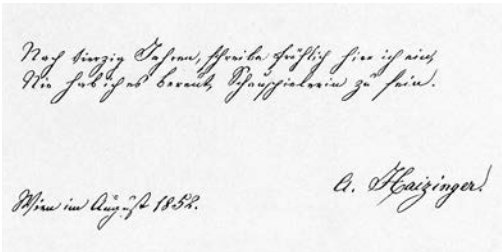
Augsburger Allgemeine Zeitung, 30. März 1875

Wer heute nach Wien reist und den Genuss hat, einen Abend im Burgtheater verbringen zu können, begegnet im Foyer ihrem in Öl gemalten Portrait! Ein weiteres Portrait in Öl aus ihrer frühen Karlsruher Zeit befindet sich im Stadtmuseum Prinz-Max-Palais zu Karlsruhe (gemalt von Franz Stirnbrand um 1826).

Posthum schrieb Ludwig Speidel 1911 über die beliebte Künstlerin: *„Sie ist nie alt geworden, sondern jung gewesen als Mädchen, als Frau, als Matrone, als Greisin. Und ihr ist die üppige Spitzenhaube der Achtzigjährigen so jugendlich gestanden wie der Achtzehnjährigen die Rose im Haar …*

… Ihre Rede, von einer weichen, warmen, doch auch der Schärfe fähigen Stimme getragen, gewann an Reiz durch den herzhaften Anklang an die schwäbische Mundart, die Frau Haizinger zu gemütlicher und schalkhafter Wirkung zu benutzen verstand. In guter Stunde war sie die Freundlichkeit selbst, und sie fühlte dann das Bedürfnis, jedem, der ihr in den Wurf kam, etwas Angenehmes und Verbindliches zu sagen. ‚Ach lieber Herr Joseph, wie schön habet Se heut' d' Kulisse g'schobe,' konnte sie nach einer Vorstellung zum Kulissenschieber sagen"[11].

Im Besitz des Historischen Museums Wien befindet sich das nachfolgende Stammbuch-



Stammbuchblatt Historisches Museum Wien

blatt der Künstlerin aus dem Jahre 1852, dessen Kopie mir für diese Veröffentlichung überlassen wurde. Mit eigenen Worten vermittelt sie, welchen Stellenwert die Bühne für sie ein Leben lang einnahm und mit welcher Begeisterung und Liebe sie sich dieser Leidenschaft hingab:

„Nach vierzig Jahren, schreibe fröhlich hier ich ein,
Nie hab ich es bereut, Schauspielerin zu sein“

Verwendete Literatur

Spaude, Edelgard: „Eigenwillige Frauen in Baden“, Freiburg 1999

Haass, Günther: „Geschichte des ehemaligen Großherzoglich-Badischen Hoftheaters Karlsruhe von seiner Gründung bis zur Berufung seines Reformators Eduard Devrient 1806–1852“, Karlsruhe 1934

Haass, Günther u. a.: „Karlsruher Theatergeschichte – vom Hoftheater zum Staatstheater“, Karlsruhe 1982

Auerbach, Berthold: „Tagebuch aus Wien (September bis November 1848)“, Breslau 1849

Walter, Friedrich: „Stephanie Napoleon, Lebensweg und Weggenossen“, Baden-Baden 1946

Timpte, Gisela: „Ein Fund, der mich nach Broggingen führte“, in: „Herbolzheimer Blätter“ 3. Jahrgang 1995

Timpte, Gisela: „Auf den Spuren einer vergangenen Zeit“, in: „Das Markgräflerland“ Band I/2003

„Bühne und Welt“, Jahrgang 1905/1906.

„Pyramide“ Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt, 17. Jahrgang 1928, Nr. 46, 23. Jahrgang 1934, Nr. 41

Verwendete Quellen

1 Vortisch, Hermann: Vom Peterli zum Prälaten. Zum 100-jährigen Gedenktag an den Heimgang J. P. Hebels am 22. September 1826, Seite 134/135.
2 Meckel, Eberhard/Minder, Robert: Gedichte, Briefe – Hebels Leben in Daten und Bildern. Erster Band, Insel-Verlag 1968, Seite 494.
3 Haass, Günther: Geschichte des ehemaligen Großherzoglich-Badischen Hoftheaters Karlsruhe von seiner Gründung bis zur Berufung seines Reformators Eduard Devrient 1806–1852. Karlsruhe 1934, Seite 57.
4 Haas, Seite 155.
5 Haas, Seite 226.
6 Deutschmann, W.: Schauspieler des Burgtheaters 1776–1976. Eigenverlag der Museen der Stadt Wien 1976.
7 Holtz, Carl Ludwig: Erinnerungsblätter aus dem Leben und Künstlerwirken der Frau Amalie Haizinger, geb. Morstadt. Carlsruhe und Baden 1836, Seite 182.
8 „Pyramide“. Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt, 17. Jahrgang Nr. 45, 1928.
9 „Augsburger Allgemeine Zeitung“ Nr. 91, 30. März 1875.
10 Haeusserman, Ernst: Das Wiener Burgtheater. Goldmann 1980, Seite 96/97.
11 Speidel, Ludwig: Schauspieler. Ludwig Speidels Schriften 4. Band. Berlin 1911, Seite 230 f.

Anschrift der Autorin:
Gisela Timpte
Blumenstraße 7
79194 Gundelfingen

Reiner Haehling von Lanzenauer

Die Ermordung des Lahrer Dekans Albert Förderer

Vor 120 Jahren ist der bekannte Pfarrer, Schriftsteller und Abgeordnete Förderer in dem Pfarrhaus neben der Peter- und Paulskirche in Lahr heimtückisch getötet worden. Dies gibt Anlass, an das Verbrechen und an das Opfer zu erinnern.

Albert Förderer war am 3. März 1828 in Rastatt geboren worden. Nach dem frühen Tod des Vaters wuchs er, von der Mutter allein erzogen, in bescheidenen Verhältnissen auf. Er besuchte das Lyceum seiner Heimatstadt. So kam es, dass er noch als Schüler in der Zeit von 1848/49 zum Zeitzeugen der in Rastatt sich überstürzenden Revolutionsereignisse geworden ist. Er selbst hielt allerdings Distanz zu den neuen Ideen, einer Zuweisung zur Festungsartillerie konnte er sich wegen einer Lungenerkrankung durch ärztliches Attest entziehen. Dies erlaubte ihm, sich fortan nach Art eines Müßiggängers frei an allen Brennpunkten der Festungsstadt zu bewegen und aus nächster Nähe all seine Beobachtungen anzustellen. Das Ergebnis hat er in einer überaus lebensnahen und ausführlichen Beschreibung festgehalten.[1] Unter Mitteilung zahlreicher Namen und Fakten berichtet er vom Beginn der Militärmeuterei durch erste Aufsässigkeiten gegen Offiziere, vom Anrücken der bunt ausstaffierten Freischärler, vom Eintreffen der provisorischen Regierung unter Brentano mit seiner umgebundenen schwarz-rot-gelben Schärpe, von freiheitlichen Reden und Debatten, aber auch von Exzessen wie der tödlichen Jagd auf angebliche Spione oder von der Ankunft einer Gruppe von Baden-Badener Honoratioren, die man als Geiseln hierher gebracht und bald weiter nach Freiburg verschleppt hatte.[2] Als die gegnerischen preußischen Truppen anmarschierten und die Festung einschlossen, verfolgte unser Schlachtenbummler den Kampf um die Stadt mit dem Fernrohr vom Dach des Schlosses aus. Er erlebte Not und Mangel der Belagerungszeit, die Übergabe der Stadt, die Gefangennahme und Einsperrung der Verteidiger in den Kasematten, die rigorosen Strafurteile der preußischen Standgerichte und die Erschießung von Freiheitskämpfern im Festungsgraben.

Im Herbst 1849 bestand Albert Förderer das Abitur, nunmehr studierte er Theologie an der Universität Freiburg. Drei Jahre später setzte er seine Studien am Priesterseminar St. Peter fort, 1853 empfing er die Priesterweihe. In seinem Erinnerungsbuch schildert er, wie er im August 1853 in seiner Geburtsstadt Rastatt Primiz feierte. Wenige Tage später kam es zu einer Begegnung mit den immer noch gefangenen 48er-Revolutionären: Am folgenden Sonntag hielt ich für einen erkrankten Kaplan den Gottesdienst bei der Strafkompanie. Meine erste Predigt habe ich in einer großen, zur Kapelle hergerichteten Kasematte des Forts A gehalten. Es war *eine Art Katakomben-Gottesdienst*.[3] Sein erstes berufliches Amt trat Förderer als Vikar in Waibstadt an, bald danach sah er sich nach Achern versetzt. Im Juli 1855 wurde ihm das Amt des Verwesers der Pfarrei Peter und Paul in Lahr übertragen, 1862 hat man ihn dort zum Pfarrer ernannt. Neben seiner seelsorgerischen Tätigkeit wirkte er als Religionslehrer am Gymnasium und an den Volksschulen. Im Jahre 1868 wurde die Gründung einer katholischen Zeitung für den Offenburger Bezirk beschlossen. Man berief Förderer als Redakteur, Lahr wurde zum Druckort bestimmt. Dank Förderers schriftstellerischer Begabung und seiner volkstümlichen Sprache gewann der *Anzeiger für Stadt und Land* bald eine umfangreiche Leserschaft in vielen Volksschichten. Während des Kulturkampfes stritt

A. Förderer

das *Blättle* standhaft für die konfessionellen Anliegen, wobei der Disput mit der liberalen *Lahrer Zeitung* zuweilen heftige Formen annahm.[4] Durch sein redaktionelles Wirken war Förderer im gesamten mittelbadischen Raum bekannt geworden, so dass er im Jahre 1871 zum Landtagsabgeordneten des Wahlbezirks Gengenbach-Haslach gewählt wurde. Zuvor schon war er als Abgeordneter in die Kreisversammlung Offenburg entsandt worden. In der Karlsruher Ständeversammlung erwies sich Förderer als erfahrener und sachlicher Redner. Er stieg auf zu einem der Wortführer des politischen Katholizismus, dabei in offener Gegnerschaft stehend zu Friedrich Kiefer, dem evangelischen Führer der liberalen Kammermehrheit. Späterhin gehörte Förderer jedoch gemeinsam mit Xaver Lender zu jenen, die sich gegen Ende des Kulturkampfes zum Einlenken bereit zeigten.[5]

Im Jahre 1874 zum Dekan gewählt versah Förderer zugleich das Amt des erzbischöflichen Schulinspektors. Bei den Lahrer Bürgern war der gesellige Pfarrherr ungemein beliebt, man schätzte sein vielseitiges Wissen und seinen leutseligen Humor. Allerlei Anekdoten wusste der Herr Dekan zu erzählen – wie auch manche Anekdote über ihn selbst kursierte. Freundschaftliche Kontakte unterhielt er zu dem Lahrer Literatenkreis von Ludwig Auerbach, Ludwig Eichrodt, Friedrich Geßler und Moritz Schauenburg, deren beachtliches dichterisches Wirken damals der Stadt Lahr den scherzhaften Beinamen *Schutter-Athen* eingetragen hatte.[6] Mit den Jahren stellte sich bei Förderer ein nervöses Herzleiden ein, das ihn mehr und mehr an seinen Arbeiten hinderte. Mehrmals suchte er in dem schweizer Kurort Engelberg Erholung. Gesundheitsrücksichten veranlassten ihn denn auch im Jahre 1887, von einer erneuten Kandidatur für den Landtag abzusehen.[7] Waren es drängende Todesahnungen, die ihn ein Jahr später sowohl sein Testament wie auch den künftigen Grabstein mit steinernem Kruzifix errichten ließen?

Es war am Nachmittag des 23. Januar 1889 gegen vier Uhr, als ein Unbekannter in das Pfarrhaus eindrang und dem ahnungslosen Pfarrherrn in seinem Arbeitszimmer einen Zettel hinhielt, auf dem geschrieben stand: *Schurke, deine Uhr ist abgelaufen, rette deine Seele.* Dann stürzte er sich auf den am Schreibtisch sitzenden Pfarrer und fügte dem sich mühsam Wehrenden gezielte Messerstiche zu. Das Opfer erlitt zahlreiche Stichwunden an Schädel und Unterleib sowie eine tödliche Verletzung am Herzbeutel. Bei Verlassen des Hauses begegnete der Täter zwei Frauen, denen er zurief, er habe den Pfarrer erstochen. Als die blutüberströmte Leiche aufgefunden wurde, lag daneben ein Geldstück, das Förderer offenbar dem vermeintlichen Bittsteller hatte überreichen wollen. Kurz darauf zeigte die Geistwirtin Rößler bei der Polizei an, in ihrer Wirtsstube sitze ein aufgeregter junger Mann, der von einem Mord rede. Als zwei Polizisten eintrafen und den verdächtigen Gast festnahmen, rief dieser: *Ja, ja, ich bin es. Ich habe ihn erstochen, den Schurken!* Auf der Wache wurde festgestellt, dass es sich um den 25-jährigen, in Aach geborenen, katholischen, ledigen und arbeitslosen Buchdruckergesellen Richard Ada handelte. Erst am Vormittag war er aus dem Lahrer Gefängnis entlassen worden, wo er eine Haftstrafe wegen Land-

streicherei und Bettelns verbüßt hatte. Nachmittags gegen drei Uhr war er im Gasthaus zum Geist erschienen, wo er während des Verzehrs Drohungen gegen die Geistlichkeit ausstieß und sich nach dem Pfarrhaus erkundigte. Kurz vor vier Uhr entfernte er sich. Bald nach der Tat kehrte er in das Wirtshaus zurück, was seine rasche Festnahme ermöglichte. Beim anschließenden Verhör gab der Verdächtige als Tatmotiv an, dass die Geistlichen die richtigen Feinde des Volkes seien, weshalb er diesen bekannten Pfarrer und Redakteur umgebracht habe. Im Zuge seiner Vernehmung stieß er weitere Drohungen gegen den Papst und die *Schwarzen* aus. Den Tatentschluss will der Straftäter am Vortage noch während seiner früheren Gefängnishaft gefasst haben. Ersichtlich handelte es sich bei Ada um einen Einzeltäter, der aus anarchistischer Gesinnung die grausame Tat verübt hat. Die amtlichen Nachforschungen erbrachten keinen Hinweis auf irgendwelche Mittäter oder Gehilfen.

Der Untersuchungsrichter erließ umgehend Haftbefehl, der Beschuldigte wurde ins Offenburger Gefängnis verbracht. Eine gerichtsmedizinische Obduktion des Getöteten wurde durchgeführt, unterdessen begann die Polizei in Lahr mit den Zeugenvernehmungen. Eine psychiatrische Begutachtung des Beschuldigten zeigte, dass bei ihm keine krankhafte Störung der Geistestätigkeit vorlag. Angesichts der zügig durchgeführten Ermittlungen konnte die Staatsanwaltschaft Offenburg bereits unter dem 16. März 1889 Anklage wegen Mordes erheben. Als Verteidiger wurde dem Angeschuldigten Rechtsanwalt Leonhard beigeordnet. Am 28. März 1889 fand vor dem Landgericht – Schwurgericht – Offenburg die Hauptverhandlung statt. Vorsitzender war Landgerichtsrat Goll, als Beisitzer amtierten die Landgerichtsräte Ernst und May. Auf der Geschworenenbank saßen zwölf Bürger als Laienrichter. Nach Schluss der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Der Verteidiger stellte keinen Antrag. Nach Befragung der Geschworenen wurde der Angeklagte vom Gericht wegen Mordes gemäß § 211 Reichsstrafgesetzbuch zum Tode verurteilt. Die Revision des Angeklagten hat man als unzulässig verworfen, da eine Begründung nicht eingekommen war. Auf ein entsprechendes Gesuch des Verurteilten teilte das Karlsruher Justizministerium unter dem 9. Juni 1889 mit, Großherzog Friedrich I. habe entschieden, … *von dem Begnadigungsrechte im vorliegenden Falle kein Gebrauch machen zu wollen.* Vier Tage später wurde Richard Ada im Hofe des Kreisgefängnisses Offenburg durch das Fallbeil hingerichtet.[8]

Grab A. Förderer, Lahr. Juni 2008

Entsetzen und Trauer hatte die Menschen ergriffen, sobald die Nachricht von der Gewalttat durch die Stadt gegangen war. Als der Leichnam des Ermordeten, in priesterliches Gewand gekleidet, im Kirchenchor aufgebahrt worden war, zogen Tausende ergriffen an dem offenen Sarg vorüber. Am 26. Januar wurde der Tote aus der Kirche zum Friedhof überführt. Unzählige Bürger aus der Stadt Lahr und aus den umliegenden Dorfgemeinden folgten dem Trauerzuge. Bei der Beisetzung in dem bereits zu Förderers Lebzeiten vorbereiteten Grabe[9] hielt sein Freund und Mitstreiter, der Geistliche Rat Xaver Lender aus Sasbach, die Trauerrede. Bewegt sprach er: *Derjenige, der an dieser Stätte ruht, ist unschuldig gestorben*

als auserlesenes Opfer seines Standes und seiner politischen Überzeugung. Förderer ist tatsächlich ein Martyrer seiner Überzeugung …[10]

Anmerkungen

1 Albert Förderer, Erinnerungen aus Rastatt 1849, Offenburg 1952.
2 Vgl. hierzu Reiner Haehling von Lanzenauer, Eine Geiselnahme des Jahres 1849, AQUAE 1998, S. 9.
3 Förderer (Anm. 1) S. 108.
4 Theodor Hug, Chronik von Lahr in Wort und Bild, 1924, S. 118.
5 Gabriele Bohnert u. a. (Hg.), Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 2, 1991, S. 229, 241.
6 Ludwig Eichrodt (1827–1892), Ausstellungskatalog Bad. Landesbibliothek Karlsruhe 1992, S. 62.
7 Zur Biographie: Heinrich Hansjakob, Bad. Biographien, Bd. 4, 1891, S. 136; Josef Schofer, Mit der alten Fahne in die neue Zeit, 1926, S. 26; Ernst Geßler, Humanitas, 150 Jahre Ludwig-Wilhelm-Gymnasium Rastatt, 1958, S. 209; Willi Hensle, BadH 1968, S. 223; Erich Hockenjos, Geroldsecker Land 1979, S. 150; Hans-Peter Becht, Badische Parlamentarier, 1867–74, 1995, S. 95 (Bild), 218 (Vita).
8 Strafakten im Staatsarchiv Freiburg, A 27/1/46–49 (4 Bände); Lahrer Zeitung Nr. 21 v. 25. 1. 1889, S. 1.
9 Die Grabstätte ist im Jahre 2002 durch die Stadtgemeinde Lahr vorbildlich restauriert worden.
10 Christian Ehregott Schömperlen, Leben und Tod des Hochw. Dekans und Stadtpfarrers Albert Förderer in Lahr, 1889, S. 19, 24.

Anschrift des Autors:
Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer
Hirschstraße 3
76530 Baden-Baden

Elmar Vogt

„Der echte Theologe muss Poet sein“

Johann Peter Hebels Werk – Was man weiß und doch nicht kennt: Die Biblischen Geschichten

Der Schweizer Schriftsteller Peter Bichsel erhielt 1986 den Johann Peter Hebel-Literaturpreis. In seiner Dankesrede legte Peter Bichsel ein Bekenntnis zum unbekannten Hebel ab, „der noch ein ganz anderer sein darf als der, den wir zu erkennen glauben“. Und Bichsel kann für sich auch eine Neuentdeckung vermelden: „Dem Pädagogen Hebel bin ich übrigens erst durch diesen Preis direkt begegnet. Ich habe endlich auch die Biblischen Geschichten gelesen. Interpreten und Biographen Hebels haben oft nur ein verlegenes Schulterzucken dafür übrig, und ich Esel habe ihnen jahrelang geglaubt. Ich bitte die Literaturhistoriker inständig, dieses Fehlurteil endlich zu korrigieren und nicht noch mehr Esel von der Lektüre abzuhalten. Ich habe den Aufklärer Hebel kennengelernt“.

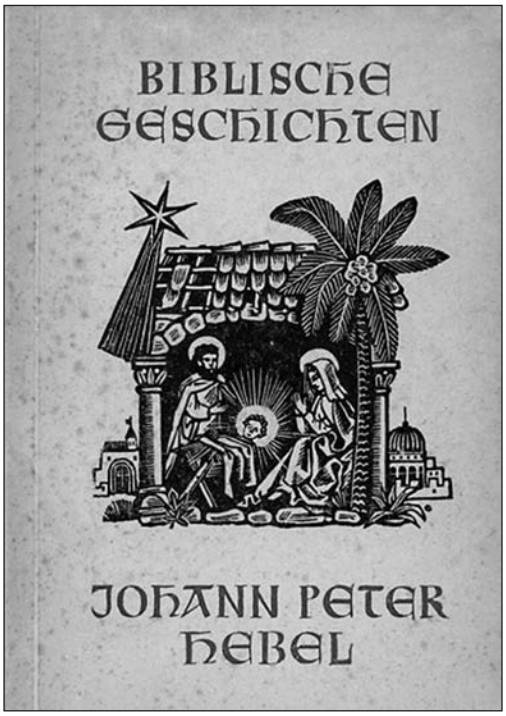
Hebels letztes, am wenigsten bekannte Werk, sind die Biblischen Geschichten, die zwischen 1818 und 1822 entstanden und im Dezember 1823 erschienen sind. Diese Arbeit entstand aufgrund eines Auftrages, für den Gebrauch im evangelischen Schulunterricht Badens ein neues Lesebuch zu fertigen. Die Biblischen Geschichten sollten die als nicht mehr zeitgemäß angesehenen Biblischen Historien von Johann Hübner ersetzen, die im Jahre 1714 verfasst und in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Baden als Schulbuch eingeführt worden waren.

Es ging dabei um eine Kinderbibel, die Episoden aus dem alten und neuen Testament enthielt. Hebel verwendete 59 Geschichten aus dem Alten Testament und 64 aus dem Neuen Testament.

Hebel wählte aus und ließ besonders im alten Testament alles Grausame weg und vieles, was nicht zum Erfahrungsbereich der Kinder gehörte. Für viele Leser von Johann Peter Hebels Werk sind die Biblischen Geschichten „unentdecktes Land“. Zurecht meint Professor Otto Frommel: „Wer Hebel wirklich kennen will, der kann an seinen Biblischen Geschichten nicht vorübergehen“.

Hebel ist vor allem daran gelegen, das Alter der angesprochenen Kinder – es sind die zehn- bis vierzehnjährigen – gebührend zu berücksichtigen.

Im Februar 1823 konnte er seinem Verleger Cotta das Alte und im Mai auch das Neue Testament schicken. Beide Bändchen erschienen im Dezember 1823, vordatiert auf das folgende



Titelseite des Buches „Biblische Geschichten“, 1946 im C. F. Müller Verlag in Karlsruhe in einer Auflage von 5000 Exemplaren erschienen

Titelseite des Buches „Biblische Erzählungen", Band 1782 aus der Reihe: „Goldmanns gelbe Taschenbücher", o. J

Jahr. Der Autor verkaufte das Verlagsrecht für seine „Biblischen Geschichten" ein für allemal und erhielt dafür 3000 Gulden. Die erste Auflage betrug 3000 Exemplare, wenige Jahre später erfolgte eine zweite Auflage mit 2000 Exemplaren. Auch dieses Werk wurde ein großer Erfolg.

Kurz nach der Einführung in den Schulen erbat sich zu Hebels großer Freude der katholische Klerus des Breisgaus die Rechte der Übernahme in den eigenen Religionsunterricht, aber bevor die Publikation zu Stande kam, erschien im Rottweiler Verlag Herder eine Bearbeitung oder eher ein Raubdruck, durch den Pfarrer Georg Flad aus Bad Säckingen.

In einem Brief schreibt Hebel: „Denn immer wenn ich schrieb, habe ich mir meinen alten Schulmeister Andreas Grether in Hausen und mich und meine Mitschüler unter dem Schatten seines Stabes, oder ich habe mir eine Repräsentantin aller Mütter unter ihren Kindern und immer die nämliche gedacht und uns, mich als Schulbüblein mitgerechnet, um unser Urteil gefragt". An anderer Stelle beteuert Hebel: „Aufrichtig gesprochen, ich habe das Büchlein mit Liebe für mein Vaterland geschrieben, ich habe fast bei jeder Zeile im Geiste oberländische Kinder belauscht".

Otto Behagel äußert sich unter anderem so: „[…] Er (Hebel) versenkt sich liebevoll in das Denken und Sinnen der biblischen Gestalten und sucht in ihrem Gebahren die rein menschliche, ungekünstelte Natur. Wo die Bibel bloß andeutet, wo sie Lücken lässt, da ergänzt er und malt dichterisch aus, da schafft er abgerundete lebensvolle Bilder".

Die Biblischen Geschichten blieben in Baden evangelisches Schulbuch bis 1855. Die Biblischen Geschichten gibt es auch in einer dänischen Übersetzung (1826) und in einer englischen Übersetzung (1962). Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass im Kanton Graubünden (Schweiz) zwei rätoromanische Fassungen für das Engadin und das Oberland (Vorderrheintal) und eine freie italienische für das Puschlav und das Bergell länger in Gebrauch blieben als ihre Vorlage in Baden.

Am 2. November 1791 wurde J. P. Hebel vom Markgrafen Karl Friedrich mit dem Rang eines Subdiakons mit Predigtverpflichtung an der Schlosskirche an das *„Gymnasium illustre" (= höhere Schule mit Latein und Griechisch als Unterrichtsfächer; heute: Altsprachliches Gymnasium, und im 18. Jahrhundert ein fürstliches Gymnasium)* nach Karlsruhe berufen.

Es wurden viele Vermutungen angestellt, ob Hebel diese Berufung gerne angenommen habe oder nicht. An verlässlichen Zeugnissen fehlt es, von einigen Briefstellen abgesehen. 35 Jahre verbrachte Hebel in Karlsruhe, und wie sehr er von hier aus Land und Leute prägte, ist bis heute noch nicht voll ausgemessen.

In Kirche, Schule und Politik erwarb er Ansehen, und seine erfolgreiche Laufbahn ist nur Ausdruck dieser allgemeinen Anerkennung.

1798 wird Hebel Professor am Gymnasium. 1806 erhält er den Titel Kirchenrat und drei Jahre später wird er zum Direktor des Gymnasiums ernannt.

Im Jahre 1809 wird Hebel Mitglied der evangelischen Kirchen- und Prüfungskommis-

sion, und 1814 beruft man ihn in die evangelische Ministerialdirektion. Von großer Reichweite war 1819 seine Ernennung zum Prälaten, denn damit hatte er die höchste Würde der evangelischen Landeskirche in Baden erreicht.

Er war somit auch Mitglied der Ersten Kammer des badischen Landtags und der kirchlichen Generalsynode.

In einem Brief vom 28. November 1796 an Carl Christian Gmelin schreibt Hebel unter anderem: „<…> Mich gelüstet täglich mehr nach einer guten Pfarrey. Ich habe im Oberland einige Pflanzen gesehen, die mir noch fehlen. Seitdem habe ich keine Ruhe mehr hier <…>“, (Zentner Nr. 32).

Mit der Kenntnis der Bestände von Hebels Bibliothek lässt sich heute weitgehend der Lektürehorizont ermessen, vor und in dem die *Alemannischen Gedichte,* die *Kalendergeschichten* und *Biblischen Geschichten* entstanden sind.

„Ich werde so arm bleiben und sterben, als ich mein Leben lang war“, schreibt Hebel in einem Brief im Spätjahr 1803 an Gustave Fecht in Weil am Rhein. Johann Peter Hebel starb am 22. September 1826 in Schwetzingen.

Die Union, die Vereinigung der reformierten und lutherischen Gemeinden hat der lutherische Geistliche aus dem Wiesental mit seinem Einfluss und Gewicht als Prälat vorangetrieben und das verwirklicht, was seine Eltern bereits vorgelebt haben: der Vater war reformiert, die Mutter lutherisch, und gemeinsam waren sie stark.

Die Kirchensynode von 1855 zog Hebels Werk nach mehr als 33 Jahren aus dem Schulunterricht zurück. Man erhob gegen Hebels Werk den Vorwurf mangelnder Bibeltreue, suchte den Grund in einer allzu deutlich hervortretenden Subjektivität des Verfassers seinem Stoffe gegenüber. Diese Entscheidung wurde von verschiedenen Seiten immer wieder kritisiert, zu einer Wiedereinführung reichte der Protest jedoch nicht. Trotzdem ist die Geschichte der Biblischen Erzählungen nicht abgeschlossen. Neue Ausgaben zeugen bis heute davon, dass Hebels Arbeit etwas Besonderes ist.

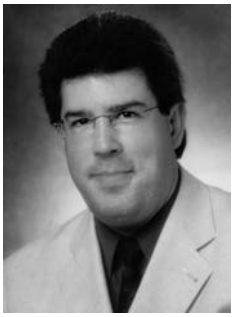
Verwendete Literatur

Hebel, Johann Peter: Biblische Geschichten, eingeleitet und herausgegeben von Wilhelm Zentner, C. F. Müller Verlag, Karlsruhe 1959.

Hebel, Johann Peter: Wesen, Werk, Wirkung, herausgegeben von der Basler Hebelstiftung, GS-Verlag, Basel 1990.

Kully, Rolf, Max: Johann Peter Hebel, Realienbüchlein für Germanisten, Sammlung Metzler 80, Stuttgart 1969.

Wunderlich, Reinhard: Johann Peter Hebels „Biblische Geschichten“, eine Bibeldichtung zwischen Spätaufklärung und Biedermeier, Diss., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990.



Anschrift des Autors:
Elmar Vogt
Riedackerweg 7
79688 Hausen im
Wiesental

Wolfram Förster

Adolf Hanser (1858–1901) – ein badischer Architekt

Eine Skizze zu Leben und Werk aus Anlass seines 150. Geburtstages

1901 in ihrer 85. Ausgabe machte die in der Fachwelt allseits bekannte Deutsche Bauzeitung der Leserschaft die Mitteilung, dass in der Residenzstadt Karlsruhe mit Professor Adolf Hanser „einer der erfolgreichsten jüngeren Architekten des Großherzogtums“ am 18. Oktober desselben Jahres im Alter von gerade einmal 43 Lebensjahren einem schweren Leiden erlegen sei; schon im Frühjahr 1900 war er an einer Influenza heftig erkrankt, wovon er sich nicht wieder so recht erholen sollte.[1] Das Schicksal entschied, so weiter im Nekrolog, ihn „aus einer reichen Tätigkeit“ vorzeitig abzuberufen, und in der Baugeschichte des Landes habe sich der Verstorbene durch seine Werke ein über die Zeit bleibendes Andenken gesetzt. Welche Karriere und welches Lebenswerk aber verbarg sich hinter jenem Architekten namens Adolf Hanser? Was hatte er in der Profession Überdurchschnittliches zustande gebracht, so dass an der Wende zum 20. Jahrhundert von berufener Seite in ihm einer der kommenden Baumeister des Landes gesehen worden war?

Adolf Hanser etwa 22-jährig, damals Student an der Polytechnischen Schule in Karlsruhe Foto: Renate Hanser, Ladenburg

Elternhaus und Jugendjahre

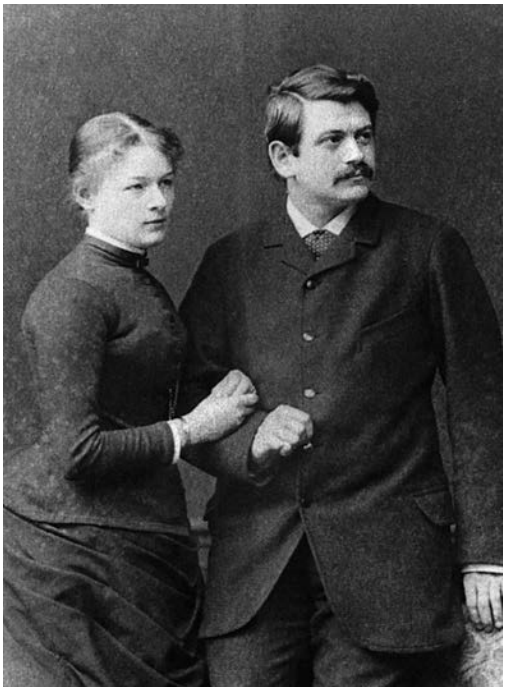
Adolf Hanser war am 2. August 1858 in Friedrichshafen am Bodensee als drittes von vier Kindern der protestantischen Eheleute Carl Ludwig Hanser und dessen Gemahlin Sophie Luise Romig zur Welt gekommen.[2] Die seinerzeit 37- beziehungsweise 33-jährigen Eltern, der Vater stammte aus dem südbadischen Neu-Freistett, sie, die Mutter war in der württembergischen Landesmetropole Stuttgart aufgewachsen, hatten 1848 geheiratet. Ende 1865 siedelte Carl Ludwig Hanser aus beruflichen Gründen nach Mannheim über. Dort in Nordbaden wirkte er seit dem 6. Januar 1866 als kaufmännischer Direktor beim „Verein Chemischer Fabriken Mannheim AG“, in den Jahren zuvor hatte er eine leitende Position bei der Königlich Württembergischen Staatseisenbahn bekleidet.[3] Heinrich Lanz, der 1858 in Mannheim einen in jenen Jahren immer noch gut überschaubaren Versandhandel für landwirtschaftliche Gerätschaften eröffnet hatte, aus dem Jahrzehnte später einer der weltweit größten Anbieter jener Produkte hervorgehen sollte, und der selbst aus Friedrichshafen am Bodensee stammte und Hanser persönlich mit großer Wahrscheinlichkeit

Adolf Hanser 1882 während seiner Frankfurter Zeit im Büro des Architekten Wallot, jener links sitzend beim Betrachten von Unterlagen Foto: Renate Hanser

kannte, könnte den Kontakt zum Verein Chemischer Fabriken durchaus hergestellt haben. Der Verein Chemischer Fabriken Mannheim war 1854 durch Fusion dreier Einzelbetriebe entstanden und durfte seinerzeit zu den führenden Vertretern der durchaus aufstrebenden Branche gerechnet werden.[4] Carl Ludwig Hanser, der noch jung an Jahren schließlich 1876 nur 55-jährig verstorben war, hatte bis zu seinem Tod als kaufmännischer Direktor jenes Unternehmen geführt.

Adolf Hanser besuchte 1876 zum Zeitpunkt des Todes seines Vaters bereits die Bauschule am 1825 gegründeten, und in Deutschland mit an führender Stelle stehenden Karlsruher Polytechnikum, zuvor 1875 war er in Mannheim mit der Obersekunda-Reife vom altsprachlichen Karl-Friedrich-Gymnasium abgegangen.[5] Am Ort der früheren kurpfälzischen Metropole und jetzigen Handelsstadt, die zu jener Zeit an vorderer Stelle über Schiene und Wasserweg den südwestdeutschen Handelsaustausch bewerkstelligte, hatte er auch seine Kindheit und die frühen Jugendjahre verbracht.

Im Laufe seines insgesamt neunsemestrigen Studiums in Karlsruhe hatte sich Hanser wiederholt mit Erfolg an der Lösung von Preisaufgaben beteiligt, daneben sammelte er während der Semesterferien reichlich Praxis in verschiedenen bautechnischen Büros. Im Wintersemester 1880/81 schließlich unterzog er sich dem Abschlussexamen, welches er krankheitshalber allerdings nicht völlig zu Ende



Adolf Hanser mit Gattin Caroline Caspari wohl 1885 Foto: Renate Hanser

bringen konnte; für die in diesem Examen gelieferte Hauptarbeit erhielt er dennoch die Note „sehr gut“. Zwischenzeitlich hatte er mit dem Einjährigen-Freiwilligendienst von Oktober 1878 bis September 1879 auch seine Militärdienstzeit abgeleistet.

Stationen des Jungarchitekten

Im Mai 1882 wechselte Hanser im Zuge der in der Profession quasi obligaten Wanderjahre nach Frankfurt am Main über, um zunächst im Büro des höchst renommierten Architekten Paul Wallot über fünfzehn Monate hinweg eine Stelle als Architekturzeichner auszufüllen.[6] In der Hauptsache war er hier mit Arbeiten zu dem preisgekrönten Projekt der Berliner Reichstagsgebäude befasst. Dem folgte ebenfalls am Ort eine nochmals dreimonatige Tätigkeit im Architekturbüro F. von Horen, anschließend begab er sich auf eine halbjährige Studienreise nach Italien.

Im Mai 1884 kehrte der jetzt 25-jährige Jungarchitekt nach Mannheim an den Ort seiner Kindheit und Jugend zurück. Er fand in

Friedrich,
von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden,
Herzog von Zähringen.

Bestallung
für
den Professor Adolf Hanser
an der Baugewerkschule in Karlsruhe.

Auf Seiner Königlichen Hoheit
Höchstes Befehl.

Großherzogliche Bestallungsurkunde für Professor Adolf Hanser vom 9. August 1890 Foto: Renate Hanser

diesem am Ende sechsjährigen Lebensabschnitt vielfach Gelegenheit zur Beplanung und Erstellung einer großen Anzahl insbesondere von Wohnhausbauten am Ort, in Ludwigshafen und in der sonstigen Umgebung. Zudem gelang ihm die Erringung eines ersten Preises bei einem Wettbewerb um ein Waisenhaus, welches er anschließend persönlich auch ausführte. 1887 wurde er unter Würdigung seines beruflichen Erfolges zum Mitglied der städtischen Kommission für Hypothek-Kaufpreisschätzungen berufen, 1889 folgte die Aufnahme in den örtlichen Gewerbeschulrat. Seine praktische Tätigkeit während dieser Lebensphase lässt sich allerdings wegen der starken Kriegsschäden insbesondere in der Mannheimer Innenstadt beziehungsweise wegen des Verlustes der hier maßgeblichen schriftlichen Planungsunterlagen nur äußerst lückenhaft rekonstruieren. Dass allerdings Hansers Bauleistungen während der Mannheimer Jahre einen ganz beachtlichen Umfang erreicht haben müssen, geht aus einer Berufungsakte des Jahres 1890 an die Karlsruher Baugewerkeschule hervor, die folgende Anmerkung enthält: „Als solcher (gemeint ist Hanser mit Blick auf die Mannheimer Zeit, Anm. des Verf.) hat derselbe während der letzten sechs Jahre eine große Anzahl von Wohnhaus- und Fabrikbauten in Mannheim und den benachbarten Orten ausgeführt.“[7]

Ebenfalls in die Mannheimer Zeit fällt die Eheschließung mit Carolina Caspari, beide hatten am 7. August 1885 geheiratet. Seine Gattin war die Tochter von Ferdinand Caspari, der dem Großherzoglichen Karl-Friedrich-Gymnasium als Direktor vorstand, welches Hanser zuvor selbst besucht hatte. Drei der insgesamt sechs Kinder wurden noch in der nordbadischen Metropole geboren; Wilhelm Ludwig am 25. August 1886, danach am 31. August 1887 Anna Maria und Alfred am 1. Januar 1889.

Berufung an die Karlsruher Baugewerkeschule 1890

Gerade einmal 32-jährig 1890 gelang dem mittlerweile ausgewiesenen Mannheimer Privatarchitekten die Berufung an die Baugewerkeschule in Karlsruhe, sie hatte ihm eine von den Zeitgenossen weit über die Landesgrenzen hochgeschätzte Professur in der Hochbauabteilung übertragen. Die Dotierung der Beamtenstelle orientierte sich an der eines Gymnasialprofessors, und bei Stellenausschreibungen der Karlsruher Baugewerkeschule gingen nicht selten annähernd einhundert Bewerbungen aus ganz Deutschland ein. Am 9. August 1890 war ihm von Großherzog Friedrich I. die Berufungsurkunde übergeben worden, so dass er seine Vorlesungen und Übungen zum Themenkatalog der Bauaufnahme und verwandter Gebiete zum Wintersemester 1890/91 aufnahm.

Im Berufungsverfahren hatte das Ministerium der Justiz, des Kultus und des Unterrichts am 31. Juli 1890 dem auch in der Sache befassten Großherzog zur Person des Architekten Hansers die folgende Mitteilung gemacht: „Nach dem übereinstimmenden Urtheile der Oberschulbehörde und der Direktion der Baugewerkeschule darf Hanser als ein hervor-

ragender Bautechniker bezeichnet und von ihm erwartet werden, daß er die ihm gestellte Aufgabe in vollstem Maße wird gerecht werden."[8]

Ferner, mit dem Blick zu der dem Finanzministerium angegliederten Baudirektion, welche sämtliche staatliche Bauaufgaben maßgeblich betreute und die von Prof. Dr. Josef Durm, seinerzeit auch Ordinarius für Architektur an der jetzigen Karlsruher Technischen Hochschule und seinerzeit führender Baumeister im Lande, hielt besagtes Anschreiben folgenden Passus bereit: „Wir gestatten uns noch ergebenst zu vermerken, daß auch der Vorstand der Gr. Baudirektion, Herr Baudirektor Dr. Durm, die Gewinnung Hansers für eine Professur an der Baugewerkeschule warm empfohlen hat."[9]

Hanser bekleidete jene Professur in der Hochbauabteilung der Baugewerkeschule über acht Jahre hinweg bis 1898. Jene 1878 in der Landeshauptstadt gegründete Bildungsstätte (sie ist die Vorgängereinrichtung der heutigen Hochschule für Technik und Wirtschaft Karlsruhe) stand 1890 mit ihren bereits mehr als dreihundert Besuchern im Ruf einer richtungsweisenden Ausbildungsstätte insbesondere im Bereich Hochbau. Sie durfte hohe Anerkennung selbst in Fachkreisen weit außerhalb der Landesgrenzen für sich in Anspruch nehmen, und ihre Absolventen erfreuten sich bester Berufsperspektiven.

Privatarchitekt und Ministerialrat

Während dieser acht Jahre an der Karlsruher Baugewerkeschule wirkte Hanser zudem nebenberuflich als Privatarchitekt. Er schuf unter anderem in Karlsruhe am Zirkel das Stammgebäude der Rheinischen Creditbank, welches 1926 in den Besitz der Badischen Beamtenbank überging, ferner das Verwaltungsgebäude der Karlsruher Lebensversicherung beziehungsweise das heutige Rathaus West am Mühlburger Tor, sowie das in der Hoffstraße gelegene Ateliergebäude II der örtlichen Kunstgewerbeschule. Außerhalb Karlsruhes wurden nach seinen Plänen zudem Bankgebäude in Heidelberg, Neustadt/Weinstraße und im elsässischen Straßburg erstellt.

Unter Berücksichtigung weiterer Monumentalbauten, hervorgehoben seien in Karlsruhe an der Nördlichen Hildapromenade der Komplex Generallandesarchiv / Verwaltungsgerichtshof / Oberrechnungskammer, das Gebäude des Mannheimer Bezirksamtes im Innenstadtquadrat L 6, wurde in Hanser ein Architekt gesehen, der sein Interesse im Schwerpunkt dem Verwaltungs-Gebäude zugewandt hatte. Stilistisch folgte er der eingangs genannten Deutschen Bauzeitung zufolge in „sorgfältig technischer Durcharbeitung" der Formensprache des „Reichshauses", womit die Neorenaissance angesprochen war; Wallot hatte ihn viele Jahre zuvor zu Beginn seiner Wanderjahre mit diesem Architekturstil nachhaltig vertraut gemacht.

Ehepaar Hanser im Kreis seiner Kinder Wilhelm, Klaus, Hans, Alfred und Anna im Jahr 1896 Foto: Renate Hanser

Die Tätigkeit in den Ministerien der Finanzen und des Innern

Das Jahr 1898 begann für Adolf Hanser mit einem ehrenvollen Projekt. Gemeinsam mit Josef Durm erhielt er vom Generalintendanten des Badischen Hoftheaters, Dr. Albert Bürklin, den Auftrag, dem von Durm 1878 entworfenen Bürklin-Palais in der Kriegsstraße einen Erweiterungsbau mit zusätzlichen Repräsentations- und Festräumen anzufügen. Am 5. April 1898 sandte der Bauherr das Baugesuch und „die von beiden Architekten Josef Durm und Adolf Hanser gefertigten Pläne" an das Großherzogliche Bezirksamt.[10] Die Zusammenarbeit war gewiß Bürklins Wunsch, der Hanser bereits 1895 mit dem Neubau seiner Bank in Neustadt/Pfalz betraut hatte. Das zunächst kooperative Verhältnis der beiden

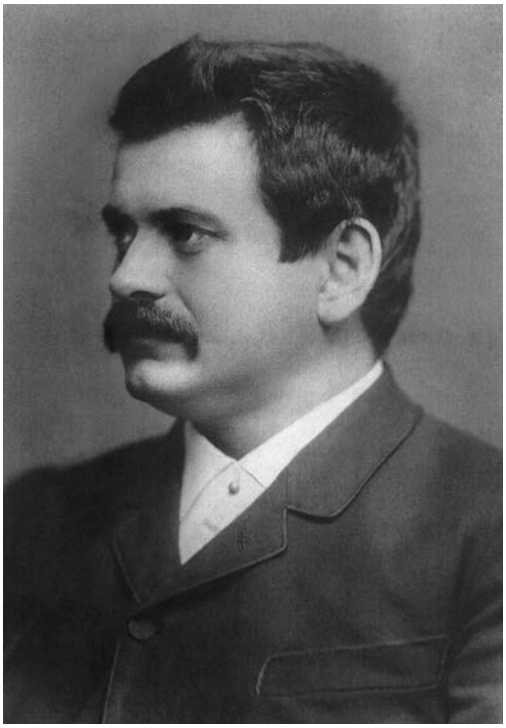
Architekten hatte sich aber bereits nach kurzer Zeit ins Gegenteil verkehrt.

Wiederholte Angriffe der Zweiten Kammer des Landtags gegen die Regierung wegen hoher Kosten von Staatsbauten, die in den Verantwortungsbereich des Direktors der Baudirektion, Josef Durm, fielen, veranlassten das Ministerium der Finanzen und das Ministerium des Innern, die Stelle eines eigenen Technischen Referenten für Bauangelegenheiten zu schaffen.[11] Am 15. April 1898 wurde Adolf Hanser als Baurat auf diese Stelle berufen und zwei Jahre später zum Oberbaurat und Kollegial-Mitglied des Finanzministeriums ernannt.

Mit der Tätigkeit des Technischen Referenten war die Teilnahme an den Sitzungen der von Josef Durm geleiteten Baudirektion verbunden. Hanser sollte unter anderem die Kosten von Staatsbauten unter Kontrolle halten. Josef Durm sah sich in seinem Handlungsspielraum durch den von zwei Ministerien eingesetzten Technischen Referenten beeinträchtigt. Zu den Sitzungen lud er ihn zunächst gar nicht ein. Als später die Planung großer öffentlicher Bauvorhaben in Mannheim und Karlsruhe nicht ihm, sondern Adolf Hanser übertragen wurde, fand Durm nur beißende Kritik für Hansers Entwürfe. Wie schwierig unter solchen Umständen die Tätigkeit für die beiden Ministerien sich gestaltete, ist leicht nachzuvollziehen.

Der Verfasser eines Nachrufs für Adolf Hanser führt aus, dass das vornehme künstlerische Gepräge seiner architektonischen Schöpfungen die Aufmerksamkeit der Behörden auf ihn gezogen hatte, dass er aber „von keinem um seine vielgesuchte Stelle beneidet“ wurde.[12] Zu beneiden war er auch wegen seiner arbeitsmäßigen Überlastung nicht. Seine Ämter und sein Schaffen als Privatarchitekt konnten ihn dennoch nicht davon abhalten, auch weiterhin an der Baugewerkeschule einige Stunden Vorlesungen einzubringen.

Am 18. Oktober 1901 ist Adolf Hanser gestorben, kurz nach Vollendung seines 43. Lebensjahres. Bereits als Student musste er wegen Krankheit mehrfach Prüfungstermine verschieben, und auch danach war es immer wieder zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen gekommen. Ein vererbtes Nierenleiden hatte ihn bereits im letzen Lebensjahr geschwächt.[13] Im Nachruf der Schwäbischen Chronik wird dazu treffend formuliert: „Eine tückische Krankheit … fand leider einen Verbündeten in seiner rastlosen Arbeitslust und verschlimmerte sich durch Überanstrengung“.[14] Adolf Hanser hinterließ ein Witwe mit sechs Kindern im Alter zwischen drei und fünfzehn Jahren.



Adolf Hanser, Aufnahme um 1900 Foto: Renate Hanser

Ludwig Levy hat seinem Kollegen Adolf Hanser ein Denkmal gesetzt: Am Bezirksamt in Mannheim schaut sein Kopf von einem Portal auf die Straße herab – mit einem lustigen Augenzwinkern im heiteren Gesicht.

Adolf Hansers architektonisches Werk

Die berufliche Karriere des Architekten Adolf Hanser lässt rückblickend vier unmittelbar sich anschließende, in der Dramaturgie jeweils aufeinander gründende Lebensabschnitte erkennen. Den Wanderjahren in Frankfurt am Main insbesondere bei dem

hochgeschätzten Wallot einschließlich seiner Italienreise als erstem Abschnitt folgte eine sechsjährige Tätigkeit als Privatarchitekt in Mannheim, die ihn nicht nur zur Berufung in örtliche Gremien führte, sondern weitreichender noch den Weg nach Karlsruhe zu einer Professur an die seinerzeit bereits recht renommierte Baugewerkeschule ebnete. Seine im Beruf bis dahin erworbene Reputation muss mindestens überdurchschnittlich gewesen sein, denn schon damals forderte die Karlsruher Lehranstalt nachweislich beste praktische Berufskenntnisse und handhabte dies streng bei der Vergabe einer Professur.

Während seiner achtjährigen Lehrtätigkeit an der Baugewerkeschule als drittem Abschnitt gelang ihm zum einen die nochmalige Steigerung seiner Stellung als Privatarchitekt, wie die weiter anwachsende Liste seiner Bauten sichtlich belegt. Gleichzeitig und natürlich in Verbindung hierzu kam der Zugang zu den in der Stadt maßgeblichen Kreisen, wie die Kontakte etwa zu dem Generalintendanten des Badischen Hoftheaters Bürcklin, oder die mit Schriftverkehr zwischen beiden rekonstruierbare, engere Beziehung zum Minister des Innern, Buchenberger belegen. So wurde der immer bescheidene Hanser vor besagtem Hintergrund eben auch zu einem potentiellen Kandidaten der hohen Politik.

Das Jahr 1898 mit der Berufung zum Technischen Baureferenten stand am Beginn seines letzten Lebensabschnittes. Ihm wurden mit dem Mannheimer Bezirksamt und dem Karlsruher Ensemble

Generallandesarchiv / Verwaltungsgerichtshof / Oberrechnungskammer in vergleichsweise kurzer Zeit zwei anspruchsvolle Bauaufgaben übertragen, die der Leiter der Großherzoglichen Baudirektion Durm bis dahin gewöhnlich auszuführen gewohnt war. Auch wäre Hanser nach der 1902 erfolgten Auflösung der Baudirektion vermutlich in die Position des ersten Staatsarchitekten in Baden gerückt.

Insgesamt ist Hansers architektonisches Werk mit den Bauleistungen anderer überdurchschnittlicher Architekten nur bedingt vergleichbar. In seiner sechsjährigen Mannheimer Schaffensphase wirkte er hauptberuflich als Privatarchitekt. Zwar entwarf er wie überliefert „eine große Anzahl an Wohn- und Fabrikbauten“ am Ort und im Umfeld, nachvollziehbar sind allerdings nur vier zur Ausführung gebrachte Projekte. Für die darauf folgenden acht Jahre, während Hanser im Hauptberuf an der Baugewerkeschule unterrichtete, sind neun Wettbewerbsteilnahmen und die Ausführung von fünf Bauten überliefert. Die wohl beachtlichsten Bauleistungen fallen mit dem Behördenkomplex um das Generallandesarchiv Karlsruhe und das Mannheimer Bezirksamt in Hansers Zeit als Baurat nach 1898. So gesehen starb er im Zenit seines Schaffens. Als badischer Staatsarchitekt wäre Hanser bei einer günstigeren Lebenserwartung sicher noch nachhaltiger in Erscheinung getreten – allerdings war die Zeit der ganz großen und spektakulären Bauaufgaben, wie sie in Baden und in den anderen bedeutenderen Territorien Deutschlands im 18. und besonders im 19. Jahrhundert anstanden, zu Beginn des 20. Jahrhunderts sichtlich vorbei; ganze Stadtanlagen und palastartige Repräsentationsbauten jedenfalls gehörten nun nicht mehr zu den staatlicherseits auf den Weg gebrachten Aufgabenstellungen.

Hansers Bauleistungen und Wettbewerbsteilnahmen 1885–1900[15]

1885. Mannheim, Doppelwohnhaus, Standort bislang nicht identifiziert

1889. Mannheim, Zweifamilienhaus, Standort im Innenstadtquadrat L8, 13

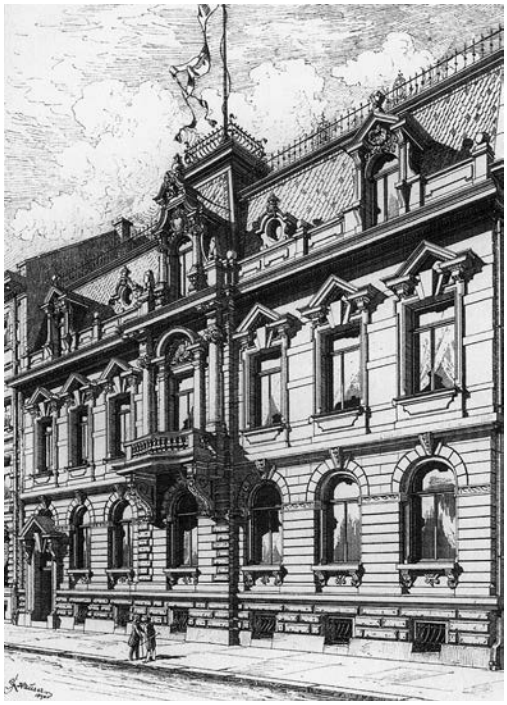
1890. Mannheim, Wespin-Waisenstift. Ausschreibung. Unter 16 Bewerbern erhielt Hanser den ersten Preis zugesprochen, Standort in der Schwetzinger Vorstadt, 1893 fertig gestellt

1890. Ludwigshafen/Rh. Realschule. Ausschreibung. Unter 54 Bewerbern erhielt Hanser den ersten Preis zugesprochen, 1893 fertig gestellt

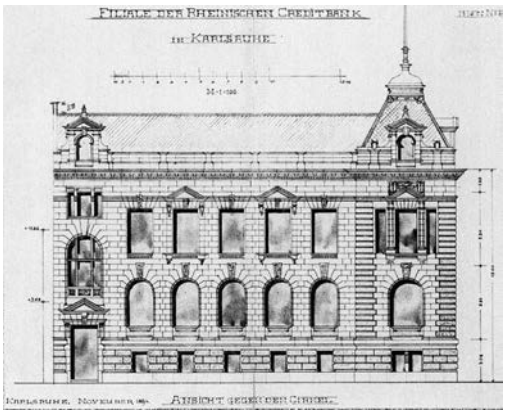
1890. Ausschreibung für die Wasgau-Stiftung. Anzahl der Bewerbungen unbekannt, Hanser erhielt den ersten Preis

1891. Pforzheim, Rathaus. Ausschreibung mit 78 Teilnehmern. Hansers Entwurf wurde als beachtliche Leistung hervorgehoben, aber nicht prämiert

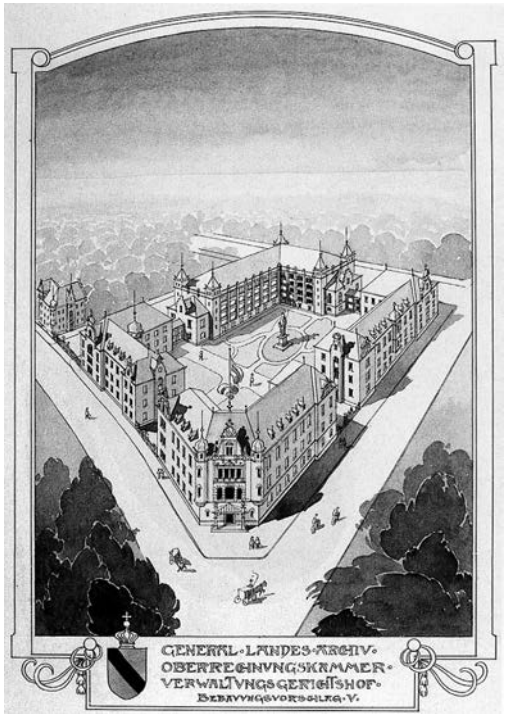
Großherzogliches Bezirksamt in Mannheim, 1900–1903
Foto: Weinig, Repro M. Wickenhäuser



Haus Lämmert 1889 in Mannheim im Innenstadtquadrat L 8 Architektonischen Rundschau 7, 1891, Heft 3



Rheinische Creditbank Karlsruhe 1896
Stadtarchiv Karlsruhe BOA 3257



Behördenkomplex Karlsruhe, Bebauungsvorschlag V von Oktober 1899 Generallandesarchiv Karlsruhe 424 K Karlsruhe 132/1.2

Allgemeine Versorgungsanstalt Karlsruhe 1896
Stadtarchiv Karlsruhe XIVa, 1319

1892. Flensburg, Kunstgewerbemuseum. Ausschreibung mit 54 Teilnehmern, Hansers Entwurf wurde nicht prämiert

1893. Frankfurt/M., Gymnasium. Ausschreibung mit 131 Teilnehmern, Hansers Entwurf wurde nicht prämiert

1893. Halle/Saale, Riebeck-Stift. Ausschreibung, Hansers Entwurf wurde nicht prämiert

1893. Karlsruhe, Atelliergebäude II. Ausschreibung mit 6 Teilnehmern. Hansers Entwurf wurde prämiert, 1899 fertig gestellt

1893. Wuppertal-Elberfeld, Rathaus. Ausschreibung mit 129 Teilnehmern. Hansers Entwurf gemeinsam mit Hermann Billing wurde nicht prämiert

1894. Karlsruhe, Evangelische Christuskirche. Ausschreibung mit 67 Teilnehmern. Hansers Entwurf gemeinsam mit Eugen Bischoff wurde nicht prämiert

1895. Karlsruhe, Rheinische Creditbank, 1896 fertig gestellt

1896. Karlsruhe, Allgemeine Versorgungsanstalt, heute Rathaus West am Mühlburger Tor, 1898 fertig gestellt

1897. Hannover, Hannoversche Bank. Wettbewerbsentwurf, nicht prämiert

1898. Karlsruhe, Erweiterungsbau des Palais Bürklin, gemeinsam mit Josef Durm

1898. Heidelberg, Rheinische Creditbank

1898–1901. Karlsruhe, Behördenviertel Generallandesarchiv, Verwaltungsgerichtshof und Rechnungshof. Vorentwürfe, Bauauftrag und Baubeginn, fertig gestellt bei abgewandelter Fassadengestaltung 1903 durch Ludwig Ratzel

1900. Karlsruhe, Hebammenschule am Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus, nicht ausgeführt

1900. Mannheim, Bezirksamt. 1903 fertig gestellt durch Levy, Hansers Nachfolger als Baureferent

1900. Straßburg, Rheinische Creditbank, 1901 fertig gestellt

Anmerkungen

1 Deutsche Bauzeitung, Jahrgang 35, Nr. 85, 1901, S. 528.
2 Stadtarchiv Mannheim, Familienbogen Carl Ludwig Hanser.
3 Stadtarchiv Friedrichshafen/Bodensee, nach mündlichen Auskünften des Amtsleiters Dr. Wieland.
4 Zur Firmengeschichte vgl.: Ernst Hintz: Werden und Wirken des Vereins Chemischer Fabriken in Mannheim. Ein Rückblick, gelegentlich des fünfzigjährigen Bestehens, erstattet in Auftrage des Aufsichtsrats. Leipzig 1904 (vorhanden im Stadtarchiv Mannheim).
5 Zu Hansers Mannheimer Zeit vgl.: Stadtarchiv Mannheim, Familienbogen Adolf Hanser.
6 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 466/8424 (Dienerakte Adolf Hanser).
7 GLA 135/27525 (Berufungsakte).
8 Dito.
9 Dito.
10 Stadtarchiv Karlsruhe, 8/PBS XIV a/279. Die Pläne sind von beiden Architekten unterzeichnet.
11 Ulrike Grammbitter: Josef Durm (1837–1919). Eine Einführung in das architektonische Werk. Tuduv-Studien, Reihe Kunstgeschichte, Band 9, München 1984, S. 24 ff.
12 Schwäbische Chronik vom 19. 10. 1901. Maschinenschriftliche Notiz im Besitz von Frau Renate Hanser, Ladenburg.
13 Mitteilung von Frau Renate Hanser, Ladenburg.
14 Vgl. Anm. 12.
15 Vgl. hierzu: Wilfried Rößling. Hansers Rang als Architekt. In: Adolf Hanser 1858–1901. Ein badischer Architekt. Sonderausstellung der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik und der BBBank Karlsruhe 18. Oktober – 15. November 2001. Karlsruhe 2001, S. 113.

Anschrift des Autors:
Dr. Wolfram Förster
Bruchwaldstraße 58
76229 Karlsruhe

Wilfried Schweinfurth

In memoriam: Johann Gottfried Tulla

20. März 1770 – 27. März 1828

Vor 180 Jahren verstarb der badische Oberst und „Bändiger“ des Rheins, Johann Gottfried Tulla, in Paris.

Als am 27. März 1828 Johann Gottfried Tulla in Paris verstarb, verlor das Großherzogtum Baden seinen fähigsten und weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Straßen- und Wasserbauingenieur seiner Zeit. Seine letzte Ruhestätte fand Tulla fernab seiner badischen Heimat auf dem Friedhof Montmartre in Paris. Der Grabstein, der im Auftrag des Großherzogs von Baden errichtet wurde, zeigt den Rhein in seinem natürlichen und „rectifizierten“ Verlauf als Erinnerung an den Wasserbauer Tulla sowie eine Bogenbrücke und ein aufgeschlagenes Mathematikbuch mit dem Satz des Pythagoras als Sinnbild für den Brücken- und Straßenbauer Tulla.

Tullas Ende war von großen Leiden bestimmt, was der von Philipp Jakob Scheffel verfasste Nekrolog von 1830 eindrucksvoll darlegt.

Der immer kränkelnde, oft melancholische Karlsruher, hatte sich wegen seines chronischen Blasensteinleidens in die Behandlung des berühmten Pariser Urologen Giviliale begeben. Im März 1828 hatte er bereits 15 Eingriffe hinter sich gebracht. Die beiden nächsten Operationen sollten ihn endgültig von dem Leiden befreien und nach Karlsruhe hatte er bereits seine Heimkehr für den April 1828 angekündigt. Der Patient wurde indessen nach dem letzten Eingriff immer schwächer geworden und wohl als Folge der großen Anstrengungen stellten sich starke Brustbeklemmungen ein, die ab dem 20. März dann vermehrt krampfhafte Erstickungsanfälle gipfelten, sich periodisch wiederholten und schließlich am 28. März zum Tode des 58-jährigen führten.

Die Todesnachricht wurde in Baden mit großer Bestürzung aufgenommen, hatte man doch von dem im Fürstenhaus und der Regierung hoch geschätzten Leiter des neu geschaffenen Wasser- und Straßenbauamtes noch viele Lösungen für die desolaten Verkehrswege im Großherzogtum und letztlich auch des alles beherrschenden Problems Rhein erwartet. Nun fehlte der führende Kopf für derlei Planungsvorhaben.

Am 20. März 1770 wurde Tulla als Sohn eines Pfarrers in Karlsruhe geboren. Dort besuchte er das Gymnasium und machte sich bald als exzellenter Mathematiker einen Namen. Markgraf Karl Friedrich förderte bereits früh den jungen Studenten der Ingenieurwissenschaften mit dem Hauptaugenmerk auf Angewandter Mathematik und Geometrie. Mechanik- und Hydraulikkenntnisse erwarb er sich in einem zweijährigen Selbststudium. Im Jahr 1794 wurde der junge Geometer auf Befehl seines Landesherrn auf eine mehr als zwei Jahre dauernde Studienreise nach Holland und Norddeutschland geschickt. Die auf der Reise geknüpften Verbindungen, u. a. zu den führenden Ingenieuren und Mathematikern wie Karl Christian von Langsdorf, Gerabronn, und Karl Friedrich Ritter von Wiebeking, Großherzogtum Berg, waren, wie auch das Studium an der Bergakademie in Freiberg/Sachsen für seine zukünftige Tätigkeit von höchster Bedeutung. Seine Ausbildung wurde 1796 auf Weisung aus Karlsruhe durch umfangreiche schriftliche Examensarbeiten bei Professor Langsdorf und mündliche Prüfungen in Karlsruhe beendet. Alle Prüfer bescheinigten Tulla exzellente Kenntnisse und sprachen höchstes Lob aus. Aufenthalte in fast allen europäischen Staaten erweiterten seine Kenntnisse, die er ab 1797 als badisch-mark-

gräflicher Ingenieur, als Beamter im Rang eines und Rechnungsadjunkten, an der Wiese (1806–23) und bei ersten Rheinbauarbeiten umzusetzen versuchte.

Die für seine Ausbildung aufgewendeten Kosten begannen sich für sein Vaterland „als wohl aufgewendet“ zu zeigen, wie ein Gutachten 1797 des geheimen Rates bescheinigte.

Die „Gunst“ seines Landesfürsten hatte natürlich den Hintergedanken, durch den jungen Tulla bei allen Flussbauern, Salinen- und Bergbaumeistern in Deutschland und in ganz Europa Erfahrungen und Detailwissen zu erwerben. Teilweise wurden die Kosten für diese Aufenthalte, nach heutigen Maßstäben zu bezeichnende „Zusatzstudien mit Praktikumsanteilen“, direkt an die Meister und Professoren bezahlt. So war z. B. der Aufenthalt in Paris im Jahr 1801 wesentlicher Grundstein seines späteren guten Verhältnisses zu französischen Behörden und fruchtbaren Wissensaustausches mit den dortigen Wasserbauern.

Zur Berichterstattung an seinen Geldgeber fertigte Tulla bei seinen verschiedenen Aufenthalten täglich sehr detaillierte Tagebucheintragungen und Berichte an, die den badischen Behörden vorgelegt und dort ausgewertet wurden.

Das Ingenieurwesen für den Straßen- und Wasserbau des beginnenden 19. Jahrhunderts war mangels eines eigenen Berufsbildes immer mit dem Militär eng verbunden. So wurde Tulla letztlich auch zu seiner wirtschaftlichen Absicherung 1803 von seinem Landesherrn Karl Friedrich zum Hauptmann ernannt. Weitere Beförderungen, 1809 (Major), 1814 (Oberstleutnant) und schließlich die Ernennung zum Obersten 1824 folgten. In seiner militärischen Funktion begleitete Tulla oft Sonderaufgaben, wie z. B. die Abtragung der Festungswerke in Mannheim, aber auch die Berufungen in den Generalstab des badischen Truppenkontingents während des Krieges gegen Napoleon.

Besonders Tullas Aufenthalt in den Niederlanden hatten seinen Blick für den Wasserbau geschärft. Frühe Wasserbaumaßnahmen an den Rheinzuflüssen aus dem Schwarzwald hatten seinen Namen bekannt gemacht. Als 1807 eine Anfrage aus der Schweiz kam, dort bei dringend notwendigen Rektifikations- und

Gottfried Tulla

Trockenlegungsmaßnahmen die Leitung zu übernehmen, genehmigten dies die badischen Behörden ohne Zögern. Die an der Linth und am Wallenstadter See ausgeführten Arbeiten ermöglichten Tulla, Erfahrungen zu sammeln und Lösungsansätze für die auftretenden Probleme auszuprobieren.

Das Gründungsjahr des Großherzogtums Baden hatte auch weit reichende Auswirkungen auf die gesamte Aufgaben- und Organisationsstruktur aller Behörden des Landes. Aufgrund der vielfältigen neuen Aufgaben und der landesweit vereinheitlichten Verwaltung wurde Tulla 1817 zum Leiter der neu geschaffenen Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ernannt. Nun war er für seine Arbeit mit Weisungsbefugnissen und erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Grundlegende Arbeiten an den Flüssen aber auch dem Straßennetz des Landes folgten.

Jahrelange Verhandlungen mit der jungen Republik wegen der Festlegung der Grenze am Rhein wurden im gleichen wieder fortgeführt. Hier erweis sich Tulla zum einen auf Grund seiner Sachkenntnis, zum anderen wegen seiner Bekanntheit bei der französischen Administration als tragendes Mitglied der Verhandlungsdelegation. Bei diesen Verhandlungen wurden die Probleme, welche der Verlauf des Rheins mit sich brachte, besonders

Johann-Gottfried-Tulla-Denkmal
Standort: Maxau, am Rheindamm südlich der Rheinbrücke
Inschrift: Dem grossh. badischen Ingenieur / J. G. TULLA / dem verdienstvollen Gründer der zum großen Nutzen aller Uferbewohner unter der segensreichen Regierung des / Großherzogs Carl Friedrich / unternommenen Rhein Rectification / zum ehrenden Angedenken / von / Markgraf Max von Baden / 1853

deutlich: jährliche Verlagerungen des Hauptgerinnes, monatelang stehendes Wasser auf den Äckern und Wiesen nach Hochwasserereignissen und lange Wege kennzeichneten die Rheinaue. Ein solcher Fluss war als Staatsgrenze nicht geeignet. Tullas Vorschlag zur Rheinrektifikation zielte darauf ab, die Nachteile der Flusslandschaft durch ein gezieltes Eingreifen zu beseitigen. Seine Absicht war, mit Hilfe von Leitkanälen den Fluss in ein festgelegtes Bett zu zwängen, einzudämmen und durch das Abschneiden von großen Mäandern den Lauf des Wassers durch Verkürzen der Laufstrecke zu beschleunigen. Die von ihm initiierten Bauarbeiten ab 1817 verkürzten den Lauf des Rheins von Basel bis zur hessischen Grenze um 81 km. Beschleunigt wurde die Umsetzung der Pläne durch die verheerenden Hochwässer des Winters 1816/17. Baden wie Frankreich waren nach diesen Ereignissen übereinstimmend zu der Überzeugung gelangt, dass nur Rektifikation des Rheins Abhilfe schaffen konnte.

Zum ersten Mal in der langen Geschichte des Wasserbaues am Rhein, wurde mit den Planungen Tullas ein Gesamtkonzept des Rheinbaus auf nahezu 360 km Länge vorgelegt, das zu seiner Zeit als revolutionär in seinem Gesamtansatz zu bezeichnen war und in seiner Sicht dem Grundgedanke der Zeit und damit der Französischen Revolution in nichts nachstand. Seine Ansicht, kein Fluss brauche mehr als ein Bett und die Überzeugung, dass sich nach der Durchführung seiner Pläne entlang des Rheines, des merkwürdigsten Flusses in ganz Europa, alles ändern werde, belegen den auch provokanten Ansatz und den Weitblick in seiner Arbeit. In seinen beiden Schriften: Die Rectifikation des Rheins, Karlsruhe 1822 und Über die Rektifikation des Rheins, von seinem Austritt aus der Schweiz bis zu seinem Eintritt in das Großherzogtum Hessen, Karlsruhe 1825, legt Tulla sein innovatives Gedankengebäude dar, zeigt Probleme auf und stelle Aufwand und Ertrag anhand genauer Zahlen einander gegenüber.

Neben den rein technischen Fragestellungen stellten sich Tulla viele andere Probleme entgegen. Es waren unzählige Maß- und Währungseinheiten zu vereinheitlichen, verschiedene Anrainerstaaten mussten überzeugt und vertraglich gebunden werden. Die nach den Bauarbeiten dokumentierte Vermessung des Rheins wird in den sogenannten Myriametersteinen dokumentiert, von denen verschiedene Exemplare am Rhein mit den auf allen vier Seiten eingemeißelten Informationen noch erhalten sind.

Die Planungen der Bauarbeiten zur Rektifikation des Rheins wurden zu Tullas Lebensaufgabe und haben ihn während seines gesamten Berufslebens beschäftigt. Seine Überzeugung zeigt sich in einem Satz seiner Schrift von 1825: „In der Regel sollten in kultivierten Ländern die Bäche, Flüsse und Ströme Kanäle sein und die Leitung der Gewässer in der Gewalt der Bewohner stehen“. Gleichzeitig war er davon überzeugt: „Wird aber der Rhein rectifiziert, so wird alles längs diesem Strom anders werden; der Muth und die Thätigkeit der Rheinufer-Bewohner wird in dem Verhältnisse steigen, in welchem ihre Wohnungen, ihre Güter und deren Ertrag mehr geschützt seyn werden“.

Demzufolge stand der Schutz von Land und Eigentum der Bewohner vor dem Hochwasser des Flusses von Anfang an im Mittelpunkt des Vorhabens der Flussbegradigung. Einer Begradigung, in deren Konzept immer noch Platz für – aus heutiger Sicht – ökologische Strukturen war, die heute durch die Öffnung von Altrheinarmen und Schluten wieder in das Tulla'sche Gebäude der weitgehend offen gehaltenen Mäanderschlingen eingefügt werden müssen.

In den zitierten Sätzen zeigt sich aus heutiger Sicht das gesamte Problemfeld des Rheinlaufes. Einerseits könnte der Rhein ohne die grundlegenden Planungen und Arbeiten Tullas nicht als internationale Wasserstraße in der Mitte Europas dienen und jährlich als Transportstraße für viele Millionen Tonnen Güter genutzt werden. Andererseits ist das schnell abfließende Wasser des Flusses dafür verantwortlich, dass sich das Landschaftsbild der Rheinniederung im wahrsten Sinne des Wortes grundlegend geändert hat. In den 150 Jahren der Rheinbegradigung haben sich in der Pflanzen- und Tierwelt mehr Veränderungen ergeben als in den gesamten 10 000 Jahren seit dem Ende der Eiszeit.

Als in den 1950er Jahren die rasante Tieferlegung der Flusssohle auffiel und gleichzeitig erst Versteppungsspuren den Oberrhein als Trockengebiet auswiesen, wurden ständig Maßnahmen ergriffen, die diesen Erscheinungsbildern entgegenstehen sollten. Zunächst erfolgte der Bau von Staustufen und Kulturwehren bis Iffezheim, die den jetzt staugeregelten Rhein zur ganzjährig befahrbaren Wasserstraße ausbauten und einen gleichmäßigen Wasserstand gewährleisteten. Für die oberhalb liegenden Abschnitte wurde in den 1990er Jahren dann mit dem Integrierten Rheinprogramm der Versuch unternommen, auch ökologische Flutungen zum Erhalt von Auenvegetation zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte mit dem Bau von Poldern die seit Tulla immer schneller ablaufende Hochwasserwelle abgebremst werden. Es muss jetzt nachgebessert werden, was aus den zunächst richtigen Ansätzen und Gedanken Tullas nach seinem Tod entstanden ist.

Johann Gottfried Tulla hat sich zeitlebens in den Dienst seines Landes Baden gestellt und keine persönlichen Vorteile aus seiner Stellung gezogen. Vielmehr hat er sein Leben einer von ihm als unabdingbar angesehenen Aufgabe gewidmet. Er wurde wegen seiner Überzeugung über den Umbau des Rheins oft kritisiert und auch angefeindet, Tulla blieb davon unbeirrt. Er starb in der Überzeugung, für sein Land das Richtige getan zu haben. Aus heutiger Sicht kann resümiert werden, dass ein großer Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs Badens der Rheinrektifikation zu verdanken ist.

Eine Würdigung seines Schaffens erfuhr Tulla zu Lebzeiten durch verschiedene Auszeichnungen: Johann Gottfried Tulla war Großherzoglich Badischer Oberst und Oberdirektor des Wasser- und Straßenbaus; Ritter des Großherzoglich Badischen Ordens des Zähringer Löwens; Offizier des Königlich Französischen Ordens der Ehrenlegion; Ritter des Kaiserlich Russischen St. Wladimir- und des Königlichen Ordens der Baierischen Krone. Heute wird sein Name in Baden-Württemberg in über einhundert Städten und Gemeinden seiner durch die Benennung von Schulen, Festhallen, Straßen und Plätzen gewürdigt. Ein Denkmal im Karlsruher Rheinhafen erinnert an der originalen Stelle seines Schaffens bis heute zu Recht an ihn.

Literatur

Blackbourn, D.(2006): Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. München

Knäble, K. (1970): Tätigkeit und Werk Tullas. Badische Heimat, 50. Jg., H. 4, S. 450–465

Tulla, J. G. (1822): Die Rectifikation des Rheins, Karlsruhe

Tulla, J. G. (1825): Rektifikation des Rheins, von seinem Austritt aus der Schweiz bis zu seinem Eintritt in das Großherzogtum Hessen. Karlsruhe

Scheffel, Ph. J. (1830): Nekrolog auf Johann Gottfried Tulla. Karlsruhe

Zier, G. (1970): Johann Gottfried Tulla. Badische Heimat, 50. Jg., H. 4, S. 379–449

Anschrift des Autors:
Dr. Wilfried Schweinfurth
Luisenstraße 20
68723 Schwetzingen

Konrad Exner

Richard Freudenberg – einflussreicher Unternehmer im badischen Parlament (1919–1925)

1. Lebenslauf

Nachdem ich in früheren Zeitschriften der Badischen Heimat einige Parlamentarierinnen des Badischen Landtags der ersten Stunde vorgestellt habe, werde ich nun einen wirtschaftlich einflussreichen Abgeordneten des badischen Parlaments würdigen.

Richard Freudenberg wurde am 9. Februar 1892 in Weinheim geboren, besuchte seit 1901 das Weinheimer Realgymnasium und schloss dieses 1911 mit dem Abitur ab. Vom Wintersemester 1911/12 an studierte er zuerst in Bonn, dann in den USA, Berlin und Frankfurt a. M. Botanik. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges brach er sein Studium ab und trat in die elterliche Lederfabrik Carl Freudenberg in Weinheim ein. 1918 wurde er hier Prokurist und 1921 Geschäftsführer. Er trat am 19. 11. 1919 für den Mannheimer Rechtsanwalt Friedrich König in den Badischen Landtag als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) ein und war von 1920–1925 Mitglied des Haushaltsausschusses.[1] Im Jahr 1919 begann auch seine kommunalpolitische Arbeit in Weinheim.

Nach dem Tod seines Vaters im Jahre 1923 beendete Richard Freudenberg mit dem Ende der II. Landtagsperiode 1925 die Tätigkeit im Badischen Landtag und übernahm mit seinen Brüdern Hans und Otto und seinem Vetter Walter als persönlich haftender Gesellschafter die Führung des Familienunternehmens. Vor allem auf Grund seiner Eigeninitiative erweiterte Richard Freudenberg die Produktpalette der Firma Freudenberg, von der Lederherstellung zur Produktion von Kunstdärmen, Kunstleder, synthetischem Kautschuk bis hin zur Herstellung von Faservliesstoffen. In der Zeit des Nationalsozialismus musste der demokratisch eingestellte Richard Freudenberg für sich und die Firma vielfache Benachteiligung und Verleumdung wegen „demokratischer Rechthaberei“ in Kauf nehmen, er musste jedoch während der Naziherrschaft wegen seiner Bekanntheit nie den Gemeinderat verlassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Richard Freudenberg kurze Zeit kommissarischer Bürgermeister von Weinheim und Leiter des Mannheimer Landratsamts. Zweimal wurde er 1945 von der amerikanischen Militärpolizei aufgrund von Denunziationen verhaftet, einmal aufgrund der Denunziation eines Weinheimer Bürgers, das andere Mal wegen des Vorwurfs der Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat der Deutschen Bank während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Während seiner zweiten Haft wurde Freudenberg durch die amerikanische Militärregierung von den Aufgaben eines persönlich haftenden Gesellschafters der Firma Freudenberg entbunden. Beide Male wurde er aus der Internierung wieder entlassen, das erste Mal wegen unhaltbarer Vorwürfe, das zweite Mal, nachdem ihn die Weinheimer Spruchkammer vorerst in die Gruppe III der Minderbelasteten des Nationalsozialismus eingereiht hatte, Mitte Februar 1947 als „Entlasteter“ von den Vergehen des Nationalsozialismus.

Nach dem Ende des Entnazifizierungsverfahrens und der erneuten Übernahme der Führungsaufgaben im elterlichen Unternehmen gründete Richard Freudenberg in Weinheim die parteilose Wählervereinigung (PWV), später Freie Wählergemeinschaft (FWG) genannt, für die er 1947 in den Weinheimer

Richard Freudenberg
Generallandesarchiv Karlsruhe, 231 Nr. 2937 (887)

Stadtrat einzog. Zur Bundestagswahl 1949 ließ sich Freudenberg als parteiloser Kandidat für den Wahlkreis Mannheim-Land aufstellen, hierbei wurde er von der FDP/DVP unterstützt. Freudenberg wurde mit 43,69% der Stimmen als Direktkandidat gewählt.[2] Bei der Wiederwahl zum zweiten Bundestag am 6. September 1953 scheiterte Freudenberg am Kandidaten der CDU, der die Mehrheit erhielt. Im November 1953 wurde Freudenberg in den Kreistag des Landkreises Mannheim-Land gewählt, seit 1962 ist er Ehrenmitglied im Landesverband der FWG gewesen. 1971 schied Richard Freudenberg aus Altersgründen aus dem Stadtrat und 1973 aus dem Kreistag aus. Er starb am 21. November 1975 in Reutte/Tirol[3] und wurde in Weinheim beigesetzt.

2. Liberaler Wirtschaftspolitiker und Befürworter eines einheitlichen, europäischen Wirtschaftsgebiets

Freudenberg wollte, dass nach dem Ende des 1. Weltkrieges die Zwangswirtschaft aufgehoben würde und eine liberale Wirtschaftspolitik an ihre Stelle träte. Angebot und Nachfrage sollten allein den Preis bestimmen. Die geltende Regelung erläuterte Freudenberg am Beispiel der Lederindustrie, mit deren Produkten man nur einen geringen Gewinn erwirtschaften konnte, weil man die niedrigen Preise staatlicherseits festgelegte. So wurden die hochwertigen Lederwaren meist ins Ausland (Elsass-Lothringen) geschmuggelt und dort hohe Gewinne erzielt. Der ehrliche Lederproduzent und der Staat gingen leer aus. Bei Preisen, die der Markt bestimmt hätte, wäre so etwas nicht passiert.

Die niedrigen Tarife und steigenden Material- und Lohnkosten bei der Reichsbahn und den badischen Eisenbahnen und die billigen Tarife und steigenden Lohnerhöhungen bei der Post führten zu verschuldeten Haushalten dieser Behörden. Die Verluste bei der preußischen Eisenbahn betrugen im Jahre 1920 vier Milliarden Mark.[4] Diese gesamten Schulden musste auf Jahre hinaus die Allgemeinheit tragen. Bei höherer Ausgestaltung der Tarife, also beim Prinzip von Angebot und Nachfrage, hätte das Deutsche Reich bzw. der badische Staat Kosten gespart, die anderen Zweigen, z. B. der Alters- oder Krankenversorgung, hätten zugute kommen können.

Die Notlage der badischen Eisenbahn wurde 1920/21 deutlich, als die Badische Lokaleisenbahn AG und die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft AG vor dem Aus standen. Richard Freudenberg setzte sich im Haushaltsausschuss dafür ein, dass die beiden Eisenbahnlinien und damit die Arbeitsplätze der Bahnbediensteten erhalten blieben.

Am 22. Dezember 1920 schlug er als Mitglied des Haushaltsausschusses dem Badischen Landtag vor, die Badische Lokaleisenbahn AG durch den Kreis Karlsruhe übernehmen zu lassen, da die Badische Lokaleisenbahn AG zwei Drittel der Gesamtstrecke im Kreis Karlsruhe befuhr. Die restlichen Strecken befanden sich in den Kreisen Baden und Heidelberg. Der Kreis Karlsruhe konnte aber nach dem Verwaltungsgesetz keinen Nebenbahnbetrieb, schon gar nicht in anderen Kreisen, übernehmen. Dafür musste ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, den Freudenberg dem Landtag vorlegte und der einen einmaligen

staatlichen Zuschuss von 5 Millionen Mark[5] an den Kreis Karlsruhe vorsah. Der Landtag verabschiedete das Gesetz einstimmig. Mit diesem Gesetz konnte der Kreis Karlsruhe auf wirtschaftliche Weise den Bahnbetrieb der Badischen Lokaleisenbahn AG fortzuführen.

Am 5. Oktober 1921 berichtete Freudenberg als Mitglied des Haushaltsausschusses dem Landtag von dem Vertrag der Stadt Mannheim mit dem Finanzministerium, dass diese bei Zahlung eines einmaligen Betrages von 4,5 Millionen Mark durch den badischen Staat bereit wäre, die defizitäre Oberrheinische Eisenbahngesellschaft AG weiterzuführen. Der Landtag billigte den ausgehandelten Vertrag zwischen der Stadt Mannheim und dem Finanzministerium, so dass die Bahnen der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft AG weiterfahren konnten.

Die Staatsbrauerei Rothaus wurde im Jahre 1920 selbstständig, damit sie sich nach den Regeln der Marktwirtschaft auf dem Braumarkt behaupten konnte. Dies wurde immer schwieriger, weil die Firma nicht über genügend Geldmittel verfügte. Deswegen wollte die Regierung sie in eine Aktiengesellschaft umwandeln. Richard Freudenberg stellte dem Landtag am 24. Juli 1922 als Berichterstatter des Haushaltsausschusses den Gesetzentwurf über die Umwandlung der Staatsbrauerei Rothaus in eine Aktiengesellschaft vor, der ein Aktienkapital von 2 Millionen Mark durch den badischen Staat vorsah. Dieses Gesetz, das den marktwirtschaftlichen Prinzipien Freudenbergs entsprach, wurde vom Landtag einstimmig angenommen.

Als Befürworter eines europäischen Wirtschaftsgebiets empfahl sich Richard Freudenberg als europäischer Politiker, weil er schon 1920 ein „großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet“ forderte, „in dem Absatz und Produktion sich besser ausgleichen“[6] könnten. Hierbei bezog er auch das an Bodenschätzen reiche Russland ein. Bei einem grenzüberschreitenden Handel wäre wohl die damalige missliche Wirtschaftlage der europäischen Staaten verbessert worden.

Freudenberg aber übersah jedoch bei der allmählichen Übernahme liberaler Wirtschaftsprinzipien durch die Gesellschaft nicht die Lage der Personen, die aus Alters- und Krankheitsgründen nicht mehr arbeiten und kein Geld verdienen konnten.

3. Unterstützung neuer Projekte

3.1 Neckarkanalisierung

Richard Freudenberg unterstützte ein epochales Bauwerk, den Bau eines Neckarkanals, indem er am 1. Juli 1921 mit der Landtagsmehrheit dem Gesetz über die Neckarkanalisierung zustimmte. Für dieses Projekt wurde eine Neckar-Aktiengesellschaft gegründet, deren Aktienkapital 300 Millionen Mark betrug. An diesem Aktienkapital war das Reich mit 160 Millionen Mark, das Land Württemberg mit 80 Millionen Mark, die Industrie, Banken und Privatleute mit 40 Millionen Mark, das Land Baden mit 17,5 Millionen Mark und das Land Hessen mit 2,5 Millionen Mark beteiligt. Damals war man schon der Ansicht, dass dieses Kapital nicht reichen würde, und man beschloss kurz darauf die Erhöhung des Aktienkapitals, Baden erhöhte seinen Kapitalanteil auf 35 Millionen Mark.[7]

Das erste Bauprogramm umfasste sieben Stufen, die Staustufen Wieblingen, Neckarsulm, Ladenburg, Horkheim, heute Heilbronn-Horkheim, und Oberesslingen und die Neckarverlegungen bei Unter- und Obertürkheim, heute Stuttgart–Unter- und Obertürkheim. Durch die galoppierende Inflation Anfang der Zwanziger Jahre wurde es immer schwieriger, die Arbeiten am Neckarkanal fortzuführen. So wurden die Bauarbeiten an den Staustufen Ladenburg, Horkheim und Oberesslingen eingestellt. Diese Stilllegungsarbeiten kosteten auch 170 000 Goldmark. Der Bau der Staustufe Wieblingen kostete 7 395 000 Goldmark, der der in Neckarsulm 7 695 000 Goldmark, die Umlegung des Neckars bei Unter- und Obertürkheim 650 000 Goldmark, die Verwaltung und Zinsbelastung noch einmal 1,2 Millionen Goldmark, das waren zusammen 17,1 Millionen Goldmark. (Wegen der immer wertloser werdenden Papiermark rechnete die staatliche Verwaltung mit Goldmark, 4,2 Goldmark = 1 Dollar.) Von den 17,1 Millionen Goldmark waren 7,8 Millionen bewilligt, der Rest von 9,3 Millionen Goldmark musste noch aufgebracht werden.[8]

Richard Freudenberg fragte als verantwortlicher Politiker in seiner Rede am 4.Mai 1923, wie das Land Baden die hohen Kosten, die auf das Land zukamen, aufbringen sollte. Er nannte die Stilllegungsarbeit eine „unproduktive Arbeit“, für die das Land Baden 11 400 Goldmark[9] aufbringen musste. Er besichtigte vorher mit dem Haushaltsausschuss die Baustelle in Wieblingen, die zu 23% fertig war und für die schon gewaltige Erdbewegungen durchgeführt wurden. Freudenberg sprach nach dem Vororttermin in Wieblingen in der Landtagsrede vom 4. Mai 1923 davon, dass ein Baustopp in Wieblingen und damit auch in Neckarsulm nicht durchgeführt werden sollte, da dieser teurer als ein Weiterbauen wäre. Außerdem, sagte Freudenberg, wären an der Baustelle in Wieblingen über 600 Personen[10] beschäftigt, die somit nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen würden.

In derselben Landtagssitzung vom 4. Mai 1923 stellte Freudenberg dem Landtag den Antrag des Haushaltsausschusses „Entwurf eines Gesetzes über die Neckarkanalisierung (Drucksache Nr. 45)“ vor, in dem der Landtag aufgefordert wurde, die Geldmittel für den Bau des Neckarkanals „ausschließlich zur Fortführung der Arbeiten an den Kraftwerken Wieblingen und Neckarsulm und für die Einstellungsarbeiten an den Staustufen Ladenburg, Horkheim und Oberesslingen“[11] zu verwenden.

Am 4. August 1925 wurde im Parlament wieder über das Gesetz der Neckarkanalisierung beraten. Freudenberg hatte inzwischen erkannt, dass sich das Land Baden bei der Finanzierung des Neckarkanals übernommen hätte. Er forderte die Regierung auf zu prüfen, ob die Neckarkanalisierung noch wirtschaftlich wäre, und legte einen Entschließungsantrag vor,[12] (Siehe Bild) in dem die Landesregierung die Reichsregierung ersuchen sollte, vor dem Bau weiterer Baustufen die Rentabilität des Kanalprojektes zu überprüfen, bevor weitere Millionenbeträge aufgewandt würden.

3.2 Bau der Main-Donau-Wasserstraße

Richard Freudenberg befürwortete auch das Großprojekt der Main-Donau-Wasserstraße. Dieses Projekt wurde initiiert vom Deutschen Reich und dem Land Bayern. Das Land Baden war bei diesem Vorhaben nur von einem kleinen Teil, von 37 km im Bezirk Wertheim, betroffen. Beim Aushandeln des Vertrages über die Main-Donau-Wasserstraße zwischen dem Deutschen Reich und Bayern waren aber auch Vertreter der badischen Regierung beteiligt, um die Interessen ihres Wertheimer Bezirks durchsetzen zu können.

Am 30. September 1921[13] wurde in München die Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft gegründet, in die die Badische Regierung kein Aktienkapital einzahlte, weil sie dieses Projekt nur geringfügig betraf. Während der ersten beiden Bauperioden berücksichtigte man die badischen Baustufen auch nicht. In seiner Rede am 14. Juli 1922,[14] als Freudenberg als Berichterstatter des Haushaltsausschusses den Gesetzentwurf der Main-Donau-Wasserstraße vorstellte, ging er auf das bisherige Bauprogramm der Wasserstraße ein. Er meinte nun spaßig, dass ein wesentlicher Grund für die Beteiligung des Landes Baden an der Aktiengesellschaft nach Meinung des Haushaltsausschusses entfallen wäre, da die badischen Baustufen in das bisherige Baugeschehen nicht einbezogen wurden. Im Verlaufe seiner Rede forderte er aber die Abgeordneten des Landtages ernsthaft auf, für die Meinung des Haushaltsausschusses zu stimmen, sich mit 4 Millionen Mark an der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft zu beteiligen, damit das Land einen Aufsichtsratssitz erhalten würde, um Sitz und Stimme bei den Entscheidungen im Gremium zu haben. Diesem Antrag wie auch dem Gesetzentwurf über die Main-Donau-Wasserstraße stimmte das Parlament einstimmig zu.

4. Steuergesetzgebung

Nach dem 1. Weltkrieg wurde im demokratisch orientierten Baden das Steuersystem auf eine neue Grundlage gestellt. Als Unternehmer und liberaler Politiker schaltete sich Richard Freudenberg oft in die Steuergesetzgebung ein, im Haushaltsausschuss arbeitete er an den neuen Steuergesetzen und in dieser Eigenschaft stellte er dem Landtag häufig die Gesetzesvorschläge vor. Aus dieser vielfältigen Arbeit beschränke ich mich auf einige wichtige Steuergesetze.

4.1 Besteuerung der Wandergewerbsbetriebe

Seit Ende des 1. Weltkrieges hatte das Wandergewerbe verstärkt zugenommen, weil es sehr einträglich war. Dieses Wandergewerbe umfasste das Hausierergewerbe, u. a. den Handel mit Tieren, Kurzwaren, die Vorführung von Musikaufführungen und Schaustellungen. Da dieses Wandergewerbe stark zunahm, mussten die niedergelassenen Gewebebetriebe durch eine Erhöhung der Steuersätze für das Wandergewerbe geschützt werden.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses stellte Freudenberg am 21. Dezember 1920 den „Gesetzentwurf über die Besteuerung des Wandergewerbebetriebes“ vor. Richard Freudenberg machte deutlich, dass es nötig wäre, die Wandergewerbebetriebe höher zu besteuern, da die Steuer auf einem Gesetz von 1899, das im Jahre 1900 und 1912 novelliert wurde, fußte.[15]

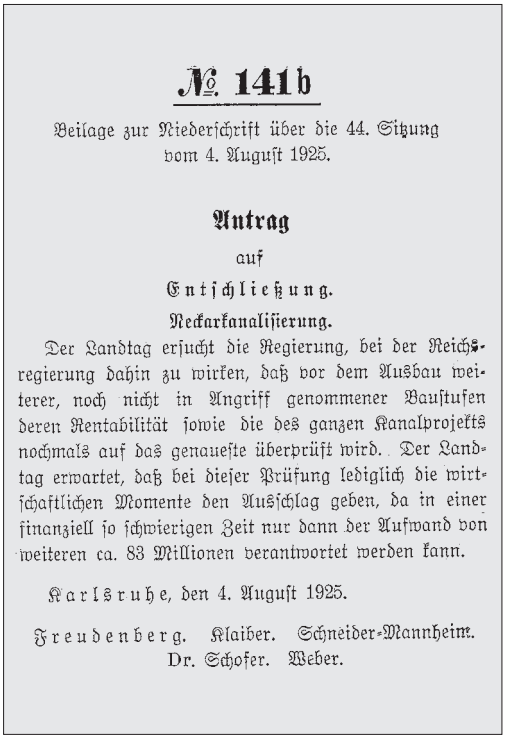
Er forderte beim Hausierergewerbe für den Handel mit

- Pferden, Rindern und Schweinen die Steuer von 30 bis 600 Mark (Vergleich 1914) auf 300 bis 2000 M.,
- beim Handel mit Kurz- und Galanteriewaren, das sind Schmuck- und Tuchwaren, von 12 bis 180 M. auf 30 bis 450 M.,
- beim Handel für anderweitige Waren des Hausierergewerbes von 3 bis 36 M. auf 15 bis 100 M. und
- bei Musikaufführungen und Schaustellungen von 12 bis 120 M. auf 60 bis 1200 M. zu erhöhen.[16]

Das Gesetz wurde dann einstimmig angenommen. – Durch die steigende Geldentwertung der Nachkriegszeit musste dieses Gesetz ein Jahr später am 16. Dezember 1921 erneut verändert werden. Richard Freudenberg brachte den Gesetzentwurf des Haushaltsausschusses wieder ein und die Steuerbeträge hatten sich jetzt mehr als verdoppelt.

Der vom Abgeordneten Freudenberg vorgelegte Gesetzentwurf wurde vom Badischen Landtag mehrheitlich angenommen. – Die Gemeinden waren an der Wandergewerbesteuer nur indirekt beteiligt, da die Kreise 30% dieser Steuer erhielten und diese auf die Gemeinden umlegten. Freudenberg sprach sich in der oben erwähnten Parlamentssitzung am 16. Dezember 1921 im Auftrag des Haushaltsausschusses für eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Wandergewerbesteuer mit 40% aus, damit die Gemeinden, die am meisten vom Wandergewerbe betroffen waren, für ihre Ausgaben entschädigt würden.

Wegen der rasanten Geldentwertung blieben die Tarife der Wandergewerbesteuer von 1921 nicht lange bestehen. Der Abgeordnete Freudenberg brachte am 27. März 1924 ein Notgesetz über die Besteuerung des Wandergewerbebetriebs ein. Wegen der hohen Geldwertzeichen wurden die Tarife im Notgesetz nicht in Papiermarkziffern angegeben, sondern im Goldtarif, und die neuen Tarife lagen nun durchschnittlich um das ein- bis zweifache über dem Wert von 1914. Freudenberg wies daraufhin, dass die Gemeinden noch stärkeren Anteil an dieser Steuer als 1921 haben sollten, nämlich 60%. Dieses Notgesetz wurde noch am selben Tag einstimmig angenommen.



№ 141b

Beilage zur Niederschrift über die 44. Sitzung vom 4. August 1925.

Antrag

auf

Entschließung.

Neckarkanalisierung.

Der Landtag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß vor dem Ausbau weiterer, noch nicht in Angriff genommener Baustufen deren Rentabilität sowie die des ganzen Kanalprojekts nochmals auf das genaueste überprüft wird. Der Landtag erwartet, daß bei dieser Prüfung lediglich die wirtschaftlichen Momente den Ausschlag geben, da in einer finanziell so schwierigen Zeit nur dann der Aufwand von weiteren ca. 83 Millionen verantwortet werden kann.

Karlsruhe, den 4. August 1925.

Freudenberg. Klaiber. Schneider-Mannheim.
Dr. Schofer. Weber.

Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 4. Sitzungsperiode, Beilagenheft, Karlsruhe, 1926, S. 407

4.2 Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens

Das Aufkommen aus dem Liegenschafts- und Betriebsvermögen war für viele Gemeinden, vor allem Landgemeinden, sehr gering, weil die Gemeinden in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg andere Schwerpunkte in der Steuerpolitik setzten, z. B. erzielten viele kleine Gemeinden in den Jahren 1919 und 1920 durch den Holzverkauf höhere Steuereinkünfte, von denen sie einen Teil ihres Haushalts finanzieren konnten, als durch Einnahmen aus dem Liegeschafts- und Betriebsvermögens. Die Einnahmen aus dem Holzgeschäft versiegten später, deswegen wiesen die Haushalte einiger Gemeinden Defizite auf. In seiner Etatrede am 12. Mai 1921 meinte Freudenberg, dass man die verschuldeten Gemeinden nicht durch eine staatliche Einmalzahlung entschulden sollte, denn das würde die Selbstverwaltung der Gemeinden untergraben.[17] Stattdessen schlug er im Auftrag des Haushaltsausschusses in seiner Etatrede vor, den Gemeinden „für das Rechnungsjahr 1920 einen Nachtrag von 35 Pfennig auf je 100 M. steuerbares Vermögen“[18] und für die folgende Rechnungsperiode bis zu 2 M. je 100 M. auf das zu versteuernden Liegenschafts- und Betriebsvermögen zu erheben. Sollten einige Gemeinden wegen ungünstigem Steuereingang über 2. M je 100 M. Steuerwert von ihren Bürgern verlangen, so meinte Freudenberg, müssten die Gemeinden sich dies vom Innenministerium genehmigen lassen.[19] Diese Anregungen des Abgeordneten Freudenberg wurden vom Landtag gebilligt. Wenn aber ein Gemeindebürger die hohen Abgaben aus seinem Liegenschafts- und Betriebsvermögen nicht aufbringen konnte, so stand im § 6 des Gesetzes über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens in den Jahren 1920 und 1921, dass die Gemeinde dem in Not geratenen Steuerpflichtigen die Steuer ganz oder teilweise erlassen konnte.[20]

4.3 Steuerverteilungsgesetze

4.3.1 Schullastenverteilung

In der Landtagssitzung am 29. Juli 1921 ging es um die Schullastenverteilung für die Volks- und Fortbildungsschulen der Gemeinden und mittleren Städte. Der Regierungsentwurf sah vor, dass die Sachkosten der Schulen von den Gemeinden und Städten, die Personalkosten zu drei Viertel vom Land und ein Viertel von den Gemeinden bzw. mittleren Städten getragen werden sollten. Für die Schulen der großen Städte übernahmen die Großstädte wie bisher die Sach- und Personalkosten. Als die Regierungsvorlage diskutiert wurde, wollten einige Abgeordnete die volle Übernahme der Personalkosten durch den Staat. Richard Freudenberg machte den Unterschied in der Debatte vom 29. Juli 1921 deutlich: Das Land erklärte sich bereit, die vom Schulgesetz vorgeschriebenen Personalkosten zu übernehmen, viele Gemeinden wollten aber auch die Personalkosten vom Staat übernommen haben, die sie bewilligt hatten, z. B. zusätzliche, nicht vom Schulgesetz vorgeschriebene Lehrerstellen. Der Abgeordnete Freudenberg gab in der Landtagssitzung den Beschluss des Haushaltsausschusses in der Schullastenverteilung bekannt, dem der Badische Landtag später zustimmte: Das Land übernahm ab 1. April 1921 die gesamten persönlichen, schulgesetzlich vorgeschriebenen Kosten, während die Gemeinden die sachlichen und gesetzlich nicht vorgeschriebenen persönlichen Schulkosten übernahmen.[21]

4.3.2 Kreissteuer

Die Kreise waren durch die enorme Geldentwertung in große Schwierigkeiten geraten, das Geld war fast nur noch für zwei Gebiete, die Landarmenpflege und die Unterhaltung der Kreisstraßen mitsamt den gestiegenen Personalkosten, ausgegeben worden. Die Kreise erhoben bisher vom Grundvermögen und von Gewerbebetrieben in ihrem Gebiet bis zu 20 Pfennig von 100 Mark jenes Vermögens, wovon man aber nicht alle Kreisaufgaben erfüllen konnte. Die Regierung brachte deshalb am 14. September 1922 einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, in dem sie den Steuersatz von 20 Pfennig auf 2 Mark erhöhen wollte. Freudenberg aber stellte im Auftrage des Haushaltsausschusses den Antrag, den Steuersatz von 20 Pfennig auf 3 M. zu erhöhen,[22] damit die Kreise wieder genügend Einnahmen hätten. Der Antrag Freudenbergs wurde einstimmig angenommen.

4.3.3 Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer

Die Regierung brachte am 7. August 1925 ein Gesetz in den Landtag ein, das die Verteilung der Reichssteuern (Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer) rückwirkend zum 1. April 1925 neu regeln sollte. Von dem zu erwartenden Aufkommen der verschiedenen Steuerarten sollte das Land 65%, die Gesamtheit der Gemeinden 35% erhalten. Freudenberg bemängelte, dass die Gemeinden jetzt einen geringeren Anteil an Reichssteuern erhielten. Der Landtagsabgeordnete gab aber in derselben Sitzung den Beschluss des Haushaltsausschusses bekannt, in Zukunft bei guter Wirtschaftslage, wenn das Land über 72 Millionen Reichsmark an Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer einnehmen würde, sollte der Verteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden 50% zu 50% und damit für die Gemeinden günstiger werden. Diese Passage wurde auch in das Gesetz aufgenommen.[23]

Von den drei eingehenden Reichssteuern wurde vor der Verteilung ein Lastenausgleichsstock von 500 000 M. gegründet, von dem in Notfällen Gemeinden eine Beihilfe erhielten. Dieser Betrag von 500 000 M. sollte ursprünglich nur über 200 Tausend Mark gehen. Auf Anregung des Verbandes der Gemeinden wurde dieser Betrag erhöht.

An dem Gemeindeaufkommen der Reichssteuer von 35% bzw. 50% sollten beteiligt werden

1. die Gemeinden über 10 000 Einwohnern mit 66%,
2. die Gemeinden von 3000 bis 10 000 Einwohnern mit 12%,
3. die Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit 22%.[24]

In seiner Haushaltsrede vom 7. August 1925 legte Freudenberg dar, dass die Einwohnerzahl von 10 000 mit 66% und die unter 10 000 Einwohner mit 12% Steueranteilen geändert wurden, weil die Stadt Kehl mit 9288 Einwohnern noch hunderte Einwohner der Besatzungsmächte in ihren Stadtgrenzen beherbergte, die nicht mitgezählt wurden, und die Stadt Kehl nach der ersten Gesetzesvorlage nicht in den Vorteil eines 66-prozentigen Anteils der drei Steuerarten gekommen wäre. In dem Steuergesetz sollte aber kein Präzedenzfall wegen der Stadt Kehl entstehen. Richard Freudenberg trug den Beschluss des Haushaltsausschusses vor, statt Gemeinden über 10 000 Einwohnern 66-prozentige Steueranteile und Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zwölf-prozentige Steueranteile zu gewähren, sollten die Gemeinden über 9000 Einwohnern 66% und die Gemeinden unter 9000 Einwohnern zwölf% des Steueranteils bekommen. Dieser Beschluss wurde auch vom Landtag gebilligt. Neben der Stadt Kehl kamen auch die Städte Ettlingen und Schwetzingen in den Genuss eines höheren Steueranteils.

5. Zusammenfassung

Richard Freudenberg, ein vorbildlicher Unternehmer, hatte nach dem 1. Weltkrieg schon früh als parlamentarischer Landtagsabgeordneter politische Verantwortung übernommen. Er zeigte sich als liberaler Wirtschaftspolitiker, der sich von der Zwangswirtschaft des Krieges abwandte und die Marktwirtschaft befürwortete. Gesellschaftliche und politische Erneuerungen unterstützte er, wie man an seiner Zustimmung zu der Neckarkanalisierung und zu dem Bau der Main-Donau-Wasserstraße ersehen konnte. Wenn aber ein solches Unternehmen zu teuer wurde, wollte er es wie bei der Neckarkanalisierung abbrechen, weil der Staat sich nicht verschulden sollte. Dieser Grundsatz, sich nicht zu verschulden, war ein Prinzip des Unternehmers Freudenberg, der sich auch schon als angehender Europäer engagierte, weil er für einen Markt mit offenen Grenzen in Europa eintrat.

In der Haushalts- und der Steuergesetzgebung war Richard Freudenberg ein hervorragender Fachmann. Deswegen war er auch als Mitglied seiner Partei im Haushaltsauschuss und stellte oft die Steuergesetze im Landtag vor. Als sein Vater, der Unternehmer Hermann Ernst Freudenberg, 1923 starb, beendete Richard Freudenberg noch 1925 die Legislaturperiode des Parlaments in Karlsruhe, um dann in Weinheim als persönlich haftender Gesellschafter das Familienunternehmen Carl Freudenberg erfolgreich zu leiten.[25]

Anmerkungen

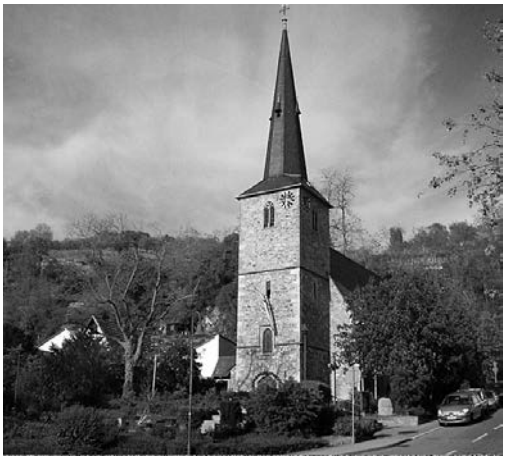
1 GLA Karlsruhe 231/10956, fol 131.
2 Stefan D. Wilderotter, Richard Freudenberg, Freudenberg Archiv-Schriften 1/1992, Weinheim S. 118.
3 Lebenslauf Richard Freudenberg, Archiv der Stadt Weinheim, Rep. 3 Nr. 180 (Meldekartei).
4 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, Karlsruhe 1921, S. 538.
5 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, Karlsruhe 1922, S. 196.
6 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 543.
7 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, Karlsruhe 1924, S. 195.
8 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 1136/1137.
9 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 1137.
10 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 1139.
11 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Beilagenheft, Karlsruhe 1924, S. 431.
12 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 4. Sitzungsperiode, Beilagenheft, Karlsruhe 1926, S. 407.
13 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 1. Sitzungsperiode, Protokollheft, Karlsruhe 1923, S. 3593.
14 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 1. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 3593 ff.
15 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 159.
16 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 160.
17 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 1798.
18 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Beilagenheft, Karlsruhe 1922, S. 691.
19 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 1799.
20 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Beilagenheft, a. a. O., S. 692.
21 Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, 3. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 2384.
22 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 2. Sitzungsperiode, Protokollheft, a. a. O., S. 177.
23 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 4. Sitzungsperiode, Beilagenheft, a. a. O., S. 377.
24 Verhandlungen des Badischen Landtags, II. Landtagsperiode, 4. Sitzungsperiode, Protokollheft, Karlsruhe 1926, S. 2182.
25 http://www.schule-bw.de/ unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/personen/freudenberg

Anschrift des Autors:
Dr. Konrad Exner
Waidallee 11/1
69469 Weinheim

Hartmut Hegeler

Geocaching in Baden: „Anton Praetorius' klägliche Zeitung"

„Satelliten erfasst", meldet der GPS-Empfänger. Der 15-jährige Lukas tippt Koordinaten ein. Kreise und Säulen blinken auf dem Display, Pfeile zeigen die Himmelsrichtungen an. Lukas blickt angestrengt auf das gelbe Gerät. „Hier geht's lang". Lisa und die anderen Jugendlichen folgen ihm. Geocaching begeistert Jugendliche für das Wandern und Erwachsene für die Schatzsuche, zu Fuß oder mit dem Mountainbike. Selbst technik-verliebte Stubenhocker entdecken wieder die Natur. Lukas hat im Internet ein neues Ziel für eine Schnitzeljagd auf die moderne Art gefunden. Und die heißt: Geocaching, zusammengesetzt aus Geo (Erde) und dem englischen Wort cache (verstecken). Es gibt Leute, die verstecken irgendwo Dosen voller kleiner netter Dinge und einem Logbuch, eine Art Tagebuch. Dann veröffentlichen sie im Internet Hinweise auf das Versteck, indem sie dort die Koordinaten mit einer Beschreibung des Schatzes eintippen. Lukas, Lisa und auch immer mehr Erwachsene nutzen ihr GPS-Gerät, um solche Schätze zu finden. GPS bedeutet Global Positioning System (deutsch: Globales Positionsbestimmungssystem), ursprünglich vom US-Verteidigungsministerium für militärische Zwecke entwickelt. Mit dieser Technik des weltweiten, satellitengestützten Navigationssystems funktionieren die „Navis" in den Autos. Auch Spaziergänger können akkubetriebene „Navis" mitnehmen, die Landkarten mit dem genauen Standort anzeigen.



Evangelische Kirche in Laudenbach

„Praetorius' Aussicht"

Zuhause haben Lukas und Lisa auf dem Computer auf einer Internetseite die Koordinaten für eine neue Schatzsuche in Baden gefunden. Der Cache heißt „Praetorius' Aussicht – In Augenhöhe mit dem Kirchturmgockel" und ist verzeichnet unter:
http://www.opencaching.de/viewcache.php?cacheid=125654

Der Schatz wurde am 21. April 2008 versteckt und führt die Jugendlichen auf historische Pfade. So kann das Geocaching dem Wanderer die Augen für das geschichtliche Vermächtnis der Landschaft und des Ortes wecken. Zunächst geht es zu dem Gedenkstein für Anton Praetorius in Laudenbach. Lisa und Lukas haben sich die Koordinaten für den Parkplatz in unmittelbarer Nähe des Gedenksteins aufgeschrieben: N: 49° 36.669′ und E: 8° 39.301′. Angestrengt studieren sie das Denkmal für den berühmten Pfarrer Laudenbachs neben der evangelischen Dorfkirche an der Bundesstraße B 3.

Die Aufgabe

Die GPS-Koordinaten im Internet verraten nicht das endgültige Versteck. Wie bei der

Gedenkstein für Anton Praetorius vor der evangelischen Kirche in Laudenbach

traditionellen Schnitzeljagd sind eigenes Suchen und Kombinieren gefragt. Manchmal müssen an den Stationen Fragen beantwortet werden. Mit diesen Hinweisen können die Sucher dann die neuen Koordinaten errechnen. Lukas und Lisa haben Bleistift und Papier mitgebracht und lesen sorgfältig die Anweisungen. Sie berechnen die sieben vierstelligen Jahreszahlen an der Gedenktafel in der dort verwendeten Reihenfolge, um zu „Praetorius' Aussicht" zu gelangen. Die Aufgabe lautet:

N: Zähle zu den Nachkommastellen der Minuten vom Gedenkstein die Quersumme aus der siebten vierstelligen Jahreszahl hinzu.

E: Zähle zu den Nachkommastellen der Minuten vom Gedenkstein die Quersummen aller vierstelligen Jahreszahlen dazu. Zähle dann noch einmal von der vierten vierstelligen Jahreszahl die Quersumme dazu.

Für die Identifizierung des Caches bekommen die Jugendlichen einen hilfreichen Tipp: ein kleiner, flacher Plastikbehälter für CF-Speicherkarten ist mit einem Nylonfaden gesichert, damit er bei der Suche nicht womöglich auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Übrigens: Wer seinen Höhenmesser eichen möchte, rechts neben dem Laudenbacher Kirchenportal ist ein Messpunkt angebracht: 109,258 m ü. NN. Zusätzlich hat das Internet für Lisa und Lukas folgende Information als verschlüsselten Hinweis für den Cache parat: Suche „in einer Mauerritze", dazu ein kleines Foto aus der Höhe über dem Dorf. Der einstündige Weg mit einer Weglänge von einem Kilometer führt über „die Houl" (= Hohlweg) hinter der Kirche aufwärts.

Schatzsuche mit der Internetseite http://www.geocaching.de

Die Internetseiten http://www.opencaching.de und http://www.geocaching.de, auf denen Lukas und Lisa die Koordinaten für solche Schatzsuchen finden, werden durch die Deutsche Wanderjugend gefördert. Sie werden als reine Freiwilligen-Projekte betrieben. Im Hintergrund sorgen zahlreiche helfende Hände, dass diese Internetplattformen den Schatzsuchenden 365 Tage im Jahr mit selbstentwickeltem Kartenserver mit aktuellen Daten zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung stehen. Hier können Gleichgesinnte aus ganz Deutschland Kontakt miteinander aufnehmen, Erfahrungen austauschen und die Verstecke neuer Schätze eintragen. In Deutschland engagiert sich die Wanderjugend seit vier Jahren bei dem neuen weltweiten Spiel. Jörg Bertram, Geschäftsführer der Deutschen Wanderjugend, verrät: „Kinder kann man damit für das Wandern begeistern!" Gerade in Zeiten des Verfalls körperlicher Tauglichkeit und Aktivität bei Jugendlichen bietet Geocaching für eine gesundheitsorientierte Erlebnispädagogik in der freien Natur neue Anregungen. „Oft sind es auch technisch interessierte Leute um die 30, die sonst den ganzen Tag vor dem Computer sitzen," sagt Thomas Mönkemeier. Er betreibt die Forumseite geoclub.de, auf der sich die Fangemeinde über gute Verstecke, spannende Funde und knifflige Rätsel austauscht.

Die wilde Hexenbande hat den Geocache „Praetorius' Aussicht" gefunden

Zu dem Cache „Praetorius' Aussicht" finden sich mittlerweile etliche Kommentare im Internet, die zeigen, wie begeistert

Menschen diese moderne Form der Erkundung ihrer Umgebung in Nordbaden annehmen. Vor allem auch junge Menschen werden zu „historischen Schatzjägern“ und finden einen Zugang zur Beschäftigung mit der Lokalgeschichte. So schreiben einige erfolgreiche Schatzjäger ins Internet-Logbuch über den Laudenbacher Geocache „Praetorius’ Aussicht“:

13. Mai 2008: die wilde Hexenbande hat den Geocache gefunden. Super, der hat uns richtig gut gefallen und hat Laune gemacht, bei dem tollen Wetter hierher zu finden.

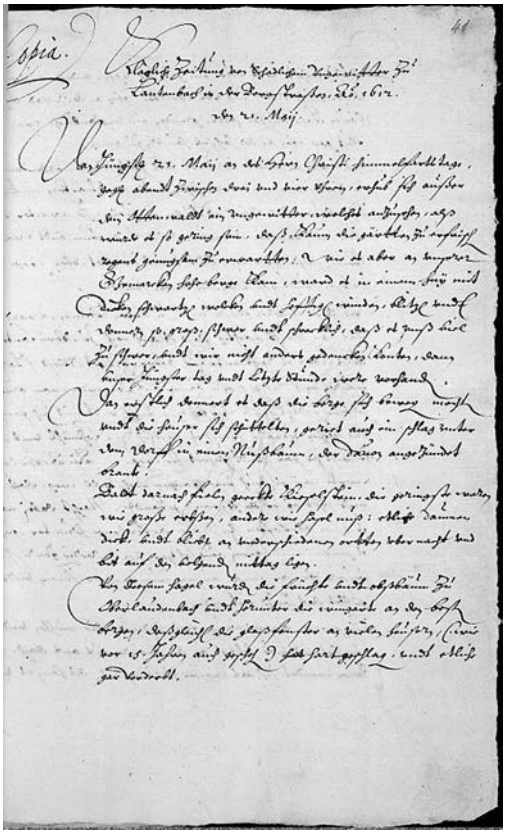
21. April 2008: BlindEagle hat den Geocache gefunden. Am Final angekommen, war ich überrascht, an dieser schönen Ecke noch nie vorbei gekommen zu sein.

Erfolgsgeschichte von Geocache

Die Schatzsuche mit Geocache begann im Jahr 2000 in den USA. Am 3. Mai 2000 vergrub der Amerikaner Dave Ulmer in Oregon den ersten Cache-Behälter und beschrieb die Koordinaten im Internet. Innerhalb eines Tages wurde das Geheimversteck gefunden. Fünf Monate später verbarg jemand den ersten deutschen Cache in Brandenburg. Mittlerweile sind um die 50 000 Caches versteckt, weltweit über 300 000, und täglich werden immer mehr Menschen davon fasziniert. Einige halten nach, wie viele dieser verborgenen Orte sie herausbekommen haben.

„Praetorius’ Vermächtnis“

Zu Praetorius gibt es inzwischen eine Reihe von Geheimverstecken um Laudenbach herum: „Praetorius’ Vermächtnis – Das Lebenswerk des Anton Praetorius“, im Internet zu finden unter:
http://www.opencaching.de/viewcache.php?cacheid=126186
mit den Koordinaten: N 49° 36.669′ E 008° 39.301′, gelistet am 9. Mai 2008. Zum Gedenken an den Vorkämpfer für die Menschenrechte Pfarrer Anton Praetorius, geboren 1560 in Lippstadt, verstorben am 6. Dezember 1613 in Laudenbach an der Bergstraße. Die Suche beginnt am Praetorius-Stein bei der Evangelischen Kirche in Laudenbach (an der B 3). Der Weg läuft über vier Kilometer befestigte Waldwege mit vielen schönen Aussichten, auch für eine Mountainbike-Tour. Der verschlüsselte Hinweis verrät: „Bei/ an/ unter einem großen Stein“.



„Klägliche Zeitung vom schädlichen Ungewitter in Lautenbach an der Bergstraße am 21. Mai 1612“ von Anton Praetorius, Blatt 842085 Cod. Pal. germ. 842

„Praetorius’ klägliche Zeitung“

Besonders oft wurde in kurzer Zeit der Geocache vom 12. Mai 2008 „Praetorius’ klägliche Zeitung“ aufgerufen:
http://www.opencaching.de/viewcache.php?cacheid=126239
Dieser Geocache bezieht sich inhaltlich auf die handschriftlichen Aufzeichnungen von Anton Praetorius in den Codices Palatini Germanici 842 Blatt 842085 bis Blatt 842093 aus dem Jahr 1612: „Klägliche Zeitung vom schädlichen

„Protestantische Tür“ mit der Jahreszahl 1612 an der evangelischen Kirche in Laudenbach

Ungewitter in Lautenbach an der Bergstraße am 21. Mai“. Die Codices Palatini Germanici 842 sind kürzlich digitalisiert worden und können im Internet nachgelesen werden: http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/cpg842. Ein Katalogisat der Handschrift findet sich in Jakob Wille, Die deutschen Pfälzer Handschriften des XVI. und XVII. Jahrhunderts der Universitäts-Bibliothek in Heidelberg. Die Handschriften der Batt'schen Bibliothek, Heidelberg 1903 (Katalog der Handschriften der Universitätsbibliothek in Heidelberg 2), S. 142–145.

Am 21. Mai 1612 ereignete sich ein furchtbares Unwetter und suchte dabei Oberlaudenbach und Laudenbach heim. Der Laudenbacher Pfarrer Anton Praetorius beschrieb 1½ Jahre vor seinem Tod die damalige Katastrophe bis in Einzelheiten. Die Schrift ist auf wunderbare Weise in dem genannten Sammelband von Handschriften aus der Frühen Neuzeit erhalten geblieben. Bis heute erinnert eine Inschrift über der „protestantischen Tür“ an der Laudenbacher Kirche an die Reparaturarbeiten, die nach dieser Naturkatastrophe durchgeführt werden mussten.

In den Suchhinweisen für diesen Geocache heißt es: „Wir nehmen einmal an, dass Praetorius nach dem furchtbaren Ereignis, bei dem auch das Pfarrhaus Schaden erlitten hatte, nach einem sicheren Versteck gesucht hat. Er wollte darin seine vielen wertvollen Schriften in Zukunft in einer Eisentruhe sicher vor Raub, Feuer und Wasserschäden aufbewahren. Für uns Heutige war in den Überresten der Pappeln zumindest noch ein Plätzchen zu finden, an dem sich Anton Praetorius' ‚klägliche Zeitung‘ als kleine Drucksache ganz gut verstecken ließ.“ Der Cache wurde am 21. Mai 2008, Jahrestag des furchtbaren Unwetters, zur Suche freigegeben.

„Praetorius' Freund“ – hart an der Grenze

Der neueste Cache zum Wirken des umstrittenen Kämpfers gegen Hexenprozesse vom 27. August 2008 wurde unter dem Namen: „Praetorius' Freund – Hart an der Grenze“ eingetragen:
http://www.opencaching.de/viewcache.php?cacheid=126239

Angegeben sind als Koordinaten: N 49° 37.207′ E 008° 39.483′ mit einer Weglänge von 8 km und 2 Stunden. Folgende Erläuterungen finden sich zu diesem bislang letzten Bergsträßer Geocache zu Praetorius: Viele Freunde hatte er nicht, der reformierte Pfarrer Anton Praetorius, von 1598 bis zu seinem Tod im Jahr 1613 Pfarrer in Laudenbach. In einer Zeit, in der die Hexenverfolgung ihren grausamen Höhepunkt erreichte, trat Anton Praetorius öffentlich gegen Folter und Hexenprozesse ein. Praetorius' Einsatz für die Menschenrechte entgegen der damalig vorherrschenden Ansicht über Zauberei und Hexen ließen ihn sehr einsam werden. Zumindest von einem wichtigen und gelehrten Freund wissen wir jedoch. Er wohnte in der Nachbarschaft, im hessischen Heppenheim. Es war dies der Heppenheimer Pfarrer Johannes Adam, der der Veröffentlichung von Praetorius ein lateinisches Gedicht widmete (Übertragung sinngemäß):

Worin aber soll der Dank für unseren Verfasser bestehen,
der einen Weg durch raues Gelände zeigt? –
Dass ich Fälle von Zauberei neu beurteilen kann,
verdank ich deinen Schriften, gelehrter Praetorius!
Heppenheim am Gebirge, 16. Febr. 1613

Dieser Cache liegt nahe der Grenze zwischen Baden(-Württemberg) und Hessen

(knapp auf hessischer Seite). Diese Landesgrenze ist auch die Grenze der katholischen Erzbistümer Freiburg und Mainz gewesen sowie der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der evangelischen Landeskirche Baden. Praetorius selbst war sein Leben lang ein „Grenzgänger“.

Initiator der Geocaches zu Anton Praetorius

Als Initiator der Geocaches zu Anton Praetorius wählte der Verfasser als Internetpseudonym den nickname „padrebergstraße“. Näheres zu „padrebergstrasse“ findet sich auf der Internetseite: http://padre.myblog.de. In dieser Form moderner Schatzsuche ist es dem Urheber gelungen, Jugendliche zur Erkundung ihrer Heimatgeschichte zu führen und zu einer unerwarteten Begegnung mit der Kirche vor Ort zu bringen. Mit Einfallsreichtum werden Bewegung, Ortserkundung, geschichtliches Interesse und Faszination an moderner Technik miteinander verknüpft, und mit Entdeckungsfreude und Spannung ein Bezug zu Kirche hergestellt. So machen Laufen und Bildung Spaß und wecken Lust auf neue Abenteuer.

Erlebnispädagogik durch Geocaching

Manche Jugendliche stehen in der Gefahr, sich nur noch in virtuellen Welten zu bewegen und den Kontakt zur realen Welt zu verlieren. In Politik und Gesundheitswissenschaft werden seit langem Überlegungen angestellt, wie man die Jugend weg vom Computer und Spielekonsolen hin zu Bewegung und Gruppen-Erfahrungen in der Natur bringen kann. Geocaching als eine Form der Erlebnispädagogik nutzt den Drang nach Erlebnissen und die Faszination von modernster Satellitentechnik und Internet, um auf neue Weise Persönlichkeit und soziale Kompetenzen zu entwickeln und Neugier auf die wirkliche Welt zu wecken. Cacheverstecke gibt es in verschiedenen Schwierigkeitsarten, so dass unterschiedliche Altersgruppen und Interessen angesprochen werden.

Muggels stören das Geocaching

Lukas und Lisa haben durch Geocaching etliches über die Geschichte von Laudenbach und Heppenheim von vor 400 Jahren erfahren. Als sie schließlich mit Hilfe des verschlüsselten Hinweises „in einem Pappel Baumstamm“ das Versteck von dem Cache Anton Praetorius’ „klägliche Zeitung“ entdeckt haben, finden sie dort in dem Behälter eine „Copia“ der Schrift „Klägliche Zeitung“ von 1612. Stolz nehmen sie eine Kopie heraus, um sie am nächsten Tag in der Schule zu zeigen. Oft findet sich in diesen Behältern für den Cache noch ein Hinweis, dass diese Dose zum weltweiten Spiel des „Geocaching“ gehört und kein Müll ist. Wanderer finden manchmal zufällig einen solchen Behälter und schimpfen dann über den Unrat im Wald. Solche Menschen werden von den Geocachern frei nach Harry Potter „Muggels“ genannt. Muggels kennen das Geocaching nicht und stören meist bei der Suche.

Wenn Lisa und Lukas den Schatz (den Cache) gefunden haben, tragen sie sich in das Logbuch ein. Dies dokumentiert ihre erfolgreiche Suche. Anschließend wird der Geocache wieder an der Stelle versteckt, an der er zuvor gefunden wurde. Am heimischen Computer können Lisa und Lukas den Fund im Internet auf der zugehörigen Seite vermerken. Manche platzieren dort stolz ein Foto vom Fundort, das sie mit ihrem Handy geknipst haben. So können der Verstecker und auch andere Personen die Geschehnisse rund um den Geocache verfolgen. Die moderne Schnitzeljagd mit GPS fanden Lisa und Lukas spannend und schön. Das Geocaching hat wieder neue Fans gefunden und junge Menschen an die Heimatgeschichte in Baden herangeführt.

Anschrift des Autors:
Pfr. Hartmut Hegeler
Sedanstraße 37
59427 Unna
www.anton-praetorius.de

Wolfgang E. Stopfel

Denkmalpfleger Martin Hesselbacher (28. 9. 1908 – 3. 6. 1983)

Am 28. September 2008 wäre Hauptkonservator Dipl.-Ing. Martin Hesselbacher hundert Jahre alt. Von 1956 bis 1973 war er Leiter der staatlichen Denkmalpflegebehörde in Südbaden und im Regierungsbezirk Freiburg. Seine Tätigkeit, sein unermüdliches Wirken für den Gedanken der Denkmalpflege haben bis heute ihre Spuren hinterlassen. So sind die etwa zwanzig als Gesamtanlagen geschützten Ortsbilder in dieser Gegend vor allem auf seinen Einsatz zurückzuführen.

Die Sorge um das völlige Verschwinden des Schwarzwaldhauses mit seinen unterschiedlichen Bautypen veranlasste ihn neben der Bemühung um die Erhaltung unzähliger Häuser am Ort auch zur Unterstützung der zuerst privaten Bemühungen, beim Vogtsbauernhof in Gutach ein Freilichtmuseum einzurichten. Hermann Schilli und Martin Hesselbacher gebührt das Verdienst, dieses erste Freilichtmuseum in Baden-Württemberg seit 1961 gegen alle Widerstände zustandegebracht zu haben. Zu Recht sind beide mit der Balkeninschrift am als erster Hof dorthin versetzten „Hippenseppenhof“ 1966 geehrt.

Martin Hesselbacher wurde in Karlsruhe als Sohn eines evangelischen Pfarrers, späteren Dekans, geboren, der als Volksschriftsteller in der Tradition J. P. Hebels einmal viel gelesen wurde. Die Verbindung zur evangelischen Kirche blieb beim Sohn, zeitweilig Kirchenältester und Synodaler, erhalten. Darüber hinaus war er wie sein Vater der Überzeugung, dass volkstümliche Publikationen in der Lage sein müssten, einen großen Personenkreis für vorgestellte Ideale zu begeistern oder wenigstens zu interessieren. Über fünfzig Aufsätze und Berichte haben – neben ungezählten Vorträgen – Martin Hesselbacher zum Verfasser. Sie erschienen zum großen Teil im „Nachrichtenblatt der Denkmalpflege“; dem Hesselbachers ganz besondere Vorliebe galt. Das rechtzeitige und kontinuierliche Erscheinen und der Vertrieb der Nummern der bis 1970 von Rudi Keller betreuten, in der deutschen Denkmalpflege über lange Zeit einmaligen Zeitschrift wären ohne den ständigen engagierten Einsatz Hesselbachers – der dafür seine ganze Familie einspannte – nicht möglich gewesen.

Das Leben und die Tätigkeit von Martin Hesselbacher waren bereits Thema mehrerer Beiträge im „Nachrichtenblatt der Denkmalpflege in Baden-Württemberg“, 1972 (S. 7 f.), 1973 (S. 23 f.), 1978 (S. 192) und anlässlich seines Todes 1983 (S. 201 f.). Darum soll hier nur das Wichtigste in Erinnerung gerufen werden:

Nach dem Abitur in Baden-Baden studierte Hesselbacher Architektur in Karlsruhe und Dresden. Nach der Großen Staatsprüfung 1939 folgte die Berufung an die Hochbauabteilung des Badischen Finanzministeriums in Karlsruhe. Dann kam der Krieg; er wurde eingezogen, in Russland verwundet, in Italien gefangengenommen und 1946 in die Heimat entlassen. In der Hochbauverwaltung Badens wurde er schließlich Leiter des Klinikbaubüros in Freiburg. Dort entstand die damals aufsehenerregende ovale Klinikkirche. Die von Lehrern und wohl auch vom väterlichen Mentor Otto Linde geförderte Neigung zur historischen Architektur und zu den Denkmalen begleitete seine Arbeit. Schon seit 1949 war er ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Freiburger Kreisstelle für Denkmalpflege. Als er 1956 zum Leiter der staatlichen Denkmalpflegebehörde in Südbaden ernannt wurde, hatte er nur zwei Vorgänger in diesem neuen Amt gehabt. Mag ihm, nach dessen Plänen Kirchen, Privat-

häuser und öffentliche Einrichtungen gebaut worden waren, der Verzicht auf eigenes Planen und Bauen auch schwer gefallen sein – seiner Vorstellung entsprach das Wirken in Denkmalpflege und Heimatschutz sicher mehr. In seine Amtszeit fiel die Entwicklung des Zwei-Mann-Büros der Denkmalpflege zu einer ansehnlichen, wohlorganisierten Behörde bis zur Vereinigung der vier selbstständigen Ämter zum Landesdenkmalamt Baden-Württemberg ein Jahr vor seiner Pensionierung.

Das Badische Denkmalschutzgesetz von 1949 mit seiner Betonung des Heimat- und Erziehungsgedankens entsprach ganz Hesselbachers Auffassung. Sein leidenschaftliches Auftreten bei Ortsterminen, seine ungezählten Vorträge sind noch heute im Gedächtnis vieler Gesprächspartner, hatten den Namen Hesselbacher zu einer Art Synonym für den Begriff Denkmalpflege in Südbaden gemacht. Dass dem Sinn und Zweck der Denkmalschutzbestimmungen jede schematische und rigorose Anwendung widerspricht und dass die Tätigkeit des Denkmalpflegers darauf abgestimmt sein muss, die Beteiligten von der Notwendigkeit der Denkmalpflege zu überzeugen, das war für Hesselbacher eine Selbstverständlichkeit. Dabei war er immer ein Lernender; neue Entwicklungen in der Denkmalpflege, Entdeckungen der Kunstgeschichte hat er mit Interesse verfolgt und in die Praxis seines wachsenden Amtes umgesetzt. Seinem Einsatz ist die Erhaltung vieler Kulturdenkmäler im Regierungsbezirk Freiburg zu verdanken; sie sind selbstverständliche Teile unserer Heimat geworden. Vergessen ist, dass ihnen einmal der Abbruch drohte – nur Wenige wissen noch, was Martin Hesselbacher für sie getan hat.

Was in der Erinnerung bleibt, ist sein menschliches Vorbild. Impulsivität, bedingungsloser Einsatz für die Sache, gepaart mit Toleranz und einer imponierenden menschlichen Güte waren ihm eigen. Viele Ehrungen drücken die Wertschätzung seiner Arbeit und seiner Persönlichkeit aus: der Heimatpreis des Kreises Lahr, das Bundesverdienstkreuz, die erste Erinnerungsplakette des Regierungspräsidiums Freiburg.

Nur zehn Jahre des Ruhestandes waren ihm zwischen seiner Pensionierung und seinem Tod im Jahre 1983 vergönnt. Sein hundertster Geburtstag ist ein Anlass, sich seines bis heute Früchte tragenden Wirkens zu erinnern.

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Wolfgang E. Stopfel
Sternwaldstraße 17
79102 Freiburg

Franz Hilger

75 Jahre Jesuiten in St. Blasien

Vor 75 Jahren, am 16. August 1933, hat der Orden der Jesuiten die leerstehenden Fabrikationsräume der in Konkurs geratenen Spinnerei St. Blasien gekauft. Der Erwerb durch die Jesuiten war für die Entwicklung der kleinen Schwarzwaldgemeinde eine bedeutende Entscheidung. Das prächtige Gebäude in dessen Mittelpunkt die große weitbekannte Kuppelkirche des heiligen Blasius steht, war Jahrhunderte eine Abtei der Benediktiner. In der Mitte des 10. Jahrhunderts siedelten sich in dem engen Tal der Alb einige Mönche an. Woher sie kamen, darüber gibt es unterschiedliche Angaben. Sie gründeten eine klösterliche Gemeinschaft. Für ihre aus rohen Holzbalken zusammengefügte Kapelle erhielten die Männer vom Kloster Rheinau eine Reliquie des heiligen Blasius. Die kleine Klause wurde nunmehr Cella blasii genannt. Reginbert, ein Edler aus Seldenbüren im Zürichgau, bat um Aufnahme in die Gemeinschaft, er vermachte den Männern in dem Tal den Großteil seiner Ländereien und er erreichte auch, dass die Gruppe der Mönche als selbständige Klostergemeinschaft anerkannt wurde. Die Männer unterwarfen sich den Klosterregeln des heiligen Benedikt von Nursia. Benedikt wurde um 480 geboren und starb 547 in seinem von ihm gegründeten Kloster Monte Casino. Im Verlauf von Jahrhunderten entwickelte sich die kleine Klause dort im Wald zu einem der größten und einflussreichsten Klöster im Gebiet des Breisgaus, des südlichen Schwarzwalds und des Markgräflerlandes. Auch erwarben die Mönche Anwesen im Elsass und in der Schweiz. Im Jahre 1609 kam die Mönchsgemeinschaft unter Abt Martin I. in den Besitz der Grafschaft Bonndorf, sowie der Herrschaften Grafenhausen und Birkendorf. 1746 erhob Kaiser Franz I. den Abt des Klosters in den Fürstenstand und übergab ihm den Vorsitz im Breisgauischen Prälatenstand. Unter Fürstabt Martin Gerbert, der von 1764 bis 1793 dem Kloster vorstand, erlebte St. Blasien eine besondere Glanzzeit. Durch die Säkularisation zum Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam es zur Auflösung fast aller Klöster im Südwesten unseres Landes. Im Jahre 1806 wurde die Abtei St. Blasien für aufgehoben erklärt. Es war mit dem Kloster St. Peter eines der letzten in der Region. Die Mitglieder der Mönchsgemeinschaft wurden aufgefordert, ihre Heimstätte zu verlassen. Zu dieser Zeit waren die Benediktiner von St. Blasien Seelsorger für etwa 20 000 Menschen; auch unterhielten sie einige Schulen und einige kleinere Unternehmen. Geheimrat Ittner wurde beauftragt, die Geschäfte dort zu übernehmen und eine Inventurliste zu erstellen. Ein Teil von der Mönche zog mit dem Abt nach Österreich, dort fanden sie in St. Paul in Kärnten ein Klostergebäude und eine neue Wirkungsstätte. Einige blieben im Land und übernahmen Pfarrstellen oder wurden Lehrer an Gymnasien und Universitäten. Die wertvollen Sammlungen der Mönche, auch die prachtvolle Innenausstattung der Kirche, wurden von den neuen Besitzern verkauft und verschenkt. Ein Teil der klösterlichen Sammlungen aber haben die Mönche schon vor der Aufhebung an einen sicheren Ort in die Schweiz verbracht, und als die Männer in Österreich eine neue Haus bezogen haben, wurden diese dorthin verbracht. Nun stand das Gebäude im Albtal, in dem viele Jahrhunderte die Benediktiner von St. Blasien segensreich wirkten, leer. Das Großherzogtum Baden war der neue Besitzer. Für die badische Regierung war es nicht so einfach, für diesen großen Häuserkomplex eine neue Verwendung zu finden. Wer wollte schon in ein Haus mit großen Treppenaufgängen, langen weiten Gängen und großen Sälen in dem damals völlig abgelegenen Schwarzwald-

Portalgebäude des Kollegs St. Blasien

tal einziehen und hier einen Betrieb gründen. Im Jahre 1809 kamen fast zur gleichen Zeit zwei Schweizer Ingenieure nach St. Blasien, sie hatten die Absicht, in dem Kloster je eine Fabrik einzurichten. In einem Teil des Klostergebäudes entstand eine Gewehrfabrik und in einem anderen eine Spinnereimaschinenfabrik. Später kam noch eine Spinnerei hinzu. Dieser Betrieb hat sich mit einigem wirtschaftlichen Auf und Ab im Verlauf eines Jahrhunderts am längsten gehalten. Es wurden hier Arbeitsplätze geschaffen und dadurch kamen viele Familien in das Albtal. Die Schwarzwälder Siedlung erhielt 1907 eine Kommunalverwaltung. Es wurde ein Bürgermeister und ein Gemeinderat gewählt. In der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Gemeinde noch zum Fremdenverkehrsort. Es entstanden Gasthäuser, Hotels und Sanatorien. Durch die Weltwirtschaftkrise 1931 kamen viele Betriebe im Land in finanzielle Schwierigkeiten, so auch die Spinnerei St. Blasien. Der Betrieb musste trotz größter Anstrengungen der Geschäftsleitung den Konkurs anmelden. Die Männer und Frauen, die teils Jahrzehnte in der Fabrik gearbeitet hatten, waren gezwungen, das Tal zu verlassen. In der Umgebung gab es keine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, und Nahverkehr mit Bus oder mit Bahn gab es zu dieser Zeit nicht. Einige von ihnen bekamen Arbeitsstellen in Textilbetrieben im Wiesental. Die Mitglieder des örtlichen Blasmusikvereins waren fast ausschließlich Fabrikarbeiter. Die Gemeindeverwaltung bemühte sich für diese Männer, eine Anstellung am Ort zu finden. Denn was wäre eine Gemeinde, die sich anschickt ein angesehener Ferien- und Kurort zu werden, ohne eine Blasmusik.

Der Reichstagsabgeordnete und Industrielle Dr. Albert Hackelsberger aus Öflingen, der in der Vergangenheit schon mehrere in Konkurs geratene Betriebe sanierte, wurde von der badischen Regierung gebeten, nach einer Lösung für die nunmehr ungenutzten Fabrikgebäude in St. Blasien zu suchen. Hackelsberger pflegte schon seit Jahren Kontakte zu dem Jesuitenkolleg Stella Matutina im österreichischen Feldkirch. Ihm war bekannt, dass diese Schule durch das Dritte Reich im Jahre 1933 in größte Schwierigkeiten geraten ist. Bei einem Gespräch mit dem Reichsinnenminister Frick erfuhr er, dass aus devisenrechtlichen Gründen die Schule in Vorarlberg aufgelöst

werden musste. Hackelsberger reagierte sofort, da er die Ansicht vertrat, die Gebäude des altehrwürdigen Benediktinerklosters St. Blasien seien der geeignete Ort für diese Schule der Jesuiten, und er nahm mit dem Erzbischof von Freiburg, Dr. Conrad Gröber, Kontakt auf. Auch sprach er mit dem Provinzial des Jesuiten, Franz Xaver Hayler, und mit der Leitung der Schule in Feldkirch. An Pfingsten 1933 reiste Hackelsberger nach Vorarlberg, er hatte schon Pläne von den Gebäuden in St. Blasien mit dabei und er konnte die Verantwortlichen zum Kauf dieses Projekts bewegen. Nunmehr musste alles schnell gehen, denn nach Umsiedlung und dem notwendigen Umbau musste im Frühjahr 1934 mit dem Schulbetrieb begonnen werden. Es wurde ein Finanzierungsplan erstellt. Es wird berichtet, dass das Ministerium in Karlsruhe geradezu begeistert war von diesem Projekt und irgendwelche Schwierigkeiten von Seiten der neuen Machthaber waren zunächst auch nicht zu erwarten. Am 14. August 1933 stimmte Pater Hayler „ein wenig mit schwerem Herzen“ zu, und drei Tage danach kam es zu dem Vertrag zwischen der Oberdeutschen Ordenprovinz der Jesuiten und der Spinnerei St. Blasien in Liquidation. Durch gute Beziehungen zu Schweizer Ordensbrüdern konnten günstige Kredite aufgenommen werden. Dazu kam noch ein Reichszuschuss zur Förderung von Um- und Neubauten. Der Gesamtaufwand belief sich auf eine Million Reichsmark. Die Darlehen wurden durch Hypotheken auf die Grundstücke des Kollegs in St. Blasien abgesichert.

Schon wenige Wochen nach dem Kauf wurde mit den Umbauarbeiten begonnen. In manchen Wochen waren 200 Arbeiter in dem Haus beschäftigt. Im März 1934 war die Umgestaltung soweit fertig, dass das Mobiliar mit Lastwagen aus Feldkirch herbeigefahren werden konnte. Wenige Tage danach sind dreißig Patres und Brüder aus Feldkirch in dem neuen Domizil im Schwarzwald eingetroffen. Der Abt vom Benediktinerkloster St. Paul in Kärnten, Richard Strelli, schrieb damals an die Jesuiten von St. Blasien: „Möge unser altehrwürdiges Mutterstift, dessen glorreiche Traditionen zu übernehmen und fortzusetzen Gottes gütiges Vorsehung ihre Hochwürdige Sozietät berufen hat, in seiner Form der Bestimmung einer glücklichen Zukunft und neuen Blüte entgegengehen.“

Mit einem feierlichen Gottesdienst wurde am 18. April 1934 das neue Schuljahr im Kolleg St. Blasien begonnen. Es nahmen 300 Schüler teil, davon 190 von der Stella Matutina in Feldkirch. Pater Viktor Hugger stellte sich als erster Kollegsdirektor vor. Am 21. Mai weihte der Erzbischof von Freiburg, Conrad Gröber, das Kolleg. An diesem Tag erhielt Dr. Hackelsberger die Mitteilung, dass er für seine großen Verdienste um die Erhaltung der Schule mit der päpstlichen Auszeichnung des Kreuzes des Gregoriusordens ausgezeichnet werden sollte. Die Leitung des Kollegs und die Schüler konnten sich nur wenige Monate über ihre neue Heimstätte freuen. Die neuen Machthaber versuchten auf vielfältige Weise, ihnen das Leben schwer zu machen. Im Februar 1936 wird Pater Rektor Hugger von der Polizei abgeholt, lange verhört und dann inhaftiert. Die Rechtsanwälte sprechen von einer ungeklärten Aktenlage. Ohne jegliche Begründung wurde er wieder entlassen, und ihm mitgeteilt, dass ihm die Tätigkeit am Kolleg untersagt werde. Am 9. März 1939 kam die Mitteilung, dass die 1934 gegebene Genehmigung der Schule mit Ende des Schuljahres aufgehoben sei, „da die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung erteilt worden war, heute nicht mehr als gegeben anzusehen sind“. In den Gebäuden des Kollegs wurde ein Reservelazarett für das Militär eingerichtet. Dr. Hackelsberger, der sich immer für den Erhalt der Schule eingesetzt hatte, wurde verhaftet. Er kam in Freiburg ins Gefängnis und starb dort 1940. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Jesuiten wieder in ihr Kolleg einziehen. Am 3. April 1946 hat die badische Regierung den Neubeginn des Kollegs genehmigt und am 3. Juli dann die französische Militärregierung. Provinzial Pater Franz Xaver Müller, ein ehemaliger Lehrer der Schule, hat 31. Mai 1946 in Anwesenheit von Erzbischof Conrad Gröber die Tore des wiedererstandenen Kollegs geöffnet.

Anschrift des Autors:
Franz Hilger
Krozinger Straße 27
79292 Pfaffenweiler

Heinrich Hauß

Solider Kunsthistoriker mit klaren Profil gegen Events in der Museumslandschaft

Prof. Dr. Klaus Schrenk als Generaldirektor der Bayerischen Gemäldesammlungen nach München berufen

Prof. Dr. Klaus Schrenk, seit 1995 Direktor der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, tritt am 1. März 2009 die Stelle eines Generaldirektors der Bayerischen Gemäldesammmlungen an. Er folgt Reinhold Baumstark, der im Februar 2009 in Pension geht. Bei den Bayerischen Gemäldesammlungen handelt es sich um eine der drei größten Sammlungen in Deutschland. Es gehören dazu die drei Münchener Pinakotheken, die Staatsgalerie Altdeutsche Meister in Augsburg die Schackgalerie und in Zukunft auch das Brandhorst-Museum mit zeitgenössischer Kunst.

Prof. Schrenk wurde am 6. Juli 1949 in Hamburg geboren, machte 1970 das Abitur und begann mit den Studium der Kunstgeschichte, der Germanistik und der Soziologie in Hamburg. Weitere Studienorte waren Berlin und Marburg. 1976 promovierte er mit dem Thema „Demokratisch-republikanische Tendenzen in französischen Druckgraphiken zwischen 1830 und 1852“. In den Jahren 1979 und 1980 war er Stellvertretender Direktor an der Kunsthalle Düsseldorf, 1986 Stellvertretender Direktor im Kunstmuseum Bonn. Am 1. November 1995 wurde er zum Professor und Direktor der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe ernannt. Schrenk hat in den dreizehn Jahren seiner Tätigkeit mit seinem Team verschiedene Ausstellung auf den Weg gebracht: Kanold (2000), Spätmittelalter am Oberrhein (2001), Schirmer (2002) Eugen Delacroix (2003) Baselitz (2004), Teniers (2006) und Mathias Grünewald und seine Zeit (2007). „Die Ernennung zum Generaldirektor der Bayerischen Gemäldesammlungen ist eine große Auszeichnung, mit der seine herausragende Arbeit gewürdigt wird“, erklärte der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Peter Frankenberg im Hinblick auf

Schrenks Weggang aus Karlsruhe. Die Arbeit Schrenks in der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe war vor allem gekennzeichnet durch seine „klare Position gegen sogenannte Events“ (Münchner Merkur). So kann München davon ausgehen, dass „es keinen Eventhüpfer“ bekommt, der sich an Mega-Ausstel-

Das Hauptgebäude der Kunsthalle von dem Großherzoglich Badischen Baumeister Heinrich Hübsch (1795–1863) ist ein „Schlüsselbau“ seiner frühen Jahre und zählt zu den ältesten und bedeutendsten Museen in Deutschland. Der erste Flügel des Hauptgebäudes, vor und während der Bauzeit „Neues Academie Gebäude“ genannt, wurde am 1. Mai 1846 eröffnet und hieß seit Carl Ludwig Frommels „Verzeichniß“ von 1847 Großherzogliche Kunsthalle. „Den Grundstein der Sammlung der Staatlichen Kunsthalle legten die Markgrafen von Baden“. Einen besonderen Akzent in der Sammlungsgeschichte setzte Caroline Luise (1723–1783), die Gemahlin des Markgrafen Karl Friedrich (1728–1811). Ihre Privatsammlung umfasste 205 Gemälde vor allem holländische, flämische und französische Malerei.
Eine Publikation zu Sammlungsgeschichte und Bestand der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe wurde von Kirsten Claudia Voigt 2005 im Deutschen Kunstverlag GmbH München veröffentlicht.
Foto: Kunsthalle

lungen erfreut, sondern „einen ruhigen Arbeiter und interessierten Kunstkenner“ (Stuttgarter Zeitung). Das Museum ist für Schrenk in erster Linie „Ort der Bildung und nicht Ort der Unterhaltung“ (FAZ).

Die Arbeit an der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe wertete die Stuttgarter Zeitung (12. 6. 2008) als Arbeit in der „nordbadischen Provinz“ (im Verhältnis zu München). Es ist aber anzunehmen, dass Schrenk sein besonderes Profil, das ihn für die Aufgabe in München befähigt, gerade hier in der Kunsthalle voll zur Entfaltung bringen konnte.

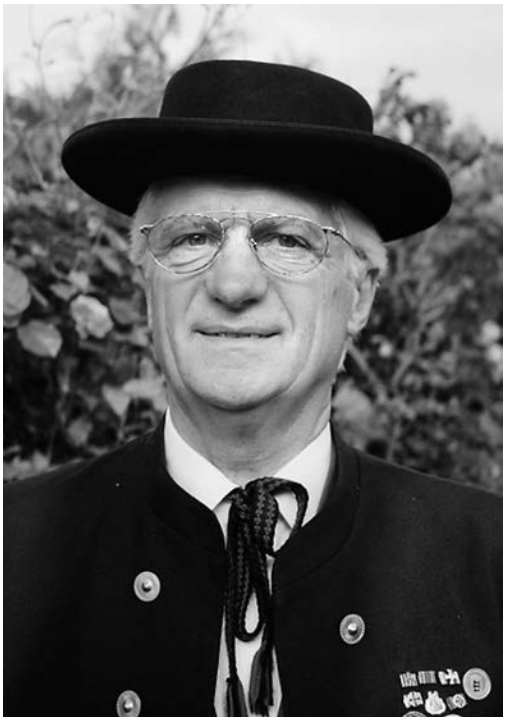
Alfred Vonarb

Bund „Heimat und Volksleben“ e. V.

Deutschlands größter Dachverbandfür das Trachtenwesen

Vor genau 60 Jahren, als nämlich im März 1948 der Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Gottlieb Reinbold aus Ottoschwanden (1. Vorsitzender) und Geistl. Rat Pfarrer Josef Siebold aus St. Märgen (2. Vorsitzender) den Bund „Heimat und Volksleben“ damals unter der Bezeichnung: „Arbeitsgemeinschaft Schwarzwälder Volksleben“ gründeten – mit der Geschäftsführung wurde Dr. Karl Motsch betraut – konnten sie nicht ahnen, welche Entwicklung dieser Verband nehmen würde.

Bereits 1947 hatten sich Josef Fischer aus Waldkirch, Professor Dr. Johannes Künzig aus Freiburg, Hauptlehrer Albert Reinhardt aus Mühlenbach und Dr. Karl Motsch aus Freiburg um die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft bemüht. Ein Treffen mit Professor Hermann Erich Busse, dem Vorsitzenden der Vereins „Badische Heimat“ brachte wenig Ermunterung. Seiner Meinung nach war die Schwarzwälder Volkstracht endgültig vom Aussterben bedroht. Man ließ sich nicht entmutigen und beschloss, zum Jahresbeginn den „Hohen Herren“ in Freiburg, dem Staatspräsidenten Leo Wohleb, mit einem „Neujahrsbesuch“ die Aufwartung zu machen. Voller Begeisterung sicherte dieser seine Unterstützung zu und bat den Landtagspräsidenten Dr. Person bei der Gründung einer Organisation behilflich zu sein.



Präsident Alfred Vonarb, Bürgermeister i. R., Breisach/Rh.

Bereits 1949 erkannte man, dass die Bestrebungen sich über den Schwarzwald hinaus erstrecken, und so gab man sich den heutigen Namen *Bund „Heimat und Volksleben“* im Sprachgebrauch „Bund“. Seit Mai 1949 erfolgt die Herausgabe der Zeitschrift „Der Lichtgang“ als Sprachrohr und Informationsschrift für alle Mitglieder und Institutionen, die sich der Pflege des heimatlichen Brauchtums verschrieben haben.

Während sich in den 50er und 60er Jahren allmählich das heimatliche Brauchtum wieder in der Gesellschaft etablieren konnte, war das nächste Jahrzehnt für den Bund von einer stürmischen Entwicklung geprägt. 1970 übernahm Landrat Dr. Emil Schill die Präsidentschaft, Josef Herbstritt aus dem Glottertal wurde 1. Vorsitzender und am 17. März 1974 übernahm Frau Ursula Hülse die Geschäftsführung. Für den Bund brach damit eine neue Zeitrechnung an. In den Städten und Gemeinden entstanden viele neue Trachtengruppen; Musikkapellen wurden zu Trachten-

Der Vorstand des BHV, v.l.n.r.: Stellv. Vorsitzender Gunther Udri, Willstätt; Gerhard Neugebauer, Rickenbach; Geschäftsführerin Ursula Hülse, Denzlingen; Präsident Alfred Vonarb, Breisach; Rechnerin Birgit Dorer, Winden; Vorsitzender Siegfried Eckert aus Gutach/Schwarzwaldbahn.

kapellen; das Mundarttheater fand viele Freunde und auch der Volkstanz wurde neu entdeckt. Städte und Gemeinden belebten ihren Tourismus mit der Tracht an den sog. Heimatabenden und entschlossen sich zu einer korporativen Mitgliedschaft beim Bund.

Im Verbandsgebiet, das alte Land Baden, das von Markdorf am Bodensee bis nach Weinheim an der Bergstraße reicht, waren inzwischen über 220 Mitgliedsgruppen und Vereine zu betreuen. Daher wurde es notwendig, in neu ins Leben gerufenen *Herbstversammlungen* im jeweiligen Landkreis den direkten Kontakt zu pflegen und einen intensiven Meinungsaustausch zu betreiben. Die dort gewählten Kreisobleute und ihre Stellvertreter sind die örtlichen Repräsentanten des Bundes. Es wurde beschlossen, bei „Kreistrachtenfesten" sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und so für das heimatliche Brauchtum zu werben. Die „Bürgerwehren und Milizen Baden–Südhessen" traten dem Bund als korporatives Mitglied bei und sind heute ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Verbandes.

Auf Landesebene ist der Bund präsent als der weitaus größte Mitgliedsverband mit 7 weiteren Verbänden im „Landesverband der Heimat- und Trachtenverbände Baden-Württemberg" e. V. Eine Mitarbeit unserer Geschäftsführerin im Arbeitskreis „Alemannische Heimat" (stellv. Vorsitzende) ist eine Selbstverständlichkeit. Die Heimattage Baden-Württemberg werden nicht nur durch eine große Teilnahme unserer Trachtenvereine bereichert, sondern auch nachhaltig gestützt durch Trachtenausstellungen und die Moderatorentätigkeit unserer Geschäftsführerin Ursula Hülse. Die vom Landesverband herausgegebenen Trachtenleitlinien wurden vom Bund erarbeitet und waren viele Jahre Grundlage unserer Beurteilungen. Der Bund pflegt partnerschaftliche Beziehungen nicht nur zu anderen Verbänden wie Blasmusikverband, Muttersprochgsellschaft oder dem Verein „Badische Heimat", sondern auch zu Trachtenvereinen und deren Dachverbände in der Schweiz und im Elsass. Trachtenabordnungen aus diesen Nachbarländern sind ständige Begleiter bei unseren jährlichen Neujahrsbesuchen in Freiburg.

Unserem satzungsgemäßen Auftrag: *Der Bund setzt sich für die Erhaltung, Pflege und Förderung des bodenständigen Volkslebens ein, das sich insbesondere in Tracht, Lied, Musik, Tanz, Mundart, Sitte und Brauchtum äußert,* wollen wir dadurch gerecht werden, dass wir auf den verschiedenen Aufgabenfeldern Referenten bestellt haben, die einen Beirat bilden und den Vorstand beraten.

Schwerpunkte sind die Trachtenberatung und der Volkstanz. Während wir bei der Trachtenforschung oft beim Generallandesarchiv in Karlsruhe fündig werden oder auch hin und wieder von Privatpersonen aus altem Familienbesitz Originalstücke erhalten, tun wir uns bei der Beschaffung von Trachtenmaterial oft schwer. Viele Stoffe und Bänder, besonders aber Perlen, Pailletten und künstlichen Blumen z. B. für den „Schäppel"

(Perlenkrone) werden in Deutschland gar nicht mehr hergestellt. Oft hilft uns noch das „östliche Ausland“. Hier ist unsere Geschäftsführerin als Detektiv unterwegs. Ein ausgewähltes Team von Trachtenberatern, angeführt von unserer Geschäftsführerin steht unseren Mitgliedsgruppen zu Verfügung.

Beim Volkstanz werden durch unsere Tanzreferenten Lehrgänge für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aber auch Volkstanzleiter- und Jugendleiter-Lehrgänge in großer Zahl in den verschiedenen Landkreisen durchgeführt.

Großen Zuspruch findet das jährlich durchgeführte „Offene Singen“, mit dem den Menschen das „Lied“ wieder nahe gebracht und zum eigenen Mittun angeregt wird.

Ein umfangreiches Mundartarchiv mit vielen regionalen Mundartdichtern steht unseren Mitgliedgruppen, Vereinen, Schulen und Mundart-Theatern aber auch anderen Interessierten zur Verfügung. Über 200 Theaterstücke für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit einer Spieldauer von 10 Minuten bis 2½ Stunden stehen zur Auswahl. Der „Bund“ selbst führt alljährlich am 4. Adventssonntag mit einer Laienspielgruppe, einem Chor und einer Bläsergruppe auf dem Lorettoberg in Freiburg das Weihnachtsspiel von Wilhelm Fladt in alemannischer Mundart für eine große Besucherschar auf.

Einen besonderen Schwerpunkt setzt der Bund in der Jugendförderung. Durch die Gründung einer eigenen Trachtenjugend im Bund „Heimat und Volksleben“ e. V. mit einer eigenen Satzung wollen wir diese Aufgabenstellung unterstreichen.

Dazu zählt auch, dass Menschen, die hier ihre Heimat suchen oder schon gefunden haben, eingeladen sind, sich zu integrieren. 1950 hatte Südbaden den „Tag der Heimat“ ausgerufen. Die damaligen Organisatoren, nämlich *Heimatverbliebene und Heimatvertriebene* reichten sich die Hand zum Gelöbnis, die Ideale der Heimat heilig zu halten und für sie gemeinsam einzustehen.

Präsidium, Vorstandschaft, Mitgliedsgruppen und Vereine mit ihren über 10 000 Mitgliedern, über 300 Einzelmitgliedern und den 120 korporativen Mitgliedern wie Landkreise, Gemeinden und weitere Institutionen, die den Bund „Heimat und Volksleben“ e. V. darstellen, wollen sich diesem Gelöbnis anschließen.

Anschrift des Autors:
Alfred Vonarb
79206 Breisach
Isenberg 23

Geschäftsstelle
Bund „Heimat und Volksleben“ e. V.
Hauptstraße 157
79211 Denzlingen
Tel. 0 76 66/27 12
Fax 0 76 66/85 07
E-Mail: u.huelse@bund-heimat.de

Veranstaltungen badischer Institutionen

Alemannisches Institut Januar–März 2009

Tagung:
Burgen im mittelalterlichen Breisgau.
Aspekte von Burg und Herrschaft im interdisziplinären und überregionalen Vergleich
Dienstag–Freitag, 10.–13. März 2009
Tagungsleitung: Prof. Dr. Alfons Zettler, Prof. Dr. Thomas Zotz
Ort: Katholische Landvolkshochschule St. Ulrich bei Bollschweil.
Die wissenschaftliche Tagung „Burgen im mittelalterlichen Breisgau" wird veranstaltet vom Historischen Seminar der Universität Freiburg, Abt. Landesgeschichte (Projekt „Die Burgen im mittelalterlichen Breisgau"), dem Historischen Institut der Technischen Universität Dortmund und dem Alemannischen Institut Freiburg e. V.
Das ausführliche Tagungsprogramm wird voraussichtlich zum Jahresende vorliegen. Eine Anmeldung ist erforderlich.

Vortrag:
Das Schwein im Wald. Vormoderne Schweinehaltung zwischen Herrschaftsstrukturen, ständischer Ordnung und Subsistenzökonomie
Kurzvortrag und Buchvorstellung mit Dr. R. Johanna Regnath
Donnerstag, 15. Januar 2009, 18.15 h
Bibliothek des Alemannischen Instituts, Freiburg

Vortragsreihe
Jüdische Geschichte am Oberrhein
Eine Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Heiko Haumann (Basel)

Jüdische Sprache im Nationalsprachendiskurs. Eine soziolinguistische Untersuchung zum Judentum im alemannischen Sprachraum
Referentin: Susanne Bennewitz
Donnerstag, 22. Januar 2009, 18.15 h

Doppelportraits: Juden und Christen in der Markgrafschaft Baden-Baden
Referent: Günther Mohr
Donnerstag, 29. Januar 2009, 18.15 h

Lebensläufe jüdischer Familien aus Eichstetten a. K.
Auszüge aus 16 Jahren prosopographischer Forschung
Referentinnen: Christina Weiblen, Ursula Kügele, Nadja Kempf
Donnerstag, 5. Februar 2009, 18.15 h

Jüdische Gläubiger, christliche Schuldner? Jüdisch-christliche Kontakte in Lengnau und Endingen (Schweiz) im 19. Jahrhundert
Referentin: Alexandra Binnekade
Donnerstag, 12. Februar 2009, 18.15 h
Jeweils in der Bibliothek des Alemannischen Instituts, Freiburg.

Kontakt:
Alemannisches Institut Freiburg i. Br. e. V.
Bertoldstraße 45, 79098 Freiburg i. Br.
Telefon (07 61) 15 06 75-70 Fax (07 61) 15 06 75-77
E-Mail: info@alemannisches-institut.de
www.alemannisches-institut.de
Öffnungszeiten: Mo–Fr 9–12, 14–16, Mi Nachmittag geschlossen

BHV und seine Mitgliedsvereine

2008
21. 12. 2008:
Christmettspiel auf dem Lorettoberg in Freiburg, 17 Uhr, Veranstalter: BHV
25. 12. 2008:
Krippenspiel im Freien in Todtnauberg
26. 12. 2008:
Weihnachtskonzert der Trachtenkapelle Oberprechtal
Nov.–Dez.:
Krippenausstellungen in Obersimonswald und Zell-Unterharmersbach

2009
17. 5. 2009:
Kinder- u. Jugendtanzfest in Lenzkirch-Kappel/Schw.
20.–24. 5. 2009:
Frühlingsfest in Biederbach
21.–25. 5. 2009:
Kreistrachtenfest in Göschweiler, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, verbunden mit dem 75-jährigen Jubiläum der Trachtenkapelle Göschweiler
24. 5. 2009:
Kreistrachtenfest in Göschweiler – Festzug
1. 6. 2009:
Mühlenfest in Obersimonswald
5.–8. 6. 2009:
110 Jahre Trachtenkapelle Häg-Ehrsberg mit Trachtenweihe
20. 6. 2009:
Sonnwendfeier in Geisingen
20./21. 6. 2009:
Straßenfest in Schönau
21. 6. 2009:
Erlebnistag der TJBHV im Steinwasenpark Oberried
23. 6. 2009:
Johannisfeuer in Todtnauberg

Aktuelle Informationen

Redaktion: Heinrich Hauß

Blicke zurück auf Baden: Das Jahr 2008

Politik, Gedenktage, Ausstellungen, Publikationen

1. Das Projekt

Im Hinblick auf das 100jährige Jubiläum des Landesvereins Badische Heimat im Jahre 2009 und den Bestrebungen der gleichnamigen Publikation Baden und das Badische präsent zu halten, startet die Redaktion zum Ende des Jahres 2008 den Versuch eines Jahresrückblicks. Die verwirrende Vielfalt der täglichen Nachrichten ist auf Vergessen angelegt. Ein Rückblick versucht, bestimmte Ereignisse, besonders solche, die Folgen zeitigen, zu fokussieren und erinnerungsfähig zu machen. Ein Jahresrückblick ist auch ein Test der politischen Wahrnehmungsfähigkeit und der kritischen Selbstwahrnehmung des Vereins. Den unmittelbaren Anstoß zu dem Projekt sind die Ereignisse um den Handschriftenstreit im Jahre 2006, das Gutachten der Expertenkommission im Dezember 2007, Sparpläne des Rechnungshofes für die Badische Landesbibliothek und schließlich der Antrag des Direktors der Badischen Landesbibliothek, Peter Michael Ehrle, auf vorzeitige zur Ruhesetzung im März 2008. Die Ereignisse sind in eminenter Weise badenrelevant und dürfen unseres Erachtens nicht mit Jahresfrist vergessen werden.

„Blicke zurück auf Baden" – sind, wie gesagt, ein Versuch und kann als solcher im ersten Jahr keine Vollständigkeit für sich beanspruchen. Immerhin soll aber der Versuch zeigen, worauf wir in Zukunft hinaus wollen.

---

2. Politik

Der Gegner des „Baden-Deals",
Peter Michael Ehrle, ging vorzeitig in Pension

Im sogenannten Baden-Deal (Badische Zeitung) hat Ehrle erbitterten Widerstand gegen den von der Landesregierung geplanten Verkauf der Handschriften der Badischen Landesbibliothek zu Gunsten des Hauses Baden geleistet. Gegenüber den Vorhaltungen von Seiten der Landesregierung soll er geäußert haben: „Ich bin Staats- und nicht Regierungsbeamter" (Badische Zeitung). Nach den Ergebnissen der von der Landesregierung eingesetzten Experten-Kommission im Dezember 2007 hat sich herausgestellt, dass die Handschriften – bis auf wenige Ausnahmen – dem Staat gehören. Deshalb haben die BNN mit Recht gefragt: „In welchem Zustand befände sich die Badische Landesbibliothek ohne Peter Michael Ehrle?" Und: „Wo stünde das Land Baden-Württemberg ohne die Courage Ehrles?" (BNN 27. 2. 2008). Detlev Fischer, Vorsitzender des Vereins Rechtshistorisches Museum, hat deshalb davon gesprochen, dass sich Ehrle „um das Land verdient gemacht hat" (Veranstaltung in der Landesbibliothek am 27. 4. 2008). Unmittelbarer Anlass für Ehrles Antrag auf vorzeitige Zurruhesetzung aber waren die geplanten Stellenkürzungen. Der Rechnungshof verlangte den Abbau von 28 Vollzeitstellen bei gleichbleibender Aufgabenstellung. „Das wäre ein Viertel unseres derzeitigen Bestandes und im höchsten Maße schädlich für die Bibliothek, ihrer Nutzer und den Bibliotheksstandort". Ärgerlich war auch die Ungleichbehandlung der Badischen Landesbibliothek gegenüber der Württembergischen Landesbibliothek, bei der nur 4,4 Stellen gestrichen werden sollten!

Die „Badische Heimat" hat in Heft 2/2008 (S. 217–223) eine Würdigung des vierzehnjährigen Wirkens Ehrles in der Badischen Landesbibliothek von Ludger Syre zur Veröffentlichung gebracht. Der Landesverein und die gleichnamige Zeitschrift verfolgen die Ereignisse deshalb mit besonderer Aufmerksamkeit, weil die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe zu den wenigen noch verbliebenen „Identitätskernen" des badischen Landesteiles (P.-L. Weinacht) gehört.

Trinationale Europäische Metropolregion Oberrhein

11. Dreiländerkongress in Straßburg
am 11. Januar 2008

Auf dem Kongress mit dem Titel „Oberrhein – auf dem Weg zu einem Modell für Entwicklung und Zusammenarbeit" rief Ministerpräsident Günther Oettinger dazu auf, „die Chance zu ergreifen und gemeinsam einen trinationalen Wirtschafts-, Arbeits-, Kultur- und Lebensraum am Oberrhein zu gestalten. Die Oberrheinregion darf nicht als Vielzahl von kleinen Räumen auftreten, sondern muss gemeinsame Interessen und Stärken bündeln und präsentieren".

Die BNN haben in ihrer Ausgabe vom 16. 1. 2008 die Frage nach der „regionalen Zusammenarbeit" der Technlogieregion Karlsruhe gefragt: „Soll die Region Karlsruhe eigenständig bleiben oder sich der Rhein-Neckar-Verband anschließen? Oder soll sie auf die geplante, aber längst nicht aus der Taufe gehobene trinationale Metropolregion setzen?" „Was soll die Region Karlsruhe zwischen Bruchsal und Bühl nun also tun?" Der Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich plädiert er für eine „Scharnierfunktion" Karlsruhes. Ein Scharnier verbindet unserer Meinung nach zwei Teile,

wobei das Scharnier selbst kein selbstständiges Teil ist. Nach dem Oberbürgermeister können wir „mit der Metropolregion Rhein Neckar kooperieren und aktiv in der Initiative ‚Trinationale Europäische Metropolregion' mitarbeiten" (StadtZeitung 21. 12. 2007). Droht dem Landesteil Baden dadurch eine Dreiteilung?

Salem: Gutachter ermitteln Verkehrswert (22. 9. 2008)

Ist die Anlage 42 oder 15 Millionen wert? Nach dem neuesten Stand der Informationen ermitteln Gutachter im Auftrage des Landes den Verkehrswert (entspricht dem erzielbaren Marktwert). Es wird geschätzt, dass der Verkehrswert zwischen 12 bis 15 Millionen Euro liegt. Das Stuttgarter Büro Drees und Sommer, das Prinz Bernhard beauftragt hatte, veranschlagt die Immobilie auf 42 Millionen. Diesen von Drees und Sommer ermittelten Sachwert (gewerblich nutzbare Räumlichkeiten ohne das eigentliche Schlossgebäude und ohne das Münster) will die Regierung jedoch nicht bezahlen (BNN 22. 9. 2008). Nach Recherchen der FAZ (30. 11. 2007) hat Salem in den Jahren zwischen 1973 und 2007 rund 5,5 Millionen Euro erhalten (Denkmalförderung des Landes: 3,83 Millionen Euro; aus dem Bundeshaushalt 1,01 Millionen Euro, aus der Stiftung Denkmalschutz weitere 355 000 Euro und aus der baden-württembergischen Denkmalstiftung 360 000 Euro).

Ankauf von Salem durch die Landesregierung? (1. 10. 2008)

Finanzminister Willi Stächele hat der markgräflichen Familie eine vom Land in Auftrag gegeben Expertise übergeben (BNN 1. 10. 2008). Nach Darstellung des Hauses Baden hat das staatliche Gutachten nicht den „marktbezogenen Verkaufswert" ermittelt, es handle sich vielmehr um den Ertragswert. Der aktuelle Verkaufswert der Schloss-Anlage muss nach Ansicht des Hauses Baden auch das kommerzielle Potenzial, den ideellen Wert für die Region sowie den Substanzwert des gesamten Areal berücksichtigen. Beide Seiten sind inzwischen darin einig, dass „ein Verkaufswert zusätzlich zum ermittelten Ertragswert die kunsthistorische Bedeutung des Objekts, seinen Sachwert sowie die aktuelle Marktsituation einbeziehen müsse."

Insider rechnen damit, dass sich das Land mit Bernhard Prinz von Baden bei 20 Millionen einigen könnte. Gleichzeitig führt das Haus Baden Verhandlungen mit einem privaten Investor.

Land kauft Salem-Paket für 57 Millionen Euro (4. 11. 2008)

Am 3. 11. 2008 wurden nach Zeitungsberichten von 16 bis 17 Uhr im baden-württembergischen Staatsministerium alle rechtlichen und finanziellen Fragen im Streit mit dem Markgrafen um die badischen Kunstschätze und die Zukunft von Schloss Salem geklärt (Stuttgarter Zeitung). Eine Einigung zeichnet sich ab, „mit der der Adlige wohl komfortabel leben kann" (BNN). 57,8 Millionen will das Land für das Salem-Paket aufwenden. Die Summe beinhaltet drei Posten: für das Schloss 20–25 Millionen, für Kunstwerke aus dem unstreitigen Besitz der Markgrafenfamilie 15 bis 20 Millionen. Weitere 15 Millionen werden dafür bezahlt, dass der Markgraf sich verpflichtet, nicht gegen die im staatlichen Gutachten festgestellten Eigentumsrechte des Landes der Kunstgüter zu klagen. Keine grundsätzlichen Einwände hat die Landesregierung gegen die Forderung des Markgrafen Max, auch weiterhin im Schloss zu residieren (Nach BNN).

„Hauptsache Schluss", „Befreiungsschlag" (4.–7. November 2008)

Titelte die Presse anläßlich der Verhandlungsergebnisse zwischen dem Hause Baden und der Landesregierung am 3. 11. 2008. Oettingers Kompromißvorschlag zur Lösung des Salemer Schlossstreites löste aber sofort neuen „Unmut", sogar auf Seiten der CDU aus. Nach Punkt 7 der „Eckpunkte des Verhandlungsergebnisses" wird „für die Bespielung, den Betrieb und Vermarktung der Gesamtanlage durch das Haus Baden mit dem Land ein Grundlagenvertrag geschlossen. Bei der Vermarktung wird eine enge Kooperation mit dem Landesmarketing und der Schlösser- und Gartenverwaltung angestrebt" (Landesportal BW). „Daraus folgerten die Parlamentarier, dass das Haus Baden weiter federführend bleiben wird." (StZ)

Der Plan des Ministerpräsidenten, Prinz Bernhard von Baden als Generalmanager von Salem einzusetzen, kommentierte der Fraktionsvorsitzende der SPD Schmiedel: „Es kann nicht sein, dass das Land zwei Drittel der Prälatur kauft und der Prinz dort weitermacht". Oettinger dagegen meinte, dass das Land auf die Erfahrungen des Hauses Baden bei der Nutzung von Salem zurückgreifen sollte. Minister Stächele (CDU) versprach nach der umstrittenen Absprache mit dem Fürstenhaus, dass die Regierung in den nächsten vier Wochen nichts abmachen werde, was das Land binden würde. Im Zusammenhang mit der geplanten Generalmanager-Position des Erbprinzen ist auf das Stiftungsvorhaben von 2006 hinzuweisen. Wenn wir es richtig interpretieren, hatte das Stiftungsmodell den Sinn, das Haus Baden von seinen Salemer Schulden zu befreien und es gleichzeitig als Herr von Salem zu belassen.

Landesvereinigung Baden in Europa feiert 15jährigen Geburtstag

Die Landesvereinigung Baden in Europa feierte am 4. 11. 2008 im Ständehaussaal in Karlsruhe ihren 15. Geburtstag. Sie wurde 1993 zur „Wahrung badischer Interessen und der Verwirklichung einer freundschaftlichen Partnerschaft über die Grenzen" gegründet. Die gut besuchte Veranstaltung hatte eine politische Bedeutung im doppelten Sinne, einmal von Seiten der geladenen Gäste aus der Politik wie vom Redner des Abends, dem Badener Heribert Rech aus Bad Schönborn. „Wir feiern zu Recht". Auch im Hinblick auf die Widerstände gegen die von der Bundesbahn geplant Terrassierung der Rheintalbahn hielt Rech es für angemessen, dass sich Menschen in Bürgerinitiativen einbringen.

„Baden 21" – Vereinte Bürgerinitiativen am Ober- und Hochrhein für ein menschenfreundliches und umweltgerechtes Jahrhundertbauwerk der Rheintalbahn

Baden 21 ist die Antwort der vereinten Bürgerinitiativen an Ober- und Hochrhein gegen die Absicht der

Deutschen Bahn AG, im Rheintal eine Güterzugtrasse in ihrem Sinn zu bauen. Als „Baden 21“ werden auch die Alternativvorschläge im Bereich der Strecke Offenburg bis Buggingen bezeichnet. Die Planung der neuen Güterzugsmagistrale ist wegen ihrer weitreichenden Folgen nur langfristig und aus gesamtgesellschaftlichem Blickwinkel zu sehen. Die Güterzüge fahren nachts – und zwar alle drei Minuten mit einem Tempo von 120 Stundenkilometern. Die damit verbundene „Verlärmung“ ist unzumutbar.

Zu bedenken sind deshalb bei der Planung „die Folgen für die Ökologie, die Menschen in all ihren Lebensbereichen, die Kulturlandschaft, die Stadtentwicklung und die damit verbundenen sozialen Auswirkungen“. U. a. fordern die „13 Forderungen des Volkes“ (Forderungen des Volkes zum Schutz der Bürger vom Güterzugslärm): „eine Vermeidung des Güterzugsverkehrs mitten durch Wohngebiete“ (These 8), „eine Trassenführung, die Wertminderung von Gebäuden der Strecke entlang und Abwanderung aus den betroffenen Wohngebieten verhindert“ (These 9). „Wir fordern die Verwirklichung des Jahrhundertbauwerks am Oberrhein als ein menschenfreundliches und umweltgerechtes Projekt – als ermutigendes Beispiel eines demokratisch geprägten Bürgersinns für künftige Generationen“ (These 13).

Literatur: Klaus Gumpp, Rheintalbahn, Schlagader Europas – Herzinfarkt für Baden? BH 3/2008, S. 326–335.

Baden 21, die Lösung für die ABS/NBS Rheintalbahn am Oberrhein.

Gegen die widersinnigen Pläne um den Hortus Palatinus in Heidelberg

In Heidelberg plant eine Gruppe von ansässigen Unternehmern, den Lustgarten des Kurfürsten Friedrich V. (1596–1632) aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts den Hortus Palatinus, zu rekonstruieren und in ein betriebswirtschaftliches Marketingkonzept einzubinden. Die Unternehmer, allen voran Phora-Gründer Hans-Joachim Wessendorf, Prof. Klaus Tschira und Manfred Lautenschläger sehen sich selbst nicht als Investoren, sondern als Mäzene, „die der Stadt mit ihrem Engagement ein Geschenk machen sollen“.

Bürgerinitiative und Badische Heimat machten sich stark für „eine Erhaltung des Schlossgartens der Romantik“. „Sie stören sich vor allem daran, dass die lange Geschichte des Gartens auf vier Jahre (1616–1620) einer dürftig nachgewiesenen und längst vergangenen Existenz reduziert werden soll“ (Ch. Bühler).

Literatur: Gerhard Walter, Der Heidelberger Schlossgarten, 1990.

Christoph Bühler, Der Streit um den Hortus Palatinus in Heidelberg, BH 1/2008, S. 130–137.

24. September 2008: Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau des Generallandesarchivs in Karlsruhe

Nach 20 jährigen vergeblichen Bemühungen des Fördervereins und der Stadt Karlsruhe wurde am 24. 9. 2008 der Grundstein für den 8,5 Millionen Euro teuren Erweiterungsbau an der Hildapromenade gelegt, der bis 2010 erstellt sein soll. Nach einem weiteren Jahr, das zur Austrocknung des Baus benötigt wird, kann der Bau bezogen werden. Das alte Magazin soll dann bis 2015 saniert werden. Das Naturkundemuseum am Friedrichsplatz kann den Westflügel des Gebäudes dann für seine eigenen Zwecke nutzen. Bislang dient das Gebäude dem Generallandesarchiv und der Landesbibliothek als Magazinersatz.

Fusion des badischen Genossenschaftsverbands mit dem württembergischen Genossenschaftsverband

Im Frühjahr 2000 fusionieren die beiden Genossenschaftsverbände in Baden und Württemberg zu dem Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband. Der Badische Genossenschaftsverband stand dem Zusammenschluss zunächst kritisch gegenüber, weil er befürchtete, von dem potentiellen württembergischen Partner untergebuttert zu werden (Stuttgarter Zeitung). Die Badener Genossen beharrten bereits bei der Aufnahme der Fusionsgespräche darauf, dass im Falle eines Zusammenschlusses den Vorsitzenden des neuen Verbandes zu stellen. Der bisherige badische Genossenschaftspräsident, Gerhard Roßwog, wird Chef des neuen Verbandes. Karlsruhe und Stuttgart werden gleichrangig die Hauptstandorte des neuen Verbandes sein.

---

3. Grenzüberschreitende Aktivitäten

Neues in der Architektur?
Quoi de neuf en architecture?
Die Architekturtage –
Les Journées de l'Architecture

1.–21. Oktober 2008

Die Architekturtage wurden 2000 in Straßburg ins Leben gerufen und bieten ein Forum, in dem Architekten, Stadtplaner und Künstler aktuelle Trends der Architektur vorstellen. Eine zukunftsweisende Architektur steht heute vor ganz neuen Herausforderungen: Tradition, Innovation und Nachhaltigkeit müssen in neue Konzepte einfließen. Ziel der Architekturtage ist es, den Zusammenhang von architektonischer Planung und Lebensqualität zu erklären. Die Architekturtage standen unter der Schirmherrschaft von Adrian Zeller, Präsident des elsächen Regionalrates, G. H. Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Dr. Christoph Eymann, Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartments des Kantons Basel-Stadt und Jörg Krähenbühl, Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft.

In Freiburg wurden Vorträge angeboten zu den Themen: „Aktuelle Architektur unter dem Einfluss energetischer Konzepte“, „Energie und Stadt“, „Passiv-Zero-Plusenergiehäuser“. In Karlsruhe Ausstellungen zu den Themen „Das Passivhaus – heute für morgen bauen“, „Der heutige Fußgänger: Architektur-Strecke in Paris“ und „Auszeichnung guter Bauten“. An Diskussionsrunden wurde im Architekturschaufenster Karlsruhe angeboten: „Live aus dem Passiv-Haus – Talkrunde mit Passivhausbewohnern“ und „Live aus der Energieberatung – Passivhauskomponenten in der Altbausanierung“.

---

4. Gedenktage

550. Todestag des Seligen Bernhard von Baden (1424–1458): 15. Juli 2008

Liegt von Bernhard II. auch „wenig historisch Greifbares“ vor, so wurde er doch für die Landes- und

Diözesangeschichte zu mehreren Zeitpunkten bedeutsam. Bernhard brachte in der Regierungszeit Karl I. (gestorben 1475) durch die Annahme, er habe ein heiligmäßiges Leben geführt, eine religiöse Überhohung, die von seinen geistlichen Brüdern gefördert wurde. Aus der Sicht des badischen Hauses war die „Apotheose des Markgrafen ein Glücksfall“ (H. Schwarzmaier). Markgraf August Georg von Baden-Baden (geb. 1706–1771 regierte ab 1761) förderte die Seligsprechung Bernhards (Seligsprechung Bernhards 1769), um seinen zukünftig von Baden-Durlach protestantisch regierten Untertanen einen „himmlischen Landesvater“ zu hinterlassen.

Nach dem Tode August Georgs ging die Herrschaft Baden-Baden an die baden-durlachische Linie nach dem Erbvertrag von 1765 über, der die seit 1535 bestehende Spaltung des badischen Landes aufhob. Großherzog Friedrich I. (regierte 1852–1907) griff den Bernharduskult in eigenem Interesse auf. „Es schien dem protestantischen Großherzog ein geeignetes Mittel, der katholischen Bevölkerungsmehrheit in Baden einen positiven Zugang zu sich und seiner Dynastie zu vermitteln.“ „Die Bezeichnung Friedrichs als Enkel Bernhards rückt ihm im wahrsten Sinne des Wortes in eine Linie mit dem Seligen. „Der Großherzog wird dadurch bewußt oder unbewusst sakral aufgewertet“ (Christine Schmitt). Noch Otto B. Roegele nimmt nach der Gründung Baden-Württembergs den seligen Bernhard von Baden für das „badische Erbe und die katholische Religion“ in Anspruch. „Nachdem wir“ das Aufgehen des badischen Volkes „in einem mehrheitlich protestantischen Volkstum nicht verhindern konnten“, müssen wir „dem badischen Volk durch einen Heiligen (!) Bernhard einen Patron und Schutzherrn besonderen Art vermitteln“ (Zitiert nach Chr. Schmitt). Unter Erzbischof Bernhard Boll (1827–1836) wurde Bernhard zum Landespatron des badischen Diözesanteiles. Nach Christine Schmitt führt „die Beschäftigung mit der Geschichte des Kults … zu einem tieferen Verstehen der badischen Kirchengeschichte“.

Anlässlich der Feier „550 Jahre Seliger Bernhard“ fanden verschieden Veranstaltungen statt: Eine Diözesenwallfahrt mit einem Pontifikalamt mit Erzbischof Dr. Robert Zollitsch in der Wallfahrtskirche Santuario Vicoforte di Mondovi am 12. 7. 2008; Pontifikalämter in der Pfarrkirche St. Bernhard Karlsruhe am 19. 7. 2008 und in St. Bernhard in Baden-Baden am 20. 7. 2008. Am 19. 7. 2008 fand ein Großer Zapfenstreich zu Ehren des Seligen Bernhard im Ehrenhof des Rastatter Residenzschlosses statt (Veranstaltungskalender Erb. Ordinariat und Pfarrgemeinden).

Gedenktage: 50. Todestag von Reinhold Schneider (6. April 1958) und von Leopold Ziegler (25. November 1958)

Die meisten, wenn nicht sogar alle Schriftsteller der Vergangenheit sind präsent, ausschließlich durch ihre literarischen Werke. Die Rezeptionssituation im Falle Reinhold Schneiders ist dadurch gekennzeichnet, dass seine Interpreten zuallererst beklagen, dass „die schier unübersehbare Zahl der Publikationen“ (Langenhorst) nicht mehr gelesen wird, um gleichzeitig Möglichkeiten einer Aktualisierung auszuloten. Diejenigen, die sich mit Reinhold Schneider auseinandersetzen, möchten seiner Lebensleistung gerecht werden und halten sie für wert, heutigen und kommenden Generationen in Erinnerung gehalten zu werden. Am 50. Todestag Schneiders geht es darum, wie man ihn auch in Zukunft präsent halten kann. Arnold Stadler hat in dem Text „Du mein geliebter Turm. Reinhold Schneider als Lebensgefährte im Lesen, Leben und Schreiben“ festgehalten: „Er hat viel geschrieben, aber nicht mit Romanen oder Tragödien hat er sich in unser und mein Gedächtnis eingeschrieben, sondern mit seinen Entwürfen von Menschen und Zeiten, mit seinen Gedichten und – ja: mit seinem Leben selbst“. Im Falle Schneiders sehen wir uns veranlaßt, zu fragen, ob Schneiders Leistung nur über literarische Werke „ins Gedächtnis eingeschrieben“ werden kann oder ob für Schneider andere (nichtliterarische) Maßstäbe angemessener wären. Die Badische Heimat hat in Heft 1/2008 (S. 34–71) mehrere Aufsätze zu Reinhold Schneider zur Veröffentlichung gebracht.

Was die Literatur zum 50. Todestag anbetrifft, so ist auf folgende Publikationen zu verweisen.

Babette Stadie hat anhand von Dokumenten, die das Reinhold-Schneider-Archiv der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe aufbewahrt, das Gedenkwort Schneiders zum 20. Juli in Reaktionen von Hinterbliebenen herausgebracht (Besprechung von Peter Steinbach in „Blick in die Geschichte“ Nr. 80, 19. 9. 2008). Friedrich Emde und Ralf Schuster haben eine Aufsatzsammlung „Wege zu Reinhold Schneider“ (2008) herausgebracht. Schließlich legte Michael Albus, Vorsitzender der Reinhold-Schneider-Gesellschaft, eine Auswahl von Texten Reinhold Schneiders unter dem Titel „Texte eines radikalen Christen“ (2008) vor. Die Katholische Akademie in Freiburg veranstaltete am 4. und 5. April 2008 eine Tagung anläßlich des 50. Todestages Reinhold Schneiders unter dem Titel „Macht und Gewissen“ (Besprechung in „Konradsblatt“, 19/2008).

Leopold Ziegler (30. 4. 1881–25. 11. 1958)

Leopold Ziegler teilt das Schicksal weitgehender Vergessenheit mit Reinhold Schneider. „Wer ist Leopold Ziegler? Ein heute weitgehend in Vergessenheit geratener Denker, der in der Zwischenkriegszeit zu den meistgelesenen Philosophen zählte“ (Sophie Latour, 1995).

Zum Todestag des Philosophen Leopold Ziegler hat die Badische Landesbibliothek Karlsruhe die Broschüre „Leben und Werke in Dokumenten“, die zum 20. Todestag Zieglers und der Ausstellung vom 24. 11. 1978 erarbeitet wurde, wieder aufgelegt. Die Badische Landesbibliothek hat in der Zeit vom 15. 7.–31. 10. 2008 Teile des Briefwechsels aus dem Zeitraum von 1935 bis 1956 sowie Schneiders Schrift „Zum 20. Juli 1944“ und Dankesbriefen der Hinterbliebenen ausgestellt. Für die Badische Heimat (Heft 3/2008) hat Manfred Bosch einen Text Zieglers aus dem Band „Dienst an der Welt“ von 1935 ausgewählt und eine Einführung zu Zieglers Leben und Werk vorangestellt.

---

5. Jubiläen

200 Jahre Botanischer Garten Karlsruhe

Nach den Plänen Weinbrenners entstand 1808 der neue Botanische Garten auf dem damaligen Holzplatz

westlich des Schlosses. An 1808 entstanden ein Garten mit Orangerie, Warm-, Kalt- und Anzuchthaus. In den 1850er Jahren erfolgte eine völlige Umgestaltung des Gartens durch Heinrich Hübsch zwischen 1854 und 1857. Die Anlage bestand aus einem Orangeriegebäude, der sich rechtwinklig anschließenden Gebäude, dem Kamelienhaus, dem Wasserpflanzenhaus, dem Palmenhaus, und dem Warmhaus.

Anlässlich des Jubiläums wurden Vorträge im sogenannten „Torbogen" angeboten.

Theodor Hartweg, Von Pflanzenforschung und -züchtung im Botanischen Garten. Ein Porträt des Hofgärtners Andreas Johann Hartweg (1777–1831).

Dr. Ulrich Maximilian Schuhmann, Heinrich Hübsch (1795–1863). Architektur zwischen Rationalität und Spiritualität.

Literatur: Helmut Carolus/Thomas Huber, Botanischer Garten Karlsruhe, 1993.

10 Jahre Festspielhaus Baden-Baden

Geburtstagsfeier am 11.–14. September 2008

In Gesprächen zwischen Ministerpräsident Lothar Späth und Oberbürgermeister Ulrich Wendt im Dezember 1994 wurde der Bau des Festspielhauses angeregt. Der erste Spatenstich zum Bau des Festspielhauses erfolgte am 10. Mai 1996, am 18. April 1998 wurde das Festspielhaus eröffnet, das zunächst als „Unternehmen Wahnsinn" (Der Spiegel) bezeichnet wurde. Schon drei Monate nach seiner Eröffnung stand das Haus vor der Insolvenz.

Im Jahre 1999 legen Stadt und Land ein gemeinsames finanziertes Sanierungs-Programm auf. Im Jahre 2000 übernahm die private Festspielhaus Baden-Baden die städtischen Anteile an der Betriebsgesellschaft. Heute wird das Budget für das Programm zu zwei Drittel von den Besuchern finanziert, den Rest schießen Sponsoren zu. Stadt und Land tragen jeweils zur Hälfte die Kosten für Miete, Wartung und Instandhaltung des Gebäudes, beide zusammen einen jährlichen Betrag von 3,9 Millionen Euro.

Baden-Baden hat mit dem Festspielhaus „eine neue Identität gefunden, ohne seine alten Wurzeln zu verlassen" (Lothar Späth). Die „Bäderstadt" ist durch das Haus zur „Kulturstadt" geworden, statt „alt" und „reich" assoziieren Besucher mit Baden-Baden nun eher „jung und dynamisch". Hotels und die Gastronomie profitieren von den Besuchern, die ganze regionale Wirtschaft spürt die positiven Auswirkungen. 17 Prozent der Übernachtungsgäste, das heißt fast jeder Sechste, kommen wegen des Festspielhauses. Das Festspielhaus ist ein Gewinn für die ganze Region, „eine phantastische Chance an Lebensqualität. Karlsruher Bürger und im besondern die Mitglieder der Hochschule für Musik Karlsruhe können so per Straßenbahn an der Weltkultur teilhaben" (Hartmut Höll).

Quelle: 10 Jahre Festspielhaus Baden-Baden, BNN 5. 9. 2008.

Stuttgarter Zeitung, Studie: Investition lohnt, 18. 4. 2008.

100jähriges Jubiläum der Kunsthalle Baden

Grundsteinlegung 1808. Entwurf Hermann Billing. Eröffnung mit der ersten Ausstellung am 3. April 1909.

Zu ihrem hundertjährigen Jubiläum präsentierte die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden die große Landesausstellung „Von der Fläche zum Raum. Malewitsch und die frühe Moderne". Der Namensgeber der Ausstellung, Kasimir Malewitsch (1878–1935), gilt als einer der einflussreichsten Maler des 20. Jahrhunderts. Dauer der Ausstellung: 25. Oktober 2008 bis 25. Januar 2009.

---

6. Ausstellungen

Grünewald und seine Zeit.
Große Landesausstellung Baden-Württemberg

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe,
8. Dezember 2007 bis 2. März 2008
Unterlindenmuseum Colmar,
Grünewald Blicke auf ein Meisterwerk

Während in Karlsruhe die herausragende Stellung des Meisters (1475/80–1528) in seiner Zeit thematisiert wurde, konzentrierte sich die Ausstellung in Colmar auf die Entstehung des Isenheimer Altars.

Die Ausstellung „Grünewald und seine Zeit" beleuchtete, wie Grünewald die schon Anfang des 15. Jahrhunderts in den Niederlanden zu einer großen Blüte gebrachte Ton-in-Ton-Malerei einsetzte und variierte. Die Ausstellung widmete sich zweitens dem bewegenden Thema der Passion Christi, das der Künstler wiederholt mit bis heute bezwingender, dramatisch wirkender Intensität und einer teilweise kühnen Innovationskraft ins Bild setzte (nach Kirsten Claudia Voigt).

Gerhard Richter.
Bilder aus privaten Sammlungen.

Museum Frieder Burda, Baden-Baden.
19. Januar 2008 bis 12. Mai 2008

Die Werke gaben einen umfassenden Einblick über 40 Jahre der Werkentwicklung, die sowohl die deutsche Nachkriegsgeschichte als auch das Medium der Malerei reflektiert. „Richter ist im globalen Vergleich zu einer Instanz des Maß-Gebens und Maß-Haltens über lange Zeiträume hinweg geworden. Deshalb ist er auch der einzige deutsche Künstler, dem zu Lebzeiten im Museum for Modern Art in New York eine aufwändige Retrospektive zuteil wurde" (Götz Adriani).

Friedrich Weinbrenners Weg nach Rom

Ausstellung im Rahmen der 19. Europäischen Kulturtage 2008 im Museum für Literatur am Oberrhein Karlsruhe.
7. April bis 1. Juni 2008

„Die Ausstellung ‚Friedrich Weinbrenner Weg nach Rom. Bauten, Bilder und Begegnungen' – ist die erste größere monographische Ausstellung seit 20 Jahren – dokumentiert die visuellen Eindrücke des jungen Zimmermanns und späteren badischen Oberbaudirektors und die kreative Verarbeitung der antiken Quellen. Die Romerfahrung zeichnet die Ästhetik vor, die ihn zu einer der gefragtesten Architekten seiner Zeit machte und seine Werke zu Symbolen einer aufgeklärten natürlichen Kultur" (H. Schmidt-Bergmann).

„In seinen Entwürfen fand er entwaffend unmittelbare Bilder für eine Synthese des Schönen und Nützli-

chen, wonach die Vertreter eine humanistische Kunstauffassung aller Zeiten suchen. Er ließ sich hierzu von dem erlebbaren Miteinander der Antike – und der zeitgenössischen Alltagsarchitektur ebenso inspirieren wie von der plötzlichen Nähe zu den antiken Textquellen, etwa Lukians ‚Schönen Saal'. Aus diesem Dualismus ließen sich taugliche Bauten und sogar eine ganze Stadt entwickeln, worin das individuelle Bedürfnis und Schönheit keinen Gegensatz mehr zum gemeinsamen Nutzen darstellte". „Ohne diesen geweiteten Horizont ist das Phänomen Weinbrenner, sind Gestalt und Prestige der badischen Baukunst nicht zu verstehen" (U. M. Schumann).

Katalog zur Ausstellung: Ulrich Maximilian Schumann, Friedrich Weinbrenners Weg nach Rom. Bauten, Bilder, Begegnungen. Schriften des Museums für Literatur am Oberrhein, Bd. 3 zugleich auch Haus- und Baugeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchivs Karlsruhe Bd. 7.

Wanderausstellung „Tagebuch – Lebensspuren von Menschen in ihrer Zeit"

Deutsches Tagebucharchiv Emmendingen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadtgeschichte und dem Museum für Literatur am Oberrhein im Prinz-Max-Palais Karlsruhe. Vom 10. Mai bis 10. August 2008

Seit 1998 hat sich in Emmendingen eine einzigartige Institution entwickelt, die als Sammelstelle für Tagebücher, Erinnerungen und Briefwechsel inzwischen über 6000 private Zeitzeugnisse in ihren Bestand aufgenommen hat.

Literatur: Volker Schupp. Heimat der persönlichen Erinnerungen. Das Deutsche Tagebucharchiv Emmendingen präsentiert sich mit einer Wanderausstellung „Lebensspuren" in verschiedenen Städten in Baden-Württemberg. BH 2/2008, S. 196–203.

Schmuckmuseum Pforzheim: galante begleiter – faithful companions.

Von Metalltäschlein bis zur Garnkugel. Accessoires vom 19. Jahrhundert bis in die 1920er Jahre. Ausstellung im Schmuckmuseum Pforzheim, 21. Juni bis 24. August 2006

Die Ausstellung gab einen Überblick über die schier unerschöpfliche Vielfalt von Metalltaschen, die seit dem 19. Jahrhundert auf den Markt kamen.

Sie können in drei Hauptformen eingeteilt werden: Taschen, die aus zwei festen Metallhälften bestehen. Taschen, an deren Bügel ein Maschengewebe aus Metall angebracht ist und metallenen Etuis.

Katalog: galante begleiter.faithful companions. Herausgeber: Schmuckmuseum Pforzheim. Cornelie Holzach.

Extra Schön. Markgräfin Sibylla Augusta und ihre Residenz.

Eine Ausstellung anläßlich des 275. Todestages der Markgräfin Sibylla Augusta (1675–1733)

Im Jahre 2005 fand anläßlich des 350. Geburtstages von Markgraf Ludwig Wilhelm (1655–1707) eine Sonderausstellung „Zwischen Sonne und Halbmond. Der Türkenlouis als Barockfürst und Feldherr", in Rastatt statt. Im Jahre 2008 war die 275. Wiederkehr des Todes seiner Gemahlin, Sibylla Augusta von Baden-Baden, Anlass zu einer Ausstellung im Residenzschloss in Rastatt. Sie sollte „Verständnis für diese außergewöhnliche Persönlichkeit wecken und die Beschäftigung mit einem fast verschütteten Kapitel in der Geschichte des deutschen Südwestens anregen". Dies umsomehr als über Sibylla Augusta „keine zusammenfassende auf Quellenrecherchen gestützte Darstellung fehlt" (Ulrike Grimm). Sibylla Augusta übernahm nach dem Tode Ludwig Wilhelms 1707 die Regentschaft für den noch unmündigen Erbprinzen Ludwig Georg bis zum Jahre 1727. „Was bis heute die markgräfliche Residenz ausmacht, ist auch das Werk der Markgräfin, um den Machtsanspruch des Hauses Baden-Baden für die Zukunft Ihrer Kinder zu sichern" (U. Grimm).

Begleitband zur Ausstellung: Daniel Hohrath und Christoph Rehm (Hrsg.)

Zwischen Sonne und Halbmond. Der Türkenlouis als Barockfürst und Feldherr (Ausstellung vom 8. April bis 25. September 2005).

Extra Schön. Markgräfin Sibylla Augusta und ihre Residenz. Eine Ausstellung anläßlich des 275. Todestages der Markgräfin Sibylla Augusta von Baden-Baden. Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, 2008.

Rosen und Skulpturen.

Ausstellung im Stadtmuseum Baden-Baden im Alleehaus.Vom 19. bis 22. Juni 2008.

Mit 10 000 Rosen wurden Grab- und Weihesteine, mittelalterliche Bauplastik und Porträtbüsten von Meisterflorist Thomas Seith fantasievoll dekoriert.

Homer. Der Mythos von Troia in Dichtung und Kunst.

Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim. 14. September 2008 bis 18. Januar 2009 Große rem-Sonderausstellung in Mannheim

Zeit der Helden. Die „dunklen Jahrhunderte" Griechenlands 1200–700 v. Chr.

Badisches Landesmuseum Karlsruhe. 25. 10. 2008 bis 15. 2. 2009

Das ganze Land wird von einer Welle ungeklärter Katastrophen überzogen, die zum Untergang der mykenischen Paläste führen. Die prachtvolle Hochkultur der Mykener versinkt in Schutt und Asche – die Führungselite wird ausgelöscht und mit ihr die politische und wirtschaftliche Ordnung. Es folgt eine lange, rätselhafte Periode ohne Schrift und Monumentalarchitektur, die sogenannten „dunklen Jahrhunderte Griechenlands". Vor dem Hintergrund dieser Zeit läßt Homer seine Helden der Ilias und Odyssee agieren.

Zahlreiche archäologische Untersuchungen der letzten Jahrzehnte lassen diese Epoche in einem neuen Licht erscheinen: als eine wichtige Zeit des Umbruchs und der Erneuerung.

Karl Hofer (1878–1955) Das Frauenbild

Museum Ettlingen. 28. September bis 30. November 2008

Das Museum Ettlingen widmete dem wichtigen Vertreter der klassischen Moderne in Deutschland eine

auf seine Frauendarstellungen konzentrierte Ausstellung mit mehr als 60 Werken von den künstlerischen Anfängen bis zu seinem Todesjahr 1955.

Edouard Vuillard (1868–1940)

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe.
18. 10. 2008 bis 25. 1. 2009

Neben seinen Freunden Pierre Bonnard und Maurice Denis zählt Edouard Vuillard zu den Hauptvertretern der seit 1888 in Paris gegründeten Künstlergruppe „Nabis". Das Interesse galt dem Bild und seiner eigenen Realität. Ein frühes Meisterwerk, in dem die Prinzipien der „Nabis" auf vollkommene Weise verwirklicht sind, ist das in der Darstellung von Raum und Körperlichkeit auf ein Minimum reduziertes Gemälde „Im Bett" von 1891.

Art Deco.
Schmuck und Accessoires der zwanziger Jahre

20. 9. 2008 bis 1. 1. 2009

Die Ausstellung findet im Rahmen des Zwanziger-Jahre-Kulturfestivals der Stadt Pforzheim statt.

Medium Religion. Ausstellung im ZKM/Museum für Neue Kunst

23. 11. 2008 bis 19. 4. 2009

Ohne Schrift keine Kirche, ohne Schriftrollen kein Glaube. Die Religion war also von Anfang an nicht nur an ein Medium gebunden sondern war vielmehr durch den Anspruch der Wiederholbarkeit, den das Ritual verkörperte, selbst ein Medium. Die Religion bediente sich also der Medien Schrift und Bildern, sondern ist selbst ein Medium. Die Religion als Medium komplementiert die Medien als Religion. Die Ausstellung möchte diese mediale Seite der Religion anhand aktueller Beispiele der religiösen Propaganda wie auch anhand einzelner Werke zeitgenössischer KünstlerInnen veranschaulichen.

Weihnachten zur Kaiserzeit. Sonderausstellung im Bruchsaler Schloss

Vom 1. 11. 2008 bis 18. 1. 2009

Gezeigt werden alter Christbaumschmuck, Engel, Einklebealben, Klappkrippen, Spiele, Stanzbücher, Bilder u. ä. m.

1933 – Karlsruhe am Beginn der Dritten Reiches. Ausstellung in der Erinnerungsstätte Ständehaus Karlsruhe.

Vom 7. November 2008 bis 17. Januar 2009

Natur. Zeitgenössische Kunst aus der Altana Kunstsammlung Museum Frieder Burda Baden-Baden

Vom 8. November 2008 bis 8. Februar 2009

---

7. Museum Neueröffnung

Museum Johannes Reuchlin, Pforzheim

Eröffnung am 7. September 2008

Im Jahre 1923 errichtete die Stadt Pforzheim ein Reuchlinmuseum, das beim Luftangriff auf Pforzheim am 23. Februar 1945 zerstört wurde. Das „Reuchlin-Kolleg" an der Schlosskirche wurde in den Jahren 2006–08 durch die Freunde der Schlosskirche e. V. für das Museum Johannes Reuchlin wieder aufgebaut. Jede der vier Ausstellungsebenen hat einen eigenen Themenschwerpunkt: Herkunft, Leben, Werk und Wirkung.

Öffnungszeiten: Mo und Fr. 15–18 Uhr,
So. 12–17 Uhr.

---

8. Publikationen

Mannheim

Wilhelm Kreutz/Hermann Wiegand,
Kleine Geschichte der Stadt Mannheim, 2008

Die Autoren versuchen alle Phasen der vierhundertjährigen Geschichte Mannheims gleich zu gewichten und eine Konzentration auf die „goldenen Jahre" Mannheims im 18. oder an der Wende von 19. Jahrhundert zum 20. Jahrhundert zu vermeiden. „Die Arbeiterstadt Mannheim wird bald ebenso Geschichte sein wie die Festungsstadt des 17. Jahrhunderts, die Residenzstadt des 18. Jahrhunderts oder die bürgerliche Handelsstadt des 19. Jahrhunderts." Mannheim war öfter als andere Städte gezwungen, einen Funktionsverlust zu kompensieren, die Zukunft gehört der Dienstleistungs-, Einkaufs-, Handels-, und Kulturstadt Mannheim. Im übrigen deckt sich die neue Metropolregion mit dem Territorium der alten Kurpfalz.

Metropolregion Rhein-Neckar

Literaturregion Rhein-Neckar. Herausgeber ADAC Nordbaden, ADAC Pfalz, Literarische Gesellschaft Karlsruhe / Museum für Literatur am Oberrhein, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH.

Konzeption: Hansgeorg Schmitt-Bergmann, 2008.

Zwischen Karlsruhe und Heidelberg.

Thomas Adam, Streifzüge zwischen
Karlsruhe und Heidelberg 2008

Thema des Buches ist die vergleichsweise unbeschriebene Landschaft im Karlsruher Norden, beginnend auf einer Linie zwischen Durlach bis knapp unterhalb Heidelberg. Die Städte und Gemeinden, die alten Bauerndörfer und Arbeitersiedlungen bergen eine vielfältige Palette an Kultur, Kunst, Geschichte und Natur.

Karlsruhe

Schloss und Hof Karlsruhe.
Führer durch die Abteilung zur Schlossgeschichte.
Badisches Landesmuseum Karlsruhe, 2008

Die Abteilung „Schloss und Hof Karlsruhe" wurde von Dr. Rosemarie Döhler-Stratmann und Dr. Claudia Kanowski eingerichtet und 1998 eröffnet. Die Texte, die damals erarbeitet wurden, wurden von Frau Dr. Jutta Dresch aufgegriffen und für den jetzt vorliegenden Führer zur Schlossgeschichte erweitert. Von Text, Auswahl der Informationen, Design und Bebilderung ist der Führer eine ausgezeichnete publizistische Leistung, die geeignet ist, dem Leser Badische Geschichte näher zu bringen. Zusätzlich hat Thomas Goldschmidt auf 16 Seiten ungewöhnliche Perspektiven des Schlosses beigesteuert.

Friedemann Schäfer, Stadtspaziergänge in Karlsruhe. Klassizismus 2008

Die Publikation führt in die Zeit des europäischen Klassizismus um 1800 ein. Der zweite Teil behandelt die Architektur des Klassizismus in Karlsruhe.

Frank Engehausen – Ernst Bräunche (Hrsg.). 1933 – Karlsruhe und der Beginn des Dritten Reiches, 2008.

Das Buch ist die Begleitpublikation zu der gleichnamigen Ausstellung. Die Publikation gibt einen Überblick über verschiedenen Facetten der nationalsozialistischen Machtergreifung und der „Gleichschaltung" im lokalgeschichtlichen Kontext.

Frauenalb

Bernd Breitkopf (Bearb.), Frauenalb Streifzug durch 800 Jahre Geschichte, 2008-11-04

Von Ende 1887 bis Mitte 2008 wurden in insgesamt 18 Bauabschnitten die Maßnahmen zur Begehbarmachung die an der Ostseite des Konventsgebäudes liegenden Gebäudeteile durchgeführt.

Bruchsal

Sandra Eberle, Schloss Bruchsal. Führer Staatliche Gärten und Schlösser, 2008-11-04

Sandra Eberle hat auf knappem Raum einen informativen Führer zur Geschichte des Bruchsaler Schlosses geschrieben. Der Führer ist reich und anspruchsvoll bebildert.

Rastatt

Extra Schön. Markgräfin Sibylla Augusta und ihre Residenz, 2008

Die Begleitpublikation zur Ausstellung anläßlich des 275. Geburtstages der Markgräfin Sibylla Augusta von Baden-Baden will das Verständnis für die außergewöhnliche Persönlichkeit wecken und zur Beschäftigung mit einem fast verschütteten Kapitel in der Geschichte des deutschen Südwestens anregen. Was bis heute die einstige markgräfliche Residenz ausmacht, ist auch das Werk der Markgräfin.

Baden-Baden

Ulrich Coenen, Von Aquae bis Baden-Baden. Die Baugeschichte der Stadt und ihr Beitrag zur Entwicklung der Kurarchitektur, 2008

Die Publikation ist der erste Versuch, die Baugeschichte Baden-Badens von der Antike bis zur Gegenwart zu beschreiben. Der Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung Baden-Badens als Kurstadt. Zeitlich liegt der Schwerpunkt des Buches in der Zeit nach 1800, insbesondere aber in der Epoche des Klassizismus und Historismus (Kap. IV, S. 207–558). Dies insbesondere, da das „Bild der Kurstadt des 19. Jahrhunderts" „in Baden-Baden in beinahe unvergleichlicher Weise erhalten blieb". Der zeitlich weitgespannte Horizont – römische Siedlung Aquae um 75 n. Chr. bis Jetztzeit – und die Partien, die der Entwicklung der Kurstadt gewidmet sind, können auch als Beiträge zur Stadtgeschichte gelesen werden.

Die römischen „Soldatenbäder" in Baden-Baden – (Aquae Aureliae) Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg Bd. 25. Petra Mayer-Reppert und Britta Rabold. Herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege – Regierungspräsidium Stuttgart, 2008.

Der Führer beschäftigt sich mit den „Soldatenbädern" und den antiken und Neuzeitlichen Badewesen in Baden-Baden. Auqae gehörte schon in römischer Zeit zu den wichtigsten Siedlungen am Oberrhein und bildete gewissermaßen einen Kristallisationspunkt römischer Kultur und Zivilisation innerhalb der 86 n. Chr. Gegründeten Provinz Obergermanen.

Dagmar Kicherer, Kleine Geschichte der Stadt Baden-Baden, 2008

Der Band der Archivarin beim Stadtmuseum Baden-Baden, Dagmar Kicherer, gibt einen kompakten Überblick über die Geschichte der Stadt von der Römerzeit bis in die Gegenwart. Das Buch ist die z. Zt. aktuellste Stadtgeschichte der Stadt Baden-Baden.

Freiburg

Tobias Wöhrle, Leo Wohleb, eine politische Biographie, 2008

Die bisher umfangreichste Arbeit zu Leo Wohleb „Ein badisches Leben".

Leo Wohleb (1888–1955) wurde im Jahre 2002 vom Stadtarchiv Freiburg herausgegeben. Die Autoren betonten aber, dass es sich dabei nur um einen biographischen Abriss handle und eine umfassende Biographie noch ausstehe. Tobias Wöhrle hat mit seiner Dissertation, die jetzt als Buch vorliegt, Leo Wohleb eine umfangreiche wissenschaftliche „politische Biographie" gewidmet.

Ausgehend von den Prägungen und der geistigen Ausrichtung Wohlebs soll gefragt werden, wie Wohleb Politiker wurde und welche Faktoren auf seinem Weg von Bedeutung waren. Darüber hinaus interessieren den Autor Antworten auf die Fragen: Warum entschied sich Wohleb 1945 für ein aktives politisches Engagement? Wie führte er sein Amt, welchen Regierungsstil pflegte er? Die Biographie Wohlebs versteht der Autor aber auch „als Beitrag zur Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit im deutschen Südwesten und zur badischen Landesgeschichte zwischen 1945 und 1995" und „zur Vorgeschichte des Landes Baden-Württemberg".

Landesvereinigung Baden in Europa feiert 15. Geburtstag

„Wir feiern zu Recht"

Am 4. 11. 2008 feierte die Landesvereinigung Baden in Europa ihren 15. Geburtstag im Ständehaus in Karlsruhe. Gerlinde Hämmerle, die stellvertretende Vorsitzende, konnte Herrn Innenminister Heribert Rech und Regierungspräsidenten Rudolf Kühner begrüßen, die Bürgermeister Harald Deneken und Bür-

germeister Obert, Landtagsabgeordnete und zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates und Ehrengäste. Als Vertreter des erkrankten Oberbürgermeisters begrüßte der Erste Bürgermeister Harald Denecken die Versammlung und bestätigte, dass die Landesvereinigung seit 15 Jahren erfolgreich für die Interessen Badens tätig gewesen sei. Die Vereinigung habe das „Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Anbindung an den geschichtlichen Raum“ gefördert. Das „badische Leben“ sei auch in der Zukunft „von der Vereinigung bewußt zu pflegen“, das trage auch zur Identität Karlsruhes bei. Die Landesvereinigung solle auch in Zukunft „die Stimme erheben, wo die Balance verloren zu gehen droht“. Gemeint war eine ausgewogene Politik in beiden Landesteilen. Innenminister Heribert Rech, ein Badener aus Bad Schönborn, stellte als Redner des Abends die verkehrspolitische Mittelpunktslage Badens in den Vordergrund seiner Erwägungen. Baden steht mit zwei Schienenwegen – Paris–Bratislawa und Rotterdam–Basel–Italien im Mittelpunkt der europäischen Schienenwege. Verständnis äußerte Rech für den Widerstand der Bevölkerung gegen die Trassenführung ab Offenburg. Angesprochen wurden von Rech auch die Themen Flughafen Karlsruhe-Baden-Baden und die Investitionen des Landes, weiter der Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar und die Sicherheit im Südteil des Landes.

Gegen den Ausbau der Rheintalstrecke liegen nach Rech wegen mangelnder Lärmschutzmaßnahmen 70 000 Einwendungen vor. Rech will Minister Tiefensee und Hartmut Mehdorn den Vorschlag machen, die Mittel, die nicht mehr für den Transrapid gebraucht werden, auf der Rheintalstrecke einzusetzen.

Prof. Mürb, der Vorsitzende gab einen Überblick über die Gründung und Entwicklung der Landesvereinigung. Natürlich schloss er seine Ausführungen mit einigen Wünschen: Er forderte u. a., Schluss zu machen mit dem Stuttgarter zentralistischen Denken, ebenso mit dem Gedanken einer „baden-württembergischen Zentralitätsidentität, größeres Interesse der Landesregierung für die elf Regionen Baden-Württembergs“. Von den badischen Abgeordneten erwartet er ein selbstbewussteres Denken.

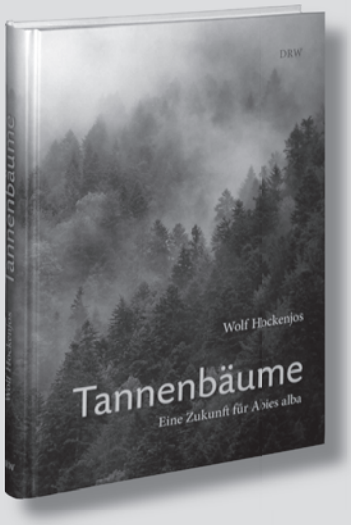
Heinrich Hauß

Zehn Jahre Wilhelm-Hausenstein-Symposium

Die Wilhelm-Hausenstein-Gesellschaft wurde im November 2001 in Homberg, dem Geburtsort Wilhelm Hausensteins, gegründet. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, „das Andenken Wilhelm Hausensteins zu wahren und zu mehren, die Erforschung, Veröffentlichung und Verbreitung seines Werks zu fördern, in seinem Sinne zu wirken, insbesondere in dem der Verständigung über nationale und andere Grenzen hinweg, und für die sprachliche und kulturelle Identität von Völkern und Nationen einzustehen.“ Erster Vorsitzender der Gesellschaft ist Dr. Johannes Werner, Steinstraße 21, 76477 Elchesheim-Illingen.

Seit 1998 finden im Abstand von zwei Jahren Wilhelm-Hausenstein-Symposien statt. Das diesjährige Symposium vom 24. bis 26. Oktober 2008 in Hornberg war dem Thema „Literatur – Schreiben und Lesen“ gewidmet.

Unsere besondere Empfehlung für die Leser der Badischen Heimat



Die Tanne ist ein typischer Baum Mitteleuropas. Sie gedeiht bevorzugt in Regionen mit einem ausgeglichenen Klima, hohen Niederschlägen und hoher Luftfeuchtigkeit. Wolf Hockenjos beschreibt in 17 Kapiteln Geschichte und Zukunft des »Schwarzwälder Charakterbaums«. Er folgt den Spuren der Tanne in Malerei und Literatur ebenso, wie in der Wirtschaftsgeschichte.

Wolf Hockenjos

Tannenbäume

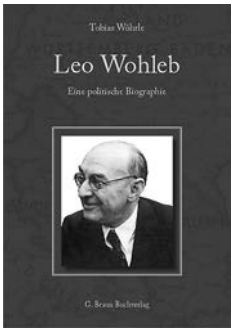
Eine Zukunft für Abies alba

232 Seiten, 162 Farbabbildungen
19 x 26 cm, gebunden
ISBN 978-3-87181-723-6
Einführungspreis **€ 24,90**
ab 1.3.2009 € 29,90

DRW

Buchbesprechungen

Tobias Wöhrle: Leo Wohleb, Eine politische Biographie. G. Braun Buchverlag, Karlsruhe 2008, 495 S., 39 Euro. ISBN 978-3-7650-8399-0.



Wenn die Zeitzeugen abtreten, kommt es dem Historiker zu, an gelebtes Leben zu erinnern, das er aus Archiven rekonstruiert. Tobias Wöhrle, Doktorand aus dem Freiburger Historischen Seminar, hat ein halbes Jahrhundert nach Wohlebs Tod seine Lebenszeit nach dem Ende des II. Weltkriegs minutiös rekonstruiert. Die Zeitzeugin, die er noch befragen konnte, war Frau Ilse Koch, Haushälterin in der Wohnung Wohlebs in der Freiburger Johanniterstraße.

Der Untertitel seiner hier anzuzeigenden Dissertation geriet leider so modisch wie ungenau, was schon Heinrich Hauß, dem Schriftleiter der Badischen Heimat, auffiel; er heißt „Eine politische Biographie". Wenn damit eine „politisch engagiert" geschriebene Biographie gemeint sein sollte, so wäre das für eine Dissertation völlig daneben – Wöhrle hat es denn auch nicht beabsichtigt; soweit es auf das Leben eines in die Politik verflochtenen Menschen hinweist, gilt es zu bedenken, daß der Titelheld nur in seinem letzten Lebensjahrzeit „Politiker" war. Der Autor gibt denn auch seinem ersten Kapitel, das über 60 Seiten umfaßt und die Zeit von 1888 bis 1945 behandelt, die Überschrift: „Das Leben *vor* der Politik".

Lesen wir die Wohleb-Biographie also als Darstellung des ersten Parteivorsitzenden der Badischen Christlich-sozialen Volkspartei, der Vorgängerorganisation der CDU Südbaden, und als Beschreibung der Amtszeit des letzten badischen Staatspräsidenten sowie seines Verhältnisses zu Badenern und Württembergern, zu Franzosen und all den Politikern, die zur Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und zur Wiederanknüpfung ihrer diplomatischen Vertretung bis Lissabon gehören.

Wöhrle hat dafür in zahlreichen regionalen und überregionalen Archiven geforscht, er hat nur wenig Aufsätze und kaum ein Buch übersehen, die auf sein Thema Bezug haben. Er hat seine Funde auf 450 Seiten ausgebreitet, durch zahlreiche und sympathische, nicht immer sauber gedruckte Fotos illustriert. Er hat das Buch durch ein Personenregister erschlossen, das es verwendbar macht. Dem darstellenden Teil ist eine Aussage von Ministerpräsident Lothar Späth voranstellt; er hat sie bei Gelegenheit des Gedenkens von Wohlebs 100. Geburtstag 1988 im Basler Hof in Freiburg formuliert: „dass wir nunmehr versuchen, uns ‚sine ira et studio' auf die Person und Politik Leo Wohlebs … einzulassen, so unvoreingenommen wie möglich und ganz ohne die Attitude jener, denen die Geschichte recht gegeben hat" (S. 25). Der Doktorand behandelt seinen Helden respektvoll, fast mit Sympathie – einen Helden, der im Kampf um die Wiederherstellung Badens und eine historisch begründete westdeutsche Föderation auf verlorenem Posten stand, der für antifranzösische Kreise, für Parteigänger einer Bundesparteiorganisation, für südwestdeutsche Fusionspolitik ein Feindbild abgab. Das Feindbild wurde gepflegt, so lange der Bestand des Südweststaats auf der Kippe stand. Erst seit 1970 beginnt die Landesgeschichtsschreibung den staatsmännischen Rang und das politische Verdienst Wohlebs zu benennen. Den Weg dazu geöffnet zu haben, kommt der Witwe des Staatspräsidenten, Frau Maria Wohleb, zu, die nicht nur das, was Wöhrle „Gedenkliteratur" nennt, seit dem 80. Geburtstag ihres Gatten angestoßen hat, sondern nach berechtigtem Mißtrauen gegenüber der Stuttgarter Archivverwaltung den Nachlaß ihres Mannes zunächst zu Prof. Hans Maier nach München gab, um ihn dann – mit der vorübergehenden Übersiedlung des Verfassers dieser Rezension nach Freiburg – 1971 dem Freiburger Staatsarchiv zu überlassen, wo er lange Jahre ungeordnet liegenblieb. Wöhrle mußte sich also den Weg zu einem unverkrampften und positiven Wohleb-Bild nicht eigens eröffnen, denn bedeutende badische Zeitzeugen waren ihm vorausgegangen und der Verfassungshistoriker des Landes, Paul Feuchte, hat dieses positive Wohleb-Bild 1983 für die Landespolitik sanktioniert. Anders als vor 1971 ist es heute – zumal in einer sich vertiefenden Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich – eine eher leichte Übung, Leo Wohleb positiv zu würdigen. Und doch erstaunt noch immer, wie Verständnis und Anerkennung für den großen Badener zunehmen, je mehr ein Bearbeiter – und das gilt auch für Tobias Wöhrle – die Zeugnisse der Persönlichkeit Wohlebs kennenlernt und in sie eindringt.

Wie stand Wohleb zu den Franzosen? Viele Offiziere, mit denen er es zu tun hatte, waren auf Zentralismus und Militarismus fixiert und hatten einen antipreußischen Affekt. Wohleb, ein Mann des Erzbischofs und als Universitätsreferent im Herbst 1945 zunächst ohne politische Funktion, konnte das durchaus respektieren. Im Besatzungsarchiv Colmar fand Wöhrle den prognostischen Eintrag: „Gagné à notre programme politique, WOHLEB présenterait un atout considérable pour notre cause." (Würde er für unser politisches Programm gewonnen, wäre er ein beachtlicher Trumpf für unsere Sache). Der Mann, den sie als „Trumpf" bewerteten, befreundete sich später mit verschiedenen französischen Offizieren (S. 224 f.). Zum „Mann der Franzosen" ist er so wenig geworden wie Adenauer, den Kurt Schumacher mit dem Zwischenruf „Kanzler der Alliierten" bedachte. Wöhrle faßt seine Befunde zum Verhältnis Wohlebs zu den Franzosen am Beispiel des „Kartoffelkriegs" von 1946/1947 so zusammen: „Wohlebs Verhalten beweist, dass er kein reiner Befehlsempfänger der französischen Besatzungsmacht war und sein wollte, was ihm häufig vorgeworfen worden war und in Teilen der Literatur [Eschenburg] über Jahrzehnte hinweg wiederholt wurde." (S. 181)

Wöhrles Versuch, eine „Bilanz“ der Regierung unter Wohleb zu formulieren, fällt – allen Schwierigkeiten, vor allem der von den Franzosen erzwungenen Überschuldung des Landes zum Trotz – „insgesamt positiv“ aus. Durch „kleine Schritte“ und „in unaufgeregter, kompromißbereiter Weise“ habe Wohleb mehr erreicht als durch einen harten Konfrontationskurs (S. 333); er sagt auch, daß dieser Regierungsstil nicht zu Wohlebs Popularität beitrug. Und doch: Das badische Denkmalschutzgesetz gilt als „das erste neue Denkmalschutzgesetz in Deutschland nach dem Krieg“, das „Naturschutzgesetz“ habe „Modellcharakter für die weitere Entwicklung derartiger Gesetze in Baden-Württemberg“ gehabt, der in Baden aufgelegte „Naturschutzfonds“ sei im Land und im Bundesgebiet ebenfalls übernommen worden. Trotz der finanziellen Engpässe wurden Kriegsopfer in Baden vorbildlich unterstützt. Daß „antipreußische und teilweise auch antiprotestantische Ressentiments“ bei Wohleb gegenüber der Aufnahme von Ostflüchtlingen mitgeschwungen hätten, ist eine Vermutung von Wöhrle; nachprüfbar sind – jedenfalls bis ins Jahr 1948 hinein – Vorbehalte Wohlebs gegenüber dem notorischen preußisch-protestantischen Übergewicht in der Professorenschaft der Universität Freiburg, die zur Begünstigung einzelner katholischer Landeskinder beim Ruf auf eine Professorenstelle beitrugen (Max Müller, Herbert Nesselhauf).

Aus der sicheren Perspektive des Spätgeborenen berichtet Wöhrle weitgehend objektiv über die Auseinandersetzung um den Südweststaat und die damit zusammenhängenden Personalquerelen in Freiburg (Carl Dietz, Friedrich Metz, Albert Maria Lehr). Er kann deutlich machen, in welchem engen Verhältnis der Staatspräsident zum Chef der badischen Justiz, Dr. Paul Zürcher, stand, der der strategisch planende, antreibende, konfliktbereite Teil dieses einzigartigen Kämpferpaares war, wobei man freilich nie vergessen darf, daß Wohleb den Platz, den Zürcher 1945/1946 einzunehmen hoffen durfte, statt seiner eingenommen hat, nachdem die Vorkommnisse um den Thillessen-Prozeß im Sommer 1946 den grundsatztreuen und kantigen Juristen zur persona non grata bei den Franzosen gemacht hatten. Wenn Wöhrle den Handlungsanteil beider Politiker in die Worte faßt: „Zürcher war der Motor der Baden-Bewegung, Wohleb die Symbolfigur“ (S. 449), dann fehlt auf Zürchers Seite sein Prinzipiendenken, auf Wohlebs Seite das bewegende Moment, das in seinen Reden ans badische Volk zum Ausdruck kommt. Diese Seite des Staatspräsidenten ist in der überwiegend aus Akten geschöpften Dissertation Wöhrles gewiß zu kurz gekommen.

Andererseits hat ihn sein quellenkritischer Sinn gut geführt, als er das Kapitel über den Tod des Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Portugal, Wohleb ohne Rekurs auf Gerüchte, die der Spiegel damals in Umlauf brachte, abfaßte. Er starb im März 1955 in der Frankfurter Universitätsklinik, nachdem er, schon erkrankt, seine letzte Dienstfahrt mit dem portugiesischen Wirtschaftsminister zu Ende gebracht hatte. Die Beerdigung fand auf dem Freiburger Hauptfriedhof statt, sie war ein Großereignis, wie es dieser Friedhof seither nicht wieder erlebt hat.

Wöhrle ist aus den Akten zum Bewunderer Wohlebs geworden, was sich im Schlußkapitel beweist. Der beabsichtigten Mitte zwischen Haß und Verehrung wegen, muß er der Bewunderung auch problematische Aspekte seines Helden entgegenstellen und findet sie in zwei Punkten: 1. „Seine Angst oder seine Bedenken vor der alleinigen Übernahme der Verantwortung“. Als Beweis wird sein Verhalten in der Zeit nach Bildung der CDU-Alleinregierung Anfang 1948 angeführt (S. 450); 2. „Das Nichteingestehen der Niederlage bei der Volksabstimmung 1951, was man von einem professionellen Politiker erwartet hätte, war ein gravierender Fehler Wohlebs.“ (S. 451) Man mag „Unentschlossenheit“ eines Politikers „problematisch“ empfinden, wenn aus ihr Schaden für das Volk erwächst – doch derlei hat der Dissertand an keiner Stelle behauptet. Und was das zweite Manko angeht, so wird man ihm nur beipflichten, wenn man den *morbus Badensis,* die „badische Krankheit“, für etwas „Unprofessionelles“ hält und nicht für eine tiefe Verstörung des Demokratie- und Rechtsbewußtseins des badischen Volkes, dessen Wille – wie das Bundesverfassungsgericht es 1955 formulieren sollte – „überspielt“ wurde. Doch dies mindert nicht den informatorischen Wert der Arbeit von Tobias Wöhrle, die das Verdienst hat, die Erinnerung an einen bedeutenden deutschen Nachkriegspolitiker zu reinigen und zu festigen.

Paul-Ludwig Weinacht

Christine Schmitt, Ein Seliger aus Baden. Leben und Verehrung des Markgrafen Bernhard II., Landespatron in der Erzdiözese Freiburg. Herausgegeben vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg. Kunstverlag Josef Fink, 2008, 14,80 Euro. ISBN 978-3-89870-404-5.

Bernhard II. (1428–1458) starb schon im Alter von dreißig Jahren, und seine geistlichen Brüder Johann, Erzbischof von Trier (1465), Georg, Erzbischof von Metz (1450) und Markus, Domherr in Köln und Straßburg sowie Bistumsverweser in Lüttich, „förderten nach seinem Tode die Vorstellung, er habe ein heiligmäßiges Leben geführt und sei als Heiliger gestorben“ (Hansmartin Schwarzmaier).

So geht denn auch die Verfasserin in der Einleitung von dem Urteil des Kirchenhistorikers Karl Suso Frank aus: „Nicht, was einmal ein Heiliger wirklich gewesen ist oder auch nur vermeintlich war, begründet sein Ansehen und sein Bedeutung, sondern das, was die Geschichte aus ihm gemacht hat“ (S. 7). Und im Nachwort schreibt Christine Schmitt: „Gerade weil so wenig historisch Greifbares über Bernhards Leben vorliegt, scheint er sich in verschiedenen Zeiten für unterschiedliche Zielgruppen als pastorales Leitbild zu eignen. Die schmale Basis an historischen Informationen ließ und läßt einen breiten Spielraum an Interpretationen, der einen die Verehrung erschwert, den andere aber erleichtert oder gar erst ermöglicht“ (S. 78).

Nach dieser Beurteilung der Lage kann das Buch nur verfolgen, „wer Bernhard von Baden gewesen sein könnte und unter welchen Blickwinkeln er aus welchen Gründen im Lauf der Zeit dargestellt wurde“ (S. 7).

Für die Landesgeschichte wurde Bernhard II. zu drei Zeitpunkten bedeutsam, erstens zur Zeit Karls, als

das Bild des Adelsheiligen der Familie eine „religiöse Überhöhung“ brachte; dann unter Markgraf August Georg von Baden-Baden, der nach Erlöschen der katholischen Linie von Baden-Baden und eines zukünftigen protestantischen Landesvaters in Bernhard einen „himmlischen Landesvater“ sah, gewissermaßen als Erbe und Patron des alten (katholischen) Glaubens. Schließlich wurde Bernhard landesgeschichtlich bedeutsam unter dem protestantischen Großherzog Friedrich II., der in Bernhard ein „geeignetes Medium“ sah, der katholischen Bevölkerung in Baden einen Zugang zu sich und seiner Dynastie zu vermitteln (S. 34). 1769 wurde Bernhard auf Initiative des Markgrafen August Georg Simpert von Baden-Baden selig gesprochen. *Heinrich Hauß*

Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hg. v. Gerhard Taddey u. Rainer Brüning. 22. Band der als Schwäbische Lebensbilder begonnenen Reihe. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2007. 558 Seiten mit 21 Abbildungen, gebunden. 28,50 €. ISBN 978-3-17-020184-2.

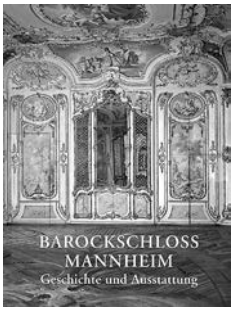
Baden ist stark vertreten im neuesten Band der Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Beim ersten Blättern fallen bekannte Namen auf: Carl Benz, Friedrich Ebert, Sigismund von Reitzenstein, der seinen Ruhm in der napoleonischen Ära erworben hat, oder Luise Caroline von Hochberg, die morganatische Gattin des ersten badischen Großherzogs. Das Lebenswerk der Zentrumsabgeordneten Clara Siebert, die Baden in der Weimarer Republik im Reichstag vertrat, wurde erforscht, eine Weggefährtin von Großherzogin Luise vorgestellt: Mathilde von Horn, die den Badischen Frauenverein leitete und nach dem Ersten Weltkrieg in das Rote Kreuz integrierte. Die Vita der 1780 in Karlsruhe geborenen Romantikerin Karoline von Günderrode, die 1806 tragisch endete, gab Literaten immer wieder Stoff zu neuen Interpretationen; deshalb ist hier die Betrachtung der Nachwirkung so umfangreich wie die Biographie selbst.

Auch bei Albert Leo Schlageter, dem Freikorpskämpfer, der 1923 nach einem Sabotageakt im Ruhrgebiet von der französischen Besatzungsmacht verurteilt und hingerichtet wurde, nimmt die Wirkungsgeschichte viel Raum ein: Schlageter war im Dritten Reich zum Mythos stilisiert und durch Denkmäler geehrt worden. Bei Oskar Daubmann, alias Karl Ignaz Hummel, der 1932 mit einer Lügengeschichte vom letzten Heimkehrer aus französischer Kriegsgefangenschaft die badischen Nationalsozialisten und seine Heimatstadt Endingen blamierte, gehört der spätere Umgang mit der Geschichte ebenso zum Thema. Die Bodenseegegend trägt mit der versöhnlichen Gestalt des Dichters Jacob Picard, der dem Landjudentum ein Denkmal gesetzt hat, zum Strauß der badischen Persönlichkeiten bei. Picard hatte Deutschland 1940 verlassen und kehrte nach über zwanzig Jahren wieder in seine Heimat zurück. Mit einer Wahlpfälzerin aus der Zeit um 1500, Klara Tott, der bürgerlichen Lebensgefährtin des Pfalzgrafen Friedrich des Siegreichen, eröffnet sich der Reigen der insgesamt 21 Biographien.

Dieses Streiflicht über das Badische im vorliegenden Band soll ein Anreiz sein, sich in die jeweils etwa 20 Seiten langen, von Fachleuten gründlich recherchierten Lebensbilder zu vertiefen. Sie laden zu beschaulicher Lektüre ein, im Gegensatz zu den Baden-Württembergischen Biographien, die Kurzbiographien zum raschen Nachschlagen bereithalten.

In den weit ausholenden Texten der Lebensbilder, worin der private und berufliche Werdegang, der verwandtschaftliche Hintergrund, Gruppenzugehörigkeiten und Freundeskreise berücksichtigt werden, stecken viele Informationen zu weiteren Persönlichkeiten oder Sachzusammenhängen. Ein Register, das den Weg zu diesen Schätzen weisen könnte, gibt es aber nicht. Das Gesamtregister verzeichnet die Beiträge der ca. 600 Beiträge der bisher 22bändigen Reihe von Abeille bis Zürn. *Renate Liessem-Breinlinger*

Krone der Kurpfalz. Barockschloss Mannheim. Geschichte und Ausstattung. Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg (Hrsg.). 24 x 30 cm, 320 Seiten, 279 Farbabbildungen. Petersberg: Imhof. Euro 29,95. ISBN 978-3-86568-183-6.

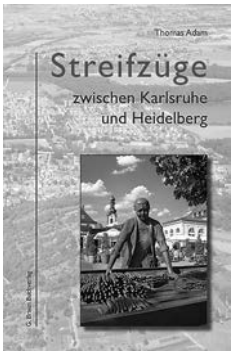


Das ehemalige Residenzschloss Mannheim wurde auch als Krone der Kurpfalz bezeichnet und gehörte zweifelsohne zu den großen deutschen Kulturdenkmalen. Dies wird heute wieder verständlich, nachdem das im 2. Weltkrieg weitgehend zerstörte Schloss zu großen Teilen wiederhergestellt ist und so den ehemaligen Glanz wieder erahnen lässt. Das Mannheimer Schloss wurde zwischen 1720 und 1760 erbaut und diente vier Kurfürsten und sechs Großherzögen als Repräsentationsort. Nach dem Ende der Monarchie zogen Verwaltung und Hochschule ein. Der vorliegende Aufsatzband ist sowohl chronologisch als auch strukturell gegliedert. Die Aufsätze bieten einen baulichen und innenarchitektonischen, personen- und stilgeschichtlichen Querschnitt, in den viele neue Forschungsergebnisse eingeflossen sind. Wolfgang Wiese stellt die Vorläuferresidenzen Heidelberg und Düsseldorf vor. Kathrin Ellwardt berichtet über das Schloss während der Regierung von Carl Philipp und zur Zeit von Carl Theodor. Des weiteren über die diversen Sammlungen am Hof und den Umzug desselben im Jahr 1778 nach München. Wolfgang Wiese beleuchtet das Schicksal des Schlosses unter badischer Herrschaft und Katrin Rössler die Innenausstattung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Hartmut Ellrich widmet sich dem Schicksal des Schlosses im 20. Jahrhundert. Bemerkenswert und sehr instruktiv sind die Stockwerksgrundrisse, übersichtlichen Stammbäume und Raumkonkordanzen. So wurde über einen Zeitraum von 200 Jahren mithilfe von Inventarbüchern die Bezeichnung und Funktion der einzelnen Räume festgestellt und übersichtlich auf-

gelistet. Der Band ist sehr geschmackvoll gestaltet und reich bebildert, Orts- und Personenregister ist vorhanden. Eine wahre Augenweide zu einem günstigen Preis.

Elisabeth Hartmann

Thomas Adam, Streifzüge zwischen Karlsruhe und Heidelberg. Von Schlössern und Kirchen, Baggerseen und Biotopen. Unter Mitarbeit von Jürgen Oppermann. G. Braun Buchverlag, 2008.
Preis: 19,80 Euro. ISBN 978-3-7650-8375-4.



Das Buch von Thomas Adam ist ein notwendiges Buch, denn es behandelt eine Landschaft, die ein „vergleichsweise unbeschriebenes Blatt“ ist. Thema ist die „unentdeckte“ Landschaft im Karlsruher Norden, beginnend auf einer Linie zwischen Durlach und Neureut bis knapp unterhalb Heidelberg (Ketsch, Oftersheim), also den gesamten nordwestlichen Landkreis von Karlsruhe und das südwestliche Viertel des Rhein-Neckar-Kreises. Die vielfältige Palette der Orte und Kulturen wird vom Autor in neun Kapitel zu verschiedenen „Thementouren“ gebündelt. Etwa: „Zeitreise in die Frühgeschichte“, „Zeugnisse des Glaubens“, „Bauernstolz und Handwerksfleiß“, „Auf Kriegspfaden“. Die Anordnung der Orte unter Themen trägt zur Übersichtlichkeit bei und baut so der üblichen langweiligen alphabetischen Anordnung der Orte vor. Die Zusammenfassung entsprechender Orte unter Themen ist eine Gestaltungsidee des Buches, die es ermöglicht, das Buch zu touristischen Zwecken wie auch als Handbuch der beschriebenen Landschaft zu verwenden. Die geschichtliche oder kulturelle Besonderheit des Ortes wird in zwei bis drei Seiten erzählend entwickelt, die entsprechenden Informationen zu Öffnungszeiten, Eintrittspreise, Kontaktadressen in einem ockerfarbenen Info-Kasten am Ende des jeweiligen Kapitels untergebracht. Die „Streifzüge“ sind ein notwendiges Buch, die Orte vorzüglich unter Themen sinnvoll geordnet, lebendig erzählt und vom Design gut gestaltet.

Heinrich Hauß

Berthold Schaaf, Schwarzwalduhren. 432 Seiten, 470 Farbabbildungen, 19 x 26 cm, geb. G. Braun Buchverlag, 2008. 68,00 Euro.
ISBN 978-3-76508-391-4.

Das nun in der vierten Auflage erscheinende Nachschlagewerk ist gegenüber der dritten Auflage erweitert um ein Kapitel „Schwarzwalduhren in Amerika“ und ein Kapitel „Schwarzwalduhren aus dem Erzgebirge“. Auch das Uhrenmacherverzeichnis wurde erweitert und umfasst nun 3500 Namen (S. 344–418).

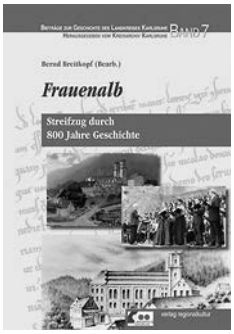
Im Register sind alle Fachausdrücke und Personen erfasst, die im Buch vorkommen. Das Buch vermittelt einen Überblick über zweihundert Jahre Geschichte der Schwarzwälder Uhrmacherkunst. Ausgegangen wird

von einer detaillierten Darstellung von Gestalt und Technik der Schwarzwälder Lackschilduhren. Der Autor führt von den ersten Holzräderuhren über Kalenderuhren und ausgefallene Schlagwerken zu den phantasievollen Figurenuhren und den Schwarzwälder Musikuhren. Behandelt werden auch die Miniaturen der Sorg- und Jockeleuhren und die Vielfalt der Produktion in den Jahrzehnten nach 1950.

Die Publikation ist ein unverzichtbares Nachschlagewerk für den Sammler und den Fachmann, ist aber genauso geeignet, den Liebhaber von Schwarzwalduhren in das Sammelgebiet einzuführen.

Heinrich Hauß

Bernd Breitkopf (Bearb.), Frauenalb. Streifzug durch 800 Jahre Geschichte. Mit Beiträgen von Herwig John, Bernd Breitkopf, Jenny Herb, Ute Fahrbach-Dreher, Rainer Laun, Heide John und Gerhard Stöckle. Beiträge zur Geschichte des Landkreises Karlsruhe. Herausgegeben vom Kreisarchiv Karlsruhe Band 7, 2008. verlag regionalkultur, 15,90 €. ISBN 978-3-89735-546-0.



Die beiden unmittelbaren Anlässe für die vorliegende Publikation sind erstens die knapp 50 Jahre der Gründung der „Stiftung Frauenalb“, deren Zweck es sein sollte, die Ruinenstücke anzukaufen, zu sichern und zu erhalten. Zweitens wurde Mitte 2008 die Sanierung des letzten Bauabschnittes am östlichen Konventsflügel abgeschlossen. Von 1987 bis Mitte 2008 wurden in 18 Bauabschnitten die Maßnahmen zur Begehbarmachung der an der Ostseite des Konventflügels liegenden Gebäudeteile durchgeführt.

Das Benediktinerinnenkloster Frauenalb wurde zwischen 1158 /59 und 1192 durch Eberhard III. von Eberstein gegründet, in das seine beiden Schwestern Öta und Heduwidis von Kloster Berau (Landkreis Waldshut) übersiedelten. Die Absicht der Ebersteiner war es, dem Kolonisations- und Hauskloster Herrenalb mit dem Damenstift eine Errichtung der standesgemäßen Daseinsvorsorge an die Seite zu stellen. 1803 wurde das Kloster als Folge der Säkularisation aufgehoben und fiel an die Markgrafschaft Baden. 1819 wurde der gesamte Frauenalber Besitz für 25 000 Gulden zur privaten Nutzung versteigert.

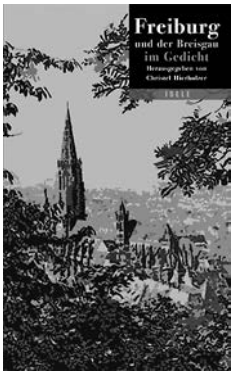
Den Erhalt und den Schutz vor weiterem Verfall verdankt das Kloster Frauenalb der „Stiftung Frauenalb“ (Satzung 21. April 1959), die die Ruinengrundstücke 1960 ankaufte. Mit dem Ankauf der Ruinengründstücke und der Überführung der Klosterruine in die öffentliche Hand begann die Sanierung. Die

Klosterruine Frauenalb ist heute eines der bedeutendsten Kulturdenkmale in der Region. Im Jahre 1992 wurde der „Fördervereins Kultur im Kloster Frauenalb“ zur Unterstützung des kulturellen Engagement der Gemeinde Frauenalb gegründet.

Die Aufsätze von Herwig John und Bernd Breitkopf entwickeln die Geschichte Frauenalbs von der Gründung bis zur Aufhebung des Klosters und die Geschichte Frauenalbs von 1802 bis 1945. Einen breiten Raum nimmt naturgemäß die Restaturierungsgeschichte der Ruinen und die Arbeit der Stiftung ein (Rainer Laun, Jenny Herb). Das Thema „Kulturveranstaltungen des Landkreises Karlsruhe in der Klosterruine Frauenalb“ von Jenny Herb führten die gegenwärtige Nutzung des Klosterareals ein.

Heinrich Hauß

Christel Hierholzer (Hrsg.), Freiburg und der Breisgau im Gedicht. Eine Anthologie. Edition Isele, 2008, 14,00 Euro. ISBN 978-3-86142-437-6.



Lyrik, besonders wenn sie Bauten wie das Freiburger Münster zum Motiv hat, ist eine gewagte Sache, sie gerät leicht ins Überschwängliche, Pathetische und damit Unwahre.

Eberhard Meckels (1807–1969) dreiunddreißig Strophen (!) umfassenden „Gesang vom Freiburger Münster herab“ (S. 32) vereint Turm und Himmel, Nähe und Ferne, die Jahreszeiten, den eigen Tod und den Wunsch nach einem „Begräbnis“ auf dem Boden des Oktogons des Münsterturms. Auch in den Gedichten Reinhold Schneiders (1903–1958) „weist der Turm unbesiegt in das Große: Steingewordener Geist“ (S. 57). Da empfinden wir Verse wie: „Ganz Freiburg ist Gottesdienst in Wein Gemüt Wohlanstädigkeit“ (Dietrich Kayser) angemessener. Kein Wunder, dass ein Autor bei der oben beschriebenen Überhöhung zu dem Schluß kommt: „Nur hier nicht kleben bleiben und glücklich verenden“ (S. 77).

Die Autorin hat, nach eigener Aussage, den Versuch unternommen, die „aussagekräftigsten und schönsten Freiburg- und Breisgaugedichte in einer Anthologie zu versammeln.“ Ist eine Anthologie motiv- und nicht poetologisch orientiert besteht die Gefahr, dass vieles um des Motivs willen aufgenommen wird.

Heinrich Hauß

Aquae 07. Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden. Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden. Heft 40, 2007. 14,50 Euro. ISSN 0175-4858.

Ein besonderer Schwerpunkt des Heftes bildet natürlich die Erinnerung an 500 Jahre Stadtordnung, die Markgraf Christoph I. (1453–1527) 1507 für seine Residenz erlassen hatte. Die Erhebung eines Badpfennigs machte ihn zum „Erfinder der neuzeitlichen Kurtaxe“.

Rolf Rößler hat Christoph I. und seiner Stadtordnung einen ausführlichen Aufsatz gewidmet. An den Bildhauer des deutschen Kaiserpaares in Baden-Baden, Joseph von Kopf (1827–1903) erinnert Ingrid Lauck-Oelze. Von Kopf schuf die Büste des Kaisers Wilhelm I. vor der Trinkhalle und die Büste der Kaiserin Augusta in der Lichtentaler Allee. Reiner Haehling von Lanzenauer erinnert in seinem Aufsatz „Wilhelm Hausenstein in Baden-Baden“ daran, dass Hausenstein nach seiner Rückkehr aus Paris erwog, in Baden-Baden seinen Wohnsitz zu nehmen. Mit der Kammermusik in Baden-Baden 1927–1929 und „Die Anfänge des Jazz Dance in Baden-Baden“ beschäftigen sich die Aufsätze von Jutta Bergengruen und Swantje Rehfeld. Der Tod der letzten Priorin des Hl. Grabes in Baden-Baden, Caecila M. Jenne, am 25. 12. 2006, ist für Johannes Werner Anlass, die Geschichte des Klosters vom Hl. Grab nachzuzeichnen. Die sogenannten „Sepulchrinerinnen“ kamen auf Wunsch der Markgräfin Maria Franziska aus Lüttich und eröffneten 1674 ein Pensionat und eine höhere Mädchenschule. 2001 verließen die letzte Priorin und die letzen drei Klosterfrauen das Kloster in Baden-Baden. Die Schule wird von der Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg weitergeführt.

Heinrich Hauß

Coenen, Ulrich, Von Aquae bis Baden-Baden. Die Baugeschichte der Stadt und ihr Beitrag zur Kurachitektur. 680 S., zahlr. Abbildungen. 4 x 17 cm. 1. Aufl. Verlagshaus Mainz GmbH Aachen, 2008. Preis: 24,80 Euro. ISBN 978-8107-0035-0.

Das Buch ist der erste Versuch, die Baugeschichte Baden-Badens von der Antike bis zur Gegenwart zu beschreiben. Schwerpunkt der Untersuchung ist die prägende Kur- und Residenzarchitektur Baden-Badens vornehmlich in der Zeit der Klassik und des Historismus, beginnend mit der Zeit nach 1806 und der Blüte Badens-Badens als „wichtigstem Vergnügungszentrum Europas“ (S. 242) und nach der Aufhebung der Spielbank 1872 als erstes deutsches Modebad. Baden-Baden blieb von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges verschont, und das „Bild der deutschen Kurstadt des 19. Jahrhunderts blieb in Baden-Baden am vollkommensten erhalten“ (S. 639).

Festspielhaus und Frieder-Burda-Museum sind zwei Bauten der Nachkriegszeit, die in Baden-Baden neue Akzente gesetzt haben. Der frühere Kopfbahnhof blieb zwar als repräsentativer Eingangsbereich erhalten, das sparsam geplante Festspielhaus verdankt aber dem früheren Stadtbahnhof seinen repräsentativen Charakter.

Ist Kritik am Festspielhaus „erlaubt“, so „erstickte“ die Tatsache, dass der „Stararchitekt“ Richard Meier mit seinem Bekanntheitsgrad jede Kritik an dem Bau des Frieder-Burda-Museums. Zwar erhielt Baden-Baden mit dem Bau „das sicherlich bedeutendste Bauwerk der Zeit nach 1918“. Der Bau folgt aber nicht der Tradition der bestehenden Kurbauten. „Die Architektur des Museums Burda ordnet sich nicht ihrer eigentlichen Aufgabe, also der eines Museums, unter, sie will nicht dienen“ (S. 619). Doch sieht Coenen gerade „im Bruch mit den Traditionen“ den Reiz des Gebäudes. Trotz heftiger Kritik meint der Verfasser letztlich, dass „Richard Meier für die weitere Entwicklung Baden-Badens und anderer Kurorte einen wichtigen Impuls“ (S. 619) gebe.

In dem Kapitel „Perspektiven“ (S. 639) zieht der Verfasser die Konsequenzen aus der von ihm im Buch erörterten „historischen Bausubstanz“ im Hinblick auf die Zukunft der Kurstadt. Da das Bild der Kurstadt Baden-Baden in beinahe unvergleichlicher Weise erhalten blieb, bietet dieses Bild auch einen Wettbewerbsvorteil im umkämpften Tourismusmarkt. Dies besonders, da die Zukunft der Kurstädte „von ihrer Attraktivität allgemeinen und weniger von einem speziellen medizinischen Angebot im Bereich der Rehabilitation“ abhängt. Die moderne Kurarchitektur besitzt nicht mehr den Stellenwert des 19. Jahrhunderts. Deshalb muss die städtebauliche Entwicklung der traditionellen Kurstädte „vor allem einen denkmalpflegerischen Aspekt verfolgen. Der Erhalt, die Pflege und die sinnvolle Nutzung der Bauwerke aus der größten Epoche des Kurwesens sind eine wichtige Aufgabe“ (S. 643). *Heinrich Hauß*

Johannes Reuchlins Bibliothek. Gestern und Heute. Schätze und Schicksal einer Büchersammlung. Ausstellung im Stadtmuseum Pforzheim, 9. September – 11. November 2007. Aus Anlass der Wiedererrichtung des Reuchlinkollegs an der Pforzheimer Schloss- und Stiftskirche St. Michael. Katalog. Bearbeitet von Matthias Dall’Asta und Gerald Dörner. 2007. verlag regionalkultur. 13,90 Euro. ISBN 978-3-89735-505-7.

Im Herbst 2006 begann der Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Reuchlin-Kollegs an der Pforzheimer Schloss- und Stiftskirche St. Michael. Die dem Michaelsstift testamentarisch vermachte Bibliothek war von 1522–1565 dort untergebracht. Aus Anlass der kurz vor dem Abschluß stehenden Wiedererrichtung des Reuchlinkollegs erinnerte die im Pforzheimer Stadtmuseum gezeigte Sonderausstellung „Johannes Reuchlins Bibliothek. Gestern und Heute„ an die historische Nutzung des Sakristeianbaus als öffentlich zugängliche Bibliothek. Ausgestellt waren hebräische und griechische Handschriften und alte Drucke, die den Kernbestand von Reuchlins Bibliothek bildeten. Dazu eine Auswahl von Orginalausgaben Reuchlinscher Werke. Dem Katalogteil (S. 43–125) geht eine Einführung voraus, die folgende Themen bearbeitet: Bibliotheken der Renaissance; Die Entstehung der Reuchlinschen Büchersammlung; Ausgewählte Kostbarkeiten aus Reuchlins Bibliothek und Die Geschichte von Reuchlins Bibliothek. Ein größerer Aufsatz ist dem Drucker Reuchlins, Thomas Anshelm gewidmet.

Unterrichtet über die Reuchlinsche Bibliothek sind wir über ein Verzeichnis, das Karl Christ im Jahre 1913 in einem Sammelband der Vatikanischen Bibliothek entdeckt. Entstanden ist das Verzeichnis wohl nicht vor 1535. Das Vatikanische Verzeichnis bildet die wichtigste Quelle für den Inhalt und den Umfang der nach 1522 nach Pforzheim gelangen Bücher aus Reuchlins Bibliothek. *Heinrich Hauß*

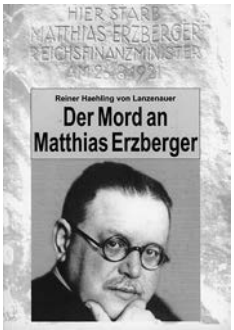
Mannheimer Geschichtsblätter. remmagazin 13-14/2006-07. Prof. Hermann Wiegand, Prof. Dr. Alfred Wieczorek, Dr. Petra Hesse-Mohr (Hrsg.). Verlag Regionalkultur, 2007. 20,– Euro. ISBN 978-3-89735-529-3.

Der erste Band der neugestalteten Geschichtsblätter erscheint als Doppelband. Die vom Mannheimer Geschichtsverein und dem Reiss-Engelhorn-Museen herausgegebene Zeitschrift „Mannheimer Geschichtsblätter“ – rem-Magazin erscheint ab 2006 mit einen neuen Gesicht und aktuellen Inhalten. Sie geben zu gleichen Teilen die neun positionierten Geschichtsblätter heraus. Herausgeber auf Seiten des Altertumsvereins ist der Vorsitzende Prof. Dr. Hermann Wiegand, auf Seiten der Reiss-Engelhorn-Museen Prof. Dr. Alfred Wieczorek und Dr. Petra Hesse-Mohr.

Das neue Museum Zeughaus bildet den thematischen Schwerpunkt dieser ersten Ausgabe der neuen Geschichtsblätter. Sanierung und museale Neueinrichtung des Museum Zeughaus (eröffnet am 24. 1. 2007) werden durch umfangreiche Aufsätze systematisch erschlossen. So durch Aufsätze zum Museumskonzept, zum graphischen Konzept der Darstellung von Natur und Umwelt im Museum, zur Lichtinstallation, zu archäologischen Ausgrabungen. Der Geschichte und der Architektur des Zeughauses sind die Aufsätze „Das Zeughaus in seiner Frühzeit“ und „Tragwerk des Zeughaus“ gewidmet. Eine Fotodokumentation zum Thema „Zeughaussanierung einst und jetzt“ rundet das Schwerpunktthema ab. *Heinrich Hauß*

Reiner Haehling von Lanzenauer: Der Mord an Matthias Erzberger. Heft 14 der Schriftenreihe des Rechtshistorischen Museums Karlsruhe, 2008. 11,– Euro. ISBN 938-3-922596-75-4.

Das Attentat auf den Reichfinanzminister Mathias Erzberger (1875–1921) am 26. 8. 1921 in Griesbach gehört zu den „aufsehenerregenden Mordanschlägen rechtsextremistischer Kreise gegen führende Politiker der Weimarer Zeit“. Der am 24. Oktober 2007



im Rechtshistorischen Museum gehaltene Vortrag von Lanzenauers liegt jetzt gedruckt vor. Es wird nicht nur der Lebensweg Erzbergers und das Attentat durch Heinrich Tillesen und Heinrich Schulz beschrieben, sondern vor allem „die sich über Jahrzehnte hinziehende strafrechtliche Aufarbeitung des Falles“. Erst am Ende des Zweiten Weltkrieges konnten die Täter vor Gericht gestellt werden, Tillesen 1947, Schulz 1950. Lanzenauer beschreibt am Ende des Buches auch ausführlich die Gedenkstätten, Buttenhausen (Stadtteil von Münsingen) und Griesbach. *Heinrich Hauß*

Brühl und Rohrhof. Das Heimatbuch. Eine Reise durch die Zeit zum 850. Jahrestag der ersten urkundlichen Nennung von „Bruowele“. Herausgegeben vom Verein für Heimat- und Brauchtumspflege Brühl/Rohrhof e. V. 608 Seiten mit 249 Abb., Format: 16 x 24 cm. Brühl 2007, 22,– Euro.

Das Buch ist erhältlich beim Verein für Heimat- und Brauchtumspflege Brühl/Rohrhof, Rathaus, Hauptstraße 1, 68782 Brühl.

Die Gemeinde Brühl konnte im Jahr 2007 das 850-jährige Jubiläum ihres Bestehens feiern. Mit einem Festreigen, der sich über das ganze Jahr erstreckte, wurde dieses Ereignis würdig begangen. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde der Band „Brühl und Rohrhof. Das Heimatbuch“ am 13. März 2007 vom Verein für Heimat- und Brauchtumspflege der Öffentlichkeit übergeben.

Der anspruchsvolle Titel „Das Heimatbuch“ verdeutlicht schon den Anspruch seiner Herausgeber: Eine umfassende und vollständige Darstellung der Geschichte der beiden Ortsteile Brühl und Rohrhof. Auf 608 Seiten wird dem Leser des repräsentativen Bandes „Eine Reise durch die Zeit zum 850. Jahrestag der ersten Nennung von Bruowele“ geboten. Die Ablichtung der Urkunde, um die sich alles dreht, findet sich auf Seite 61.

Das Buch ist inhaltlich strikt chronologisch aufgebaut und umfasst die Zeitspanne von der Vor- und Frühgeschichte bis zur „jüngeren Geschichte in Brühl und Rohrhof“. Der geneigte Leser mag dies als Hinweis darauf verstehen, dass sich die beiden Ortsteile ihrem Selbstverständnis nach nicht unbedingt als Einheit sehen. Die beiden Ortsteile Brühl und Rohrhof hatten wirklich über Jahrhunderte hinweg eine jeweils eigene Geschichte. Die chronologische Ordnung wird innerhalb des Abschnitts „Nach dem Zweiten Weltkrieg“ aufgelöst und durch thematische Bezüge ersetzt. Eingestreut finden sich, farblich abgesetzt, Ausführungen zu Schwerpunkten wie „Rückblick. Die Kurpfalz kauft sich ein“ (S. 89) oder „Weggeschwemmt. Der Koller wandert nach Waldsee“ (S. 147 f.), um zwei Beispiele zu nennen. Daneben finden sich Anekdoten wie „Die ‚Schachtel‘. Ein Unfall am Floßanleger“ (S. 196) und Aussagen von Zeitzeugen, zum Beispiel „Wilhelm Kessler. Mein Großvater“ (S. 415 f.). Eine Erweiterung erfährt das Buch ab Seite 566 mit der Vorstellung von „Brühler und Rohrhöfer. Interessante Persönlichkeiten“ sowie einem Anhang Seite 605 f. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis schließt das Buch ab. An dieser Stelle vermisst der Rezensent ein Namens- und Sachverzeichnis, das für die Arbeit mit Buch hilfreich wäre. Außerdem kann dieser auch nicht nachvollziehen, weshalb die Kapitelüberschriften im Text und die Gliederung im Inhaltsverzeichnis nur selten übereinstimmen.

Der thematische Teil, eingebettet in die chronologische Ordnung als „Nach dem Zweiten Weltkrieg“, widmet sich der Tätigkeit der Bürgermeister nach 1945. Die Autoren gehen dabei über die darstellende Beschreibung dessen, was die einzelnen Persönlichkeiten für Brühl und Rohrhof geleistet haben, hinaus und geben wertende Urteile auch zu einzelnen Maßnahmen der Amtsträger ab. Der zeitliche Rahmen spannt sich dabei von der amerikanischen Militärverwaltung, die Wilhelm Kessler (1945–1948) einsetzte, über Alfred Körber 1948–1968), Gerhard Stratthaus (1973–1982), Günther Reffert (1982–1998) und Dr. Ralf Göck (seit 1998). Daran schließen sich weitere Themen an, wie die persönlichen Erinnerungen von Paul Wüst an seine Zeit in der Gemeindeverwaltung (mittels Kursivschrift als solche kenntlich gemacht). Breiten Raum nehmen die Ausführungen über die Parteienlandschaft ein, eine verdienstvolle Abhandlung über die vor Ort aktiven Parteien seit der Demokratisierung der Bundesrepublik. Im Anschluss daran finden die Herausgeber wieder zur chronologischen Ordnung zurück. Flüchtlinge und Vertriebene, Währungsreform, Gründung des Südweststaates und die Gemeindereform sind die auch überregional interessanten Themen. Dazwischen eingestreut lokale Themen wie die Ausführungen zur Kriegerkapelle, zur Gemeindebücherei und den Brühler Mühlen. Weltoffenheit führt die Darstellung der Partnerschaften mit anderen Gemeinden vor Augen: Ormesson in Frankreich (S. 500–507), Weixdorf in Sachsen (S. 508–518) und Dourtenga in Burkina Faso (S. 518–529). Brauchtum und Dialekt führen wieder zu den heimatlichen Wurzeln zurück (S. 531–546). Häuser, Denkmäler und Kunstwerke führen den stetigen Wandel in der Kunst vor Augen, die auch in einem Ort wie Brühl und Rohrhof allgegenwärtig ist. Dem Natur- und Umweltschutz kommt trotz und gerade wegen der dichten Bebauung der Gemarkung große Bedeutung zu, der man den entsprechenden Raum im Band einräumte (S. 552–561). Die anheimelnde Sprache in diesem Kapitel befremdet den Leser und lässt ihn Ausschau halten nach einer Stellungnahme zum Verhältnis von eingewanderter und einheimischer Fauna und Flora.

Das ambitionierte Heimatbuch über Brühl und Rohrhof ist in den Händen der Herausgeber zu einem unverzichtbaren Kompendium der Ortsgeschichte geworden. Es stellt umfassend den gegenwärtigen Wissenstand über die Ortsgeschichte allgemeinverständlich und übersichtlich dar. Die Texte sind reich bebildert und viele Einwohner finden sich oder ihre Vorfahren wieder. Damit wird es auf lange Zeit hin das Standwerk bleiben, das in jede Bibliothek in Brühl und Rohrhof gehört. *Volker Kronemayer*

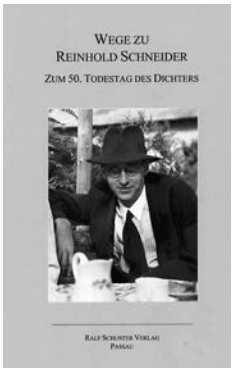
Hermann Wiegand/Wilhelm Kreutz (Hg.), 200 Jahre Vereinigtes Großherzogliches Lyzeum – Karl-Friedrich-Gymnasium Mannheim, 2008. verlag regionalkultur. 2008. 19,90 €. ISBN 978-3-89735-490-6.

Am 10. November 1807 wurden die drei konfessionellen Gymnasien, das Reformierte, die Lutherische Lateinschule und das Jesuitengymnasium von Großherzog Friedrich von Baden zum Vereinigten Großherzoglichen Lyceum zusammengeschlossen. Seit 1907 trägt die 1872 in Gymnasium umbenannte Schule den Namen ihres Gründers. Anläßlich des 200. Schuljubiläum hat das Gymnasium in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Mannheim-Institut für Stadtgeschichte eine umfangreiche Festschrift herausgebracht. Der geschichtliche Teil der Festschrift wird eröffnet mit Joseph Albrecht von Ittners (1754–1825) Lebensbild Karl Friedrichs in lateinischer Sprache. Das Lebensbild des Namensgebers der Schule in einem lateinische Text widerzugeben, steht einem humanistischen Gymnasium nach Meinung des Bearbeiters wohl an. Friedrich August Nüsslin, 43 Jahre Direktor der Schule von 1807–1850 war in seiner Amtszeit „die Seele des Anstalt ihr leitender Geist“. Martin Holtermann hat der „Erklärung der Homerischen Gesänge nach ihrem sittlichen Elemente“ eine längere Abhandlung gewidmet. Wilhelm Kreutz entwickelt die „Geschichte des Karl-Friedrich-Gymnasium im 19. Jahrhundert“. Die „Berühmten Mannheimer Lyceisten 1827–1857“ des von 1909–1922 amtierenden Direktors (1927 Badische Landeszeitung), wurde in der Festschrift wieder abgedruckt, da die Quelle nur sehr schwer zugänglich ist.

Unter der Rubrik „Persönlichkeiten“ entwickeln die Autoren Lebensbilder berühmter Abiturienten im 20. Jahrhundert: Hermann Gropengießer (Abitur 1898, Direktor der Schule 1943–1946) Franz Schnabel (Abitur 1906), Viktor Pöschel (Abitur 1928), Heinz Haber (Abitur 1932). *Heinrich Hauß*

Wege zu Reinhold Schneider. Zum 50. Todestag des Dichters. Herausgegeben von Friedrich Emde und Ralf Schuster, Ralf Schuster Verlag, 2008. Preis: 34,24 Euro. ISBN 978-3-940784-02-5.

In seinem Aufsatz „Reinhold Schneider heute lesen? Theologisch. literarische Annäherungen“ nennt Georg Langenhorst vier Punkte, die Herausforderungen für die heutige Lesergeneration sein könnten. Allerdings hat der Autor diese Punkte schon 1994 in „Christ in der Welt“ entwickelt. Die Frage „Schneider heute lesen?“ provoziert die Frage: Welche Werke? Außer dem Hinweis auf die Sonette und „Las Casas vor Karl V.“ bleibt der Autor die Antwort schuldig. Dabei hätte er doch wenigstens auf die von den anderen Autoren im Sammelband behandelten Werke hinweisen können wie auf das „Reisetagebuch“, „Wiedersehen mit Portugal“, „Lissabon“, „Europa und die Seele Europas“ oder die Erzählung „Das getilgte Antlitz“ oder „Johannes vom Kreuz“. Die Punkte europäische Grundorientierung Schneiders, sein Eintreten für die Menschenrechte und das Ringen um Gott sind zu allgemein und enthalten keine Leseanweisungen.



Benedikt Zwölfers Aufsatz „Reisen Literatur und Geschichte. Zu Reinhold Schneiders Portugaldarstellungen“ ist besonders bemerkenswert, weil er im Vergleich mit anderen Portugaldarstellungen (H. M. Enzensberger, Pascal Mercier) die unterschiedliche poetologische Behandlungsweise herausarbeitet. Für Schneider geht noch selbstverständlich von einer „eindeutigen Lese- und Verstehbarkeit des Landes und seiner Geschichte“ aus, während heutige Autoren Zweifel haben „an der Möglichkeit des eindeutigen Verstehens, an der Zuverlässigkeit menschlicher Wahrnehmung oder an der Kenntnis des eigenen Ichs“ (S. 64–65). Die Reise nach Portugal kann in unserer Zeit nicht mehr „als eine zu eindeutig lesbaren symbolischen Manifestationen von Geschichte gestaltet“, sondern nur noch „als Reise in ein Labyrinth von Geschichten und Texten“ (S. 65). Wird die Frage nach der Lesbarkeit Reinhold Schneiders gestellt, so zielt die Antwort zumeist auf die Suche nach etwas „Dauerhaftes im Werk des Dichters“ (S. VII) ab. Nach Zwölfers Studien zum Portugalbild Schneiders sollte wohl besser danach gefragt werden, nach welchen poetologischen Paradigmen Schneider seine Texte entwirft (Lesbarkeit von Ort und Geschichte, Eindeutigkeit des Verstehens, Übertragbarkeit auf des eigene Leben) und welcher Abstand zu den Wahrnehmungsweisen des heutigen Lesers besteht. Paradigmen und Wahrnehmungsweisen sind an Epochen gebunden. Alles, was literarisch möglich ist und zählt ist, ob ein Autor ein generationenspezifisches Paradigma optimal ausdrückt.

Die Schwierigkeit einer angemessenen literaturkritischen Schneider-Rezeption besteht wohl darin, dass Autoren nach „Dauerhaften im Werk des Schriftstellers“ meinen suchen zu müssen, immer unter der Voraussetzung, dass „es still geworden ist um Reinhold Schneider“ (S. VIII). Die Anforderungen, die an das „vielfältige, uneinheitliche Werk“ (S. 29) Schneiders gestellt werden, bewegen sich zwischen „Zukunftsweisendem“ als „Orientierungshilfe“ (S. II) und der Frage, „welchen Beitrag das Werk Schneiders als Baustein der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts in die Zukunft hinein“ (S. 29) zu leisten vermag. Dabei kommt es vielfach zu eigentümlichen Beurteilungen. So meint zum Beispiel Langenhorst, dass „Schneiders Sonette ein bleibend bedeutsamer Beitrag zur deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts“ (S. 10) darstellen, muss aber gleichzeitig zugestehen, dass sich die Sonette auf alles reimen „nur nicht“ auf das „Erlebnis“, auf „tatsächliche Erfahrung“ (S. 20).

Wenig einsichtig ist, warum eine Beschreibung des Ankaufes der Privatbibliothek Reinhold Schneiders von Babette Stadie ein (literarischer) „Weg zu Reinhold Schneider sein soll“, da zudem der 2. Teil in den „Reinhold-Schneider-Blättern“ im Herbst 2008 veröffentlicht werden soll. *Heinrich Hauß*